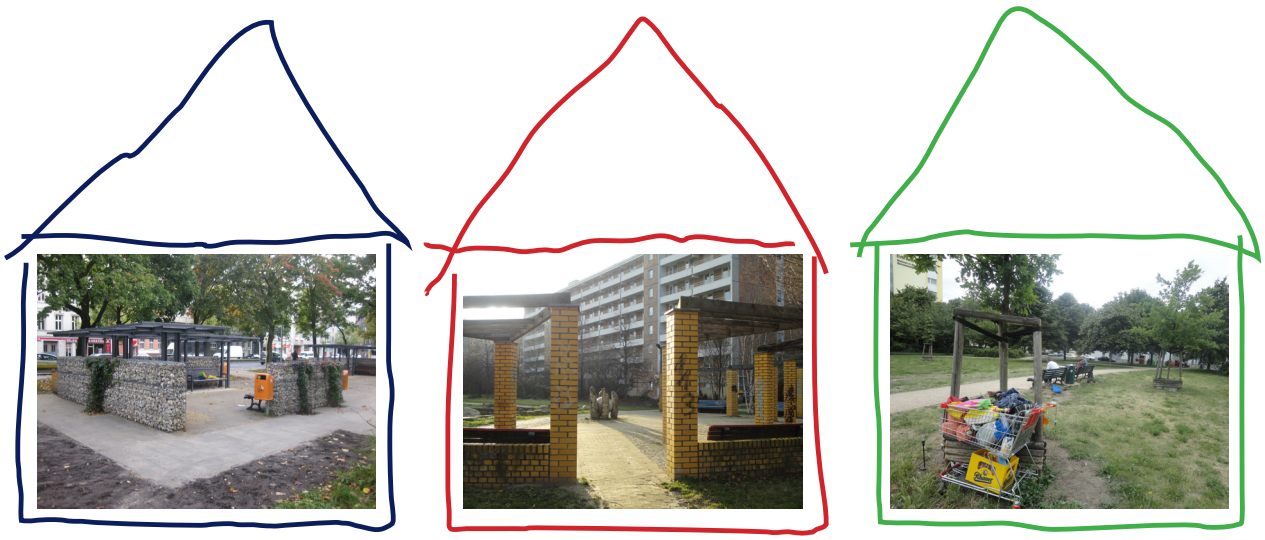
GANGWAY E.V.
Straßensozialarbeit in Berlin

Interventionsstrategien im öffentlichen Raum

Ein Erfahrungsbericht der Straßensozialarbeit mit Erwachsenen in belasteten Wohngebieten



„... und dann gibt es Menschen, die einfach da wohnen...“

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an sie zu verändern.“

Karl Marx, Elfte Feuerbachthese (im Original)

Inhalt

Einleitung **1**

Menschen, Methoden und Arbeitsansätze **2**

Grundlagen der aufsuchenden Arbeit bei Gangway 2

Symptome sozialer und räumlicher Ausgrenzung | Erwachsene als Adressat*innen von aufsuchender Sozialarbeit 5

Lebenswelten und Besonderheiten der Erwachsenenarbeit 8

Der soziale Raum – Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit als Bestandteil von Streetwork 17

Die geschichtliche Entwicklung der Gemeinwesenarbeit | nachgefragt bei C. Wolfgang Müller 19

Exkurs: Helfen im Kiez und auf der Straße – C. Wolfgang Müller 21

Zusammenfassung 24

Das Projekt M.A.N.N.E. F. **25**

Zielsetzungen und Handlungsrahmen des Projektes 28

Koordination und Netzwerkbildung 36

Exkurs: Antworten von Ines Feierabend, Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit in Treptow-Köpenick 38

Feldbezogene Netzwerkarbeit im Gemeinwesen am Beispiel Alt-Treptow 45

Exkurs: Der (zu) lange Weg zum Milieuschutz in Alt-Treptow – Jürgen Hans, Sozialbündnis Alt-Treptow 49

Adressat*innenbezogene Netzwerkarbeit im Gemeinwesen 57

Exkurs: Niedrigschwellige Sozialarbeit konkret: Fallbeispiel Frau A. – Anja Piotrowski 60

Zusammenfassung 64

Beteiligung ist möglich **65**

Spielregeln und Hürden 66

Wer muss sich hier eigentlich wem anpassen? – Kriterien zur Aktivierung von wenig beteiligungserfahrenen Menschen 67

Zwischen Ideal und Wirklichkeit – Erfahrungen in der Ausgestaltung von Beteiligungsangeboten 69

Ein Platz für Alle – Best Practice auf dem Leopoldplatz 71

Exkurs: Ein Platz für alle? Gemeinwesenorientierte Konfliktvermittlung in der Sozialen Stadtentwicklung – Franziska Becker und Sanda Hubana 72

Exkurs: Interview Axel Illesch, Streetworker auf dem Leopoldplatz 92

Exkurs: GeDenkOrt – Wenn die Trauer keinen Platz hat – Sanda Hubana 96

Zusammenfassung 105

Stadt der Vielfalt – Alles nur ein Traum? **106**

Exkurs: Spirale der Entwertungen - Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kontext sozialer und räumlicher Ausgrenzung – Jana Johannson 108

Exkurs: Ich habe einen Traum – Ralf Rehling-Richter 119

Literatur- und Quellenverzeichnis **125**

Einleitung

Die alte Eckkneipe ist in Berlin fast verschwunden. Denjenigen, die sich früher dort trafen, fehlt meist das Geld für die schicken Lifestyle-Cafés in den schicker werdenden Wohngebieten. Zu Hause kriecht die Einsamkeit durch die Ritzen, wenn Arbeit und Familie den Tag nicht mehr ausfüllen. Treffpunkte im öffentlichen Raum – meist dort, wo das Bier billig ist – werden dann oft zum Dreh- und Angelpunkt verbliebener sozialer Kontakte – und schnell zum Ärgernis der Anwohner*innen, weil Konflikte, Lärm und Schmutz zu Störfaktoren werden.

Diese öffentlichen Plätze und Stadtteile, die Streetworker*innen aufsuchen, werden als problematisch wahrgenommen. Ebenso die Menschen, die sich hier treffen. Die Wahrnehmung destruktiver Entwicklungen wie soziale Ausgrenzung und räumliche Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen oder auch die Zunahme Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind dabei Teil der täglichen Arbeit der Streetworker*innen. Gerade hier aber, wo keine*r so gern hinschaut, treffen wir auch auf eine große Selbstverständlichkeit und Bereitschaft, einander zu helfen und sich in den Kiez einzubringen.

Dieses Potential haben wir in den letzten acht Jahren Erwachsenenarbeit bei Gangway in verschiedenen Berliner Stadtteilen aufgegriffen. Stabile, handlungsfähige Netzwerke zwischen den Adressat*innen von Streetwork, engagierten Anwohner*innen, Kiezinitiativen, unterschiedlichen Verwaltungsebenen und Sozialarbeiter*innen von Gangway sind im Laufe der Jahre aufgebaut worden. Und mit ihnen die Möglichkeit, die in dieser Zeit gewachsenen, gut funktionierenden Selbsthilfe-, Organisations- und Kommunikationsstrukturen zu verstetigen.

Die Teams in Treptow und am Leopoldplatz in Mitte beenden ihre Arbeit im Sommer 2015, weil die temporären Finanzierungen auslaufen. Das reguläre Hilfesystem sieht die aufsuchende Soziale Arbeit mit Erwachsenen in den lokalen Strukturen der Selbsthilfe, des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Selbstorganisation als ganzheitliches, präventives Konzept nicht vor.

Die praktizierte Verzahnung von niedrigschwelliger Lebenshilfe unmittelbar vor Ort mit einer stetigen Kommunikation und (Konflikt-)Mediation mit den verschiedenen Nutzer*innengruppen des öffentlichen Raums, unterstützt durch handlungsorientierte Bezirksverwaltungen, hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit über Zuständigkeitsbereiche hinweg möglich, vor allem aber produktiv sein kann. Solch ressortübergreifende Handlungsansätze in der sozialen Stadtentwicklungspolitik sollten nicht die Ausnahme, sondern die Regel sein.

Insbesondere in Bezug auf komplexe Problemlagen – die in der Erwachsenenarbeit traurige Normalität sind – trägt ein lokaler, ganzheitlicher Blick auf den Stadtteil und die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die in ihm leben, ein großes Selbsthilfe- und Selbstorganisationspotential in sich. Dieses benötigt starke lokale Schnittstellen zwischen Bevölkerung und Verwaltung, die das freiwillige Engagement vieler Bürger*innen – auch und gerade derer, die von Armut und Ausgrenzung besonders betroffen sind – stärken und strukturell unterstützen.

Weil uns die SOZIALE Stadtentwicklung wichtig ist, gibt es diese Dokumentation. Es würde uns freuen, wenn aus unserem Engagement der letzten Jahre etwas bleibt und vielleicht etwas Neues entsteht – auf dem mühevollen Weg in eine solidarische Stadtgesellschaft.

Menschen, Methoden und Arbeitsansätze

Grundlagen der aufsuchenden Arbeit bei Gangway

Das Arbeitsfeld Streetwork beinhaltet die aufsuchende Sozialarbeit auf der Straße sowie den Ausgleich, die Vermittlung und Vertretung der Interessen von Menschen und Gruppen, für die der Aufenthalt auf Straßen und öffentlichen Plätzen von zentraler Bedeutung ist. Der Begriff „Straße“ als pädagogisch und sozial zu betreuender Aktionsraum beinhaltet auch Parkanlagen, Bahnhöfe, Einkaufszentren und andere semi-öffentliche Räume sowie Außenbereiche sozialer Einrichtungen. Die mobile Arbeit verläuft adressat*innen-, problemlagen- und arbeitsfeldübergreifend und ist geprägt durch eine Vielfalt von Methoden und Herangehensweisen, die flexibel und bedarfsorientiert eingesetzt werden.

Grundlegende Prinzipien von Streetwork sind: Freiwilligkeit, Parteilichkeit, Transkulturalität, Vertrauensschutz, Anonymität, Verbindlichkeit und Lebensweltorientierung. Die Ansätze der Straßensozialarbeit sind niedrigschwellig, ganzheitlich und akzeptierend. Hilfen und Hilfsangebote knüpfen sich an keinerlei Vorbedingungen[1]. Diese Arbeitsprinzipien sind unverzichtbar, bedingen sich gegenseitig und prägen alle Angebote von Straßensozialarbeit. Sie bilden darüber hinaus die Spezifik und das Setting von Streetwork als eigenständigen Arbeitsansatz. Streetworker*innen begeben sich zu den Treffpunkten der Menschen. Die Angebote, Hilfen und Beratungen werden unmittelbar im Lebensumfeld der Menschen organisiert und umfassen Einzelberatung, Gruppenarbeit, Projekt- und Stadtteilarbeit[2].

Adressat*innen für aufsuchende Arbeit bei Gangway sind Menschen in selbstgewählten Gruppenstrukturen, die ausgegrenzt, von Ausgrenzung bedroht sind oder sich selbst ausgrenzen und deren Lebenssituation durch Angebote und Hilfen Sozialer Arbeit verbessert werden kann, die aber von sozialen Dienstleistungen mit Komm-Struktur nicht mehr erreicht werden. Aufsuchende Straßensozialarbeit richtet sich gezielt an Menschen, „die aus unterschiedlichen Gründen von herkömmlichen Integrationsstrukturen unserer Gesellschaft nicht erreicht werden und die in hohem Maße die Straße zu ihrem Lebensort machen. Prozesse sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung, die zum Teil ursächlich dafür waren, den Lebensmittelpunkt auf die Straße zu verlagern, setzen

[1] Vgl. Gangway e.V.: Der Arbeitsansatz. Grundsätzliches zur Straßensozialarbeit. (im Folgenden als GA zitiert) abrufbar unter: http://www.gangway.de
[2] Vgl. Landesarbeitsgemeinschaft Berliner Straßensozialarbeiter/innen: Standards für Streetwork und Mobile Jugendarbeit. (im Folgenden als LAG zitiert) abrufbar unter: http://www.gangway.de

sich verstärkt fort und werden durch Stigmatisierung und Kriminalisierung verschärft. Oft schließen sich diese Menschen mit gleichermaßen Betroffenen zu Gruppen, Cliquen oder Szenen zusammen.“[3]

Auf der Grundlage von Beobachtung, Erhebungen, Befragungen und Sozialraumanalysen werden individuelle und strukturelle Problemlagen der zu betreuenden Adressat*innen definiert. Streetwork betreut marginalisierte und sozial benachteiligte Menschen in gefährdeten Lebenslagen stadtteil- und szenebezogen[4]. Straßensozialarbeit beschränkt sich jedoch nicht darauf, die Probleme zu bearbeiten, die sich aus dem Leben auf der Straße ergeben (z.B. Konflikte im öffentlichen Raum) sondern bietet auch Unterstützung bei der Bewältigung der Probleme an, die dazu geführt haben, den Lebensmittelpunkt auf die Straße zu verlegen. Eine wesentliche Grundhaltung von Streetwork ist es dennoch, den Gedanken ernst zu nehmen, dass für ihre Adressat*innen die Straße eine legitime und selbstverständliche Lebenswelt ist, die als attraktiver und zugleich risikoreicher öffentlicher Lebensort erfahren wird. Zentrale Aufgabe von aufsuchender Sozialarbeit ist es demnach auch, „Brücken zwischen den Nutzer*innengruppen des öffentlichen Raums zu bauen, die den tendenziellen Ausgrenzungsmechanismen, die sich durch die zunehmende Verregelung und Privatisierung des öffentlichen Raums verstärken, entgegenwirken.“[5]

Die Tätigkeitsbereiche aufsuchender Arbeit lassen sich in Hinblick auf infrastrukturelle und adressat*innenbezogene Zielsetzungen beschreiben, die sich jedoch vielfach überschneiden. Die grundlegende Zielsetzung von Streetwork ist es, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Menschen zu verhindern oder zu verringern und Emanzipation und Chancengleichheit zu fördern[6]. Es werden lebenswelt- und sozialraumorientierte soziale Dienstleistungen angeboten, die die soziale Integration fördern[7] und das Recht auf die Nutzung des öffentlichen Raums als legitimen Ort der sozialen Begegnung und der kulturellen Vielfalt stärken und entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten erschließen. Folgende Zielsetzungen lassen sich darüber hinaus formulieren:

- Förderung der Akzeptanz bzw. Verbesserung bestehender Lebenswelten
- Erweiterung der sozialen Handlungskompetenz der Adressat*innen
- Erschließung gesellschaftlicher und individueller Ressourcen (Selbsthilfepotential)
- Entwicklung und Unterstützung bei der Umsetzung von Lebensperspektiven
- Reduzierung und Vermeidung gesellschaftlicher Benachteiligungen und Diskriminierungen
- Bildung von ressortübergreifenden Netzwerken und Kooperationen im Gemeinwesen

[3] Ebd.
[4] Vgl. GA
[5] LAG
[6] Vgl. GA
[7] Vgl. LAG

- Entwicklung inhaltlich-fachlicher und sozialpolitischer Einmischungsstrategien
- Hörbarmachen von Interessen der Adressat*innen bzw. von unterrepräsentierten Interessen
- Vertretung, Ausgleich und Vermittlung von Interessen (z.B. bei Konflikten in und um öffentliche Räume)
- Erschließen, Erhalten und Zurückgewinnen von öffentlichen Räumen für die verschiedenen Adressat*innengruppen
- Institutionelle und konzeptionelle Innovation als Grundlage für die Hilfeplanung
- Orientierungshilfen bei verschiedenen Lebensfragen (z.B. Jugend-, Sozialhilfe, Ausbildung, Arbeit, Wohnen, Familie, Existenzsicherung, Gesundheitsfürsorge)[8]

Gangway e.V. arbeitet gruppen-, projekt- und einzelfallbezogen. Darüber hinaus beteiligen sich unsere Teams im Interesse der Adressat*innen auf infrastruktureller Ebene innerhalb von Gremien und Netzwerken des Gemeinwesens an der Entwicklung und Verbesserung u.a. von Hilfestrukturen, Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten und Instrumenten zur Konfliktprävention im öffentlichen Raum. Die Sozialraum- und Bedarfsanalyse gehört sowohl in Hinblick auf die soziale Infrastruktur, als auch in Bezug auf die Entwicklung bedarfsorientierter Angebote für die Adressat*innen(-gruppen) zu den grundlegenden Aufgaben von Gangway.[9]

Im Mittelpunkt von Gruppen- und Projektarbeit stehen vor allem Themen, Lernziele und Bedarfe, die die Adressat*innen verbinden und die darüber hinaus dazu geeignet sind, durch gemeinsame Aktivitäten eine positive Gruppendynamik zu erzeugen, soziale Integration zu fördern und individuelle Kompetenzen, wie z.B. Kooperationsbereitschaft, zu stärken. Die einzelfallbezogenen Leistungsbereiche umfassen die Beziehungs-, Betreuungs- und Beratungsarbeit sowie die Koordinierung von Hilfen vor dem Hintergrund individueller Problemlagen und Krisen.

[8] Vgl. Ebd.
[9] Vgl. GA

Symptome sozialer und räumlicher Ausgrenzung | Erwachsene als Adressat*innen von aufsuchender Sozialarbeit

Der Ansatz der aufsuchenden, niedrigschwelligen Sozialarbeit basiert auf der Erfahrung, dass vorwiegend junge Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten und in unterschiedlicher Form von sozialer Benachteiligung betroffen sind, in der Regel von anderen Beratungs- und Hilfsangeboten nicht erreicht werden können. Die Lebensweltorientiertheit, eine grundsätzlich akzeptierende sozialarbeiterische Haltung und Hilfsangebote, die frei von Vorbedingungen in Anspruch genommen werden können, sind grundlegende Prämissen der Straßensozialarbeit[10]. Sie sind eine adäquate Antwort auf die schwierige Erreichbarkeit der Adressat*innen infolge komplexer Problemlagen.

Wie sich in den letzten Jahren verdeutlichte, gilt dies – teilweise in besonderem Maße – auch für erwachsene, von Armut und Ausgrenzungserfahrung geprägte Menschen, die ihren sozialen Lebensmittelpunkt vermehrt in den öffentlichen Raum verlagern[11]. An verschiedenen Orten Berlins, beispielsweise an der sogenannten „Kugel“, einem Treffort in Altglienicke oder dem Schmollerplatz in Alt-Treptow, sind daher spezifische Angebote für Erwachsene geschaffen worden.

Die Kluft zwischen Menschen, die Arbeit und Einkommen haben, und denen, die auf beides verzichten müssen[12], wird zunehmend sichtbar, besonders im öffentlichen Raum. Dem seismografischen Potential[13] der Straßensozialarbeit für gesellschaftliche Tendenzen ist es dann auch zu schulden, dass die rasant voranschreitenden sozialen Verwerfungen wahrgenommen werden, bevor sie ins öffentliche Bewusstsein dringen. Unterschiedliche Phänomene, wie die zunehmende soziale Entmischung der Kieze durch Aufwertung und Verdrängung, die Verfestigung schicht-spezifischer Merkmale und Verhaltensweisen, eine verstärkte soziale Undurchlässigkeit und die Entfremdung vom politischen System[14] sind Indikatoren für die Verwerfungen, die sich zuerst an den Rändern der Gesellschaft abzeichnen, bevor sie langsam in die Mitte der Gesellschaft dringen. Hinzu kommt ein Wertewandel, mit dem häufig eine Entwertung von Menschen einhergeht, die von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Mangelnde Leistungsbereitschaft und Intelligenz sind nur zwei von zahlreichen Mutmaßungen, die darauf abzielen, die Schuld den Betroffenen selbst zuzuschreiben.

---

[10] Vgl. ebd.
[11] Vgl. Mittendrin und ganz nah dran… Straßensozialarbeit mit Erwachsenen bei Gangway – Jahresbericht 2011; S.1
[12] Vgl. …bis jetzt – Materialien zur (Zwischen-)Bilanz des Projektes M.A.N.N.E. F. in Berlin-Treptow und anderswo, 2011, S.4
[13] Vgl. GA; Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.3
[14] Vgl. …bis jetzt, 2011, S.4

Die besonderen Lebenssituationen unserer Adressat*innen sind häufig von Langzeitarbeitslosigkeit und den daraus resultierenden Schwierigkeiten gekennzeichnet: Armutserfahrungen, (Sucht)-Erkrankungen, schwierige Familienverhältnisse und fehlende Perspektiven[15]. O-Ton: *„Den Umgang mit Geld habe ich durch Hartz IV und die Scheidung schmerzhaft lernen müssen. Meine Schwester hat mir beibringen müssen Prospekte zu studieren, damit ich bei Lidl oder sonst wo ein paar Cent sparen kann.“[16] Adressat, Altglienicke.*

Vom lokalen Umfeld werden diese Menschen häufig als sogenannte "Trinker- und Drogenszene"[17] wahrgenommen, problematisiert und stigmatisiert. Das Phänomen erwachsener Menschen, die den öffentlichen Raum als Lebensmittelpunkt nutzen[18], erklärt sich aus sozialarbeiterischer Sicht als nachvollziehbare und durchaus konstruktive Reaktion auf (drohende) soziale Isolation infolge der komplexen Problemlagen. O-Ton: *„Jedenfalls mache ich nicht den Fehler, den andere machen, die sich in ihrer Bude verkriechen.“[19] Adressat, Altglienicke.* Die Menschen antworten damit in pragmatischer Weise auf starke Einschränkungen ihrer sozialen und kulturellen Teilhabemöglichkeiten.

Dennoch: „Es ist *keine* homogene Szene, von der wir hier sprechen, sondern – nach unseren Beobachtungen – ein neuer Teil der Gesellschaft, der sich an öffentlichen Orten versammelt, die bis dato eben nicht „typische“ Treffpunkte von Erwachsenen waren. Stigmatisierte und marginalisierte Gruppen am Rande der Gesellschaft hat es lange vorher gegeben, es gibt sie noch und wird sie (auf absehbare Zeit) auch weiterhin geben – „Trinker“- und offene Drogenszenen, wohnungslose Menschen und dergleichen mehr. Die Grenzen zwischen den einzelnen Milieus sind fließend, zum Teil vermischen sich die Szenen, erst recht in der Wahrnehmung von außen. Unser Projekt M.A.N.N.E F. konzentriert sich auf die hier beschriebenen Adressat*innen, wenngleich eine strenge „Typisierung“ durch uns weder realistisch noch beabsichtigt ist. Gerade das Unspezifische, Unkomplizierte, was das Individuum in den Fokus der Aufmerksamkeit rückt, jenseits seiner Zugehörigkeit zu irgendwelchen „Szenen“ oder Gruppen, ist ja zentrales Merkmal der aufsuchenden Arbeit bei Gangway.“[20]

Die oftmals langjährigen Erfahrungen von Arbeitslosigkeit, damit verbundener zunehmender Ausgrenzungsdynamik und kultureller Deprivation[21] gehen häufig mit einem problematischen Alkohol- und Drogenkonsum einher. Vorhandene individuelle Ressourcen und Potentiale werden zunehmend verschüttet und aus Mangel an realistischen Möglichkeiten der Reintegration in gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten, wie Lohnarbeit und/ oder sinnvolle Beschäftigung, aufgegeben.

---

[15] Vgl. ebd. S.3
[16] …bis jetzt, 2011, S.46
[17] Ebd. S. 5
[18] Vgl. ebd. S.5
[19] …bis jetzt, 2011, S.43
[20] …bis jetzt, 2011, S.3
[21] Vgl. ebd.

O-Ton: *„Das sind hier alles Nichtschwimmer, die versuchen, sich gegenseitig vor dem Ertrinken zu retten. Was wir brauchen, sind richtige Rettungsschwimmer, nicht bloß Leute, die selber gerade so schwimmen können."* Zitat von „Wolle" Degen, Adressat aus Altglienicke, gest. Juni 2008 – R.I.P.[22]

In ihren Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in ähnlichem Maße begrenzt wie Jugendliche, erschließen sich diese erwachsenen Menschen aus Mangel an finanziellen Ressourcen den öffentlichen Raum als Ort gesellschaftlicher Teilhabe. Sie suchen und finden dort Zugang, Halt und Geborgenheit unter Menschen, die ähnliche Erfahrungen verbinden[23]. Das ist einerseits konstruktiv, führt andererseits jedoch zu einer Vielzahl von Konflikten innerhalb der Gruppen selbst, vor allem aber mit Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und angrenzenden sozialen Einrichtungen. Das Aussehen und Verhalten vieler Nutzer*innen öffentlicher Plätze entspricht aus verschiedensten Gründen oftmals nicht den Normen, Erwartungen und Interessen von Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und ansässigen Einrichtungen. Schnell werden Menschen dann zum „öffentlichen Ärgernis" und begründen diffuse Unsicherheitsgefühle des lokalen Umfeldes. Schnell werden durch Anwohner*inneninitiativen ein hartes Durchgreifen der Polizei und ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum gefordert. Ziel ist meistens, die Menschen mittels schneller Lösungen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen.[24]

O-Ton: *„Mich ärgert das maßlos, wenn alle uns über einen Kamm scheren. Ich bin seit Jahren trockener Alkoholiker, einige von uns trinken gar nicht. Gaststätten und Restaurant können wir uns nicht leisten, also treffen wir uns hier draußen, bevor ich völlig vereinsame und gar keine Kontakte mehr habe."*[25] Willi, Nutzer eines öffentlichen Platzes

Die Außenperspektive, die u.a. durch Anwohner*innen, andere lokale Akteur*innen und Medien auf diese Adressat*innengruppen eingenommen wird und zudem negativ verstärkend auf diese zurückwirkt, ist nur eine Seite der Medaille. Wir als Straßensozialarbeiter*innen gehen nicht davon aus, dass diese Menschen aufgrund ihrer Erscheinung und Verhaltensweisen per se problematisch sind, sondern versuchen zu ergründen, in welcher Lebenssituation sie sich befinden und welche konkreten Probleme zum

[22] M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2009, S. 1
[23] Vgl. ebd.
[24] Vgl. ebd.
[25] Ebd. S. 6

beschriebenen Konfliktpotential führen, die in der Forderung münden, diese Menschen aus dem öffentlichen Raum zu entfernen[26].

Es liegt auf der Hand, dass eine Kriminalisierung und Verdrängung der Gruppen von öffentlichen Plätzen die Probleme nicht löst, sondern lediglich an andere Orte verlagert[27]. Nachhaltige Lösungen, die die Lebenssituationen und Interessen der problematisierten Gruppen und die Interessen von Anwohner*innen und anderen Parknutzer*innen gleichermaßen einbeziehen, sind daher die inhaltlichen Koordinaten der Erwachsenenarbeit bei Gangway. Die einzelfall- und gruppenbezogene Arbeit, der Interessenausgleich und die Konfliktvermittlung im Gemeinwesen sind wesentliche Schwerpunkte der Arbeit vor Ort.

Lebenswelten und Besonderheiten der Erwachsenenarbeit

„Die Lebenswelten sind inzwischen soweit auseinandergedriftet, dass es tatsächlich kaum noch Einblicke in die Lebensrealität der jeweils anderen Gruppen gibt. Dieses Phänomen betrifft die gesamte Gesellschaft. Ein erster Schritt ist es sicherlich, sich selbst für diese anderen Lebenswelten überhaupt zu interessieren. Ein zweiter muss sein, Gelegenheiten für konkrete Begegnungen und Einblicke zu schaffen. Dies tun wir in unserer Arbeit immer wieder und durchaus mit Erfolg, wir würden uns aber viel mehr solcher „Grenzgänger“ wünschen, die die Komfortzone ihrer eigenen Welt hin und wieder verlassen und sich mit Empathie und wirklichem Interesse auf die Welten einlassen, in die sie sonst keinen Einblick haben.“ Elvira Berndt, Geschäftsführerin von Gangway e.V.[28]

Wer also sind diese Erwachsenen, die sich in immer größer werdenden Gruppen auf öffentlichen Plätzen treffen und dort einen Großteil ihrer Zeit verbringen? Um zu verstehen welche besonderen Lebensumstände und individuellen Problemlagen dieser Dynamik zugrunde liegen, welche Konflikte sich daraus ergeben, aber auch, über welch vielfältige Ressourcen diese Menschen verfügen, ist es wichtig, etwas tiefer in die Lebenswelten unserer Adressat*innen im Projekt M.A.N.N.E. F. zu schauen.

Bei unseren Adressat*innen handelt es sich vorwiegend um nicht erwerbstätige und/oder nicht erwerbsfähige Männer und (weniger) Frauen zwischen 25 und 65 Jahren, die sich auf öffentlichen Plätzen treffen und dort ihre sozialen Kontakte pflegen, essen und trinken, in der Regel aber nicht wohnungslos sind. Infolge der einseitigen Stadtentwicklungspolitik, die in verschiedenen Stadtteilen zu einer massiven Verdrängung der alteingesessenen Bewohner*innen führt, sind jedoch insbesondere einkommensschwä-

[26] Ebd. S. 5f
[27] Vgl. ebd.
[28] Valeur Maganzine No. 16 (ohne Jahr): Interview mit Elvira Berndt. http://www.valeurmagazine.com/issues/valeur16/VALEUR16.html#59

chere Menschen in immer stärkerem Maße von Wohnungslosigkeit bedroht[29]. O-Ton: *„Ansonsten bin ich froh, dass ich wenigstens eine Wohnung habe und nicht auf der Straße leben muss."*[30]*Adressat, Altglienicke.* Auch Zwangsumzüge und -räumungen sind zunehmend Thema der Beratung und Hilfeleistung. Einige Adressat*innen sind im Rahmen einer Bachelorarbeit darüber befragt worden, ob es schon einmal Situationen gab, in denen Streetworker*innen Hilfe leisten konnten. *„Ja, bei der Wohnungssuche. Als wir die Aufforderung zum Zwangsumzug gekriegt haben. Also, war gut. Besser als alleine, auch wenn es eigentlich nichts gebracht hat. Wir mussten trotzdem umziehen, aber durch Euch hatte ich wenigstens keine Angst mehr vor Obdachlosigkeit oder Umzug in ein anderes Viertel. Ihr habt mir Ruhe gegeben durch Eure Fachkenntnisse und einfach, weil wir da nicht alleine durch mussten."*[31]

Die Gruppengrößen variieren. Sie können – abhängig von der Wetterlage – in Spitzenzeiten bis zu 30 und mehr Personen umfassen[32]. Die von uns betreuten Menschen gehen keiner geregelten Arbeit oder Beschäftigung nach; die meisten von ihnen leben seit vielen Jahren von staatlichen Transferleistungen. Wir beobachten seit geraumer Zeit, dass immer mehr unserer Adressat*innen aufgefordert werden Erwerbsunfähigkeits-Rente (EU-Rente) zu beantragen. Dies hat in einigen Fällen ungünstige Nebeneffekte. Abgesehen davon, dass diese Menschen damit von der Arbeitslosenstatistik nicht mehr erfasst werden, verlieren sie auch ihre Anspruchsvoraussetzungen für Beschäftigungsmaßnahmen und andere Instrumente zur Integration in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt. Mit dem EU-Renten-Status erfüllen sie darüber hinaus nicht mehr die formalen Bedingungen als Adressat*innen unseres Projektes. M.A.N.N.E. F. ist ein EU-gefördertes Projekt, dessen Ziel die Arbeitsförderung ist. Die meisten unserer Adressat*innen wünschen sich Arbeit. Die Aufforderung zur Berentung *kann* daher ein fatales Signal sein.

In der Regel wohnen die Nutzer*innen von öffentlichen Plätzen im näheren Einzugsgebiet. Der Kiez ist aufgrund mangelnder Mobilität und Beschäftigungslosigkeit gleichzeitig auch der Sozialraum, in dem alle nennenswerten sozialen Kontakte und Beziehungen angesiedelt sind. Aufgrund finanzieller Not bleiben den Adressat*innen kaum andere Möglichkeiten eine soziale Isolation zu umgehen, als sich an öffentlichen Plätzen zu treffen. Selbst die immer weniger werdenden günstigen Lokale, in denen der Konsum von Alkohol der gesellschaftlichen Norm entsprechend als legitim und angemessen empfunden wird, sind für Bezieher*innen von Transferleistungen zu teuer geworden. Ganz zu schweigen von anderen kulturellen Angeboten, die es bspw. in Stadtlagenrandgegenden, wie Altglienicke, kaum gibt[33].

---

[29] Vgl. M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.4f
[30] …bis jetzt, 2011, S.44
[31] Piotrowski, Anja: Fördern, Fordern, Sanktionieren. Wie hilfreich sind diese Methoden?, 2012, Anhang; Interview R
[32] Vgl. ebd. S.4
[33] Vgl. Gangway Team Treptow –Altglienicke Milieubeschreibung 2006, S.1

Die Mobilität dieser Menschen ist aufgrund ökonomischer, teilweise auch gesundheitlicher Beeinträchtigungen[34] stark eingeschränkt. Ein weiterer Grund sei die Unsicherheit gegenüber fremden Menschen und Orten, wie eine Befragung unserer Adressat*innen in Altglienicke aus dem Jahr 2007 ergab[35]. O-Ton: *„Ich bin durch meine Kindheit sowieso ein ängstlicher Mensch. Ich bin so richtig ängstlich. Bei mir kommt schon Panik auf, wenn es heißt, ich muss irgendwo alleine hinfahren. Da krieg ich schon Zustände. Da muss immer einer bei mir sein.“[36] Adressatin, Altglienicke.* Alle Orte, die nicht im direkten Einzugsgebiet des Wohnumfeldes liegen, werden in der Regel nicht frequentiert. Fahrtkosten, die das geringe Budget zusätzlich belasten, werden vermieden[37].

Die meisten der von uns betreuten Menschen haben eine Bezugsgruppe, die sich an einem bestimmten, öffentlichen Ort trifft, solange dieser Ort als Treffort zur Verfügung steht. Sie pflegen ein umfassendes Netz von Bekanntschaften und Freundschaften im Kiez[38]. Sie alle verbindet die Erfahrung des Ausgegrenztseins und das Gefühl von Hilflosigkeit[39]. Resignation der eigenen Lebenssituation gegenüber ist das vorherrschende Gefühl der Menschen, wenn sie über Zukunft sprechen. O-Ton: *„Wenn ich zehn Jahre in die Zukunft gucke, dann wird es mir wohl genauso gehen, wie jetzt auch. Weil es wird ja nicht besser, es wird ja immer schlechter. Lotto spiele ich nicht, von daher kann ich mein Leben nicht verbessern.“[40] Adressatin, Altglienicke*

In der Regel zeigt sich eine hohe Alkoholaffinität, die alle Lebensbereiche negativ überformt[41]. An den Trefforten konsumieren die Nutzer*innen häufig übermäßig Alkohol; in selteneren Fällen auch andere Suchtmittel. Die Gruppendynamik an den Trefforten verstärkt die Tendenz zum übermäßigen Konsum im öffentlichen Raum. O-Ton: *„Ich meine, die ganzen Leute sind alle super nett, aber was mich stört ist die Sauferei. Das verleitet ja doch.“[42] Adressatin, Altglienicke.*

Einige Adressat*innen nehmen dazu eine kritische Haltung ein. O-Ton: *„Und wenn du dich mit den anderen getroffen hast, dann war das immer mit Alkohol verbunden. Die trinken hier ja permanent, jeden Tag. Und damit kann ich nichts anfangen. Manchmal, ja, aber jeden Tag, das könnte ich nicht.“[43]* Adressatin, Altglienicke. Teilweise finden wir eine stark ausgeprägte Suchtproblematik vor, die bereits über viele Jahre besteht. O-Ton: *„Angefangen hab ich mit vierzehn, fünfzehn, so, wie alle. Gegen Ende der Neunziger hab ich dann gemerkt, dass ich ohne Alk nicht mehr klarkomme. Als es losging, dass ich schon früh mein Bierchen getrunken habe – das hat mir schon ein bisschen zu denken gegeben. Aber eigentlich war mir das alles auch scheißegal. Irgendwann bin ich vom Bier*

---

[34] Vgl. M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.1
[35] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Zwischenbericht 2007, S.1
[36] …bis jetzt, 2011, S. 17
[37] Vgl. Vgl. M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.3
[38] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.2
[39] Vgl. Ebd. S.4
[40] …bis jetzt, 2011, S.18
[41] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.3
[42] …bis jetzt, 2011, S. 15
[43] …bis jetzt, 2011, S. 13

auf Schnaps umgestiegen, weil ich keinen Bock mehr hatte soviel Bier nach oben zu schleppen.“[44] Adressat, Altglienicke.

Wie wirken sich diese individuellen Problemlagen auf die Möglichkeiten sozialer Integration und das Sozialverhalten in und außerhalb der Gruppen aus?

Eine Tagesstruktur fehlt in manchen Fällen aufgrund der Beschäftigungslosigkeit. O-Töne: *„Einen regelmäßigen Tagesablauf habe ich heute nicht. Das liegt an der Langeweile. Weil nichts zu tun ist. Die einzige Regelmäßigkeit ist, mit den Hunden raus zu gehen. Jetzt, wo wir im Ghetto wohnen, bin ich regelmäßig an der Hundewiese. Ansonsten gehe ich an die Kugel. Da sind viele, die man hier in den Jahren kennen gelernt hat. Da treffen wir uns, unterhalten uns, trinken mal Brause, mal ein Bier. Ich glaube, ich habe so ein leichtes Problem mit Alkohol. Weil, in letzter Zeit habe ich doch öfter mal ein bisschen heftig „zugeschlagen“. Da ist schon immer ein kleiner Drang da. Das ist mein Alltag, nichts Besonderes.“*[45] Adressat, Altglienicke.

„Als wir mit der MAE angefangen haben, da hatte ich einen Tagesablauf. Da musste ich ja immer früh aufstehen und arbeiten. Danach hab ich das auch noch ein, zwei Monate durchgehalten, aber dann hab ich mich gefragt: Für was? Weil, du stehst jeden Morgen auf und machst den Haushalt. Aber du kannst ja nicht jeden Tag ein- und dasselbe machen, das kommt dir doch zu den Ohren raus.“[46] *Adressatin, Altglienicke.*

Eine regelmäßige Körperhygiene und ein Bewusstsein über ein Mindestmaß an gesundheitlicher Sorge und gesunder Ernährung fehlen in einigen Fällen ebenfalls[47]. Allgemeingültige Zuschreibungen sind hier aber problematisch, da gerade Tagesstruktur, Körperpflege und andere Bereiche, in denen eine gewisse Selbstdisziplin einer möglichen Verwahrlosung entgegenwirkt, für viele Adressat*innen einen großen Stellenwert einnehmen, wie Befragungen zu Beginn des Projektes M.A.N.N.E. F. gezeigt haben. Die Abgrenzung zu Mitgliedern der Gruppe, die diese Bemühungen nicht zeigen, ist einigen Befragten wichtig[48]. O-Ton: *„Heute sage ich mir: Auch, wenn ich arbeitslos bin oder Hartz IV kriege, muss ich ja nicht abrutschen. Man kann auch mit wenig Geld was machen. Man muss nicht dem Alkohol verfallen oder so absacken, dass man seine Wohnung verwahrlosen lässt. Muss man nicht, man kann aus seinem Leben schon etwas machen.“*[49] *Adressatin, Altglienicke.*

Die Fähigkeit und Bereitschaft, Konflikte sachlich und gewaltfrei zu lösen tritt in einigen Fällen u.a. auch durch negativen Gruppendruck in den Hintergrund. In konflikthaften Situationen bestimmt eine verbal aggressive und mitunter gewaltbereite Grundstimmung das Bild. Der Alkoholkonsum verstärkt diese Tendenz[50]. Insbesondere zu Beginn

---

[44] …bis jetzt, 2011, S.53
[45] …bis jetzt, 2011, S.22
[46] Ebd. S.13
[47] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Projektskizze für die Arbeit 2013, S.2
[48] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Zwischenbericht 2007, S.2
[49] …bis jetzt, 2011, S.11
[50] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.1

des Projektes M.A.N.N.E. F. waren verbal-aggressive Konflikte, zum Teil gewalttätige Übergriffe, innerhalb der Gruppen aber auch gegen Anwohner*innen, teilweise aus fremdenfeindlicher Motivation, ein zentrales Problem[51].

Die Bereitschaft und mitunter auch die Kompetenzen, die vielfältig notwendigen Hilfen (z.B. Schuldner-, Mieter- und Rechtsberatung, suchttherapeutische Hilfen, psychosoziale Beratung, Familienhilfe) eigenständig aufzusuchen und persönliche Problemlagen und Bedarfe zu schildern, sind unterdessen sehr begrenzt[52]. Oft mangelt es an Selbstvertrauen, sprachlichen Fähigkeiten oder der Routine eines angemessenen Auftretens gegenüber staatlichen und kommunalen Institutionen, sodass beispielsweise Ansprüche auf Kindergeld, ALG II und dergleichen nicht geltend gemacht werden können[53]. Die Hürden, reguläre Hilfsangebote mit Komm-Struktur in Anspruch nehmen zu können, sind daher für die meisten dieser Menschen nicht ohne Unterstützung überwindbar. Die Menschen werden von vorhandenen Angeboten schlichtweg nicht erreicht. Den Zugang und die Einübung solcher Kompetenzen über aufsuchende Sozialarbeit zu gewährleisten, ist daher geboten und notwendig.

Dadurch, dass die Adressat*innen ihren Kiez kaum oder gar nicht verlassen und nicht über finanzielle Ressourcen verfügen, sonstige kulturelle Angebote nutzen zu können – dieser Formen von Freizeitgestaltung vielfach bereits sogar völlig entfremdet sind – ist ihre Lebenswelt in vielen Fällen zusätzlich von inhaltlicher, sozialer und kultureller Armut geprägt[54]. In infrastrukturschwachen Stadtrandlagen, wie Altglienicke, verstärkt sich der Mangel an individueller Mobilität und kultureller Armut nochmals[55]. O-Ton: *„Ich würde ja gern mal ins Theater gehen. Früher waren wir mit der Schule einmal im Theater und einmal in der Oper. Das würde ich schon mal wieder gerne machen. Na gut, Oper eher nicht, weil, da versteht man ja eh nichts. Aber Theater, doch, das würde ich schon mal wieder gerne machen. Aber A. ist nicht dafür. Und jetzt zeig mir mal irgendeinen hier, der sich für sowas interessiert. Die gehen ja noch nicht einmal zur Weihnachtsfeier von der MAE, geschweige denn ins Theater.“*[56] *Adressatin, Altglienicke.*

Darüber hinaus herrscht bei den meisten dieser Menschen ein ausgesprochenes Misstrauen gegenüber Ämtern, Behörden, Polizei und allem „Staatlichen“. Viele von ihnen haben einschlägige Erfahrungen mit einem für sie unverständlichen Hilfesystem, in dem sie sich nicht verstanden fühlen[57] und Regelungen, die ihre Lage oftmals noch verkomplizieren. O-Töne: *„Seitdem ich hier wohne, habe ich nur noch schlechte Erfahrungen mit denen. Speziell mit dem Jobcenter. Erstens mal wirst Du nicht unterstützt von den Leuten. Du bist auf Dich selbst angewiesen. Du musst selbst Initiative zeigen. Ich meine, das ist ja auch richtig, aber eine gewisse Unterstützung verlange ich*

[51] Vgl. Projektskizze M.A.N.N.E. F. 2007, S.2
[52] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.11
[53] Vgl. Projektantrag ESF – M.A.N.N.E. F., 2011, S.6
[54] Vgl. Mittendrin und ganz nah dran… Straßensozialarbeit mit Erwachsenen bei Gangway – Jahresbericht 2011, S. 5
[55] Gangway Team Treptow –Altglienicke Milieubeschreibung 2006, S.1
[56] …bis jetzt, 2011,S. 16
[57] Vgl. Jahresbericht 2011, S. 1; Gangway Team Treptow –Altglienicke Milieubeschreibung 2006, S.2

schon! Dass die vom Jobcenter einem unter die Arme greifen. Und mich nicht so niedermachen. Nur, weil ich keinen Abschluss oder keine Ausbildung habe, werde ich abgestempelt, wie der letzte Dreck. Die beschäftigen sich da doch mehr mit den Gesetzen als mit den Leuten, damit sie uns besser runterputzen können. Oder uns nichts bewilligen oder gewähren müssen. Die sitzen sich quasi den Hintern breit, kriegen ihren Lohn und unsereinen machen sie nieder. So sehe ich die."[58] *Adressatin, Altglienicke.*

„Wenn die Hoffnung gestorben ist, kommt die Erkenntnis nach. An dem Punkt bin ich. Wenn man `n Scheck vom Amt kriegt, weil man grad kein Konto hat, muss man 6€ Gebühr für die Einlösung bezahlen. Da ist schon mal mehr als der Tagessatz fürs Essen futsch. Also hab ich die Banken abgeklappert, keine wollte mich. Dann hat mir `n Freund erzählt, die Postbank muss. Jetzt hab ich da wieder `n Konto eingerichtet. Hab mich auch gleich wieder `n bissel mehr wie`n Mensch gefühlt, ehrlich gesagt. ABER das kostet mich jetzt 25€ Kontoführungsgebühr im viertel Jahr, weil ich zu wenige Buchungen hab. Ich glaub, 10 pro Monat, damit die Gebühr wegfällt. Hammerhart! Wenn man das mal in Relation setzt (Schüttelt den Kopf)...Warum gibt's denn keine Barauszahlung mehr? Die zwingen mich, ein Konto zu haben. Die zwingen die Postbank, mir ein Konto zu geben, und jetzt bin ich 8,33 € pro Monat los statt 6. Alles irre, oder? Ich glaub, die sowas bestimmen, können sich überhaupt nicht vorstellen, dass solche Summen so zu Buche schlagen, aber mir tut jeder Groschen weh. Ich rechne in Cent, die in Milliarden. Das müsste sich ändern."[59]

Die Menschen erfahren ordnungspolitische Funktionsträger*innen, Ämter und Behörden in der Regel als Institutionen der Repression, Maßregelung und Disziplinierung. O-Ton: *„Ich will als Mensch behandelt werden, nicht nur als Arbeitsloser. Die sollten uns auch mal `n bisschen vertrauen. Wir sind ja nicht faul oder so. Wenn wir Arbeit angeboten kriegen würden, dann würden wir die auch sofort annehmen."*[60] Ein Grundvertrauen in solche Institutionen existiert nicht. Auch gegenüber Sozialarbeiter*innen kann diese Skepsis nur langsam, analog zu positiven Erfahrungen, abgebaut werden. Perspektivlosigkeit und daraus resultierende Motivationsschwierigkeiten, Lethargie, Hoffnungslosigkeit und das Gefühl des Abgehängtseins[61] sind zugleich der Boden, auf dem das Misstrauen gegen staatliche Institutionen und die Feindseligkeit gegen alles „Fremde"[62] weiter gedeihen und wurzeln kann.

Eine Vielzahl von Problemen, die die von uns betreuten Menschen täglich begleiten, sind genannt worden. Diese Menschen aber ausschließlich durch ihre Problemlagen und die wachsende Distanz zur Mehrheitsgesellschaft zu charakterisieren, würde ihnen Unrecht tun.

---

[58] …bis jetzt, 2011, S.20
[59] Piotrowski, Anja: Fördern, Fordern, Sanktionieren. Wie hilfreich sind diese Methoden?, 2012, Anhang; Interview
[60] Piotrowski, Anja: Fördern, Fordern, Sanktionieren. Wie hilfreich sind diese Methoden?, 2012, Anhang; Interview R
[61] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.2; Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.3
[62] Vgl. Konzept für das Projekt M.A.N.N.E. F. 2006, S.12

„Es ist ja immer einfacher, die Leute defizitär zu beschreiben: Was sie alles NICHT sind, NICHT können, NICHT haben. Und je oberflächlicher man sie betrachtet, desto schwieriger, schmieriger wird das Bild von ihnen. Darin besteht unser Job: Genauer hinzusehen als andere, uns mehr Zeit zu nehmen, uns stärker zu engagieren. Und über den/die Einzelnen hinaus auch sein/ihr Umfeld im Blick zu behalten, das unter Umständen eine große positive menschliche Energiequelle darstellt."[63] Viele unserer Adressat*innen haben außergewöhnliche Lebensgeschichten und Erfahrungen, mit denen sie konstruktiv und überaus pragmatisch umgegangen sind. Darüber hinaus verfügen diese Menschen „über ein vergleichsweise hohes Potential zur Reflexion, Selbstorganisation und Selbsthilfe. Ressourcen, wie Bildung, Arbeits- und Lebenserfahrung, familiäre Bindungen sowie soziale Kompetenzen sind häufig ausgeprägt und bieten Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Unterstützung."[64] O-Ton: *„…hab auch so Phasen, wo ich meine Ruhe haben möchte. Wo ich keine Probleme von anderen Leuten hören will. Wo ich mich wieder mit meinen Berufen befassen will. Ich bin ja Staatswissenschaftler. Dann muss ich mal ein paar Sachen lesen, die ich mir aus der Bücherei hole. Oder ein bisschen Fachliteratur, von Leuten, die ich kenne. Damit ich nicht ganz wie ein Ochs` vorm neuen Tor stehe."*[65] *Adressat, Altgliencke.*

Die Erfahrung des Scheiterns im Sinne gesellschaftlicher Normvorstellungen, die viele der Adressat*innen nachhaltig prägt, führt dazu, dass die meisten von ihnen auf die Frage nach persönlichen Stärken mit großer Unsicherheit reagieren. Es sind schließlich die sozialen Kompetenzen, wie Zuverlässigkeit, Familiensinn oder die Fähigkeit anderen zuzuhören, die neben zahlreichen handwerklichen Fähigkeiten genannt werden[66]. O-Ton: *„Besonders gut kann ich … kochen. Und mich unterhalten. Also, ernsthafte Unterhaltungen. Ratschläge geben. In fast allen Lebenslagen."*[67] *Adressatin, Altglienicke.* Es begegnen uns häufig Menschen, die sich handwerkliche oder künstlerische Fertigkeiten autodidaktisch erschlossen haben und deren Bereitschaft sehr groß ist, diese auch im Rahmen von Projekten oder Beschäftigungsmaßnahmen einzubringen. O-Ton: *„Eigentlich bastele und baue ich sehr gern, das ist mein Hobby. Ich fummele gern ein bisschen an Fahrrädern oder Mopeds oder so herum. Aber das kann ich hier nicht machen, weil mir da die Räumlichkeiten zu fehlen."*[68] *Adressat, Altglienicke.* Allzu oft durch den gruppendynamischen Alkoholkonsum und daraus entstandene Suchtproblematiken überlagert, lohnt es sich, diese teilweise verschütteten Ressourcen freizulegen und die Menschen zu aktivieren. Wesentliche Ressourcen gegen Desillusionierung und Frustration, aber auch gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit, liegen in den Menschen selbst. Unsere Erfahrungen zeigen, dass niedrigschwellige kulturelle Angebote, Beschäftigungsmaßnahmen und die Einladung zur Beteiligung an gemeinsamen Gestaltungs- und Umgestaltungsmaßnahmen der Trefforte, wie z.B. in Altglienicke, hilfreiche und nachhaltige Impulse setzen können. Die Menschen entdecken auf diese

[63] …bis jetzt, 2011, S.5
[64] Ebd. S.3
[65] …bis jetzt, 2011, S.45
[66] Vgl. Projektskizze M.A.N.N.E. F. 2007, S.2
[67] …bis jetzt, 2011, S.17
[68] …bis jetzt, 2011, S.23

Weise ihre Fähigkeiten und Potentiale neu und erfahren soziale Wertschätzung[69]. Das motiviert sie auch, eigene berufliche Perspektiven wieder für möglich zu halten und aktiv anzustreben.

Entgegen aller Vorurteile und medial aufbereiteter Legenden vom „faulen Sozialschmarotzer“ bekundet eine Vielzahl unserer Adressat*innen den Wunsch nach einer geregelten Arbeit oder einer sinnvollen Beschäftigung. O-Ton: *„Wenn ich drei Wünsche frei hätte, dann wäre das: ein Führerschein, eine anständige Wohnung und anständige Arbeit.“*[70]*Adressat, Altglienicke.*

Dahinter steht immer auch das Bedürfnis der Menschen, als gleichwertiger Teil der Gesellschaft wahrgenommen und anerkannt zu werden.[71] O-Ton: *„Am meisten freue ich mich deshalb, wenn mal wieder ein Job reinkommt, also Arbeit da ist. Meine größte Angst ist, dass ich irgendwann mal so krank bin, dass ich gar nicht mehr arbeiten kann.“*[72] *Adressat, Altglienicke.* Einige von ihnen erhalten sich trotz Langzeitarbeitslosigkeit seit Jahren eine Tagesstruktur, stehen zwischen 5 Uhr und 8 Uhr morgens auf und verbringen den Vormittag mit Erledigungen und Ämtergängen, bevor sie am frühen Nachmittag die Trefforte aufsuchen[73]. O-Ton: *„Mein Tagesablauf sieht so aus: Je nachdem, wie ich mich gesundheitlich und mental fühle, stehe ich um Sieben, Acht auf und mach mich fertig, wasch mich und alles. Dann besuche ich einen Freund oder Bekannte und erledige die notwendigen Sachen mit meiner Ärztin oder Ämtern. Oder ich geh raus, an die Kugel oder so.“*[74]*Adressat, Altglienicke.*

Auch sogenannte Wort- und Meinungsführer*innen in den Gruppen erweisen sich in ihrer Vorbildfunktion im Rahmen unserer Arbeit oftmals als wichtige Ressource. Sie fungieren als Schnittstelle zwischen Adressat*innen und Sozialarbeiter*innen/ Streetworker*innen. Oftmals ist ohne das Wohlwollen dieser Menschen eine nachhaltig wirkungsvolle Arbeit gar nicht möglich. Der Vertrauensaufbau und das Einbinden selbst schwer zugänglicher Gruppenmitglieder können erfahrungsgemäß mithilfe solcher Wortführer*innen gelingen. Interventionen können auf diese Weise bedarfsorientiert abgestimmt werden[75]. Beim sogenannten Peer-Helper-Ansatz wirken sozial kompetente Adressat*innen der Projekte auf verschiedene Weise mit, um die Situation Einzelner und/oder der Gruppe zu verbessern[76]. Insbesondere in Notfällen erweisen sich diese Menschen als Türöffner, die die Bereitschaft Hilfe anzunehmen wesentlich fördern und notwendige Interventionen anbahnen helfen.

---

[69] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.5; Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.4f
[70] …bis jetzt, 2011, S.23
[71] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.2; vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Projektskizze für die Arbeit 2013, S.3; vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.3
[72] …bis jetzt, 2011, S.24
[73] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Zwischenbericht 2007, S.2
[74] …bis jetzt, 2011, S.43
[75] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.4
[76] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.8

Interessenkonflikte im öffentlichen Raum

Welche Interessenkonflikte entstehen im öffentlichen Raum, wenn bestimmte Gruppen auf die kostenfreie Nutzung öffentlicher Plätze angewiesen sind? Wie kann damit umgegangen werden, wenn bestimmte Lebens- und Verhaltensweisen auf Unmut und Widerstand von Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und öffentlichen Einrichtungen, wie Kitas, stoßen?

Das Angewiesensein auf kostenlose Trefforte, an denen (ebenso, wie in sozial akzeptierten Räumen, wie Kneipen und Restaurants) Alkohol konsumiert wird, führt sogleich zu einem Negativbild aus Sicht der Öffentlichkeit und damit zur Stigmatisierung aller, die aus genannten Gründen solche Trefforte aufsuchen wollen und/oder müssen, um einer völligen sozialen Isolation zu entgehen. Die soziale Entwertung und Ausgrenzung, die arbeitslose Menschen täglich erleben, findet in diesen Fällen im direkten Wohnumfeld statt[77].

Verschärft wird diese Tendenz durch die Aufwertung der einzelnen Kieze und den Zuzug einkommensstärkerer Bevölkerungsschichten, die andere Lebensstile haben und mit anderen Wertmaßstäben über die Zustände urteilen, die sie in ihrer neuen Nachbarschaft vorfinden. Gerade weil es für viele unserer Adressat*innen über Jahre hinweg völlig selbstverständlich war, öffentliche Plätze zur sozialen Interaktion zu nutzen, ist das Unverständnis unter den von uns betreuten Menschen darüber groß, dass sie nun plötzlich stören. O-Ton: *„Also ich bin hier sowas wie ganz oller Adel vom Schmollerplatz. Hier hat schon meine Oma getrunken.“*[78]

Aufgrund der zentralen Lage vieler Trefforte innerhalb der einzelnen Ortsteile führen die Präsenz und das Verhalten der Adressat*innen zu Konflikten mit Anwohner*innen. Diese beklagen eine starke Beeinträchtigung ihrer Wohn- und Lebensqualität und sorgen sich um ihre und die Sicherheit ihrer Kinder. Ansässige Gewerbetreibende klagen über Einnahmeverluste durch die teilweise lautstarke und aggressive Präsenz der Platznutzer*innen, weil Anwohner*innen und Passanten Läden meiden, in deren direkter Nähe sich die von uns betreuten Menschen aufhalten. Müll, Flaschen und Glasscherben prägen oftmals das Bild der Treffpunkte. Zudem werden die Grünanlagen als Toiletten für Menschen und ihre Hunde genutzt. In Verbindung mit dem Alkoholkonsum der Adressat*innen kommt es vereinzelt zu gewalttätigen Konflikten und lautstarken, verbalen Auseinandersetzungen untereinander, seltener auch gegenüber Außenstehenden. Diese Zustände vor Ort und die teilweise unangemessenen Verhaltensweisen gehören zum Alltag der Adressat*innen und werden zunehmend von Außenstehenden wahrgenommen und problematisiert[79].

Eine Problem- und Bedarfsanalyse, die gemeinsam mit Platznutzer*innen, Anwohner*innen,

---

[77] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.4
[78] Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.8
[79] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Projektskizze für die Arbeit 2013, S.1

Akteur*innen der Verwaltung und Projektmitarbeiter*innen erstellt wurde, war Ausgangspunkt verschiedener Interventionen und der Erprobung lokaler, kontextbezogener Möglichkeiten der Entschärfung, Vermittlung und Entspannung von Konflikten im jeweiligen Sozialraum. Ein Interessenausgleich, der die Bedürfnisse aller Anwohner*innen und Adressat*innen jenseits von Verdrängung „unerwünschter" Bevölkerungsgruppen respektiert und in die Entwicklung von Nutzungskonzepten öffentlicher Plätze einfließen lässt, ist daher elementarer Bestandteil der gemeinwesenorientierten Arbeit von Gangway.

Der soziale Raum – Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit als Bestandteil von Streetwork

Der öffentliche Raum ist der Ort, den wir aufsuchen, um unsere Adressat*innen zu erreichen. Für viele Menschen ist der öffentliche Raum, in dem sie sich einen Großteil ihrer (freien) Zeit aufhalten, ein sozialer Raum. Aufsuchende Sozialarbeit, wie sie durch Gangway-Teams an verschiedenen Orten in Berlin realisiert wird, orientiert sich im Sinne der Bedarfe von Adressat*innen an den lokalen Gegebenheiten des Kiezes, in dem die Adressat*innen leben und leben wollen. In der Gemeinwesenarbeit lassen sich Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit mit dem Ziel verknüpfen, lokale Strukturen der Angebotsvernetzung und Bürger*innenbeteiligung zu schaffen und damit nachhaltige Verbesserungen der Lebensbedingungen für die Bewohner*innen im Stadtteil zu bewirken[80]. Methoden und Problemlösungsstrategien sollen in konkretem Bezug zu lokalen Gegebenheiten angewendet werden, die Bewohner*innen in diese einbeziehen und zu aktiver Beteiligung und Gestaltung ermutigen. „Individuelle soziale Problemlagen von Menschen im Gemeinwesen haben einen strukturellen Hintergrund."[81] Benachteiligung, Ausgrenzung und soziale Probleme von Menschen werden nicht als individuelle Schwierigkeiten, sondern in ihrem gesellschaftlichen Kontext betrachtet[82]. Zu den Zielsetzungen gehört es, die Beteiligung aller ansässigen Gruppen an Planungs- und Entscheidungsprozessen sowie die aktive Gestaltung, Veränderung und Verbesserung des Stadtteils zu unterstützen und zu fördern.

Merkmale, Zielsetzungen und (mögliche) Effekte von Gemeinwesenarbeit

Die Ressourcen, Besonderheiten und Problemlagen unterscheiden sich in Berlin selbst bei benachbarten Kiezen erheblich. Es liegt also nahe die Methoden, Instrumente politischer und sozialer Einflussnahme und Ideen der Ausgestaltung vor Ort gemeinsam mit den Menschen zu entwickeln. Das Methodenrepertoire muss den Gegebenheiten des Sozialraumes, den Interessen und Bedarfen seiner Bewohner*innen sowie den

[80] Vgl. Schnee, R./ Stoik, C.: Gemeinwesenarbeit – Definitionen und Begriffe. Telesozial. 2002 S.4
[81] Schnee, R./ Stoik, C.: Gemeinwesenarbeit – Definitionen und Begriffe. Telesozial. 2002 S.2
[82] Vgl. ebd. S.4; S.6

Konfliktfeldern im Kiez immer wieder angepasst werden[83].

Die Gemeinwesenarbeit hat eine intermediäre Funktion. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben besteht darin, allen Bevölkerungsgruppen die gesellschaftliche Beteiligung sowie essentielle Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu ermöglichen[84]. Die Gemeinwesenarbeit fokussiert hierbei einerseits den Stadtteil, in dem sich der Lebensalltag der Adressat*innen abspielt, andererseits nimmt sie eine Vermittler- und Übersetzerrolle zu anderen Systemebenen ein, wie beispielsweise zu Bezirksverwaltungen, Politik sowie sozialen und kulturellen Institutionen im Stadtteil[85]. Das traditionell fachbezogene Denken der einzelnen Funktionsebenen gilt es zugunsten ressortübergreifender Kooperationen und Netzwerke zu überwinden. Dies geschieht immer dann erfolgreich, wenn es gelingt den langfristigen Nutzen von Partizipation als Bestandteil demokratischer Kultur auf kommunaler und regionaler Ebene erkennbar zu machen[86]. Auch das ist Teil des (an Nachhaltigkeit orientierten) Prozesses, der im Rahmen der Gemeinwesenarbeit angestoßen werden kann. Ein großer Anteil der praktischen Arbeit im Gemeinwesen besteht demnach aus Netzwerkarbeit und der Bildung von Kooperationen. Ziel dieser Arbeit ist auch der Aufbau tragfähiger (Selbst-)Hilfestrukturen und die Entwicklung nachhaltiger Strategien zur Aktivierung und Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen im Kiez.

Die Gemeinwesenarbeit kann aufgrund ihrer vermittelnden und strukturschaffenden Arbeitsweise ein wichtiges Instrument für den Ausbau und die Stärkung regionaler politischer Beteiligungsprozesse sein, wie es seitens der EU[87] und durch die Agenda 21[88] bereits seit vielen Jahren gefordert wird. Durch die Schaffung von lokalen Schnittstellen kann eine nachhaltig orientierte Kommunikationsebene zwischen Politik, Verwaltung und Bürger*innen ermöglicht werden. Im Idealfall kann eine gemeinwesenorientierte Arbeitsweise dazu beitragen eine Verstetigung demokratischer Beteiligungskultur im jeweiligen Stadtteil zu verwirklichen. Gerade in Stadtteilen, in denen viele Menschen leben, die sich durch soziale Ausgrenzung sowie materielle und kulturelle Ressourcenarmut den demokratischen Werten zunehmend entfremden, könnte mit der Schaffung von lokalen Schnittstellen unter geringem finanziellen und personellen Aufwand sinnvoll gegengesteuert werden. In der Regel wird dies oftmals nur im zeitlich begrenzten Rahmen von Projekten erfolgreich realisiert, weil solche Schnittstellen nach Projektende nicht erhalten bleiben. Weil sich der Arbeitsschwerpunkt in der gemeinwesenorientier-

[83] Vgl. Schnee/Stoik, 2002, S.5
[84] Vgl. Spitzenberger, 2007, S.24
[85] Vgl. Schnee/Stoik, 2002, S.3; S.4
[86] Spitzenberger, 2007, S.32
[87] Das Jahr 2013 stand beispielsweise unter dem Motto „Partizipation und Engagement in der europäischen Zivilgesellschaft“. Man diskutierte in zahlreichen Fachveranstaltungen über Möglichkeiten und sinnvolle Förderinstrumente für mehr Bürger*innenbeteiligung auf allen politischen Ebenen.
[88] Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung stellte 1992 in Rio de Janeiro erstmals die wechselseitige Abhängigkeit von ökologischem Gleichgewicht, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Diskussion. Nachhaltige Lösungen, so heißt es im Schlussbericht Agenda 21, können nicht unter zentralistischer Steuerung, sondern vor allem regional, unter Beteiligung aller Akteur*innen (Bürger*innen, Initiativen, Politik, Unternehmen, Verwaltung, NGO´s) vor Ort, entstehen. Es fanden in den darauffolgenden Jahren weitere Konferenzen statt, bei denen das Thema Partizipation im Kontext lokaler Beteiligungsprozesse (Lokale Agenda 21) diskutiert worden ist.

ten Sozialarbeit auf die Veränderung sozialer Räume als Orte der Partizipation und des aktiven Gestaltens konzentriert, ohne die Einzelfallhilfe zu vernachlässigen, kann Gemeinwesenarbeit als „gesteigerte Form der präventiven Arbeit“[89] betrachtet werden. Es gilt Ausgrenzung zu verhindern und Inklusion für alle Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Dies schließt eine angemessene, adressat*innenspezifische Gestaltung von Beteiligungsangeboten ein. (siehe Kapitel „Beteiligung ist möglich“) Geeignete Rahmenbedingungen und umfassende lokale Interventionen können so eine sinnvolle und nachhaltige Strategie in der Konfliktprävention und der vorbeugenden Arbeit zur Vermeidung sozialer Segregation sein. Rückgrat solcher gemeinwesenorientierten Strategien sind Kieztreffs, Stadtteilzentren, Nachbarschaftseinrichtungen u.ä. Streetwork und andere Formen aufsuchender Arbeit (z.B. Stadtteilmütter, Familienhebammen, Integrationslotsen usw.) können und sollen im Interesse der Adressat*innen als wichtige Bausteine solcher Strategien begriffen werden.

Angesichts knapper Kassen wäre der ökonomische Nutzen nachhaltig angelegter Gemeinwesenarbeit zu erwähnen. Mit dem Fokus auf Kriseninterventionen (Feuerwehrfunktion) und dem Initiieren kurzfristiger Projekte werden häufig nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern vor allem Wissen und Erfahrung verschwendet[90]. Kurzfristig auf akute Bedarfe zu reagieren, ist eine wichtige Aufgabe von Sozialarbeit. Sie sollte aber nicht als zentrale Aufgabe betrachtet werden. Soziale Arbeit kann mehr und es darf auch mehr von ihr erwartet werden. Durch Menschen, die das Gemeinwesen und die regionalen Bedarfe kennen, können inhaltliche Prioritäten gesetzt sowie Interventionen gezielt und somit ökonomisch sinnvoll eingesetzt werden[91]. Solch eine verstetigte Form der Arbeit im Gemeinwesen schafft geeignete Rahmenbedingungen, die notwendig sind, um Soziale Arbeit verstärkt auf die Prävention von Konflikten und sozialer Marginalisierung zu fokussieren. Problemfelder müssen nicht stets aufs Neue erschlossen werden. Lokale Wissens- und Erfahrungsquellen sind nachhaltiger verfügbar. Entwicklungen, die Ausgrenzung befördern und festigen, können somit früher erkannt und mithilfe entsprechender Interventionen gegengesteuert werden.

Die geschichtliche Entwicklung der Gemeinwesenarbeit | nachgefragt bei C. Wolfgang Müller

Der Fokus auf den Sozialen Raum, in dem Menschen leben, ist keine neue Entwicklung der Sozialen Arbeit. Die Gemeinwesenarbeit hat eine lange Tradition. Ihre historischen Wurzeln gehen zurück auf die Ende des 19. Jahrhunderts in London begründete Settlement-Bewegung[92]. Sie war wegweisend für weitere Gründungen, wie das bekannte Chicagoer Hull House von Jane Adams. Den Gründungen solcher Nachbar-

[89] Spitzenberger, 2007, S.23
[90] Vgl. ebd. S.31
[91] Vgl. ebd.
[92] Die von Samuel Barnett geründete Toynbee Hall war das erste Nachbarschaft- und Begegnungszentrum im Londoner Eastend, das im Rahmen dieser Bewegung entstand. Es existiert noch heute.

schaftshäuser lag die Überzeugung zugrunde, dass Armut und soziale Ungerechtigkeit nur gemeinsam mit den Menschen bekämpft werden kann.

Einer der Begründer der Gemeinwesenarbeit im deutschsprachigen Raum ist C. Wolfgang Müller. Es gäbe viel zu dem 1928 geborenen, emeritierten Professor für Erziehungswissenschaft und Sozialpädagogik der TU Berlin zu sagen, der selbst Pädagoge und Gemeinwesenarbeiter mit einem großen praktischen Erfahrungsschatz ist. Kurz gefasst: Mit über 50 Jahren Praxiserfahrung und weit mehr als 400 wissenschaftlichen Publikationen, ist C.W. Müller – wie ihn Kolleg*innen und Freunde nennen – bis zum heutigen Tag ein geschätzter Redner, Übersetzer, Autor und Mentor. Er etablierte in Deutschland nicht nur die Soziale Arbeit als universitäre Disziplin, sondern war auch ein – nicht unumstrittener – Vertreter der sogenannten „aggressiven Gemeinwesenarbeit". Sowohl als erfahrener und leidenschaftlicher Praktiker, als auch kritischer Denker seiner Profession, trägt er auf eine unverwechselbar charmante, bodenständige und differenzierte Art sein Erfahrungswissen und seine kritischen Gedanken bis heute in die Fachdiskurse der Sozialen Arbeit. So hören wir von einem, der an der Professionalisierung Sozialer Arbeit durch eine notwendige empirische Forschung und die Erarbeitung relevanter Methoden maßgeblich beteiligt war, immer wieder auch Denkanstöße und kritische Anmerkungen zu den aktuellen Entwicklungen in der Sozialen Arbeit. Zum Dogma der Methode, der Bürokratisierung und Ökonomisierung Sozialer Arbeit formuliert er mit Paul Watzlawick ironisch: „Seitdem ich einen Hammer besitze, gerät mir jedes Problem zum Nagel."

C.W. Müller – selbst bekennender Marxist – plädiert leidenschaftlich für einen menschlichen und gesellschaftspolitisch wachen Blick in der professionellen Praxis Sozialer Arbeit; ganz unabhängig von persönlichen politischen Überzeugungen. Mit dem Gedanken einer „Kultivierung gemischter Gefühle"[93] als sozialpädagogischen Beitrag zur Postmoderne, zieht er die Vergegenwärtigung und Sichtbarmachung von Ambivalenzen ihrer Leugnung vor und ist so auch immer wieder Impulsgeber für die Praxis und Wissenschaft Sozialer Arbeit.

Wir freuen uns, dass C.W. Müller uns im folgenden Exkurs einen Einblick in die Geschichte der Gemeinwesenarbeit gibt und uns an seinen langjährigen Erfahrungen in der Praxis teilhaben lässt.

93 Vgl. "Erziehung der Gefühle als möglicher Beitrag zur Postmoderne." In: Neue Praxis, Luchterhand, 1997 Heft 3, S. 211-219

Exkurs: Helfen im Kiez und auf der Straße

C. Wolfgang Müller

Es ist richtig, dass die Gemeinwesenarbeit und insbesondere die Arbeit auf der Straße zu den jüngeren Methoden professioneller Sozialer Arbeit gehört, während die Beratung von einzelnen Notleidenden und Hilfebedürftigen und ihren Familien schon über eine mehr als hundertjährige Tradition verfügt.

Als wir in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts in der Ausbildung von Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen an der Pädagogischen Hochschule in Berlin-Lankwitz und später an der Technischen Universität Berlin die Gemeinwesenarbeit als „dritte Methode“ der Sozialen Arbeit einführten und praktizierten, waren wir an einem nordamerikanischen Konzept orientiert, das wir aggressive Gemeinwesenarbeit nannten. Es war von Saul Alinsky entwickelt und erprobt worden, vor allem in Zusammenarbeit mit Evangelischen Kirchengemeinden in Städten und Stadtteilen, die deutliche Klassenunterschiede ihrer Einwohner*innen aufwiesen und die unter Klassenkonflikten litten. Dieses Konzept war in Deutschland vom Evangelischen Burckhardthaus in Gelnhausen übernommen, gelehrt und von progressiven Evangelischen Kirchengemeinden auch praktiziert worden. Es basierte, kurz und schlicht formuliert, auf einer Skandalisierungs-Strategie, um Teile der betreffenden Wohnbevölkerung auf Missstände aufmerksam zu machen und informelle Meinungsführer*innen zu identifizieren und zu lokalem Handeln zu bewegen.

Dabei ging es um „kleine Anlässe“ wie das Fehlen eines Zebrastreifens vor einer Kita oder einer Grundschule, vor der sich immer wieder Verkehrsunfälle ereigneten oder um eine schlampige Müllabfuhr, die immer wieder zu Müllbergen führte und Ratten anzog. Aber auch um Proteste gegen unberechtigte Erhöhungen der Heizkosten bei den Städtischen Wohnungsbaugenossenschaften, die durch das massenhafte Zeigen von weißen Bettlaken vor den Fenstern der vielstöckigen Mietshäuser öffentlich gemacht wurden. Es ging also um eine mehr oder weniger aggressive Aufforderungen an Bezirksverwaltung, Polizei und Baugesellschaft, schnell tätig zu werden und die Unruhe im Stadtteil zu dämpfen. Eine solche aggressive Strategie, die mit Skandalisierung von Missständen operierte, gelang uns besonders gut in großflächigen Neubauvierteln wie dem Märkischen Viertel in Berlin-Reinickendorf, in das innerhalb von fünf Jahren mehr als dreißigtausend Bewohner*innen aus sanierungsreifen innerstädtischen Bezirken umquartiert worden waren. Es ging also, allgemein gesprochen, um die soziale Strukturierung und Mobilisierung der Bewohner*innen eines Neubauviertels – und nicht um die Wiederbelebung eines heruntergekommenen Altbauviertels, wie es viele erfolgreiche nordamerikanische Beispiele an der Ostküste des Landes vorgeführt hatten.

Entscheidende Voraussetzung für eine solche Gemeinwesenarbeit war die realistische Diagnose der vorgefundenen Planungs- und Umsetzungsmängel und die Identifizierung und Mobilisierung von sogenannten informellen Führern unter den Mieter*innen. Denn die Beispiele, die Saul Alinsky mit seinen Veröffentli-

chungen plastisch vor Augen führte, zeigten, dass es wenig Sinn hatte, sich auf die sogenannten etablierten Leitfiguren in einem Stadtteil zu verlassen. Also auf Kommunalpolitiker, Pfarrer, Lehrer, Ärzte, Apotheker und tonangebende Geschäftsleute. Sie schienen ein Viertel nicht wirklich zu repräsentieren und nicht für die Mehrheit der (unzufriedenen) Bürger*innen zu sprechen. Alinsky ging in seiner Arbeit in Kneipen und auf Versammlungen. Er besuchte die missachteten Communities von Afroamerikaner*innen, Latinos und gutwilligen Angehörigen der Evangelischen Kirche, um informelle Meinungsführer*innen zu identifizieren, zu mobilisieren und zu schulen. Wir in Berlin benutzten die Gründung einer monatlichen Stadtteilzeitung (Märkische Viertel Zeitung), die wir über Postwurfsendungen kostenlos verteilten und zu deren öffentlichen Redaktionssitzungen wir einluden. Hier sammelten wir interessierte Mieter*innen, die bereit waren, sich durch Artikel und öffentliches Auftreten erkennbar zu machen. Wir mussten allerdings aufpassen, dass wir nicht Mieter*innen erwischten, die innerhalb ihres vielstöckigen Wohnhauses nicht besonders gut angesehen waren und deshalb nicht als potenzielle informelle Sprecher*innen taugten. Auf der anderen Seite organisierten wir die damals neuen Abenteuerspielplätze für kleinere Schulkinder und suchten Eltern dafür zu gewinnen, ihre Kids (und die der Nachbarschaft) in den Sommerferien mit dem eigenen Auto in nicht-autoritäre Zeltlager zu transportieren und bei der Organisation dieser Lager eine aktive Rolle zu spielen. Gute Köche waren sehr gefragt.

Ich will mich nicht in nostalgischen Erinnerungen verlaufen. Denn wir haben heute eine offensichtlich andere Zeit, die auf eine reine Skandalisierungs-Strategie nur verhalten reagiert. Wir haben heute, wenn ich mir die bekannten Beispiele richtig interpretiere, eher eine Strategie der best-practice. Benchmarking nennen das die Kenner*innen: wo nicht gezeigt wird, was alles schief läuft und warum, sondern was es an nachahmenswerten Beispielen gibt, von denen man lernen kann. Dabei spielt nun nicht mehr die aggressive Gemeinwesenarbeit eine handlungsleitende Rolle, sondern eine andere Variante, die wir seinerzeit mit vorsichtigen Händen angefasst haben würden: die sozialpädagogische Gemeinwesenarbeit. Sie basiert nicht auf Konfrontation, sondern auf Diskussion und Kommunikation. Die Konfliktparteien sollen sich nicht mehr wortlos gegenüberstehen, sondern sie sollen an einem Runden Tisch miteinander reden und zu verbindlichen Beschlüssen kommen. Dazu aber sind zwei Voraussetzungen von Bedeutung: Die beiden Konfliktparteien müssen sich jeweils auf verbindliche Sprecher*innen geeinigt haben und sie müssen bei aller Gegensätzlichkeit ein Interesse identifizieren können, das sich als mögliches gemeinsames Interesse beider Konfliktparteien eignet. Wer einen solchen Prozess anstoßen möchte, sollte über drei Voraussetzungen verfügen: eine konkrete und realistische Einschätzung der Lage, in der sich der Konflikt entwickelt hat; eine Grundkenntnis über gruppenpädagogische und gruppendynamische Gesetzmäßigkeiten (und Möglichkeiten) und über eine einigermaßen angemessene Einschätzung der sozialen und politischen Gesamtlage, in der wir uns befinden.

Über eine realistische Einschätzung der Konfliktlage, die bearbeitet werden soll, werden die Kolleg*innen vor Ort sachkundige Auskunft geben können. Sie wird von Fall zu Fall unterschiedlich sein.

Über die gruppenpädagogischen und gruppendynamischen Abläufe bei der Identifizierung und Mobilisierung von Sprecher*innen für die jeweils gemeinsame Sache werden gutwillige Profis der Sozialen Arbeit Auskunft geben und Anleitung vermitteln können. Über die allgemeine gesellschaftliche und politisch-ökonomische Lage, in der wir uns befinden, wird ein späterer Exkurs dieses Buches mit dem Titel „Spirale der Entwertungen – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kontext sozialer und räumlicher Ausgrenzung“ (siehe auch Heitmeyer 2012) berichten. Ich möchte die dort abgedruckten Passagen mit meinen Worten unterstreichen.

Wir befinden uns heute in Deutschland in zunehmenden Spannungen und Abgrenzungen zwischen unterschiedlichen Schichtungen des von uns sogenannten Prekariats und haben es mit Berührungs- und Abstiegsängsten zwischen diesen Schichtungen und Teilen des „kleinen Mittelstands“ zu tun, der befürchten muss, für sich und seine Kinder nicht mehr mithalten und den erarbeiteten Wohlstand nicht mehr dauerhaft erhalten zu können. Beispielsweise wenn die Menschen wegen steigender Mieten und aufgrund der Umwandlung von Miet- in Wohneigentum wegziehen müssen.

Hinzu kommt, dass in Berlin heute nahezu jeder zweite Bewohner dieser Stadt nach 1990 zugezogen ist. Für ihn scheint es immer wichtiger zu werden, seine Wohnstatt als Teil eines „demonstrativen Konsums“ vorzeigen zu können, wie seine Automarke, seine Partnerin und das Gymnasium seiner Kinder. Wer diese „soziale Duftmarke“ stört oder herabwürdigt, der muss zunächst einmal mit entschlossenem Widerstand rechnen. Wenn er sich nicht eines Besseren belehren lässt.

Dazu kommt noch etwas: In Berlin ist uns eine stadtplanerische Erinnerung an die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts verloren gegangen. Damals sahen die Stadtväter eine soziale Durchmischung der Wohnbevölkerung in den sprunghaft erweiterten Neubauvierteln der Innenstadt vor. Mietshäuser von betuchten Einzelwirten sollten Etagen mit unterschiedlichem Zuschnitt und unterschiedlicher Ausstattungsqualität besitzen, damit Mieter*innen unterschiedlichen Standes im selben Mietshaus würden wohnen können: der Hauswirt und betuchte Einzelmieter*innen im (teilweise angehobenen) Erdgeschoss mit einer Einfahrt zum Hof für Kutschen der Besucher*innen, gute Bürger*innen in den beiden ersten Stockwerken und Mieter*innen minderen Standes im Obergeschoss und in den Dachgeschossen. Auf diese Weise sollte der soziale Frieden gesichert und die Kinder der niederen Schichten an ein bürgerliches Leben gewöhnt werden.

Das geht heute auf diese Weise nicht mehr. Wir haben stattdessen ein neues Konzept, um verschärfte Formen des Sich-Aneinander-Reibens unterschiedlicher sozialer Gruppen zu vermeiden: die Gated Community.

Zusammenfassung

Erwachsene, die ihren Lebensmittelpunkt im öffentlichen Raum haben, sind Menschen, denen häufig mit stereotypen Vorstellungen begegnet wird (die häufig auch zur Selbstzuschreibung werden) und die von klassischen Hilfestrukturen Sozialer Arbeit oft nicht erreicht werden. Sie benötigen niedrigschwellige Angebote, weil die Hürden für die Inanspruchnahme von regulären Hilfen für sie nicht akzeptabel und/oder zu hoch angelegt sind. Die Kontaktaufnahme und der Vertrauensaufbau zu Einzelnen und Gruppen Erwachsener im öffentlichen Raum erfordert Zeit. Komplexe Problemlagen sind in der aufsuchenden Erwachsenenarbeit nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Sie stellen für die Menschen eine weitere Hürde dar sich Hilfe zu suchen und sind für die Streetworker*innen eine Herausforderung, die ein breitgefächertes Wissen, gute Vernetzung sowie hohe Frustrationstoleranz und Flexibilität erfordert. Grundlage für die aufsuchende Arbeit ist eine sozialarbeiterische Haltung, die die Menschen in ihren Lebenswirklichkeiten akzeptiert und die Bereitschaft einschließt sich wertschätzend auf die Lebenswelten ihrer Adressat*innen einzulassen.

Adressat*innenspezifische, individuelle Beratungs- und Hilfsangebote ohne Vorbedingungen, soziale Gruppenarbeit und eine auf strukturelle Veränderung ausgerichtete Arbeit im Gemeinwesen sind die Säulen der Erwachsenenarbeit bei Gangway. Ressortübergreifende Netzwerke und Kooperationen, die im Bereich der Erwachsenenarbeit von Gangway in den Gemeinwesen gegründet und eingegangen werden, dienen dem Zweck, eine Interessenvertretung und -vermittlung sowie angemessen gestaltete Beteiligungsverfahren auf struktureller Ebene zu initiieren und zu organisieren.

Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit ist daher ein sinnvoller Bestandteil von Streetwork. Durch aufsuchende Arbeit können nicht nur einzelfall- und gruppenbezogene Interventionen geleistet werden, sondern auch nachhaltige Aktivierungs- und Beteiligungsarbeit in den Kiezen. Durch die Schaffung von lokalen Kommunikationsschnittstellen zu den Verwaltungsebenen könnte mit geringem finanziellen und personellen Aufwand die seit langem geforderte Verstetigung lokaler Beteiligungskultur unter Einbezug aller Bevölkerungsgruppen verwirklicht und entfaltet werden. Ziele dieser Arbeit sind auch der Aufbau tragfähiger (Selbst-)Hilfestrukturen, der nachhaltige Umgang mit lokalen Wissens- und Erfahrungsressourcen sowie die Konfliktprävention und die Vermeidung sozialer Segregation. Die vorhandenen Projekterfahrungen von Gangway zeigen, dass in den Kiezen ein großes Engagement- und Selbsthilfepotential schlummert, das nur aufgegriffen und sinnvoll organisiert werden muss.

Diese Perspektive auf das Potential von Stadtteilarbeit und der Aktivierung ihrer Bewohner*innen ist nicht neu. Gemeinwesenarbeit hat eine mehr als 100-jährige Tradition. Immer war es die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, auf die die Gemeinwesenarbeit zielte. Ein Blick in die nicht unumstrittene Geschichte der Gemeinwesenarbeit lohnt sich, um wertvolle Ansätze für die Gegenwart nutzbar zu machen.

Das Projekt M.A.N.N.E. F.

Der Projektname M.A.N.N.E. F. bedeutet „**M**obile **A**ngebote für **N**ichterwerbstätige und/oder **N**ichterwerbsfähige **E**rwachsene und deren **F**amilien“. Das Projekt M.A.N.N.E. F. wird seit dem 01. April 2008 durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bezirksamtes Treptow-Köpenick von Berlin gefördert. Aufgabe war es, im Sozialraum Altglienicke ein sozialarbeiterisches Angebot für Erwachsene im öffentlichen Raum zu schaffen. Ausgehend von der offensichtlichen Notwendigkeit einer spezifischen Angebotsstruktur für Erwachsene konnte M.A.N.N.E. F. seine Präsenz bald auch zusätzlich auf das Gebiet Alt-Treptow ausweiten, eine lokale Netzwerkstruktur aufbauen und verschiedene Kooperationen im Feld der Erwachsenenarbeit in Treptow-Köpenick eingehen.

Ausgangslage in Altglienicke

Erstmals im Jahr 2006 ergab sich für Streetworker*innen in Altglienicke die Notwendigkeit, ein spezifisches Angebot für Menschen über 25 Jahre zu schaffen, die zuvor nicht zur primären Adressat*innengruppe von Gangway gehörten. Das Gangway-Team Treptow sah sich vermehrt mit nichterwerbstätigen bzw. nichterwerbsfähigen Erwachsenen konfrontiert, die sich in zunehmendem Maße an unterschiedlichen Plätzen im öffentlichen Raum trafen, die sonst üblicherweise von Jugendlichen frequentiert wurden[94]. Waren es zunächst nur vereinzelte Erwachsene, die sich an einem der prominenten Trefforte, der sogenannten „Kugel“, zu den Jugendlichen gesellten, gewann diese Entwicklung rasch an Eigendynamik, sodass es zu einer konflikthaften Vermischung beider Szenen kam.

Die Kugel ist ein öffentlicher Platz in einem Neubaugebiet in Altglienicke. Das Wohngebiet entstand in den 1980er Jahren. Für die Angestellten des Flughafens Schönefeld und der staatlichen Airline „Interflug“[95] sollte Wohnraum in Arbeitsplatznähe geschaffen werden. Mit der Wiedervereinigung wurden geplante Bauprojekte zur Verbesserung der Infrastruktur eingestellt. Die Bevölkerungsstruktur des Wohngebietes veränderte sich schnell. Wer es sich leisten konnte, zog weg. Andere, vornehmlich sozial benachteiligte Familien, zogen in dieses Gebiet, in dem die Mieten bis dato erschwinglich waren. O-Töne: *„Die Gegend, wo ich wohne, find ich zum Schießen. Also, wenn es nach mir gehen würde, wäre ich sofort hier weg. Sofort.“*[96] *„Wir sind jetzt auch umgezogen, hier in der Gegend. Aber die Wohnung haben wir nehmen müssen, weil wir woanders keine gekriegt haben für das Geld. Wir könnten schon auch andere Wohnungen haben, aber die sind noch weiter weg, so in Spandau, Staaken, Marzahn und so.“*[97] Adressatin, Altglienicke.

---

[94] Vgl. Gangway Team Treptow –Altglienicke Milieubeschreibung 2006, S.2
[95] Vgl. ebd. S.1
[96] …bis jetzt, 2011, S. 15
[97] …bis jetzt, 2011, S. 16

Eine nennenswerte kulturelle und soziale Infrastruktur ist bis heute nicht vorhanden. Es gibt sehr wenige Restaurants und Läden; eine Schwimmhalle, Kultureinrichtungen oder ein Kino gibt es nicht. Eine geringfügige Verbesserung der Versorgungslage mit Einrichtungen der Jugendhilfe konnte zwar erreicht werden. Diese decken den tatsächlichen Bedarf jedoch kaum[98].

In Spitzenzeiten trafen sich bis zu 20 Erwachsene, vorwiegend Männer zwischen 35 und 65 Jahren – einige mit Vorstrafen – an der Kugel. Die meisten von Ihnen verfügten über eine mehr oder minder gefestigte rechtsextreme Gesinnung[99]. Ein problematischer Alkoholkonsum und vermehrte Konflikte aufgrund der Vermischung beider Szenen, beeinflussten das Verhalten der Jugendlichen und ihre Erreichbarkeit durch die Streetworker*innen vor Ort. Der starke Einfluss der Erwachsenen auf die ansässigen Jugendlichen ließ begründete Befürchtungen reifen, dass hierdurch eine gravierende Beeinträchtigung der erfolgreichen pädagogischen Arbeit mit den jungen Menschen und des durch jahrelange Beziehungsarbeit gewachsenen Vertrauensverhältnisses zwischen den Jugendlichen und Streetworker*innen zu erwarten war. Zahlreiche Probleme in Bezug auf den Kinder- und Jugendschutz ergaben sich infolge der Vermischung beider Szenen.

Durch die Erwachsenen hatten die Jugendlichen uneingeschränkten Zugang zu Alkohol, Computerspielen und Videos mit pornografischen und gewalttätigen Inhalten, wenn sich die Erwachsenen bei schlechtem Wetter oder in den späten Abendstunden in ihre Privatwohnungen zurückzogen und einige der Jugendlichen mitnahmen. Die Jugendlichen wurden dort auch über Nacht oder über längere Zeit geduldet. Die elterlichen Fürsorgepflichten konnten oftmals nicht ausreichend wahrgenommen werden, da viele der Eltern mit den Alkoholiker*innen befreundet waren und/oder es nicht wagten gegen diese Dynamik Einspruch zu erheben. Der Verdacht sexueller Übergriffe den Jugendlichen gegenüber erhärtete sich im Verlauf der Arbeit[100]. In einigen Fällen konnten schuldistanzierte Kinder und Jugendliche mit Hilfe der Erwachsenen die vorgebliche Anwesenheit in der Schule in den Wohnungen der Erwachsenen verbringen. Vereinzelte Jugendliche sind von den Erwachsenen dazu angehalten worden, Schulden einzutreiben, die andere Jugendliche bei den Erwachsenen hatten. Die vorherrschende rechtsextreme Gesinnung ist offen propagiert und entsprechende Einstellungen sind bei den Jugendlichen befördert worden[101]. Unterdessen mangelte es den Jugendlichen an Problembewusstsein. Sie empfanden die Situation als völlig normal und bezeichneten die betreffenden Erwachsenen als Freunde oder gar Ersatzeltern[102].

---

[98] Vgl. ebd.; http://www.berlin.de/special/immobilien-und-wohnen/stadtteile/915025-768874-altglienicke.html
[99] Vgl. ebd.
[100] Vgl. ebd. S.2; vgl. Jahresbericht Team Treptow 2008, S.1; Jahresbericht Team Treptow 2009, S.1
[101] Unsere Erfahrungen mit dem Thema Rechtsextremismus in Altglienicke und Alt-Treptow vertiefen wir im Exkurs „Spirale der Entwertungen – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kontext sozialer und räumlicher Ausgrenzung“, siehe Kapitel Beteiligung ist möglich
[102] Vgl. Gangway Team Treptow – Altglienicke Milieubeschreibung, 2006, S.2

Dieses sich rasch abzeichnende, problematische Ineinandergreifen beider Szenen und die damit einhergehenden Probleme veranlassten das Gangway-Team zu einer ersten Situationsanalyse, aus der sich die dringende Notwendigkeit ergab, mit der Schaffung eines niedrigschwelligen, sozialarbeiterischen Angebots zur Entzerrung der bereits ineinandergreifenden Szenen und speziell zum Auffangen der zum Teil stark verfestigten Problemlagen der erwachsenen Nutzer*innen der Trefforte zu reagieren.

Hierzu wurde dem bereits seit Jahren erfolgreich in der aufsuchenden Jugendsozialarbeit tätigen Gangway-Team ein zweites, speziell für die Arbeit mit Erwachsenen qualifiziertes Team an die Seite gestellt. Das Projekt hatte sich von Beginn an eine Reihe konkreter Ziele gesetzt und für deren Erreichung einen klar definierten Handlungsrahmen erarbeitet.

Ausgangslage in Alt-Treptow

Obwohl die Problemlagen und Lebenswelten unserer Adressat*innen in Alt-Treptow derer in Altglienicke sehr ähnlich sind, unterscheiden sich beide Kieze aufgrund ihrer geografischen Lage. Während die Menschen in Altglienicke nur mittelbar mit Aufwertungs- und Verdrängungsdruck ihrer Wohnumgebung konfrontiert sind, gestaltet sich die Situation in Alt-Treptow seit einigen Jahren anders. Eine rege Modernisierungs- und Neubautätigkeit fördert den massiven Zuzug ökonomisch Bessergestellter, lässt die Mieten rasant steigen und erhöht damit den (Verdrängungs-)Druck auf die alteingesessenen Bewohner*innen. Unsere Adressat*innen sind hier in zunehmendem Maße von Wohnungslosigkeit bedroht.

Verliert jemand aufgrund steigender Miete und/oder Modernisierungsmaßnahmen hier seine Wohnung, wird er eine adäquate neue Wohnung, deren Kosten sich innerhalb der Angemessenheitsgrenze[103] der Jobcenter bewegen, nicht finden. Bereits seit geraumer Zeit sind erste Fälle von Menschen bekannt, die in der Hoffnung, in ihrem Kiez eine neue, bezahlbare Wohnung zu finden, zunächst bei verschiedenen Freunden Unterschlupf finden, nach einiger Zeit erfolgloser Suche jedoch keine weiteren Optionen für zeitweise Unterkunft haben. Nach geraumer Zeit der Wohnungslosigkeit ist der Weg in die Obdachlosigkeit nur noch eine Frage der Zeit. Aufgrund der hohen Gefahr von Wohnungslosigkeit fordert die Nationale Armutskonferenz in ihrem Schattenbericht 2012 die „Erstattung der tatsächlichen Wohnkosten in angemessener Höhe, die sich nach dem tatsächlich verfügbaren Wohnraum und den Preisen bei Neuvermietung richtet.“[104] Das Problem um bezahlbaren Wohnraum stellt demnach in Alt-Treptow ein

[103] Die Mietobergrenzen der Jobcenter sind in Berlin von etwa 360 Euro im März 2014 auf rund 425 Euro Bruttowarmmiete angehoben worden. Für Stadtrandlagen, die für Aufwertungsbegehren uninteressant sind, kann zu diesen Preisen bei Neuvermietung noch Wohnraum gefunden werden. Dies gilt jedoch nicht für Kieze unter Aufwertungsdruck, wie dies in Alt-Treptow der Fall ist. So schnell wie die Mieten in den Bezirken innerhalb des S-Bahn-Rings steigen, sind die neuen Angemessenheitsgrenzen schon wieder obsolet. Die Folge ist die zwangsläufige Segregation innerhalb der Bezirke – die freiwillige in Prenzlauer Berg und die ökonomisch erzwungene in den Plattenbausiedlungen, wie im Kosmosviertel in Altglienicke.

[104] Nationale Armutskonferenz: Schattenbericht unter dem Motto „Armut ist falsch verteilter Reichtum“ 2012. S.6

permanentes Thema der Beratung und Hilfevermittlung dar. Ein Wohnraumverlust wäre für alle unsere Adressat*innen schwerwiegend; sie würden zu den sozialen Zumutungen, unter denen sie bereits jetzt leben, auch noch aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und auch räumlich an den Rand der Stadt verdrängt. Der zusätzliche Druck, der auf unseren Adressat*innen infolge der Aufwertungsprozesse lastet, verschärft die bereits bestehenden psychosozialen Problemlagen noch.

Zielsetzungen und Handlungsrahmen des Projektes

1. Erreichen der erwachsenen Adressat*innen durch das M.A.N.N.E. F.- Team

Nach der Überwindung anfänglichen Misstrauens gelang es den verantwortlichen Mitarbeiter*innen sehr schnell, mit der Gruppe und ihren Mitgliedern in Kontakt zu kommen. Dies wurde insbesondere durch ein offenes, vorbehaltloses Auftreten und durch die schnelle, unkomplizierte und konkrete Umsetzung von Hilfs- und/oder Freizeitangeboten erreicht. Um die Interessenlagen Einzelner und der Gruppe zu erkunden, wurde eine Reihe von Individual-Gesprächen geführt, deren Ergebnisse in konkrete Arbeitsaufträge mündeten.

So wurde beispielsweise immer wieder der Wunsch nach einer – irgendwie gearteten – sinnvollen Beschäftigung/Arbeit formuliert. Die Mitarbeiter*innen von M.A.N.N.E. F. bemühten sich daraufhin, einen nahe gelegenen Anbieter von MAE[105] zu bewegen, einige der Erwachsenen in sein Programm aufzunehmen. Letztendlich gelang es dann auch, sieben der zehn dort angebotenen Plätze mit Menschen aus dem Projekt zu besetzen.

In der Anfangsphase war es unerlässlich, dass neben dem geschlossenen Auftreten als Gesamt-Teams auch lange Phasen der Einzelpräsenz vor Ort gewährleistet wurden. Hier zeigten sich deutlich die Vorteile der Arbeitsprinzipien der von Gangway praktizierten aufsuchenden Sozialarbeit: Niedrigschwelligkeit, Lebensweltorientierung, Transparenz und Parteilichkeit. Die Bereitschaft „auf Augenhöhe“ mit den Adressat*innen zu kommunizieren, nicht zu moralisieren, ihre Probleme und Bedürfnisse ernst zu nehmen und sich im konkreten Lebensumfeld zu bewegen, ergaben bei den meisten Adressat*innen der Arbeit ein völlig neues Bild von Sozialarbeit, etwas, das sie – obwohl oft bereits seit Jahren Bezieher*innen von Sozialleistungen – so bisher nicht erfahren hatten. Nur so konnte ein guter Zugang zur Gruppe der Erwachsenen etabliert werden[106].

---

[105] MAE bedeutet Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung. MAE ist ein arbeitsmarktpolitisches Instrument das der Integration in den Arbeitsmarkt dienen soll. Hierbei handelt es sich um eine zusätzliche Beschäftigung von Arbeitslosen, die mithilfe öffentlicher Mittel gefördert und gemeinhin als 1-Euro-Job bezeichnet wird.

[106] Vgl. Jahresbericht Team Treptow 2008, S.1f

2. Entflechtung der Altersgruppen durch Spezialisierung der Angebote für Ältere einerseits und Jüngere andererseits

Zur Entflechtung der bereits ineinandergreifenden Szenen führte das Jugend-Team parallel zur beginnenden Erwachsenenarbeit seine Arbeit mit den Jugendlichen im Ortsteil fort. Der entscheidende Unterschied war jedoch, dass die Erwachsenen, die nunmehr „ihre eigenen“ Sozialarbeiter*innen hatten, diese Angebote nicht mehr als Konkurrenz oder gar bedrohlich empfanden. Vielmehr bestärkten sie die Jugendlichen – für uns völlig unerwartet – darin, mit den Streetworker*innen zu kooperieren. Mehr noch: Je mehr sich der Kontakt zwischen den Erwachsenen und den für sie zuständigen Gangway-Mitarbeiter*innen verstärkte, desto mehr drängten sie darauf, „unter sich“ zu bleiben, d.h. „störende“ Elemente – wie eben Jugendliche – auszuschließen. Dieser durch uns zwar nicht initiierte, wohl aber unterstützte Trend, mündete in einer größeren Bereitschaft der Jugendlichen, sich auf speziell für sie zugeschnittene Angebote einzulassen. Insbesondere jene Mädchen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren, die sich bisher auffällig oft im Dunstkreis der älteren Männer aufgehalten hatten, reagierten offensichtlich positiv auf die Angebote. So kam es beispielsweise zur Gründung einer eigenen Fußball-Mannschaft („Treptower Girls“), die sich in der Gangway-Fußball-Liga und auf diversen Turnieren tapfer schlug.

Die Tätigkeit des M.A.N.N.E. F.-Teams und die erfolgreiche Entflechtung der Altersgruppen hatten somit einen zusätzlich positiven Effekt auf die Straßensozialarbeit des Jugend-Teams von Gangway e.V. [107]. Ebenso gelang durch das gezielte Unterbreiten von exklusiven, gruppenbildenden Angeboten, wie Wochenendausflügen und gemeinsamen Umgestaltungsmaßnahmen des Treffortes eine zunehmende Identifikation der Erwachsenengruppe mit sich selbst und eine damit verbundene Abgrenzung nach außen[108].

3. Zurückdrängen des negativen Einflusses der Erwachsenen auf die Jüngeren (insbesondere mit Blick auf politischen Extremismus, sexuelle Übergriffe und Alkohol-Missbrauch)

Mit dem Aufbau belastbarer Beziehungen zu den Erwachsenen auf der einen und der Intensivierung der Arbeit mit den Jüngeren auf der anderen Seite, gelang es im Jahresverlauf zusehends die Überschneidung der Gruppen aufzulösen und die gegenseitigen Übergriffe zu reduzieren. Wie bereits beschrieben, setzte vor allem bei den Älteren ein deutlicher Wandel der Problem-Wahrnehmung ein. War bis dato jede*r willkommen, solange er*sie sich nur genügend an der Beschaffung von Alkohol beteiligte, so wandelte sich dies schnell hin zu der Bereitschaft, sich auch kritisch mit den „Kollateralschäden“ zu beschäftigen, die einige der Gruppe und ihren Mitgliedern zufügten. Exemplarisch seien hier auf die Beispiele eines besonders auffällig agierenden rechtsextremen Gewalttäters und eines immer wieder sexuell auf Minderjährige übergriffigen Mannes verwiesen. Beide wurden, auf unterschiedliche Weise, aus der Gruppe bzw. vom Treffort verdrängt. Im ersten Fall geschah dies durch konsequente Isolierung, im zweiten durch

[107] Vgl. ebd. S.
[108] Vgl. Anhang Jahresbericht M.A.N.N.E. F. 2010, S.1

aggressive Ablehnung. Die Gründe für diesen Sinneswandel mögen vielschichtig und nicht vordergründig auf das Verhalten oder die Initiative der Sozialarbeiter*innen zurückzuführen sein. Fest steht jedoch, dass durch deren Präsenz vor Ort und die damit verbundene Öffnung der Gruppe deren Mitglieder aus dem begrenzten moralischen Bezugsrahmen herausgelöst und so in die Lage versetzt wurden, allgemeine gesellschaftliche Normen und Werte auch für sich (wieder) zu entdecken und zu praktizieren.

Ganz ähnlich, wenn auch nicht hundertprozentig adäquat, verlief der Prozess der Trennung von den Jüngeren. Die Erwachsenen erkannten, dass z.B. die unkommentierte, ja forcierte Weitergabe von Alkohol an offensichtlich Minderjährige durchaus ein Problem sei und machten diesen Sinneswandel auch deutlich. Dies wiederum führte zu einem deutlichen Attraktivitätsverlust des Treffortes für die Jugendlichen. Auch drängten die Erwachsenen zunehmend auf ein gesellschafts-konformes Verhalten (z.B. keine Verschmutzung des Treffortes, kein Krach in den Abendstunden, keine Graffiti/Tags etc.), sodass die Jugendlichen sich relativ schnell und dauerhaft zurückzogen[109].

4. Weiterführung und Intensivierung der Arbeit mit den Jugendlichen des Ortsteiles, um die Entflechtung der Altersgruppen nachhaltig zu sichern

Ein eher unerwartetes Problem war der schnelle Rückzug der Jugendlichen vom Treffort. Hier waren wir von einem längeren Prozess ausgegangen, den wir hätten begleiten und ggf. auch steuern können. Stattdessen zog sich die Gruppe der Jugendlichen nicht bloß vom Treffort zurück; sie zerfiel sogar in kleine und kleinste Gruppierungen. Als größerer Zusammenhang blieb die Fußball-Mädchen-Mannschaft übrig, deren Inhalte und Interessen durch das Gangway-Team begleitet wurden. In einer Übergangsphase rückte die Individual- bzw. Kleingruppenbetreuung stärker in den Vordergrund, bis sich schließlich gegen Ende des Jahres wieder größere Gruppenzusammenhänge etablierten, die vom Jugend-Team betreut werden[110].

5. Erarbeitung eines belastbaren, zukunftsorientierten Kontaktes zur Gruppe der Erwachsenen und zu einzelnen Personen

Der Erfolg von Sozialarbeit hängt nicht zuletzt von der Belastbarkeit der individuellen Beziehungen zwischen Sozialarbeiter*innen und Adressat*innen ab. Da das Erwachsenen-Team vor allem mit Menschen konfrontiert ist, die. z.T. langjährige „Sozialhilfe-Karrieren“ durchlaufen haben, liegen in dessen Arbeitsfeld die zu überwindenden Ängste und Vorbehalte deutlich über denen, womit Jugendsozialarbeit – auch bei Gangway e.V. – ansonsten konfrontiert ist[111]. Das Misstrauen gegen Behörden und alles „Staatliche“ ist stark verfestigt. Der Druck, dem Bezieher*innen von Transferleistungen in Form ständiger Kontrolle, automatisierter Verwaltungsabläufe und stets drohender Zwangsmaßnahmen und Leistungskürzungen ausgesetzt sind, verstärkt die Tendenz,

[109] Vgl. Jahresbericht Team Treptow 2008, S.3
[110] Vgl. ebd. S.4
[111] Vgl. ebd. S.2

Vertreter*innen von Behörden und Institutionen als Gegner*innen wahrzunehmen. Unter dem Eindruck immer neuer Erfahrungen des Scheiterns und der eigenen Ohnmacht als Normalzustand entsteht für viele der Adressat*innen ein Weltbild, in dem die eigene Verantwortung auf nahezu Null reduziert und die Schuld an der eigenen Lebenssituation auf „die da oben“ abgewälzt wird[112].

Straßensozialarbeit, wie sie Gangway praktiziert, sucht Wege, um diese Spirale aus Ohnmachtserfahrungen, verfestigten Problemlagen, persönlichem Fehlverhalten und zunehmender Isolierung zu durchbrechen. Im konkreten Fall gelang dies durch eine hartnäckige Dauerpräsenz vor Ort, die sich auch nicht durch offen zur Schau gestellte Ablehnungen und/oder politisch radikale Äußerungen einschüchtern oder vertreiben ließ. Stattdessen wurden attraktive Freizeitangebote (z.B. Pilze sammeln, Tagesausflüge, Stadion- und Kinobesuche) unterbreitet, ohne Vorbedingungen und mit der Bereitschaft, sich auch streitbaren Situationen vorbehaltlos zu stellen. Dies bedeutet jedoch keinesfalls, dass die Sozialarbeiter*innen kritiklos alles hingenommen hätten, womit sie konfrontiert wurden. Von Beginn an machten sie ihre politischen, sozialen und moralischen Standpunkte deutlich. Oft genug und immer wiederkehrend wurde dies zum Ausgangspunkt für intensiv geführte Diskussionen zwischen ihnen und den Adressat*innen. Da jedoch diese Gespräche – so aggressiv und distanzlos sie von Seiten der Adressat*innen in manchen Fällen auch geführt wurden – stets vor einem Hintergrund von Respekt und Achtung stattfanden, wurden Vorbehalte und Ängste (erstaunlich) schnell abgebaut und überwunden.

Besonders hervorzuheben und von unschätzbarem Vorteil war jedoch die konkrete und schnelle Lebenshilfe, die durch die Sozialarbeiter*innen gewährleistet wurde. Die Vermittlung in Arbeitsangebote auf MAE-Basis wurde bereits erwähnt. In den Augen der Adressat*innen war dies ein dermaßen unerwartetes Ereignis, dass sie schnell dazu übergingen, auch andere Probleme an die offensichtlich erfolgreichen Streetworker*innen heranzutragen[113].

6. Erarbeitung individueller Hilfe-Strategien für die Erwachsenen

Die individuellen Problemlagen der Erwachsenen, mit denen das Projekt im Laufe der Jahre konfrontiert wurde, erschienen ebenso vielschichtig wie manifest. Es zeichneten sich jedoch einige Schwerpunkte ab, deren Bearbeitung immer wiederkehrte: Alkoholismus; Langzeitarbeitslosigkeit; Ohnmachtserfahrungen gegenüber Behörden; zerrüttete Familienstrukturen sowie bei Einzelnen körperliche Verfallserscheinungen und kriminelles bzw. gewalttätiges Verhalten.

Vielschichtige und zum Teil stark verfestigte Problemlagen kennzeichnen die Lebensläufe der einzelnen Gruppenmitglieder und begründen den hohen Bedarf an individuellen Beratungs- und Hilfsangeboten. Als „roter Faden“, der die Biographien der Adres-

[112] Vgl. ebd. S.3
[113] Vgl. ebd. S.3

sat*innen stetig durchzog, erwies sich das fortdauernde Erfahren des Scheiterns. Dabei war es völlig unerheblich, ob diese Lebensläufe im Ost- oder Westteil Deutschlands begonnen hatten – auch etwas, das so nicht zu erwarten gewesen wäre. Da es zu Beginn der Arbeit von M.A.N.N.E. F. mit dieser spezifischen Adressat*innengruppe nur wenig Erfahrungen gab, wurden viele Methoden und Routinen erst durch das praktische Tun entwickelt. Sie alle beruhten auf den durch Gangway entwickelten Handlungsansätzen, mussten jedoch auf die konkreten Bedarfe abgestimmt werden. So kommt z.B. der Transparenz der Arbeit eine ganz besondere Rolle zu, weil der Großteil der Adressat*innen bereits negative Erfahrungen mit für sie undurchschaubaren Vorgängen „im Amt“ gesammelt hatte und das Misstrauen entsprechend groß war. Auch die Parteilichkeit, ein weiterer Grundsatz der Arbeit, hat im Rahmen von M.A.N.N.E. F. einen ganz besonderen Stellenwert, hat doch diese Klientel kaum eine Lobby. Auf der individuellen Betreuungsebene übernehmen die Streetworker*innen in diesem Zusammenhang die Funktion von „Dolmetscher*innen“ zwischen Behörden und Menschen. Im Gruppenzusammenhang geht es eher um die Mediation von Konflikten im direkten Wohnumfeld[114]. Auch hier zeigt sich die Relevanz der vermittelnden Funktion von Gemeinwesenarbeit, die auf eine nachhaltige Verbesserung der Kommunikation zwischen Verwaltung, Anwohner*innen und Adressat*innen zielt und – anders als bei Streetwork als Einzel- bzw. Gruppenleistung – auf Gemeinwesenebene allparteilich und interessenausgleichend agiert.

7. Konfliktvermittlung im öffentlichen Raum

Der Standort der Erwachsenen-Gruppe an einem prominenten Ort im Wohngebiet und das Verhalten der Gruppe brachten es mit sich, dass die sich dort treffenden Menschen einer gewissen Stigmatisierung durch die Anwohner*innen ausgesetzt waren. Sie wurden nicht länger als Nachbar*innen betrachtet, sondern sanken, insbesondere in den Augen derer, die Arbeit hatten, auf das Niveau von „Pennern, Trinkern und Asozialen“. Dementsprechend wurden sie auch behandelt. Dies wiederum führte zu einer Verstärkung des Selbstbezuges der Gruppe nach der Maxime „Wenn uns ohnehin alle als Aussätzige behandeln, dann verhalten wir uns eben auch genauso.“ Die sich so gegenseitig aufschaukelnden Spannungen verstärkten einander derart, dass die Situation im Frühjahr 2008, als das Team M.A.N.N.E. F. seine Arbeit aufnahm, immer wieder eskalierte.

Durch die positiven Veränderungen innerhalb der Gruppe im Verlauf der Projektarbeit wurde der Prozess der Marginalisierung gebremst und in einigen Fällen sogar umgekehrt. Exemplarisches Beispiel hierfür war zweifellos die farbliche Neugestaltung des Platzes durch die Gruppe selbst. Einmal mehr bewies sich hier die Wirksamkeit der Prinzipien der Niedrigschwelligkeit und Lebensweltorientierung, wie sie durch Gangway praktiziert werden. Während andere Beteiligte große Pläne schmiedeten, wie die Bevölkerung des Ortsteils motiviert werden könne, sich an dessen Pflege zu beteiligen

[114] Vgl. ebd. S.4

(nichts davon wurde letztlich realisiert), griffen die Erwachsenen gemeinsam mit uns einfach zu Farbe und Pinsel, grillten nebenbei und strichen so an zwei Wochenenden ihren Treffort neu an. Nebenbei wurden Graffiti entfernt (inklusive der Hakenkreuze und SS-Runen), Scherben und diverse Hundehaufen entsorgt[115]. Beteiligung kann, so unsere Erfahrung mit den von uns betreuten Menschen, am besten gelingen, wenn sie direkt und ohne Barrieren, wie z.B. lange Planungsverfahren, realisiert werden kann (siehe Kapitel „Beteiligung ist möglich“).

In jedem Falle trugen das veränderte Verhalten der Gruppe und ihre sichtbare Aktivität eine Reihe positiver Früchte. So hat sich das Verhältnis zu den Anwohner*innen deutlich entspannt, was sich u.a. darin äußert, dass die Polizei immer seltener gerufen wird. Auch wird der Weg quer über den Treffort wieder zunehmend durch die Anwohner*innen genutzt. Insgesamt hat der Ortsteil im Rahmen des dort Möglichen ein Stück Lebensqualität zurückgewonnen[116].

8. Schaffung eines Netzwerkes von unterstützenden und weiterführenden Angeboten

Durch unsere intensive Begleitung und den z.T. engen Kontakt zu den von uns betreuten Menschen, haben wir einen umfassenden Blick auf die Menschen und wissen sehr genau um die Möglichkeiten und Grenzen unserer Adressat*innen. Dies ermöglicht uns eine sehr persönliche Perspektive, die nicht – wie es bei den regulären Hilfestrukturen häufig der Fall ist – durch Zugangsvoraussetzungen und Ausschlusskriterien beeinträchtigt wird[117]. Wie bei allen anderen Projekten der aufsuchenden Sozialarbeit, hängt auch beim Projekt M.A.N.N.E. F. der Erfolg von der Qualität des Systems weiterführender Hilfen ab. In vielen Kiezen gibt es eine große Anzahl an professionellen und ehrenamtlichen Hilfe- und Beratungsstrukturen, die sich bemühen, auch die Adressat*innen unserer Angebote zu erreichen. Sie verdienen große Wertschätzung, denn die finanziellen und politischen Rahmenbedingungen sind oftmals nicht optimal. Dennoch stellen wir fest, dass eine Vielzahl der Angebote thematisch stark begrenzt ist und/oder die Schwellen so hoch sind, dass unsere Adressat*innen sie nur schwer oder gar nicht überwinden. Wir sehen unsere Aufgabe daher auch darin, Hilferessourcen für unsere Adressat*innen zu erschließen, die Akteur*innen vor Ort für bestehende Bedarfe zu sensibilisieren und sie zu ermutigen, sich auch weiteren Themenfeldern und Herangehensweisen gegenüber zu öffnen[118]. Die inhaltliche Vielfalt der Hilfebedarfe reicht von der Bewältigung familiärer Krisen, Erziehungsberatung, der Unterstützung bei drohendem Wohnungsverlust, Begleitung zum Jobcenter, über Rechtsberatungen und die Vermittlung von juristischem Beistand bei Straffälligkeit bis hin zur Bearbeitung von Sucht- und Schulden-Problematiken, Nothilfe bei gesundheitlichen Problemen und der Unterstützung bei einer Vielzahl ähnlich gelagerter Probleme[119].

---

[115] Vgl. ebd. S.5
[116] Vgl. ebd.
[117] Vgl. …bis jetzt, 2011, S.4f
[118] Vgl. …bis jetzt, 2011, S.4
[119] Vgl. Projektskizze ESF – M.A.N.N.E. F., 2007, S.11

Diese Vielzahl unterschiedlicher Bedarfe setzt eine engmaschige Kooperation und Netzwerkarbeit mit anderen Institutionen und Einrichtungen voraus. Hier erwies es sich als vorteilhaft, dass das Gangway-Jugendteam bereits seit mehreren Jahren vor Ort arbeitete und über ein funktionierendes, lokales Netzwerk verfügte. Vor allem die Unterstützung, die das Projekt von Beginn an durch die Abteilungen Jugend und Bildung sowie Gesundheit und Soziales des Bezirksamtes Treptow-Köpenick erfuhr, ermöglichte den raschen Ausbau dieser Kontakte hin zu anderen, für die Erwachsenenarbeit notwendigen Einrichtungen, Behörden, Trägern und Projekten. Im Zuge der Umsetzung des Projekts wurde ein Steuerungsgremium etabliert, in dem neben den Stadträt*innen der genannten Bereiche auch das Sozialamt, die Suchthilfekoordination sowie die Geschäftsführung von Gangway e.V. vertreten sind. Aufgabe dieses Gremiums ist neben der Evaluierung der Arbeit auch die Unterstützung bei der Netzwerkbildung bzw. die Erschließung neuer Ressourcen und ggf. die Neuausrichtung der Angebote.

So arbeiten wir mittlerweile mit Hausverwaltungen ebenso erfolgreich zusammen wie mit Schuldnerberatungen, Jurist*innen, dem Jobcenter, dem Sozialamt und Alkohol-Selbsthilfegruppen, um nur einige zu nennen. Besonders hervorzuheben sind an dieser Stelle auch projektbezogene Kooperationen, z.B. mit dem „Offensiv 91 e.V.“, dem Träger der MAE, bei dem eine Reihe von M.A.N.N.E. F.-Adressat*innen sehr niedrigschwellig in eine Arbeitsmaßnahme vor Ort integriert werden konnten. Auch die regelmäßig samstags stattfindende „Tiertafel“ in Baumschulenweg, bei der wir mit Beratungs- und Hilfsangeboten ebenso vor Ort sind wie bei der Lebensmittelausgabe „Laib und Seele“ in der evangelischen Bekenntniskirche in Alt-Treptow, sind dauerhafte Kooperationspartner, die sich im Rahmen der Erwachsenenarbeit von M.A.N.N.E. F. als wichtige Anknüpfungspunkte für notwendige, pragmatische Hilfen und weiterführende Angebote erwiesen haben.

Die Präsenz von M.A.N.N.E. F. an solchen Ausgabestellen für Lebensmittel, Tierfutter und Tierbedarf führte zu einem höheren Bekanntheitsgrad unserer Angebote. Infolgedessen kam es hier verstärkt zu Einzelbetreuungen und Vermittlung weiterführender Hilfen. Diese umfassten vor allem die Felder Gesundheitsberatung, Schulden und Vermeidung von Wohnungsverlust.

Effekte der Arbeit für die Menschen

Damit unsere Angebote und Hilfen in Anspruch genommen werden können, muss unser Projekt im Kiez bekannt sein. Unsere verlässliche Präsenz, das Erleben von respektierendem Verhalten, Interesse und Akzeptanz sind Grundvoraussetzungen für das Vertrauen, das wir gewinnen müssen, um Angebote und Hilfen, die den tatsächlichen Bedarfen entsprechen, anbieten zu können. Positive Erfahrungen, die Menschen mit uns und unseren Angeboten machen, sprechen sich schnell herum und erhöhen unsere Chancen, auch Menschen zu erreichen, die den Kontakt zu Institutionen und ihren Vertre-

ter*innen vor dem Hintergrund schlechter Erfahrungen und Misstrauen scheuen. Aus jährlich etwa 350 Kontakten entstehen durchschnittlich 65 längerfristige Betreuungen. Durch erfolgreiche Hilfevermittlung und die individuelle Vorbereitung und Begleitung der Menschen durch die verschiedensten Phasen der Problembewältigung ist es uns in den vergangenen Jahren gelungen, Ängste und Misstrauen gegenüber staatlichen Hilfesystemen abzubauen und eine stabile Vertrauensbasis zu den Adressat*innengruppen zu etablieren.

Darüber hinaus konnten wir die von uns betreuten Menschen dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten im Umgang mit Behörden zu erweitern, die Behördensprache verstehen zu lernen, Briefe zu formulieren und somit an Selbstsicherheit zu gewinnen. Das passiert nicht immer reibungslos. Vor allem dann nicht, wenn sich seit geraumer Zeit die amtliche Post ungeöffnet stapelt und das Öffnen unweigerlich zu einer Fülle von unangenehmen Wegen führt, um die Angelegenheiten wieder in Ordnung zu bringen.

Die Resignation aufzufangen, die Sachverhalte zu sortieren und dabei zu helfen die notwendige Tatkraft und den Mut wiederzufinden, erfordert Geduld und die professionelle Bereitschaft, auch dritte und vierte Chancen auf Hilfestellung zu geben. Wir haben oft erlebt, dass die Menschen überfordert aufgeben und erst beim dritten oder vierten Anlauf der Mut ausreicht, den Weg bis zum Ziel zu gehen. O-Ton: *„Nach der WM 2006 dann hab ich zu mir gesagt: `Nee, so geht das irgendwie nicht weiter!´ Die WM hab ich noch durchgezogen und danach einen Schlussstrich gemacht. Und bin aufs `Trockendock` gegangen. Zuerst bin ich zur Entgiftung in die Klinik und dann habe ich den Fehler gemacht, einmal in der Woche zu so einer Gruppe zu gehen. Das ging mir dermaßen auf den Kopp! So hat das bloß drei Monate gehalten. Pech gehabt. Beim zweiten Mal, 2008, hab ich das nicht gemacht und seitdem bin ich auf dem `Trockendock` geblieben.“*[120] *Adressat, Altglienicke.* Wir müssen anerkennen, dass ein Teil unserer Adressat*innen ebendiese geduldige Form der Unterstützung braucht. Unsere Arbeit orientiert sich an den tatsächlichen Bedarfen der Menschen. Dazu gehört, dass auch eine dritte und vierte Chance nicht verwehrt wird.

Konnten notwendige Hilfen nach einigen Anläufen erfolgreich organisiert werden und drängende Probleme, wie z.B. das Abzahlen von Schulden, verbindlich bearbeitet werden, setzt dies auch eine persönliche (Weiter-)Entwicklung in Gang. Erfolgserlebnisse, wie die Bewältigung von lang aufgeschobenen Problemen, stärken das Selbstvertrauen, ermutigen dazu weitere Baustellen in Angriff zu nehmen und zeigen, dass es greifbare Möglichkeiten der Hilfe gibt. Auch den konstruktiven Umgang mit dem

[120] …bis jetzt, 2011, S. 53

Scheitern und enttäuschten Erwartungen (z.B. bei gescheiterten Suchttherapien, Abbruch des Familienkontaktes) versuchen wir in unserer Arbeit zu fördern, indem wir Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, Selbsthilfegruppen vermitteln, das Durchhaltevermögen bei weiteren Anläufen unterstützen und die Selbstermächtigung als Alternative zur Resignation Schritt für Schritt begleiten. Einer Vielzahl von Menschen konnten wir in dieser und ähnlicher Form Rückhalt bieten.

Die individuelle Arbeit mit den Adressat*innen hat direkten Einfluss auf die Struktur der Nutzer*innengruppen von öffentlichen Plätzen. Verfestigte und destruktive Gruppenstrukturen können so aufgebrochen werden und Raum schaffen für ein erweitertes Problembewusstsein; etwa in Bezug auf das Auftreten und Verhalten und dessen Wirkung auf das Wohnumfeld im Kiez. Auf Gruppenebene ist es hier insbesondere die Zusammenarbeit mit den Wort- und Meinungsführer*innen in den Gruppen. Ihr Ansehen in der Gruppe ermöglicht im Idealfall einen multiplikatorischen Effekt was die Erreichbarkeit von stark zurückgezogenen Gruppenmitgliedern betrifft. Die Bereitschaft Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen, kann dadurch erhöht werden. Die gegenseitige Unterstützung innerhalb der Gruppe kann dadurch gestärkt und nachhaltig stabilisiert werden[121].

Durch breit gefächerte Netzwerkarbeit im Gemeinwesen konnten sowohl Akteur*innen aus Verwaltung und lokaler Politik als auch Anwohner*innen und soziale Einrichtungen für konfliktvermittelnde und präventive Lösungen jenseits der Verdrängung unserer Adressat*innen aus dem öffentlichen Raum sensibilisiert werden.

Koordination und Netzwerkbildung

Die Bildung eines ressortübergreifenden Netzwerkes trägt neben der feldbezogenen, auf strukturelle Veränderungen zielenden Netzwerkarbeit auch dem Anspruch der Nachhaltigkeit Rechnung. Den betreuten Menschen soll sowohl in Bezug auf weiterführende Hilfen, als auch im Kontext von Selbsthilfe und Partizipation, eine tragfähige Basis im jeweiligen Sozialraum geboten werden.

Steuerrunde

Eine entscheidende Bedingung für das Gelingen eines ressortübergreifenden Handelns im Sinne unserer Adressat*innen war die gemeinsame, konzeptionelle Ausarbeitung, Steuerung und Evaluation der Arbeit von M.A.N.N.E. F. durch eine Steuerrunde unter der engagierten Beteiligung der Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit Ines Feierabend, den Jugendstadträten Dirk Retzlaff und später Gernot Klemm, dem Suchthilfekoordinator Mario Nätke sowie Vertreter*innen von Gangway.

[121] Piotrowski, Anja – „Was hat unsere Arbeit den Adressat*innen konkret gebracht?“

Ziel war es von Anfang an die Bedarfe der Adressat*innen zum Ausgangspunkt der zu entwickelnden Angebote zu machen. Dass dies gelingen konnte, verdanken wir zum einen der Bereitschaft aller Beteiligten zu einer unvoreingenommenen Draufsicht auf die Möglichkeiten und Grenzen der Erwachsenenarbeit, einer konstruktiven Kommunikation sowie dem Willen, gemeinsam eine Schnittstelle ressortübergreifenden Handelns zu bilden. Zum anderen – und das ist nicht die Regel – war die Zusammenarbeit von großem Engagement und praktischer Durchsetzungskraft geprägt, die u.a. themenspezifische Kooperationen mit verschiedenen Ressorts der Berliner Verwaltung (beispielsweise Jobcenter, Ordnungsamt, Grünflächenamt) ermöglichte.

Zu Beginn des Jahres 2015 ist die von uns hochgeschätzte Bezirksstadträtin Ines Feierabend als Staatssekretärin in das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Thüringen berufen worden. Ines Feierabend hat das Projekt M.A.N.N.E. F. auf den Weg gebracht und die Förderung über Mittel des Europäischen Sozialfonds bei der Senatsverwaltung erkämpft. Ihre Präsenz und Bürgernähe und ihre partnerschaftliche, transparente Arbeitsweise hat uns beeindruckt. Die Reichweite und Wirkung unserer Angebote wird positiv verstärkt, wenn die Zusammenarbeit mit Verantwortlichen wie Ines Feierabend von wirklichem Interesse für die Menschen und einem entsprechendem Engagement getragen ist. In ihrer Funktion als Bezirksstadträtin war sie für uns eine wichtige Schnittstelle zur Verwaltung, insbesondere zum Jobcenter. Wir bedanken uns – auch im Namen unserer Adressat*innen – für die gute Zusammenarbeit und wünschen ihr viel Erfolg in Thüringen.

Exkurs: Antworten von Ines Feierabend, Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit in Treptow-Köpenick

... Acht Jahre Erwachsenenarbeit bei M.A.N.N.E. F. sind wirklich eine lange Zeit. Angefangen hat alles mit einer Idee niedrigschwelliger, aufsuchender Sozialarbeit für Menschen in verschiedenen Problemlagen an der Kugel in Altglienicke. Dort gab es Konflikte in vielerlei Hinsicht und zunächst wenig Lösungen. In acht Jahren ist viel passiert vor allem an Entwicklung von Infrastruktur, ressortübergreifender Kooperation und das mit Blick auf die Menschen. Die Betreuung und Aktivierung dieser Menschen passt so in keine Schublade unserer gesetzlich fixierten Möglichkeiten. Deshalb ist ein Projekt wie M.A.N.N.E. F. auch wichtig und erfolgreich gewesen. Ein Projekt wie M.A.N.N.E. F. wäre nicht von Nöten, wenn benachteiligte Menschen in unserer Gesellschaft nicht benachteiligt würden. Benachteiligungen ausgleichen, Partizipation ermöglichen und das für alle Menschen ist ganz sicher ein sozialpolitischer Auftrag! Es sind Netzwerke entstanden, Kommunikation wurde aufgebaut ausgerichtet auf Menschen, die für viele normale Bürgerinnen und Bürger nicht in den Kiez gehören und den „guten Schein" stören. Die mehrfach benachteiligten Erwachsenen haben Ansprechpartner gefunden, sind gehört und beraten worden. Konflikte haben sich entschärfen lassen. Schade, dass das Projekt zu Ende geht.

... Es gibt nicht ausreichend angemessenen Wohnraum nach SGB II und XII. Zugleich entstehen in den kommenden Jahren über 30.000 Wohneinheiten. Hier ist der Auftrag auf eine soziale Mischung Einfluss zu nehmen und auch Wohnen für bedürftige Menschen zu ermöglichen. Der Bezirk hat Leitlinien zur Entwicklung von Wohnungsbaupotenzialen beschlossen. Eine Leitlinie ist auch der Erhalt und die Stärkung einer sinnvollen Nutzungsmischung. In der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick ist Verdrängung ein Thema.

*... der Austausch, die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Bürger*innen, sozialen Projekten und lokalen Initiativen ist mein Politikansatz als Sozialpolitikerin – und nur so geht Kommunalpolitik. Bürger*innenbeteiligung ist produktiv, macht aber der Verwaltung auch Mühe. Da sollte man ehrlich sein. Aber wem nützt was, was keiner in den Ortsteilen wirklich will. Berlinerinnen und Berliner haben heute weitgehende Instrumente der Bürgerbeteiligung. Grenzen für Bürgerbeteiligung sehe ich da, wo andere Menschen ausgegrenzt werden sollen, wo z.B. mittels Bürgerbegehren oder Einwohnerantrag erreicht werden soll, dass Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge oder auch obdachlose Menschen aus dem Bezirk verdrängt werden.*

Wie das Leben in Berlin aussehen würde, wenn morgen meine politischen Ziele umgesetzt wären? Da fiele mir ganz viel ein: Wer langzeitarbeitslos ist und arbeiten möchte, erhält Arbeit. Es gibt Begegnungsmöglichkeiten für Menschen in den Kiezen, wo sie gewünscht werden. In den Bezirksverwaltungen gibt es für Dienstleistungen an den Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Personal. ... und Vernetzungsstrukturen Raum geben; einen stabilen Ansprechpartner, der die Vernetzung in der Verwaltung befördert, wäre bestimmt sehr hilfreich.

Fachtreffen

In Fachgesprächen wurden Bedarfe, Möglichkeiten und Grenzen der zu entwickelnden Angebote und Hilfen intensiv diskutiert. Hierbei spielen zugrundeliegende Problemfelder, wie Hartz IV, die Wohnraumsituation und die mangelhafte Versorgung mit Beschäftigungsangeboten eine ebenso große Rolle, wie konkrete Lösungsvorschläge für die Gestaltung des Zusammenlebens an prägnanten Plätzen, wie z.B. dem Schmollerplatz und der Kugel in Altglienicke[122]. Im Oktober 2011 fand zu diesem Zweck ein erstes Fachtreffen mit Vertreter*innen aus der Bezirkspolitik und verschiedenen Feldern der Sozialarbeit statt, an dem auch Menschen teilnahmen, die durch das Projekt betreut worden sind[123]. Diese Fachtreffen werden in regelmäßigen Abständen – sowohl in Altglienicke, als auch in Alt-Treptow – mit jeweils bis zu 50 Teilnehmer*innen veranstaltet[124].

Die durch M.A.N.N.E. F. betreuten Menschen nehmen hier die Gelegenheit wahr, u.a. mit Vertreter*innen verschiedener Ebenen der Lokalpolitik, der Verwaltungen (Suchthilfekoordination, Grünflächenamt, Jobcenter, Ordnungsamt), sozialer Einrichtungen und lokaler Beschäftigungsprojekte auf Augenhöhe zu sprechen[125]. Bestehende Barrieren können so abgebaut und Dialoge gefördert werden, die allen Beteiligten ein besseres Verständnis der jeweils anderen Perspektiven ermöglichen. Die Adressat*innen des Projektes können in diesem Rahmen ihre Bedürfnisse und Forderungen direkt an Menschen richten, die in ihrer beruflichen Funktion über wesentliche Lebensbereiche unserer Adressat*innen mitentscheiden. Partizipative Prozesse finden hier auf allen Ebenen statt. Unsere Adressat*innen erleben sich so als Handelnde und aktiv Gestaltende; eine Erfahrung, die vielen von uns betreuten Menschen fehlt. Durch die große Transparenz der gemeinsam angestoßenen Veränderungen und Beteiligungsmöglichkeiten im Lebensumfeld lassen sich häufig auch stark resignierte Menschen motivieren ihre Interessen zu vertreten, eigene Ziele zu formulieren und in wesentlichen Lebensbereichen wieder gestaltend tätig zu werden[126].

[122] Vgl. Zusammenfassung 1. Fachtreffen, abrufbar unter http://www.gangway.de; Team M.A.N.N.E. F.
[123] Vgl. M.A.N.N.E. F. Jahresbericht 2012, S.1
[124] Vgl. ebd. S.2
[125] Vgl. ebd.
[126] Vgl. M.A.N.N.E. F. Jahresbericht 2012, S.2

Arbeitsgemeinschaften

Die innerhalb der Fachtreffen diskutierten Themenschwerpunkte, Anliegen, Bedarfe und Erfahrungen werden gesammelt und anschließend in gemeinsamen thematischen Arbeitsgruppen in konkrete Handlungsoptionen und pragmatische Umsetzungsmöglichkeiten übersetzt.

AG Arbeit

Das Fehlen von Lohnarbeit und sinnstiftender Beschäftigung ist entgegen aller Vorurteile das vordringlichste Problem, das von unseren Adressat*innen genannt und als große psychische Belastung empfunden wird. Der Wunsch nach einem Arbeitsplatz, einer sinnvollen Tätigkeit und damit verbundener finanzieller Autonomie ist bei nahezu allen unserer Adressat*innen sehr stark. Hier äußert sich das Bedürfnis als gleichwertiges Mitglied der Gesellschaft wahrgenommen zu werden und sich mit den eigenen Fähigkeiten und Potentialen einzubringen. Insbesondere bei den Adressat*innen in Altglienicke, die sowohl sozial als auch räumlich an den äußersten Rand Berlins gedrängt leben, zeigt sich das Gefühl des „Abgehängtseins“ deutlich[127]. Diejenigen unserer Adressat*innen, die dem Jobcenter noch als vermittelbar zur Verfügung stehen, hangeln sich oft von einer Arbeitsmaßnahme zur nächsten; immer in der Hoffnung auf eine langfristige Beschäftigung und eine Entlohnung, die aus der Abhängigkeit vom Hilfesystem führt.

O-Ton: *„Später habe ich dann in der `Försterei` einen geringfügigen Job gemacht. Nach den Spielen das Stadion gefegt, im Winter Schnee geschippt, alles sowas. Der Verein hatte das organisiert. Das war so ein Mini-Job für hundert Euro oder jedenfalls für das, was ich dazu verdienen darf. Gerade jetzt mache ich das auch, in der UFA-Fabrik. Da bin ich in der Bäckerei so eine Art `Mädchen für Alles` oder Hausmeister. (…) Eine richtige reguläre Arbeit hat mir bis jetzt keiner vermittelt.“*[128] *Adressat, Altglienicke*.

Die Arbeitsgemeinschaft Arbeit, in der unterschiedliche Abteilungen der Jobcenter mitarbeiten, versucht gemeinsam mit lokalen Beschäftigungsträgern und den Betroffenen selbst geeignete Beschäftigungsmaßnahmen zu entwickeln, auszugestalten und den zuständigen Stellen zur Durchführung zu empfehlen[129]. In der Praxis ist das Ringen um geeignete Arbeitsangebote eine der schwierigsten Aufgaben. „Schwierig ist hierbei, wenn Maßnahmen aufgelegt werden, die eine befristete Dauer haben und nicht nachhaltig wirken können. Dies wirkt erfahrungsgemäß kontraproduktiv, da

[127] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014, S.3f
[128] …bis jetzt, 2011, S.54
[129] Vgl. ebd. S.4

unsere Adressat*innen nach Beendigung solcher Maßnahmen, die für sie u.a. auch Wertschätzung, Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung bedeuten, oft in ein größeres Loch fallen und dadurch Probleme potenziert werden.“[130]

Im Rahmen der AG Arbeit ist u.a. eine MAE-Maßnahme des Trägers „Offensiv 91 e.V.“ initiiert worden, in der von 10 vorhandenen Plätzen 7 durch Menschen besetzt werden konnten, die durch M.A.N.N.E. F. betreut wurden. O-Ton: *„In der Zeit, in der die* (Maßnahme; Anm. Redaktion) *lief, hatte ich `ne Aufgabe. Ich wurde gebraucht da auf der Arbeit. Ich hab was Sinnvolles gemacht, was dazugelernt auch. Also Catering zum Beispiel und Computer im Büro und Auftragsannahme. Das war richtig schön. Ich war unter Leuten, der Tag verging nicht so sinnlos. Man hatte mal `ne Abwechslung.“*[131]

Nach dem Auslaufen der Arbeitsmaßnahme mehrten sich vor Ort die Probleme erneut. Insbesondere der Treffort an der Kugel in Altglienicke verzeichnete mit dem Anbrechen der warmen Jahreszeit wieder verstärkten Zulauf. Eine Reihe von Erwachsenen, die zwischenzeitlich in der MAE untergekommen waren und damit einen anderen, von Arbeit geprägten Alltags-Rhythmus entwickelt hatten, fielen wieder in ihren alten Lebensstil zurück, der vornehmlich von öffentlichem Alkohol-Konsum und entsprechendem Auftreten geprägt war[132].

In Alt-Treptow gelang es ebenfalls, einen nahe gelegenen Träger zu finden, der bereit war, eine MAE analog zu der in Altglienicke zu etablieren, mit der wir in der Vergangenheit so gute Erfahrungen gemacht hatten. Leider hatte dieser Träger sehr explizite eigene Vorstellungen, sodass es schließlich lediglich gelang, drei unserer Adressat*innen dort unterzubringen, obwohl unsere Vermittlungstätigkeit beim Jobcenter überhaupt erst ein Gelingen dieser MAE ermöglicht hatte[133].

Bei dem Versuch geeignete Maßnahmen zu entwickeln und entsprechende Träger zu finden, ist die Niedrigschwelligkeit der Angebote besonders wichtig: Die Wohnortnähe, vermittlungshemmende Faktoren, wie Erwerbsminderung oder Suchtproblematiken, werden dabei ebenso berücksichtigt, wie Bedarfe im öffentlichen Raum, wie z.B. die Gestaltung und Pflege von öffentlichen Plätzen. Eine nachhaltige, individuelle Stabilisierung und soziale Integration erfahren unsere Adressat*innen, wenn sich Beschäftigungsinstrumente in ihrer Ausgestaltung an den Bedarfen und Möglichkeiten der von uns betreuten Menschen orientieren[134].

Nach mehreren missglückten Versuchen infolge des Auslaufens der MAE-Maßnahmen in Altglienicke, weitere geeignete, niedrigschwellige Beschäftigungsmaßnahmen für unsere Adressat*innen zu initiieren, ist es 2013 in Kooperation mit dem Abenteuerspiel-

---

[130] Zusammenfassung 2. Fachgespräch am 22.02.2012; abrufbar unter http://www.gangway.de; Team M.A.N.N.E. F.
[131] Piotrowski, Anja: Fördern, Fordern, Sanktionieren. Wie hilfreich sind diese Methoden?, 2012, Anhang; Interview R
[132] Vgl. M.A.N.N.E. F. Jahresbericht 2010, S.1
[133] Vgl. ebd. S.2
[134] Vgl. . Zusammenfassung 1. Fachtreffen, abrufbar unter http://www.gangway.de ;Team M.A.N.N.E. F.

platz WASLALA gelungen, für vier der von uns betreuten Menschen eine verbindliche, jedoch ehrenamtliche Beschäftigung als Garten- und Landschaftspfleger*innen auf dem Gelände des ASP zu schaffen. Die Hürden sind niedrig und dennoch nicht von allen unseren Interessent*innen ohne weiteres zu erfüllen gewesen. Unter anderem gilt es, ein allgemeines Alkohol-, Zigaretten- und Hundeverbot einzuhalten. Ein erweitertes Führungszeugnis war auf dem Gelände des ASP wegen des Kinder- und Jugendschutzes ebenfalls unerlässlich. Immerhin; vier unserer Adressat*innen sind jetzt stolze, offizielle Ehrenamtler*innen auf dem Abenteuerspielplatz[135].

Innerhalb der Beschäftigung in niedrigschwellig konzipierten Beschäftigungsmodellen oder regulären MAE-Maßnahmen kann zudem pädagogisch mit möglichen Rückfällen, Terminversäumnissen und fehlender/unzureichender Fähigkeiten in Bezug auf die Tagestruktur gearbeitet werden und die Bereitschaft der Menschen positiv unterstützt werden.

Die Gespräche im Themenbereich Arbeit erhielten aufgrund der gemachten Erfahrungen mit den Grenzen und Möglichkeiten von MAE-Maßnahmen im 3. Fachgespräch am 29.08.2012 in Alt-Treptow einen neuen Fokus und wurden unter dem Motto: „Zur Notwendigkeit überbezirklicher Beschäftigungsmaßnahmen“ geführt. Anlass war vor allem die besondere Lage angrenzend an Neukölln und Kreuzberg und die daraus resultierenden Schwierigkeiten, Beschäftigungsmaßnahmen zu initiieren. „Von MAEs (und anderen Beschäftigungsmaßnahmen) werden bisher jeweils nur Anwohner*innen im jeweiligen Bezirk erreicht. In der Regel wurde das Verfahren bisher so gehandhabt, dass Menschen, die z.B. im Bezirk Neukölln wohnen, nicht an einer Arbeitsmaßnahme im Bezirk Treptow-Köpenick teilnehmen konnten, obwohl die Bezirksgrenze möglicherweise nur wenige Meter von der eigenen Wohnung entfernt liegt und sie ihren Lebensmittelpunkt sogar im Nachbarbezirk haben. (…) Es herrscht Einigkeit darüber, dass die Bezirksgebundenheit künstlich und hinderlich ist. In einem anderen Bezirk zu arbeiten, kann für die jeweiligen Teilnehmer*innen der Maßnahmen sogar förderlich sein, um `mal den eigenen Kiez verlassen zu können oder zu müssen.“[136] In der AG Arbeit werden daher pragmatische Lösungen, Möglichkeiten der Kooperation mehrerer Jobcenter oder eventuelle Vereinfachungen der Zuständigkeiten im Bereich MAE gesucht[137].

[135] Vgl.“Zarte Pflänzchen zwischen grauem Beton in Altglienicke“ abrufbar unter http://www.gangway.de; Team M.A.N.N.E. F.
[136] Zusammenfassung 3. Fachgespräch am 29.08.2012 abrufbar unter http://www.gangway.de; Team M.A.N.N.E. F
[137] Vgl. ebd.

AG Öffentlicher Raum

Die Arbeitsgemeinschaft Öffentlicher Raum bespricht sowohl Gestaltungsmöglichkeiten als auch Lösungsansätze und Strategien des Interessenausgleichs im Kontext der vielfältigen Konflikte im Lebens- und Wohnumfeld der Adressat*innen. Neben der grundsätzlichen Problemanalyse und der Frage nach „kultureller, wirtschaftlicher Exklusion bestimmter Gruppen von Menschen“[138] stehen die Möglichkeiten zur Verbesserung der individuellen Lebensperspektiven durch eine gemeinwesenorientierte Sozialarbeit zur Diskussion. Jenseits von Verdrängung, Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung sollen ortsteilbezogene Strategien der Gestaltung und Erschließung neuer Räume in enger Zusammenarbeit mit Ämtern, Professionellen und Bürger*innen entwickelt werden. Geeignete Formen der aktiven Beteiligung aller Nutzer*innengruppen und Anwohner*innen der jeweiligen öffentlichen Plätze sollen erprobt und umgesetzt werden. Die Anwohner*innen, die der Situation vor Ort oft hilflos gegenüberstehen, sind dabei ebenso Adressat*innen wie andere Nutzer*innen der von uns frequentierten öffentlichen Plätze. Hier gilt es Brücken zu bauen und den Dialog zu fördern[139].

In die Entwicklung und Umsetzung von Beteiligungskonzepten für die Gestaltung der öffentlich genutzten Anlagen und Parks ist in den vergangenen Jahren viel Zeit und Mühe geflossen; nicht zuletzt von unseren Adressat*innen selbst. Der Platz an der Kugel in Altglienicke – so waren sich alle Beteiligten einig – wirkte vernachlässigt und ungepflegt. Sowohl die Anwohner*innen als auch die Nutzer*innen des Platzes wünschten sich einen gepflegten Platz, der zum Verweilen einlädt und das Auge erfreut. Zweimal schon hat das M.A.N.N.E. F.-Team in Kooperation mit dem Grünflächenamt mit den Adressat*innen eine Säuberungs- und Verschönerungsaktion gestartet[140]. „Die Aktionen zur Verbesserung des Wohnumfeldes entstehen aus der AG Öffentlicher Raum heraus, in der sich neben den Anwohner*innen vor allem das angrenzende Seniorenheim (Union-Hilfswerk, mit eigener angrenzender Grünfläche) und das Grünflächenamt engagieren. Die maroden Sitzbänke werden nach und nach gegen neue ausgetauscht.

[138] Zusammenfassung 1. Fachtreffen am 20.10.2011 abrufbar unter http://www.gangway.de; Team M.A.N.N.E. F.
[139] Vgl. ebd.
[140] Vgl. Zusammenfassung 2. Fachgespräch am 22.02.2012 abrufbar unter http://www.gangway.de; Team M.A.N.N.E. F.

Nachbarschaftliche Beziehungen werden gestärkt oder entstehen dabei. Die Anwohner*innen sind auch hier die Handelnden (im doppelten Sinne) und bestimmen über ihren öffentlichen Raum mit.“[141]

Das Engagement und die Tatkraft der Menschen waren groß, nicht zuletzt, weil der Platz für viele von ihnen der soziale Lebensmittelpunkt ist. Die Möglichkeit diesen Platz mitgestalten zu können und eigene Ideen einzubringen, haben die Adressat*innen mit großem Wohlwollen zur Kenntnis genommen, sodass die Beteiligung an weiteren notwendigen Maßnahmen der Gestaltung und Bepflanzung bereits mit Freude erwartet wird, wie das Zitat eines Adressat*en zeigt: *„Wir warten nur darauf, dass das Amt unsere Arbeitskraft abruft.“*[142]

Ausgehend vom 3. Fachtreffen in Alt-Treptow wurde im Januar 2014 von der AG Öffentlicher Raum eine Begehung des Grenzparks in Alt-Treptow initiiert. Anlass der Ortsschau waren fortwährende Konflikte zwischen Anwohner*innen und Nutzer*innen des Parks. Hierbei wurden Möglichkeiten zur räumlichen Umgestaltung des Parks besprochen, um bestehende Konflikte um die Parknutzung zu entschärfen und den Park für alle interessierten Nutzer*innengruppen attraktiv zu machen[143]. An der Begehung, die auf Vorschlag des Grünflächenamtes stattfand und durch M.A.N.N.E. F. organisiert worden ist, nahmen Vertreter*innen des Ordnungsamtes, des Erbbauvereins Moabit (EVM) als Vermieter und Verwalter der angrenzenden Wohnungen und Streetworker*innen des Gangway-Teams Leo teil, die langjährige Erfahrungen im Bereich des sozialen Platzmanagements auf dem Leopoldplatz im Berliner Stadtteil Wedding haben.

Der Grenzpark ist eine relativ kleine, rechteckige und direkt an Wohnblocks grenzende Grünfläche, auf der gelebt, getrunken und "gewohnt" wird. Lärm, Fäkalien und Unrat sind für die Anwohner*innen eine starke Belastung. Öffentliche Toiletten gibt es nicht[144]. Die Aufwertung und lückenlose Bebauung in Alt-Treptow führt zu einer Verknappung von frei verfüg- und nutzbaren Flächen für die Allgemeinheit. Eine 2012 von uns unternommene Kiezbegehung ergab, dass von acht (!) vor kurzem noch vorhandenen Freiflächen keine einzige mehr ohne Bebauung oder zumindest Umzäunung ist[145]. Hinzu kommt, dass die Strategien zur erschwerten Nutzung von Freiflächen, wie es z.B. durch die Entfernung von Parkbänken am Schmollerplatz auf Verlangen der dortigen Anwoh-

---

[141] Ebd.
[142] M.A.N.N.E. F. Jahresbericht 2012, S.3
[143] Vgl. „M.A.N.N.E. F. – Gemeinwesenarbeit in Alttreptow“ abrufbar unter http://www.gangway.de; Team M.A.N.N.E. F.
[144] Vgl. ebd.
[145] Vgl. ebd.

ner*innenschaft geschehen ist, keine Alternativen zum Aufenthalt mehr gibt. Die Strategie der Verdrängung gerät hier an ihre Grenzen und zeigt zudem deutlich, dass hierin keine adäquate Lösung zu finden ist.

Im Ergebnis erklärte sich das Grünflächenamt bereit, zwei mobile Toiletten aufstellen zu lassen. Dies ist nach eingehender Prüfung des Grünflächenamtes aus logistischen Gründen (Reinigung, Abtransport) letztlich aber nicht möglich und konnte daher nicht umgesetzt werden. Eine tatsächlich realisierte Umsetzung von Bänken sollte einen Aufenthaltsbereich in der Mitte des Parks schaffen, um so die direkten Anwohner*innen zu entlasten. Der Erbbauverein Moabit erklärte sich bereit, für die Pflege der Bänke zu sorgen. Wir übernahmen die Information der Adressat*innen, nahmen Wünschen und Anregungen entgegen, die den Bedürfnissen der Menschen entsprechen[146]. Nur so kann eine Akzeptanz und ein Verständnis für den damit intendierten Interessenausgleich geschaffen werden.

Feldbezogene Netzwerkarbeit im Gemeinwesen am Beispiel Alt-Treptow

Anhand einer Beschreibung der Situation in Alt-Treptow wollen wir verdeutlichen, welche Veränderungen, Entwicklungen und Beobachtungen uns dazu veranlasst haben, einen verstärkten Fokus auf die feldorientierte Netzwerkarbeit[147] zu legen und welche mittel- und langfristigen Zielsetzungen wir damit verfolgen.

Die Verdrängung einkommensschwacher Menschen, die wir bereits seit einigen Jahren in Alt-Treptow beobachten und die im Falle unserer Adressat*innen häufig unbemerkt und geräuschlos von statten geht, zeigt uns, dass es hier nicht ausschließlich um einzelfallbezogene Interventionen und Hilfen gehen kann. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen den bereits beschriebenen Bestrebungen, Menschen aus dem öffentlichen Raum zu entfernen und der Verdrängung einkommensschwächerer Menschen aus Stadtteilen, die gegenwärtig unter einem hohen Aufwertungsdruck stehen.

Sozialbündnis Alt-Treptow

Das Sozialbündnis Alt-Treptow ist eine Initiative verschiedener Akteur*innen im Karl-Kunger-Kiez, die 2012 gegründet worden ist. M.A.N.N.E. F. ist Gründungsmitglied, fester

[146] Vgl. ebd.
[147] Vgl. Galuske: Methoden der Sozialen Arbeit, 2001, S.266

Netzwerkpartner und erfahrene Interessenvertretung der Menschen, die durch die aufsuchende Arbeit betreut werden und infolge der Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse im Kiez bereits massiv von Wohnungslosigkeit bedroht sind[148]. Das Bündnis trifft sich zweimal im Monat, bespricht aktuelle Entwicklungen im Kiez und fordert Informationen über Planungsprozesse im Bezirk mit dem Ziel der Beteiligung, Einflussnahme und Mitsprache.

Anlass der Gründung waren erste, aber deutliche Anzeichen dafür, dass der Kiez in seiner ursprünglichen Bewohner*innenstruktur durch die marktkonforme Erschließung von Immobilien-wirtschaft und Bezirk in eine soziale Schieflage geraten wird, wenn sich keine entsprechende Interessenvertretung formiert, die diesen Prozessen auf verschiedenen Ebenen entgegenwirkt. Eine Bürger*innenbefragung über die Bedürfnisse, Sorgen und Wünsche der Kiezbewohner*innen und Adressat*innen unserer Arbeit im Vorfeld der Gründung bestätigte unsere Analyse zur Situation im Kiez.

Das Sozialbündnis versteht sich daher in erster Linie als Interessenvertretung der Bewohner*innen gegenüber politischen Verantwortlichen, die z.B. im Rahmen von Bauplanungen über richtungsweisende Veränderungen im Kiez entscheiden. Die Möglichkeiten der Teilhabe an solchen Planungsprozessen zu nutzen, das vorhandene Potential an Kompetenzen und Erfahrungen einzubringen und ein verstärktes Mitspracherecht im Interesse der Bevölkerung einzufordern, stehen daher im Vordergrund der Bestrebungen[149]. Darüber hinaus ist das Netzwerk eine Schnittstelle im Kiez, über die gegenseitige Unterstützung und Hilfe koordiniert und organisiert wird. Die genannten Aktivitäten bündeln Interessen und stärken ein solidarisches Gemeinwesen, was im Hinblick auf die Vehemenz ökonomischer Verwertungsinteressen dringend benötigt wird und der Vereinzelung der Menschen entgegenwirken soll. Kritische Stellungnahmen zu entsprechenden politischen Themen, wie die Neugestaltung des Mietspiegels und die Neuregelungen im Mietgesetz, sind folglich wichtige inhaltliche Schwerpunkte der Agenda, die zwar nicht auf bezirklicher Ebene entschieden werden können, denen jedoch durch entsprechende Forderungen Nachdruck verliehen wird. Das Einmischen und aktive Einbringen in entsprechende Gremien und Kooperationen mit lokalen politischen Bündnispartner*innen ist Bestandteil der Zielsetzung und soll – wenngleich alle diese Aktivitäten mehrheitlich auf ehrenamtlicher Basis stattfinden – verstetigt werden.

[148] Vgl. M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.6
[149] http://www.alt-treptow.de/ueber-uns.html

Situation vor Ort

Die Karl-Kunger-Straße und ihre angrenzenden Straßenzüge verfügen über eine fast lückenlose Altbausubstanz; neben der zentralen Lage und den verfügbaren Freiflächen des Kiezes eine der wichtigsten Voraussetzungen, die das Gebiet für Investor*innen, Gewerbetreibende und Menschen auf der Suche nach Miet- und Eigentumswohnungen in gehobenem Altbaustandard attraktiv machen. Rasant steigende Mieten, der Run auf Alt-Treptow von sogenannten Baugruppen[150] und der fortwährende Bau von Eigentumswohnungen und Gated Communities, wie dies kürzlich in beeindruckender Baugeschwindigkeit auf einer der mittlerweile letzten Freiflächen in der Elsenstraße[151] geschehen ist, sorgen seit Jahren für eine deutliche Veränderung der Bewohner*innenstruktur zugunsten finanzstarker Zuziehender. Die Schere zwischen alteingesessener Bevölkerung und neu Zugezogenen driftet zusehends auseinander und führt auf Seiten der alteingesessenen Bevölkerung, von denen viele arbeitslos oder erwerbsunfähig sind, zu Ängsten die empfindlich steigenden Mieten bald schon nicht mehr zahlen zu können.

Die soziale Realität der alteingesessenen Bewohner*innen ist aufgrund der ehemaligen Grenzlage des Bezirks im Arbeiter*innenmilieu zu verorten und durch die direkte Grenze zu Neukölln und Kreuzberg in den letzten 24 Jahren zu einem kulturell heterogenen, jedoch traditionell eher einkommensschwachen Gebiet gewachsen. Die Bedürfnislage der Zugezogenen unterscheidet sich von der der Alteingesessenen allein aufgrund der ökonomischen Verhältnisse deutlich. Bioläden, Cafès mit entsprechenden Angeboten, kleine Boutiquen und Designer-Läden siedeln sich an und befriedigen die eher gehobenen Bedürfnisse der Zugezogenen, während Kiezläden, Kioske und günstige Eckkneipen aufgrund steigender Mieten schließen. Die bezahlbaren Mieten zogen – als es diese in Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain nicht mehr gab[152] – auch Alternative, Künstler*innen und Kulturschaffende an, die auf der Suche nach größtmöglicher finanzieller Autonomie durch geringe Mieten und weitreichende Gestaltungsfreiräume diese Gebiete erschließen und durch ihre Aktivitäten schließlich attraktiv machen. Ähnlich, wie in Kreuzberg, dessen Charme und Anziehungskraft wesentlich auf jahrzehntelanges Gestalten mit begrenzten Mitteln und viel Liebe und Engagement der Bewohner*innen zurückzuführen ist, entwickelten sich in den vergangenen Jahren auch in Alt-Treptow solche Strukturen.

Haben Investor*innen und Eigentümer*innen dieses Potential und die damit verbundenen Gewinnerwartungen einmal entdeckt, wie es aktuell u.a. beim Atelierhaus Mengerzeile[153] der Fall ist, beginnt ein Prozess, der in Prenzlauer Berg bereits Historie ist und in Friedrichshain gerade im Begriff ist sich zu erschöpfen. Die Aufwertung des Bezirks durch

---

[150] https://karlapappel.wordpress.com/baugruppen/
[151] http://www.elsengarten.com/index.php?id=43
[152] Grafik und Bericht zur Verdrängungsbewegung in den Bezirken: http://gentrificationblog.wordpress.com/2009/07/29/berlin-die-karawane-zieht-weiter-%E2%80%93-stationen-einer-aufwertung/
[153] http://www.kunsthalle-m3.de/haus/home

Umwandlung von Mietwohnungen zu Wohneigentum, Luxussanierungen und den Bau von Gated Communities im gehobenen Standard in jedem Winkel Freifläche beginnt. Die Verdrängung von etablierten Kulturstandorten und alteingesessener Bevölkerung, die sich diese Aufwertung nicht leisten können, ist dabei zwangsläufige Folge. Hinzu kommt die gewinnträchtige Nutzung von Mietwohnungen als Ferienwohnungen für Tourist*innen, deren Anzahl sich laut Recherche des Sozialbündnisses Alt-Treptow bei Airbnb[154] allein in Alt-Treptow bereits auf ca. 23 zweckentfremdete Wohnungen beläuft. Diese Wohnungen stehen regulären Mieter*innen nicht mehr zur Verfügung.

Die sozialen Folgen dieser Verdrängung, dort wo es noch möglich ist, durch politische Steuerungsinstrumente[155] zu mildern und langfristige mietenpolitische Strategien gesetzlich zu verankern, werden von zahlreichen Bündnissen in Berlin gefordert. Lokale Netzwerke und die bezirksübergreifende Vernetzung von Initiativen und Bündnissen gegen eine ungehinderte ökonomisch motivierte Vereinnahmung der Stadt, sind daher wichtige Schnittstellen für die Organisation solidarischer Strukturen von Verdrängung bedrohter oder betroffener Bürger*innen.

Die kulturelle Vielfalt in den meisten Stadtteilen Berlins ist eine Errungenschaft, die zu erhalten und fördern sich lohnt. Soziale Ausgrenzung und die Ideologie der scheinbar „natürlichen“ Entstehung von Zonen der Privilegierung durch die Selektion des Immobilienmarktes gilt es für uns entschieden abzulehnen und auf allen Ebenen zu kritisieren.

Da Zuziehende in der Regel aber nicht mit dem Vorsatz in einen neuen Kiez ziehen, die dort lebende Bevölkerung zu bedrohen und zu verdrängen, liegt es nahe, die bestehenden Interessenkonflikte durch ein Polarisieren nicht auch noch zu verschärfen und zu personalisieren. Den Dialog über Milieugrenzen hinweg zu fördern und die Bevölkerung für das Problem der Verdrängung zu sensibilisieren ist notwendig. Das Sozialbündnis Alt-Treptow versucht durch verschiedenste Formen der Beteiligung und der Gestaltung einer lebendigen Kiezkultur diesen Dialog zu fördern, bestehende Verdrängungsängste zu mindern, die Solidarität im Kiez zu stärken und einer sozialen Entmischung des Stadtteils durch Gemeinwesenarbeit konstruktiv und gestaltend entgegen zu treten. Kulturelle Angebote, wie Jazzfeste, Konzerte und Soliveranstaltungen (u.a. für Geflüchtete in der Wagenburg Lohmühle) und Straßenfeste der KungerKiezInitiative e.V.[156] (z.B. Baumscheibenfest), bilden zudem ein stetiges Angebot gemeinsamer Kiezkultur, an dem sowohl Zugezogene, Aktivist*innen alternativer Lebenskultur, Künstler*innen und alteingesessene Kiezbewohner*innen eingeladen sind sich aktiv zu beteiligen und bei Interesse auch mit eigenen Ideen langfristig im Bündnis einzubringen. Mit wachsendem Interesse werden auch Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Stadtentwicklung und Mietpolitik mit Beteiligung von Vertreter*innen des Bezirksamtes von zahlreichen Menschen aus Alt-Treptow besucht.

---

[154] Internationales Portal zur Vermietung von Häusern, (Ferien)Wohnungen und Zimmern. https://www.airbnb.de/s/Berlin-Alt~treptow?guests=2&room_types[]=Entire+home%2Fapt

[155] Vgl. Schmidt-Hermsdorf: Aufwertung ohne Verdrängung wäre wieder möglich. Interview 2012.

[156] http://www.kungerkiez.de/

Auf Seiten der alteingesessenen Wohnbevölkerung soll der Entwicklung von Vorurteilen und Feindbildern gegen Zuziehende entgegengewirkt werden, ohne die Gegensätze und Konflikte zu bagatellisieren und damit unsichtbar zu machen. Da viele neue Kiezbewohner*innen die sozialen Konflikte gar nicht bemerken und/oder reflektieren, gilt es für die Problematik zu sensibilisieren. Durch Veranstaltungsangebote sollen Situationen der Gemeinsamkeit und gegenseitiger Wertschätzung geschaffen werden, in denen die ökonomische Kluft zwischen den Menschen einerseits sichtbar wird, andererseits aber nicht zur Abgrenzung, sondern zu Solidarität führt. Dies fördert das Bewusstsein aller für andere soziale Realitäten, denn nichts ist stadtentwicklungspolitisch fataler, als die Bildung von Enklaven[157] Bessergestellter, wie dies eindrucksvoll anhand zahlreicher Gated Communities in Prenzlauer Berg festzustellen ist. Von kultureller Vielfalt und sozialer Heterogenität kann hier nicht mehr gesprochen werden. Das soziale Abgrenzungsverhalten erweitert sich hier bis tief in das Alltagsleben in den Kiezen.

Die Adressat*innen der lokalpolitischen Aktivitäten sind deshalb der Bezirk und der Senat. Ein Beispiel für das Engagement des Bündnisses auf struktureller Ebene ist der Einwohner*innenantrag für eine sogenannte Erhaltungssatzung[158], der im Folgenden das langwierige Ringen um die Einrichtung eines Milieuschutzgebietes[159] für Alt-Treptow beschreibt.

Exkurs: Der (zu) lange Weg zum Milieuschutz in Alt-Treptow

Jürgen Hans, Sozialbündnis Alt-Treptow

Was bedeutet Milieuschutz?

Die Wohnungssituation in Alt-Treptow ist – wie in fast allen innerstädtischen Bereichen – für die Bezieher*innen geringer und mittlerer Einkommen schwierig bis trostlos. Die Mieten steigen und der Verdrängungsdruck auf die finanzschwachen Bewohner*innen erhöht sich. Einer der Gründe für die steigenden Mieten in Alt-Treptow sind hochwertige Modernisierungen. Die Modernisierungskosten werden mit 11% pro Jahr auf die Miete umgelegt und dies 9 Jahre lang.

Die Mieter*innen finanzieren also die vollständige Modernisierung des Hauses

---

[157] „Eine Enklave ist ein Gebiet, in dem Mitglieder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, definiert nach Ethnizität, Religion oder anderen Merkmalen, auf einem bestimmten Raum zusammenkommen, um ihre ökonomische, soziale, politische und/oder kulturelle Entwicklung zu fördern.“ Marcuse 1998, S.186

[158] Pressemitteilung “Bürger fordern Milieuschutz in Alttreptow” abrufbar unter http://www.gangway.de; Team M.A.N.N.E. F.

[159] Der Begriff „Milieuschutz“ wird häufig synonym zum Begriff „Erhaltungssatzung“ verwendet. Der Fokus liegt hier auf einem der (Schutz-)Ziele, die durch eine Erhaltungssatzung erreicht werden soll: Der Erhalt der sozial und kulturell vielfältigen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung.

und zahlen nach der Modernisierung paradoxerweise aufgrund der nun besseren Ausstattung der Wohnung eine höhere Miete. Wer dazu finanziell nicht in der Lage ist, muss ausziehen. Auch werden modernisierte und durch bauliche Veränderungen aufgewertete Wohnungen gerne nach Ablauf der Umwandlungsfrist von 10 Jahren in Eigentumswohnungen umgewandelt und verkauft. Wird von Käufer*innen Eigenbedarf angemeldet, bedeutet dies ebenfalls für die Mieter*innen den Verlust der Wohnung – und dies, obwohl sie über Jahre durch die Modernisierungsumlage die bessere Ausstattung der Wohnung mitfinanziert haben. Um hochwertige Modernisierungen, die die soziale Durchmischung eines Stadtgebietes gefährden, zu unterbinden, kann das Bezirksamt jedoch für das gefährdete Gebiet eine Erhaltungssatzung nach §172(1) Nr.2 BauGB erlassen – auch Milieuschutzsatzung genannt.

Der Milieuschutz ist ein städtebauliches Instrument u.a. zum Erhalt der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung. In einem Milieuschutzgebiet bedürfen dann Abriss, bauliche Änderung (Modernisierung) und Nutzungsänderung einer besonderen *Genehmigung* des Bezirksamts. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn der Bauantrag das Ziel des Erhalts der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung infrage stellt. Zudem kann der Senat eine *Umwandlungsverordnung* erlassen, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in den Milieuschutzgebieten untersagt. Außerdem besteht in den Milieuschutzgebieten ein *Vorkaufsrecht* durch den Senat. Bei Verkäufen von Häusern kann er – unter Einhaltung bestimmter Formalien – die Häuser selbst kaufen und z.B. an eine städtische Wohnungsbaugesellschaft weiterreichen.

Die Milieuschutzsatzung ist kein Allheilmittel gegen Mieterhöhungen, aber sie ist eines der wenigen Mittel, die dem Bezirksamt gegen Verdrängung in den Stadtteilen zur Verfügung stehen, da die eigentliche Mietengesetzgebung auf Bundes- und Länderebene stattfindet.

Der Einwohnerantrag

2012 stellten die Fraktionen der Grünen und der Linken in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirkes Treptow – Köpenick den Antrag auf Milieuschutz im Stadtteil Alt-Treptow. Dieser Antrag wurde mit der Mehrheit der SPD- und CDU Mitglieder in der BVV abgelehnt. Anfang 2013 wurden Mitglieder der Kungerkiezinitiative e.V. – einem gemeinnützigen Bürgerverein im Alt-Treptower Kungerkiez – auf die Möglichkeit des Milieuschutzes aufmerksam. Sie beschlossen, einen Einwohnerantrag gemäß § 44 BzVwG zum Erlass einer Milieuschutzsatzung in Alt-Treptow an das Bezirksamt (BA) zu stellen. Zur Einreichung eines Einwohnerantrages an den BVV-Vorsteher des BA müssen mindestens 1000 Einwohner*innen aus dem Bezirk Treptow-Köpenick den Einwohnerantrag unterschreiben und es müssen drei Vertrauenspersonen aus Alt-Treptow benannt werden, die den Antrag und das formale Prozedere gegenüber dem BA vertreten. Als Vertrauenspersonen in Alt-Treptow wurden der Pfarrer der evangeli-

schen Kirchengemeinde Plesserstraße, der Vorstandsvorsitzende der Kungerkiezinitiative e.V. und ein Mitglied des Sozialbündnis Alt-Treptow benannt. Damit wurde ein großes Bündnis innerhalb des Stadtteils geschaffen, welches organisatorisch in der Lage war, die Unterschriften der Bewohner*innen innerhalb von 7 Monaten einzuwerben. Zwei größere öffentliche Veranstaltungen zum Mieten- und Milieuschutzthema zu Beginn der Unterschriftensammlung flankierten den Einwohnerantrag. Zu beiden Versammlungen waren lokale Politiker*innen eingeladen (z.B. der Baustadtrat des BA) sowie Fachleute, die den Sinn eines Milieuschutzgebietes anhand wissenschaftlicher Studien nachwiesen. Im Rahmen der Vorbereitungen zu den Veranstaltungen und in Gesprächen mit den Fachleuten eigneten sich die Organisator*innen des Einwohnerantrags weitere Sachkompetenz zum Thema Milieuschutz an.

Durch die Unterschriften, die Beteiligung der Bevölkerung an den Veranstaltungen und den begleitenden Medienberichten wurde der Milieuschutz wieder auf die politische Agenda des Bezirksamts geschoben. Nach der erfolgreichen Abgabe des Einwohnerantrags mit 1235 gültigen Unterschriften und der zwischenzeitlich erfolgten wissenschaftlichen Untersuchung der Bevölkerungs- und Wohnungssituation in Alt-Treptow innerhalb einer Diplomarbeit von Sören Drescher von der Technischen Universität Berlin, die eine Verdrängung der ärmeren Bevölkerungsschicht im Kungerkiez für möglich hielt, ließ das Bezirksamt endlich Handlungswillen erkennen.

Auch der Stadtplanungsausschuss der BVV, in dem die Kiezvertreter*innen den Einwohnerantrag noch einmal begründeten, empfahl die Einrichtung eines Milieuschutzgebietes, sodass im November 2014 – fast 2 Jahre nach dem ersten Antrag der Grünen- und der Links-Fraktionen – ein BVV-Beschluss gefasst wurde, in dem das Bezirksamt ersucht wird, ein Milieuschutzgebiet in Alt-Treptow einzurichten.

Die Mühlen der Bürokratie bis zum tatsächlichen Aufstellungsbeschluss des Milieuschutzes

Um ein Milieuschutzgebiet in einem Stadtteil auszuweisen, bedarf es eines erheblichen und zeitraubenden formalen Vorlaufs. Zuerst erfolgt die Festlegung des Gebietes, welches als Milieuschutzgebiet ausgewiesen werden soll. Dann wird der bezirkliche Auftrag zur wissenschaftlichen Untersuchung des festgelegten Gebietes ausgeschrieben und an ein Stadtplanungsunternehmen vergeben. Stellt die Untersuchung einen Handlungsbedarf zum Erhalt des Milieus fest, setzt das Bezirksamt einen Aufstellungsbeschluss für eine Erhaltungssatzung nach § 172 des BauGB in Gang, welcher wiederum mit einer bestimmten Frist veröffentlicht werden muss. Erst dann ist der Milieuschutz rechtlich wirksam. Dieser formale Prozess benötigt 10 – 12 Monate. In dieser Zeit können Investor*innen jedoch vollendete Tatsachen schaffen, indem sie Bauanträge zu baulichen Veränderungen und Modernisierungsmaßnahmen stellen. Die Baumaß-

nahmen können dann auch durchgeführt werden, wenn der Milieuschutz rechtlich wirksam wird. Entscheidend ist der Zeitpunkt der Antragsstellung. Deshalb wäre es wünschenswert gewesen, den Milieuschutz ohne große Öffentlichkeit einzuführen. Dass der Milieuschutz im Kungerkiez erst über einen Einwohnerantrag mit zwangsläufig einhergehenden publizistischen Veröffentlichungen durchgesetzt werden musste, lag letztendlich am fehlenden Handlungswillen des Bezirksamtes Treptow-Köpenick, das Instrument Erhaltungssatzung zum notwendigen Zeitpunkt einzusetzen.

Mit dem Aufstellungsbeschluss der Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB macht es Sinn, gleichzeitig den Aufstellungsbeschluss nach § 15 BauGB zu erlassen. Dadurch werden alle Bauanträge ab dem Aufstellungsdatum für 12 Monate auf Eis gelegt. Dies gibt den Verwaltungen die notwendige Zeit für die Überprüfungen in Bezug auf die Milieuschutzverträglichkeit. Für die personalnotgeplagten Verwaltungen des BA ist dies eine Zusatzbelastung. Hier stellt sich die Frage, ob das derzeitige Personal ausreichend ist, um die Umsetzung des Milieuschutzes gewährleisten zu können.

Der Milieuschutz im Kungerkiez in Alt-Treptow wird voraussichtlich Ende 2015 rechtlich wirksam – 3 Jahre(!) nach dem ersten Antrag auf Milieuschutz in der BVV Treptow. Für nicht wenige Einwohner*innen in Alt-Treptow wird dies zu spät sein.

Was kann der Senat für bereits existierende und geplante Milieuschutzgebiete tun?

Umwandlungsverordnung

Nach einer Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen kommt es häufig zu teuren Modernisierungen. Danach können sich viele Mieter*innen diese Wohnungen nicht mehr leisten. Um dies zu verhindern, kann der Senat eine Umwandlungsverordnung erlassen, die in den Milieuschutzgebieten die Umwandlung in Eigentumswohnungen – bis auf wenige festgelegte Ausnahmen – verhindert. Da sich die Zahl der Umwandlungen in den letzten vier Jahren verdoppelt hat (allein 2013 wurden 9178 Mietwohnungen in Eigentum umgewandelt, weit mehr als im gleichen Jahr an Mietwohnungen gebaut wurden), hat der Senat angekündigt, im März 2015 eine Umwandlungsverordnung in den Milieuschutzgebieten zu erlassen. Bisher – obwohl längst dringend benötigt – war der Erlass einer Umwandlungsverordnung in erster Linie von den Mitgliedern der CDU im Senat abgelehnt worden.

Vorkaufsrecht

Derzeit gibt es 21 Milieuschutzgebiete in Berlin. 10 in Pankow, 7 in Kreuzberg-Friedrichshain, 3 in Tempelhof-Schöneberg und eines in Mitte. Weitere Milieu-

schutzgebiete sind in Planung. Da der Senat innerhalb der Milieuschutzgebiete ein Vorkaufsrecht bei Hausverkäufen z.B. bei Versteigerungen u.ä. besitzt, wäre es sinnvoll, eine städtische Immobiliengesellschaft zu gründen, die in den Milieuschutzgebieten das Vorkaufsrecht wahrnimmt und die erworbenen Häuser in städtische Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften überführt. Dieses Modell wird z.B. in München bereits mit Erfolg betrieben.

Mehr Personal für die Bau- und Stadtplanungsämter

Aktuelle Daten über die Entwicklung der Bevölkerungs- und Wohnraumsituation in den Stadtteilen liegen den Stadtplanungsämtern aufgrund fehlender personeller und finanzieller Ausstattung meistens nicht vor. Die letzten umfassenden Untersuchungen in den Stadtteilen sind mitunter über 10 Jahre alt. Dadurch werden milieuverdrängende Entwicklungen oftmals viel zu spät erkannt, als dass die dann einzuleitenden Gegenmaßnahmen, die ihrerseits ein hohes Maß an Zeit bis zur Wirkung benötigen, noch ihren ursprünglich angedachten Zweck erfüllen könnten. Auch benötigt die Durchführung dieser Maßnahmen mehr Personal, als derzeit in den Verwaltungen vorhanden ist. Die zu bearbeitenden Anträge auf Neubau haben zudem stark zugenommen. Die Überprüfung der Ferienwohnungen ist ebenfalls den bezirklichen Stadtplanungs- und Bauverwaltungen aufgelastet worden. Hier obliegt es dem Senat, die entsprechenden personellen und finanziellen Ausstattungen der Bezirksverwaltungen zur Durchführung ihrer Aufgaben zu gewährleisten.

Mehr Bürger*innenbeteiligung

Abschließend ist festzustellen, dass der Einwohnerantrag eine Möglichkeit ist, auf Stadtteilebene Einfluss auf politische Entscheidungen des Bezirksamtes zu nehmen. Manchmal benötigt es öffentlichen Druck, um politische Institutionen zum Handeln zu bewegen. Die Bereitschaft der Berliner Bürger*innen, mittels Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Volksentscheid diese Stadt mitzuregieren anstatt Entscheidungen zur Entwicklung der Stadt vollständig an Politik und städtische Verwaltungen abzugeben, ist in den letzten Jahren stetig gewachsen.

Auch wenn diese demokratischen Mittel erst nach einem nicht zustande gekommenen oder gescheiterten Dialog zwischen Bürger*innen und Politik/Verwaltung genutzt werden sollten – denn sie kosten Geld und sind recht aufwendig – benötigt Berlin mehr Beteiligung der Bürger*innen an den Entscheidungsprozessen zur Stadtentwicklung. Dass sich derzeit viele miet- und stadtentwicklungspolitische Initiativen in Berlin vernetzen, um ihre Stadt aktiv mitzugestalten, lässt optimistisch in die Zukunft blicken.

Die Verdrängung aus dem öffentlichen Raum durch das Verschwinden „legaler" Aufenthaltsorte

Die hohe Baudichte in Alt-Treptow verringert die Möglichkeiten der Nutzung öffentlicher Plätze und Flächen. Diese Verknappung provoziert Konflikte zwischen Nutzer*innen des öffentlichen Raums und Anwohner*innen. Der Druck auf die ökonomisch Schwächsten, die auf öffentliche und kostenfreie Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Plätze und Anlagen angewiesen sind, wächst. Sie stören plötzlich durch ihre bloße Anwesenheit.

Die Versuche, den Aufenthalt im öffentlichen Raum durch verschiedenste Maßnahmen zu unterbinden und damit tendenziell zu kriminalisieren, beobachten wir überall in der Stadt. So werden beispielsweise Parkbänke von Grünanlagen entfernt, um ihnen den Nutzwert für unerwünschte Gruppen zu entziehen und sie für diese Menschen uninteressant zu machen.

Erstes Ziel solcher und weitaus drastischerer Maßnahmen sind Obdachlose. Der Spiegel[160] berichtete kürzlich über die einfallsreichen Maßnahmen zur Verdrängung von Obdachlosen aus dem öffentlichen Straßenbild in deutschen Städten und zeigt den Trend, den wir bei unserer täglichen Arbeit in der Stadt wahrnehmen, deutlich. Oftmals wird versucht Menschen, die sich im öffentlichen Raum aufhalten und trinken, mit Verweis auf das dadurch verletzte öffentliche Sicherheitsempfinden durch Sicherheitsdienste vertreiben zu lassen. Dies entbehrt zunächst jeder rechtlichen Grundlage, denn weder öffentliches Trinken, noch Liegen, Sitzen und lärmendes Herumstehen im öffentlichen Raum sind verboten.

Diese Handlungsbegrenzung wird jedoch in zunehmendem Maße durch die sogenannte Kommodifizierung des öffentlichen Raums unterwandert. Kommodifizierung bedeutet in diesem Zusammenhang nichts anderes als die Privatisierung bzw. Ökonomisierung des öffentlichen Raumes; sei es in Form von Gated Communities oder im Rahmen zahlreicher Zugangsbeschränkungen durch die Ökonomisierung öffentlich genutzter Einrichtungen und ihrer Vorplätze, wie beispielsweise Bahnhöfe und Shopping-Malls. Demnach

---

[160] Vgl. Neupert, Paul: Geographie der Obdachlosigkeit. Verdrängung durch die Kommodifizierung des öffentlichen
Raums in Berlin, 2010; Spiegel vom 12.06.2014 „Verdrängung von Obdachlosen: Von Stinkbomben bis Wasserdüsen."

darf sich nur noch an solchen Orten aufhalten, wer diese Einrichtungen und ihre Vorplätze zweckentsprechend, nämlich konsumierend, nutzt. Dadurch erhalten Sicherheitsdienste das Recht, Menschen Platzverweise zu erteilen, die sich lediglich an solchen hochfrequentierten Plätzen aufhalten, um beispielsweise Pfandflaschen zu sammeln oder um sich aufzuwärmen, weil – so die Argumentation – das öffentliche Sicherheitsgefühl durch die Anwesenheit solcher Menschen leide. Im Rahmen der Arbeitserfahrungen von Gangway im Rahmen der Wohnungslosenhilfe, aber auch der hier beschriebenen Projekte, in denen es vorwiegend um Menschen geht, die „lediglich" von Wohnungslosigkeit bedroht sind und ihren Lebensmittelpunkt im öffentlichen Raum haben, können wir diese Tendenz aus eigener Wahrnehmung bestätigen.

Es ist bereits herausgestellt worden, dass die Adressat*innen unserer Arbeit insofern eine besonders bedrohte und damit im Zuge gegenwärtiger Entwicklungen auch besonders schützenswerte Gruppe sind, weil sie aufgrund ihrer sozioökonomischen Lebenssituation in ihrer Mobilität stark eingeschränkt sind. Das Quartier unserer Adressat*innen ist gleichzeitig auch ihr Sozialraum. Die von uns betreuten Menschen in Alt-Treptow sind seit Jahrzehnten im Karl-Kunger-Kiez fest verankert, pflegen nahezu alle sozialen Kontakte und Netzwerke innerhalb des Kiezes und infolge ihrer stark begrenzten finanziellen Ressourcen verstärkt auch im öffentlichen Raum.

Im Zuge reger Bautätigkeit in Alt-Treptow auf nahezu allen verfügbaren Freiflächen, auf die sich in den vergangenen Jahren die Trefforte noch verteilen konnten, verengten sich für die Menschen die Möglichkeiten kostenloser Orte der Begegnung von ehemals acht Plätzen auf momentan noch einen einzigen öffentlichen Treffpunkt: den Grenzpark, eine relativ kleine Grünfläche, die direkt an Wohnblocks grenzt. Mit dem Schmollerplatz ist kurz zuvor ein letzter wichtiger Treffort infolge nachbarschaftlicher Beschwerden weggebrochen, indem vorhandene Parkbänke entfernt worden sind und man damit auf Wunsch einiger Anwohner*innen den Aufenthalt größerer Nutzer*innengruppen im öffentlichen Raum erfolgreich unterbunden hat. Nun nutzen vereinzelte Adressat*innen den Eingangsbereich der Kaisers-Filiale, die direkt an den Schmollerplatz angrenzt.

Durch die Streetworker*innen vor Ort konnte zwischen Anwohner*innen und Adressat*innen ein Dialog initiiert werden. Ziel war es, die unterschiedlichen Sichtweisen und Interessen von Anwohner*innen und Platznutzer*innen transparent zu machen, ein Überdenken von Verhaltensweisen und ihrer Wirkungen anzuregen und damit ein besseres gegenseitiges Verständnis der Positionen zu bewirken. Allparteiliches Handeln ist im gemeinwesenorientierten Handeln vor Ort die Voraussetzung für eine erfolgreiche Interessenvermittlung und die nachhaltige Entschärfung von Konflikten zwischen Anwohner*innenschaft und Platznutzer*innen.

O-Ton: *„Sehr geehrter Herr Stadtrat Schneider! Auch Berliner PolitkerInnen können sich nicht immer selber auf die Schultern klopfen und sagen: "Haste aber jut jemacht!" Ich möchte Ihnen sagen, dass Sie mit der Einbindung von Frau Manja Piotrowski (Gangway) eine intensive Arbeit in Gang gesetzt haben. Also: Schönen Dank! Das sage ich auch immer wieder Frau Piotrowski. Sie ist nahe an den Menschen dran, fast unauffällig, aber sehr wirksam. "Die Welt" ist natürlich auch hier am Schmollerplatz bzgl. Alkoholproblemen noch nicht in Ordnung, aber doch sehr viel besser geworden. Also: Bürgermitarbeit macht Sinn! Herzliche Grüße – auch an ihre MitarbeiterInnen im Grünamt. Ihr Albert S.“* Brief eines Anwohners vom Schmollerplatz.

Durch das Entfernen der Bänke auf dem Schmollerplatz ist der Nutzwert für unsere Adressat*innen stark reduziert worden. Diese Strategie führte in Alt-Treptow jedoch lediglich zu Wanderbewegungen und zeitweisen Verlagerungen der Trefforte in das angrenzende Neukölln, den Grenzpark oder andere, uns unbekannte Orte. Einige wenige Adressat*innen sitzen weiterhin da, wo einmal eine Bank stand.

Die traditionellen Treffpunkte sind für unsere aufsuchende Arbeit wichtige verbindliche Anlaufstellen. An derlei angestammten Plätzen finden wir unsere Adressat*innen, die uns oftmals mit ihren Fragen und Anliegen bereits erwarten. Eine Verlässlichkeit, die über Jahre hinweg aufgebaut und verstetigt worden ist. Einige Adressat*innen sind aufgrund der neuen Situation nur noch schwer auffindbar. Informationen zum Befinden einzelner von uns betreuter Menschen erhalten wir zeitweise über Dritte und können nicht oder nur verzögert intervenieren, weil ihr Verbleib unklar ist. Kleinere Gruppen sammeln sich seit der Verdrängung vom Schmollerplatz vor dem Supermarkt Nahkauf am Kiehlufer in Neukölln. Andere nutzten kurzzeitig noch die Bänke vor einem Kiosk in der Bouchèstraße. Ihnen wurde der Aufenthalt durch die Betreiber*innen erlaubt. Zum Ende des Jahres 2014 hat aber auch dieser Kiosk infolge einer Kündigung durch die Eigentümer*innen schließen müssen, die beabsichtigen, das Mietshaus zu sanieren, um Wohneigentum zu schaffen.

Der Grenzpark als derzeit einziger öffentlicher Treffort, von dem die Menschen nicht vertrieben werden, wird nun in Hochzeiten von 30 bis 40 Menschen frequentiert. Verschiedene Kerngruppen konkurrierten zeitweise um die einzig verbliebene Möglichkeit des Aufenthaltes. Infolgedessen kam und kommt es zu Konflikten untereinander. Im Grenzpark verbringen die unterschiedlich großen Gruppen oftmals bereits ab Mittag ihre Tage gemeinsam, trinken und nutzen aufgrund fehlender sanitärer Einrichtungen die Büsche als Toiletten. Dies führt wiederum zu Konflikten mit der Nachbarschaft, zu durchaus berechtigten Beschwerden, jedoch auch zu massiven Anfeindungen sozial besser gestellter Anwohner*innen, die diese Zustände als belästigend und bedrohlich

wahrnehmen. Da jedoch jegliches Verdrängungspotential auf andere Plätze in Alt-Treptow ausgeschöpft ist, es also de facto keine Aufenthaltsalternative für die Menschen gibt und die Konflikte auf mehreren Ebenen eine Entspannung der Lage dringend erforderlich machen, wächst nun die Bereitschaft seitens des Bezirks, die im Rahmen der Fachtreffen erarbeiteten Vorschläge in die Sozialraumplanung einzubeziehen.

Unsere Netzwerkarbeit konzentriert sich daher auch auf die Kooperation mit der Bezirksverwaltung und dem Grünflächenamt, um öffentliche Plätze als wichtige Ressource im Sinne selbstbestimmter sozialer Teilhabe zu verteidigen, Nutzungskonzepte für verbliebene öffentliche Plätze, wie den Grenzpark, zu entwickeln und Beteiligungsmöglichkeiten der Parknutzer*innen und Anwohner*innen zu erschließen und zu organisieren.

Adressat*innenbezogene Netzwerkarbeit im Gemeinwesen

Die aufsuchende Sozialarbeit kann immer nur so effektiv sein wie der Hintergrund von weiterführenden Hilfen, vor dem sie agiert[161]. Wir und die von uns betreuten Menschen sind daher dringend auf Netzwerkpartner*innen und kooperierende soziale Einrichtungen angewiesen, um begleitend und vermittelnd tätig werden zu können. Beratungs- und Hilfsangebote sind sowohl in Alt-Treptow, als auch im Ortsteil Altglienicke nur in begrenztem Maße verfügbar.

Abbau sozialer Infrastruktur

Der Abbau sozialer Infrastruktur stellt unsere Adressat*innen vor zusätzliche Herausforderungen. Die von uns betreuten Menschen sind aufgrund ihrer finanziellen Nöte bereits mit vielfältigen Problemlagen konfrontiert. Schulden, Probleme mit Behörden und Ämtern, Suchtproblematiken und häufig auch daraus resultierende gesundheitliche, familiäre und psychische Probleme fordern uns als Straßensozialarbeiter*innen immer stärker in unserer Funktion einer begleitenden und vermittelnden Instanz. Unterschiedliche Hilfebedarfe müssen organisiert und koordiniert werden. Zudem ist der Großteil unserer Adressat*innen infolge der Aufwertungsprozesse im Kiez von Wohnungslosigkeit bedroht.

Netzwerkpartner*innen und kooperierende Einrichtungen für weiterführende Hilfen brechen in Alt-Treptow im Moment fast vollständig weg. Die wenigen Anlaufstellen für konkrete Hilfs- und Beratungsangebote, die es in Alt-Treptow gibt bzw. gegeben hat,

[161] Vgl. …bis jetzt, 2011, S.4

leiden unter struktureller Unterfinanzierung und Personalknappheit, während gleichzeitig die Nachfrage wächst[162].

2012 erhielten wir die Mitteilung, dass der „Sozialdienst für Erwerbsfähige“ im Rahmen bezirklicher Kürzungen eingestellt werden soll. Hierbei handelt es sich um eine wichtige Schnittstelle zwischen Sozialamt und Jobcenter mit psychosozialem Beratungsangebot. Mehrere Netzwerkpartner*innen engagierten sich für den Erhalt des wichtigen Angebots. Einige Wochen darauf erhielten wir die Information vom Bezirk, dass dieses Angebot selbstverständlich erhalten bleibt. Offen blieb – und das ist häufig der Fall – ob der Erhalt des Sozialdienstes auf das Engagement des Netzwerkes zurückgeführt werden kann. Zeitgleich schloss eine andere soziale Einrichtung (mitHilfe) ihr Büro aufgrund eines zu geringen Bedarfs, wie es hieß. Aus Sicht der Straßensozialarbeiter*innen von Gangway stellt sich dies anders dar. *„Der Bedarf wächst, lediglich die Schwelle eines solchen Angebotes war zu hoch. Der große Schriftzug „mitHilfe“ wirkte einladend, die Einsicht verhindernden Milchglasscheiben allerdings ebensowenig wie die dauerhaft verschlossene Tür. Die Klingel war unscheinbar platziert und die Öffnungszeiten viel zu kurz, dienstags von 16-18 Uhr nach vorheriger Anmeldung.“*[163]

Im Karl-Kunger-Kiez befinden sich derzeit noch zwei Einrichtungen; allerdings mit problemspezifischen Beratungs- und Hilfsangeboten. Eine Anfang 2013 eröffnete Beratungsstelle (A-Z Hilfen), die bei Miet- und Wohnangelegenheiten Unterstützung leistet. Ferner ein Übergangshaus für bereits obdachlose Menschen mit einer Kapazität für 32 Personen, das im Rahmen des § 67 SGB XII („Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“) agiert. In Altglienicke gibt es lediglich ein Familienbegegnungszentrum mit Beratungsangebot des Trägers Offensiv 91 e.V.

Ein ganzheitliches Beratungsangebot, das unterschiedliche Hilfebedarfe an geeignete Einrichtungen delegieren kann, gibt es nicht. Ein Quartiersmanagement, das diese Aufgaben übernehmen kann, gibt es sowohl in Alt-Treptow, als auch in Altglienicke ebenso wenig wie nennenswerte Einrichtungen, an die delegiert werden könnte. Entsprechende Strukturen werden aber gebraucht. Die Aufgabe des Vermittelns und Delegierens – notwendigerweise auf bezirksübergreifender Ebene – versuchen wir in der aufsuchenden Arbeit im Rahmen unserer Möglichkeiten zu übernehmen, stellen aufgrund steigender Bedarfe jedoch fest, dass eine hilfekoordinierende und präventiv agierende psychosoziale Beratungsstelle im Gemeinwesen Alt-Treptow notwendig ist.

Als wichtige und verlässliche Kooperationspartner im Großraum Treptow-Köpenick, auf die wir uns mangels regulärer Angebote konzentrieren, haben sich u.a. die Lebensmittelausgabe „Laib und Seele“ und die Selbsthilfeeinrichtung CSO (Creative Selbsthilfe Oase) erwiesen. Die CSO ist eine Einrichtung, in der es einerseits schnelle, unkomplizierte Beratung und Sofort-Hilfe gibt. Andererseits bietet sie ein Dach für die Selbstorganisation, den intensiven Austausch und eine aktive Selbsthilfe. Die CSO verfügt darüber

[162] Vgl. M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012, S.6
[163] Anja Piotrowski, Streetworkerin M.A.N.N.E. F.

hinaus über zwei Wohnungen im Haus und weitere in der näheren Umgebung. Das suchtmittelfreie Wohnen wird meist von Menschen genutzt, die aus der Entgiftung kommen. Die Besonderheit an den Angeboten der CSO ist die Niedrigschwelligkeit und die Ausrichtung auf Menschen mit Alkohol- bzw. Suchtproblematik. Die Hilfen, die angeboten werden, orientieren sich an den Bedarfen der Menschen. Von der Begleitung bei Behördengängen über die Freizeitgestaltung bis hin zur Familienhilfe wird versucht die Menschen bei der Lösung ihrer individuellen Probleme zu unterstützen. Die Leiterin der CSO formuliert im Interview die Erfahrungen ihrer Adressat*innen im Hilfesystem so: *„Zwischen dem akademisch geprägten Hilfe- und Therapiepersonal und unserem Angebot besteht ein großer Unterschied. So viele Projekte mit ähnlichen Zielen und Zielgruppen gehen so sehr an der Realität vorbei. Die Menschen spüren eine große Distanz und fühlen sich oftmals nicht angenommen und unwohl. Wir gestalten unser Angebot recht individuell, gehen auf Augenhöhe und bieten eine flexible, persönliche Begleitung. Wir gehen, wenn nötig auch unkonventionelle Wege. Die Menschen können sich zudem hier in den Räumlichkeiten aufhalten und unterstützen sich gegenseitig in vielerlei Belangen. Wir sind für die Menschen, die sich hier aufhalten, jederzeit ansprechbar und verbringen gemeinsam hier viel Zeit miteinander. Hier findet jeder seinen Platz; ganz egal in welchem Zustand er ist.“*[164]

Die Tiertafel in Baumschulenweg ist ein weiteres wichtiges Angebot, das unsere Adressat*innen nutzen. Regelmäßig samstags können sich bedürftige Menschen bei der Tiertafel Futter- und Sachspenden für ihre Tiere abholen. Diese Termine werden zudem zum Austausch untereinander genutzt. Hilfe in unterschiedlichsten Belangen wird gesucht. Der Bedarf an professionellen, niedrigschwelligen Beratungs- und Hilfsangeboten bündelt sich gerade an solchen Ausgabestellen, den die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen vor Ort nicht auffangen können. Seit 2008 sind wir von M.A.N.N.E. F. mit unserem Beratungsangebot vor Ort. Die regelmäßigen Ausgabetermine sind für Adressat*innen, die Beratungsbedarf haben, daher verlässliche Termine, an denen sie unkompliziert professionelle Beratung in Anspruch nehmen können. Die Leiterin der Tiertafel-Ausgabestelle in Baumschulenweg formuliert es so: *„Wir ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen waren oft überfordert. Zum Beispiel, wenn sich ältere Damen uns anvertrauten, dass sie zu Hause einen drogenabhängigen Sohn haben und ihnen häusliche Gewalt widerfährt. Da konnten viele von uns nicht abschalten. (...) Es gab noch viele Fälle, bei denen Gangway uns erfolgreich unterstützt hat und uns half Halter und Tier gemeinsam auf einen guten Weg zu bringen.*

[164] Christiane Wochnik, Geschätsführerin der CSO, im Interview 2015

Wie sagen wir immer so schön: Wir kümmern uns um das Tier und unsere Streetworkerin um die Menschen."[165]

Exkurs: Niedrigschwellige Sozialarbeit konkret: Fallbeispiel Frau A.

Anja Piotrowski

Frau A. (49) lebt seit 18 Jahren mit ihrem gegen sie gewalttätigen Lebensgefährten Herrn B. im Kiez. Beide sind langzeitarbeitslos. Beide nehmen jede Gelegenheit zum Geldverdienen wahr. Herr B. hat besonders in den Sommermonaten seinen Lebensmittelpunkt im öffentlichen Raum Alt-Treptows. Er muss raus aus dem Haus, wenigstens unter Männern sein, wenn es schon keine Arbeit auf dem Bau mehr für ihn gibt. Er ist eine „Kiezgröße" und dem Team M.A.N.N.E. F. aus anderen Zusammenhängen bekannt.

Frau A. dagegen tritt persönlich nicht in Erscheinung. Sie lebt eher im häuslichen Umfeld der engeren Nachbarschaft. Ihr Haushaltsbuch ist ihre liebste Lektüre, sie hat einen Facharbeiterabschluss im Handel, managet die Bedarfsgemeinschaft. Wieder als Verkäuferin arbeiten, das wäre ihr Traum. Sie leidet seit ihrem 15. Lebensjahr an Bulimie, ist geschieden und hat eine erwachsene Tochter, zu der sie seit Jahren keinen Kontakt mehr hat. Der einzige familiäre Kontakt besteht zur Mutter. Frau A. ist Alkoholikerin und hatte zwei Langzeittherapien (eine vor 16 Jahren, eine vor 4 Jahren).

Mitte August 2012 verstärken sich im Haushalt A./B. die Konflikte; die Situation eskaliert mal wieder. Frau A. wird mitten in der Nacht aus dem Bett ins grelle Deckenlicht der Küche zur Familienkonferenz (beim Gebrauch dieses Wortes stockt Frau A. die Stimme) befohlen, an den Küchentisch gezerrt, verhört, angeklagt, beschuldigt, beschimpft und auch verprügelt, anschließend vor die Haustür gesetzt. Alles nicht zum ersten Mal. Aber ein Punkt ist erreicht diesmal. Frau A. will nicht, sie will nie mehr zurück. Sie wandert durch den schlafenden Kiez, findet eine der raren Parkbänke, durchgrübelt zum hundertsten Mal ihre Situation. Kein Ausweg. Nur ein Berg Probleme. Bedarfsgemeinschaft. Der Kanossagang zum Jobcenter, den Bearbeiter*innen erklären warum sie ausziehen muss, den Umzug genehmigen lassen. Ob der B. sie ein paar Möbel mitnehmen lässt? Wohin mitnehmen...? Gibt es noch irgendwo bezahlbare kleine Wohnungen? Selbst wenn, den schönen Garten (2.HH Parterre) gibt's bezahlbar bestimmt kein zweites Mal in Berlin. Soll sie so ganz alleine nochmal ganz von vorn anfangen? Ist das möglich, schaffbar? Nur mit Hilfe. Wo gibt's Hilfe?

---

[165] …bis jetzt, 2011, Anhang Brief Tiertafel Deutschland e.V.

Hier im Kiez nur an e i n e r Stelle, in der Karl-Kunger-Straße, weiß sie, ist ein Ladengeschäft. Drei riesige Schaufenster, Milchglas, man kann nur wenig erkennen, aber über der Front steht seit ein paar Jahren in fetten Lettern der Schriftzug „mitHilfe“. Da geht sie jetzt hin, liest die Aushänge, Öffnungszeiten. Hilfe bei.... und dann wartet sie auf den Tag. Diesmal versteckt sie sich nicht vor den Nachbarn. Sie kauert sich nicht in die Terrassenecke vor ihrer Küche, wo sie die ausgesperrten Nächte bisher verbracht hat. Sie bleibt im öffentlichen Raum und bekommt beim Bäcker einen Kaffee, Zuspruch. Sie fasst sich Mut, erwartet die Öffnungszeit, überwindet die Schwelle und klingelt an der Ladentür der Filiale.

a) Die Sozialarbeiterin schließt die Tür auf (Verschluss machte sich erforderlich auf Grund mehrerer den Arbeitsablauf störende Zwischenfälle) und Frau A. bekommt einen Termin.

b) Der Sozialarbeiterin ist gerade ein Termin weggebrochen, sie hat Zeit in ihrem geschützten Raum für Frau A. Diese fasst Vertrauen und sprudelt los. 18 Jahre brechen sich Bahn. Bis zur Beschreibung der aktuellen Notlage kommt sie nicht, es klingelt der nächste terminiert Hilfesuchende. Frau A. erhält einen Termin.

c) Die Sozialarbeiterin sitzt einer gefassten Frau A. gegenüber und hört sich die chronologisch nach Dringlichkeit vorgebrachten Hilfsbedarfe (Wohnung, Arbeit, Sucht und Zwang) an. Um die nötigen Unterlagen beizubringen erhält Frau A. Zeit bis zum nächsten Termin.

Frau A. kauert wieder in der Terrassenecke, wenn der Alte tobt. Wenn er aus dem Haus geht, lässt er ihr die Tür auf, dann kann sie duschen, Papiere raussuchen und da steht auch immer eine Flasche Hochprozentiges. Sie kennt ihren Pegel. Kalt entzogen hat sie schon mal, das schafft sie dann später locker, nur jetzt erst mal ne Wohnung kriegen... Sie hat einen Termin in der Koordinierungsstelle Wohnraumverlust, ...noch einen Schluck zur Stabilisierung und dann aufs Amt, diesmal mit dem 109er in die Hans-Schmidt-Straße nach Adlershof...

Ende August 2012, nachmittags, ich streetworke durch die Karl-Kunger-Straße. Es ruft mich eine sichtlich aufgelöste Sozialarbeiterin. Sie steht in der weit offenen Tür der mitHilfe. Im Raum begrüßt mich dann noch ein Polizist. Auf einem Stuhl kauert vor einer Tasse heißen Tees ein Häufchen Unglück, das mir als Frau A. vorgestellt wird. Sie weint, hat Blessuren, Hämatome an Armen und Gesicht, sie riecht nach Alkohol. Sie will ihren Mann nicht anzeigen. Sie will auch nicht ins Krankenhaus. „Bitte, auf keinen Fall, ich brauche nur was, wo ich schlafen kann.“

„Ich hab schon überall angerufen, im Amt nimmt heute keiner mehr ab, da kann ich erst morgen wieder was erreichen. Voll alle Frauenhäuser, Krise auch...“, seufzt die Kollegin.

Und Frau A. ist nicht trocken, Grundvoraussetzung fürs Frauenhaus, geht mir durch den Kopf. Ratlos stehen ein Polizist, die Sozialarbeiterin der mitHilfe und ich erstmal rauchend auf der Karl-Kunger-Straße herum.

„Jaja, die geprügelten Frauen, die meisten gehen wieder zurück...“, die Sozialarbeiterin erzählt ausführlicher. Seit ein paar Wochen kommt Frau A. hierher, lief

eigentlich alles sehr gut an aber irgendwie hat die Wohnraumsicherung sie zur Wohnhilfe geschickt und von da dann wieder zurück, oder so. Gestern hätte sie dann bei mitHilfe die Ergebnisse ihrer aktuellen Wege/ Ämtergänge abliefern sollen, aber Frau A. kam nicht. Es war der erste nicht eingehaltene Termin und heute steht sie so in der Tür. Verbeult, weinend, weiß nicht wohin, braucht Hilfe. So schlecht gings Frau A. nur bei ihrem ersten Termin, an den folgenden war sie sehr gefasst. Manchmal roch sie nach Alkohol...

C. läuft vorbei und kommt neugierig näher. Letztes Jahr hat er an unserer MANNE MAE teilgenommen. Wir schwatzen. Er wohnt auf dieser Straße zusammen mit seiner Lebensgefährtin in einer 2-Raum-Wohnung. Er kennt auch Frau A. „Mensch, A., ...endlich lässt Du Dir das nicht mehr gefallen. Hat doch die ganze Nachbarschaft mitgekriegt, wir wollten ja immer helfen aber... Jetzt weiß ich wie, Du kannst bestimmt für eine Nacht bei uns schlafen, ich frag schnell meine Frau. Wäre vielleicht gut, von Euch Offiziellen kommt eine mit." Ein paar Toilettenartikel und Anziehsachen müssten wir auch noch organisieren.

Frau A. hat schreckliche Angst und will den Schläger nicht sehen. Frau mitHilfe geht grundsätzlich nicht in Klient*innenwohnungen. Sie hat auch schon seit einer halben Stunde Feierabend. Morgen kümmert sie sich... Da sind alle wieder an ihren Schreibtischen erreichbar. Also gehen wir zu zweit, der Beamte und ich.

Wir halten Blickkontakt. Er schließt seinen Uniformknopf. „Na dann... soll ich klingeln?" „Wie Sie denken", erlaubt er mir. Also, dicht ran an die Tür, Arm im rechten Winkel vor die Brust, Faust mit ordentlichem Wummern gegen das Türblatt knallen, x mal. Dann AUFMACHEN brüllen mit fester Stimme! Und nochmal, Wumm, wumm, wumm, MACHEN SIE DIE TÜR AUF, HERR B.!

Schlüssel dreht sich, ich bin wieder Manja. "Tach Kiezgröße, ich komm von Deiner Frau. Die braucht Sachen." Antwort dann ungefähr so. Die **Schimpfwort** kommt mir hier nicht mehr rein, Zeug kannste mitnehmen, wenns nicht lange dauert... Aber der da, zeigt zum Polizisten, bleibt an der Tür, wenn er keen Beschluss hat.

Drei Tage später klingelt mein Telefon, C., der hilfsbereite Nachbar fragt an, ob Frau A. irgendwann wieder abgeholt wird. „Wir schlafen in Schichten, haben nur zwei Betten und von Hartz IV kannste auch nicht dauerhaft jemand zusätzliches mit durchfüttern. Das geht nicht so weiter."

Ich suche die Filiale der mitHilfe auf. Mir wird aufgeschlossen. Frau A. ist hier nicht mehr aufgetaucht und „sie wissen doch, wir gehen nicht in Wohnungen.... Und die Kolleginnen im Amt sind erkrankt, in Vertretung oder irgendsowas. Die Frauenhäuser und Kriseneinrichtungen sind völlig überfüllt. Ich hab nichts erreichen können. Irgendwie ist Frau A. nirgends angekommen und bei uns ist sie ja im Prinzip auch noch gar nicht richtig angedockt..."

Ich gehe zu Frau A. Sie sitzt zitternd, der Entzug. Krankenhaus will sie nicht, so

schlimm ist es nicht. Ich klappere meine Joker ab und krieg den entscheidenden Tipp im Übergangshaus der Bürgerhilfe. Diese selbst eröffnen in Reinickendorf eine Frauenkriseneinrichtung, nächste Woche und haben deswegen heute noch ein Bett im Doppelzimmer für Frau A. frei. Notübernachtung, ohne Kostenübernahme bis drei Tage. Ich leihe ein Dienstfahrzeug und begleite Frau A. Sie wird aufgenommen. Sie kann zur Ruhe kommen.

Ein paar Tage später treffen wir uns mit Rückendeckung vom Abschnitt 65 (Polizei), um weitere persönliche Gegenstände aus der Wohnung zu holen. Drei Wochen später, Ende September, ist Frau A. trocken, stabilisiert und bezieht ihre Ein-Raum-Wohnung in Schöneweide. Eine Trägerwohnung der Bürgerhilfe, die einzige Chance auf Wohnraum für die meisten unserer Adressat*innen.

Am 28.9. holen wir Frau A.s restliche Sachen aus ihrer alten Wohnung und richten die neue ein. Sie legt ein frisches Haushaltsbuch an und freut sich auf den Anruf bei ihrer Mutter. „Ich hab ihn verlassen und ich trinke nicht mehr“, wird sie ihr sagen können. Endlich.

Am Jahresende ist Frau A. noch immer trocken, besucht regelmäßig den Frauentreff la vida, wöchentlich ihre Sozialarbeiterin, war schnuppern in der Selbsthilfegruppe des CSO, freut sich auf gemeinsame Ausflüge und bewirbt sich, wo immer es die kleinste Aussicht auf Arbeit oder einen Mietvertrag für eine eigene Wohnung mit einem Fleckchen Garten gibt.

Wir haben für sie Kontakte hergestellt und auch Termine gemacht, aber wir begleiten; und deswegen schaffen unsere Klienten den Schritt über so manche Schwelle an der sie ohne uns scheitern würden. Die Filiale der mitHilfe ist seit Juni 2013 geschlossen.

Vorteile und besondere Herausforderungen der aufsuchenden Erwachsenenarbeit

Anhand dieses Fallbeispiels lassen sich sowohl die Vorteile und besonderen Herausforderungen der aufsuchenden Sozialarbeit, als auch die Notwendigkeit engmaschiger, lokaler Vernetzung im Gemeinwesen ableiten.

O-Ton: *„Bei Euch kriegen wir Hilfe, bei den anderen Termine.“*[166] Niedrigschwellige Straßensozialarbeit sucht die Menschen auf und greift überall dort ein, wo es nötig und möglich ist. Sie ergänzt damit jene bestehenden Regelangebote mit Komm-Struktur, die in Alt-Treptow seit geraumer Zeit sukzessive abgebaut werden und auf Menschen zugeschnitten sind, die fähig und bereit sind Unterstützungsangebote ausfindig zu machen und sich selbständig darum zu bemühen. Mitarbeiter*innen der Streetwork-

[166] Zitat einer Adressatin vom Schmollerplatz

teams sind nicht an Regelarbeitszeiten gebunden und können daher flexibel auf Bedarfe reagieren.

Aufgrund starker Vernetzung und Präsenz in den jeweiligen Kiezen, sind unsere Teams bekannt und werden sowohl von Adressat*innen, als auch von verschiedenen sozialen Einrichtungen, ordnungspolitischen Funktionsträger*innen und Institutionen auf Verwaltungsebene angesprochen und einbezogen. Dadurch können wir schnell und flexibel intervenieren. Wir genießen ein hohes Maß an Vertrauen bei unseren Adressat*innen und den Akteur*innen im Kiez. Wir werden auch dort von Menschen hinzugezogen, wo Anderen die Türen verschlossen bleiben und agieren oftmals auch dann noch erfolgreich, wenn Regelstrukturen nicht (mehr) ausreichen, um die Menschen zu erreichen. Wir verfügen zudem unkompliziert und flexibel über kleinere Summen Handgeld. Dies erweist sich häufig als „Rettung in letzter Minute“. Unsere Zuständigkeit ist zunächst einmal unbeschränkt. Wir fungieren so als verlässliche Hilfe, sind jederzeit ansprechbar und verantwortlich und können so weiterführende Hilfen vermitteln und koordinieren, ohne die von uns betreuten Menschen vollständig an diese „abzugeben“. Unsere unterstützenden Kontakte sind vielfältig und breit gestreut. So finden wir oft auch dort spontane Lösungsmöglichkeiten, wo geregelte Hilfeabläufe nicht greifen. Darüber hinaus können wir (in begrenztem Maße) über Dienstfahrzeuge verfügen und leisten hiermit oft notwendige logistische Hilfe, die von Menschen in Notlagen nicht zu bewältigen ist.

Zusammenfassung

Mit der Konzeption und dem Beginn des Projektes M.A.N.N.E. F. – „Mobile Angebote für Nichterwerbstätige und/oder Nichterwerbsfähige Erwachsene und deren Familien“ – das in Altglienicke und Alt-Treptow tätig ist, hat Gangway Neuland betreten.

Die besondere Bedeutung des Projektes M.A.N.N.E. F. liegt darin, dass die wachsende Anzahl mehrfach benachteiligter, nicht-wohnungsloser Erwachsener, die ihren Lebensmittelpunkt im öffentlichen Raum haben, als Adressat*innen von Straßensozialarbeit wahrgenommen wurden und entsprechende Angebote konzipiert worden sind. Die dennoch heterogenen Gruppen, ihre besonderen Lebenslagen, Konfliktfelder und die Lage ihrer öffentlichen Trefforte waren Ausgangspunkt erster methodischer Ansätze, die innerhalb der koordinierenden Steuerrunde sowie in Form von Fachtreffen und Arbeitsgemeinschaften unter Beteiligung aller Interessengruppen entwickelt, erprobt und reflektiert worden sind.

Die Netzwerkarbeit des Projektes gliedert sich in feldbezogene/strukturelle und adressat*innenbezogene/hilfebedarfsorientierte Netzwerkarbeit in den jeweiligen Gemeinwesen. Beide Ebenen sind vernetzt und werden in ihrer inhaltlichen Ausrichtung durch die Interessen und Bedarfe unserer Adressat*innen bestimmt. Die Einrichtung eines Milieuschutzgebietes für das Gebiet Alt-Treptow und die projektspezifischen Kooperationen mit verschiedenen Ressorts der Bezirksverwaltungen (z.B. die Umgestaltung von Trefforten wie z.B. der Kugel in Altglienicke in Zusammenarbeit mit dem

Grünflächenamt) sind Beispiele für unsere feldbezogene Netzwerkarbeit, bei der es sowohl um den Schutz des Wohnraumes für einkommensschwache Menschen, als auch um die Nutzungs- und Mitbestimmungsrechte aller Bürger*innen für öffentliche Freiflächen geht.

Der sukzessive Abbau oder – wie im Fall Altglienicke – das Fehlen sozialer Infrastruktur bei gleichzeitig wachsendem Bedarf an Beratungs- und Hilfsangeboten, stellt die Streetworker*innen von M.A.N.N.E. F. vor große Herausforderungen. Aufsuchende und hilfevermittelnde Soziale Arbeit braucht eine engmaschige Vernetzung mit Einrichtungen, an die Hilfesuchende vermittelt werden können. Ein Quartiersmanagement als koordinierende Instanz gibt es weder in Alt-Treptow, noch in Altglienicke. Die enge Kooperation mit den bestehenden sozialen Einrichtungen mit geeigneten Angeboten ist daher der wichtigste Aspekt adressat*innenbezogener Netzwerkarbeit. Die Creative Selbsthilfe Oase (CSO) ist ein Beispiel für eine dieser wichtigen Kooperationen, durch die unsere Adressat*innen mit Suchtproblematiken langfristige und aktivierende Hilfen in Anspruch nehmen können.

Die Aufgaben aufsuchender Arbeit erweitern sich in Kiezen mit mangelhafter sozialer Infrastruktur und zunehmender sozialer Segregation. Streetwork als Brücke zu regulären Hilfen verändert sich verstärkt in Richtung langfristiger Intensivbetreuungen und der Notwendigkeit einer großflächigen Vernetzung mit sozialen Einrichtungen in verschiedenen Regionen Treptow-Köpenicks; also außerhalb des Wohnumfeldes unserer Adressat*innen. Die Hürden des Zugangs erhöhen sich insofern, als dass die Vermittlung und Begleitung bis zum erfolgreichen Andocken in Hilfen im näheren Wohnumfeld durch das Fehlen entsprechender Stellen erheblich erschwert wird.

Beteiligung ist möglich

Seit die UN-Konferenz 1992 in Rio de Janeiro erstmals den engen Zusammenhang zwischen ökologischem Gleichgewicht, materiellem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit betonte und zur Überwindung struktureller Ungleichheitsverhältnisse die Beteiligung aller Bevölkerungsschichten und -gruppen an gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozessen forderte, ist Partizipation zur zentralen Zielsetzung innerhalb der sozialpolitischen und zivilgesellschaftlichen Infrastruktur geworden. Während die Stärkung zivilgesellschaftlicher Beteiligung politisch gefördert wird und die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten von engagierten Bürger*innen auf lokaler Ebene mit wachsendem Selbstvertrauen eingefordert werden, fällt auf, dass insbesondere sozial benachteiligte Menschen von diesen Angeboten und Möglichkeiten nicht oder nur schwer erreicht werden. Bislang werden Beteiligungsangebote „vorrangig von den

bereits teilhabenden Gesellschaftsschichten wahrgenommen“[167], das heißt von jenen Menschen, die ihre Interessen auch ohne spezifische Angebote gut vertreten können „oder deren Interessen gut vertreten sind.“[168]

Spielregeln und Hürden

Die Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe werden vor allem von Praktiker*innen kritisch reflektiert und verdeutlichen sowohl strukturelle, als auch methodische Probleme, schwer erreichbare Adressat*innengruppen erfolgreich in Beteiligungsprozesse einzubinden. „Die Spaltung der Gesellschaft bildet sich ebenso wie in repräsentativen politischen Systemen auch in Beteiligungsprozessen deutlich ab.“[169] Die Proteste gegen Stuttgart 21 oder der Bildungsentscheid in Hamburg[170] stehen „exemplarisch für soziale Ungleichheitsstrukturen bei der Beteiligung an direkt-demokratischen Initiativen“[171]. An ihnen beteiligen sich vorwiegend Menschen aus bildungsbürgerlichen Milieus, um ihren Interessen und politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Rausch fragt, ob es nicht sogar zynisch sei, „ausgerechnet Menschen, denen der Zugang zu gesellschaftlich bedeutsamen Ressourcen fehlt“[172] zur Mitwirkung und Beteiligung aufzufordern. Er weist auf die Dimensionen von Benachteiligung hin, die sich darin zeigten, „dass Personen die Teilhabe an sozialen, kulturellen oder politischen Ressourcen und Ereignissen sowie an den materiellen Erträgen und dem Wohlstand vorenthalten wird.“[173]

Aufgrund des Mangels in nahezu allen Bereichen des Lebens scheint es geradezu vermessen von benachteiligten Bevölkerungsgruppen eine Anpassung an mittelschichtsorientierte Prozeduren und Vorstellungen von Beteiligung, Gestaltung und Mitbestimmung zu erwarten. Bildungsbürgerlich geprägte Beteiligungsmodelle basieren auf den Maßstäben und Vorstellungen bürgergesellschaftlicher Aktivität[174] und setzen stets kulturelle Fertigkeiten und Fähigkeiten voraus, „die in benachteiligten Milieus unbekannt oder nicht hinreichend entwickelt sind.“[175] Mit dem Fehlen von Lohnarbeit und der daraus resultierenden mangelhaften Integration in breitere gesellschaftliche Zusammenhänge und Kontakte, die über das direkte Wohnumfeld hinausgehen, fehlt

---

[167] Gohde-Ahrens, Rixa: Partizipation und soziale Inklusion aus der Quartierssicht – ein Blick nach Hamburg. 2013, S.1
[168] Ebd.
[169] Ebd.
[170] Die 2008 in Hamburg gegründete Bürgerinitiative „Wir wollen lernen“ engagierte sich mit großer Vehemenz gegen eine geplante Schulreform in Hamburg, die vorsah der Ungleichheit von Bildungschancen durch eine Reformierung des dreigliedrigen Schulsystems entgegenzuwirken. In einem Volksentscheid 2010 gelang es der Initiative diese Reformpläne weitgehend zu verhindern. Der damalige Bürgermeister Ole von Beust kritisierte die Initiative als „Elite mit mangelnder Verantwortungsbereitschaft“.
[171] Klatt, Johanna: Individualisierte Zivilgesellschaft, 2011, S.3
[172] Rausch, Günter: Soziale Benachteiligung und Partizipation – Beteiligung von sozial Benachteiligten: Ein Prüfstein, Stolperstein oder Meilenstein von Gemeinwesenarbeit? 2004, S.1
[173] Ebd. S.2
[174] Klatt, Johanna: Individualisierte Zivilgesellschaft und die Beteiligung sozial Benachteiligter. In: betrifft: Bürgergesellschaft 37. 2011, S.7
[175] Rausch, Günter: Soziale Benachteiligung und Partizipation, 2004, S.6

vielen erwerbslosen Menschen zudem eine wichtige Brücke zur Teilhabe und Beteiligung. Solange das Gros der Beteiligungsangebote sprachlich und inhaltlich an bürgerliche Lebenswelten gebunden bleibt, werden die Möglichkeiten gemeinsamer Aktivitäten und gegenseitiger Wertschätzung über Milieugrenzen hinweg verschenkt.

Das heißt jedoch nicht, dass Menschen, die von den klassischen Beteiligungsangeboten nur schwer oder gar nicht erreicht werden keinerlei zivilgesellschaftliches Engagement zeigen. Eine Untersuchung des Göttinger Instituts für Demokratieforschung belegt, dass es insbesondere im direkten Wohnumfeld benachteiligter Menschen „versteckte Engagementstrukturen“[176] gibt. Die Menschen setzen sich dort auf „unkonventionelle, informelle und damit bislang häufig unsichtbare Weise für andere“[177] ein und empfinden dies nicht als *zivilgesellschaftliches Engagement*, sondern als „selbstverständliche gegenseitige *Hilfs*maßnahmen“[178].

Unsere Erfahrungen bestätigen diese Ergebnisse. Unsere Adressat*innen – dies ist bereits im Fallbeispiel Frau A. und aus einigen O-Tönen hervorgegangen – unterstützen und helfen sich gegenseitig oder innerhalb der Nachbarschaften mit einer großen Selbstverständlichkeit. Dies reicht von alltagspraktischen Hilfen (z.B. Reparaturen und handwerkliche Unterstützung) über Begleitungen zu Behörden und Beratungen (z.B. Jobcenter, Gericht, Schuldnerberatung) bis hin zu existentiellen Hilfen in Notsituationen (z.B. Lebensmittel, Geld). Bemerkenswert ist hierbei die große Bereitschaft unserer Adressat*innen, trotz der eigenen materieller Not, auch mit Geld und Lebensmitteln auszuhelfen. Es wäre hilfreich das vorhandene informelle Engagement dieser Menschen innerhalb von Beteiligungsdebatten anzuerkennen und mit weiterführenden Beteiligungsangeboten an die lokalen Ressourcen und persönlichen Potentiale der Menschen anzuknüpfen.

Wer muss sich hier eigentlich wem anpassen? – Kriterien zur Aktivierung von wenig beteiligungserfahrenen Menschen

Wie können Beteiligungsprozesse so gestaltet werden, dass Adressat*innen jenseits der Mittelschicht erreicht und auf gleichberechtigte Weise in die Aktivitäten in den Gemeinwesen eingebunden werden?

Wichtige Rahmenbedingungen sind eine angemessene Sprache, die Kommunikation auf Augenhöhe und die Bereitschaft sich auf die Lebens- und Alltagswelten der Menschen einzulassen. Der Vertrauensaufbau in professionelle Unterstützer*innen erfordert Zeit. Misstrauen und Ängste gegenüber Sozialarbeiter*innen, Behörden und Menschen aus anderen sozialen Kontexten müssen abgebaut werden. Dies erfordert Transparenz und

[176] Ebd.
[177] Ebd.
[178] Ebd. S.1

einen offenen Austausch über Zielsetzungen, Erwartungen, Inhalte und Arbeitsweisen. Konkrete Anlässe und lokale Projekte, die in direktem Bezug zur Alltagswelt und den Bedürfnissen der Menschen stehen (siehe auch Exkurs GeDenkOrt), konkrete Ziele und überschaubare Zeitrahmen[179] sind niedrigschwellige Rahmenbedingungen, die nicht entmutigen, sondern motivieren.

Am Beispiel der bereits beschriebenen Umgestaltungsmaßnahmen von öffentlichen Plätzen und der Entzerrung und Entspannung von Nutzungskonflikten der Trefforte unserer Adressat*innen war es wichtig, dass alle relevanten Interessengruppen vertreten waren, die Unterstützung und Beteiligung von politischen Entscheidungsträger*innen gewährleistet wurde, alle Meinungen und Interessen gehört und angemessen verhandelt werden konnten. Als hilfreich erwies sich ferner, dass auf die initiierenden Fachtreffen und die konkreten Planungsdiskussionen eine zeitnahe Umsetzung der Projekte folgte. Es ist wichtig die Freude und Motivation der Menschen, ihre Trefforte in Kooperation mit dem Grünflächenamt endlich selbst gestalten zu dürfen, nicht durch langwierige Phasen bürokratischer Prozedere auszubremsen. Auch die Tatsache, dass die Menschen mit einer Behörde auf Augenhöhe kooperierten, stellte sich in der Reflexion des Projektes u.a. als wichtige Kontrollerfahrung für alle Beteiligten heraus, die sich sonst im Wesentlichen als Objekte von behördlichen Entscheidungen erfahren.

Langfristig geht es darum, geeignete Lern- und Möglichkeitsräume zu schaffen[180], die den lokalen und individuellen Voraussetzungen sowie den Interessen und Bedürfnissen der Bewohner*innen angepasst werden; nicht umgekehrt. Eine wertschätzende Unterstützung und die aktivierende Begleitung verschiedenster Beteiligungsprozesse zielen darauf ab das Selbstvertrauen der Menschen zu stärken und sie zu befähigen zunehmend selbstständig ihre Interessen wahrzunehmen und zu vertreten. Ziel ist es, eine Entwicklung zu fördern, die strukturell benachteiligte Menschen, die es gewohnt sind Objekte von Entscheidungen zu sein[181], in die Lage versetzt aus einem wachsenden Selbstvertrauen heraus wieder eigene Entscheidungen zu treffen und nach eigenem Ermessen zu denken und zu handeln. Dies schließt das Recht auf Nichtbeteiligung ein.

Sogenannte Viertelgestalter*innen[182] und Meinungsführer*innen der Adressat*innengruppen sind in diesem Zusammenhang wichtige Ressourcen im Gemeinwesen. Sie haben einen engen Bezug zum Kiez und seinen Bewohner*innen, wirken glaubwürdig und genießen das Ansehen vieler Bewohner*innen[183]. Diese Menschen in Beteiligungsprozesse einzubinden, sie in ihrem Wirken zu unterstützen und zu beraten kann der Schlüssel für den Aufbau authentischer, vor allem aber nachhaltiger Strukturen von Selbsthilfe und Beteiligung im Gemeinwesen sein.

---

[179] vgl. Gohde-Ahrens, Rixa, 2013, S.5; Rausch, Günter, 2004, S.10; Klatt, Johanna, 2011, S.2
[180] vgl. Rausch, 2004, S.7
[181] vgl. ebd. S.9
[182] vgl. Klatt, Johanna, 2011, S.2
[183] vgl. Klatt, Johanna, 2011, S.2; S.6

Zwischen Ideal und Wirklichkeit – Erfahrungen in der Ausgestaltung von Beteiligungsangeboten

Die Erfahrungen, die die Gangway-Teams in der Arbeit mit Erwachsenen sammeln konnten, zeigen jedoch eines deutlich: Von der Interessenvertretung strukturell benachteiligter Menschen zur Selbstermächtigung des Einzelnen und/oder zur Stärkung marginalisierter Gruppen im Gemeinwesen ist es ein weiter Weg.

In den Gangway-Teams ist das Thema Beteiligung häufig diskutiert worden. Die Erkenntnis, dass die Fähigkeit und Bereitschaft unter wenig beteiligungserfahrenen Menschen erst allmählich mit positiven Erfahrungen wächst, erfordert seitens der Streetworker*innen eine gewisse Gelassenheit gegenüber idealtypischen Vorstellungen von Beteiligung und Inklusion. Wir stellen fest, dass eine aktive Beteiligung punktuell möglich ist, jedoch anfangs in der Regel kein originäres Interesse der von uns betreuten Menschen darstellt; zumindest nicht, sich in abstrakter Weise gesellschaftlich einzubringen. Vielmehr sind es die konkreten Anliegen, die den Menschen am Herzen liegen und sie emotional bewegen, die die Menschen motivieren sich über die indirekte Beteiligung hinaus und in sehr persönlicher Weise einzubringen, wie wir es u.a. am Beispiel des GeDenkOrtes am Leopoldplatz veranschaulichen.

Unsere methodischen Ansätze sind daher auf die aktuellen Interessen und Ressourcen der von uns betreuten Menschen ausgerichtet. Diese sind vielfältig, aber immer nah an den eigenen Lebensrealitäten. Dort, wo es um strukturelle Probleme und administrative Kooperationen und Verhandlungsprozesse geht, scheuen sich die meisten unserer Adressat*innen sich zu beteiligen. Dort, wo Pragmatismus, Ideen und Tatkraft gefragt sind, ist die Bereitschaft zur Beteiligung und die Einsatzfreude erfahrungsgemäß groß.

Wir differenzieren daher zwischen *indirekter und direkter Beteiligung*[184]. Die indirekte Beteiligung meint in diesem Zusammenhang die niedrigschwelligste Form der Beteiligung: auf Ebene der Interessenvertretung. Im vertrauten Rahmen von Gruppen- und Einzelgesprächen öffnen sich viele Adressat*innen. Gemeinsam mit den Streetworker*innen lernen die Menschen ihre Interessen wieder wahrzunehmen und diese auch zu formulieren. Sie sprechen über Stigmatisierungserfahrungen und ihre Bedürfnisse als Gruppen, die den öffentlichen Raum nutzen, in der Regel jedoch unerwünscht sind und stören. Dies mündet zu Beginn der Arbeit in dem Auftrag die Sachlage und die Interessen in die jeweiligen Gremien und Versammlungen zu tragen und damit zunächst einmal sichtbar zu machen. In der kritischen Fachreflexion wird die Interessenvertretung oft als entmündigende Praxis betrachtet, die die Distanz wenig beteiligungserfahrener Menschen zur aktiven Gestaltung ihres Lebens noch zementiere[185]. Wir betrachten die indirekte Beteiligung zunächst als durchaus akzeptable *Strategie der kleinen Schritte*, um die häufig tiefgreifende Passivität der von uns betreuten Menschen langfristig und nachhaltig zu überwinden.

---

[184] Axel Illesch, Streetworker bei Gangway
[185] vgl. Rausch, 2004, S.8f

Ein tragfähiger Erfahrungshintergrund fehlt den meisten unserer Adressat*innen zu Beginn der Arbeit. Hierzu muss sich zunächst ein Vertrauen in die Selbstwirksamkeit, zu lokalen Akteur*innen und auch in die Sinnhaftigkeit von aktiver Beteiligung entwickeln können. Mit angemessenen Beteiligungsangeboten können Brücken gebaut werden. Konkrete Anlässe (Konflikte oder Ereignisse im Kiez), kulturelle Veranstaltungen, Mitmach- und Selbsthilfeangebote sowie Ausflüge können Ansatzpunkte sein, um erste Erfahrungen mit Beteiligung zu sammeln. Entsprechende Angebote sollten zudem konzeptionell so gestaltet sein, dass Teilnehmende sich angstfrei und ihren individuellen Möglichkeiten entsprechend einbringen können.

Im Jahr 2014 sind durch verschiedene Angebote, die weitgehend auf konkrete Interessen und Vorschläge unserer Adressat*innen zurückgehen, zahlreiche Menschen eingeladen worden, sich stärker einzubringen. Der Tagesausflug in die Saulus-Klinik Lindow ist ein solches Beispiel. Angeregt von unseren Adressat*innen, von denen sich viele mit Fragen rund um den Alkoholentzug und erfolgversprechenden Therapiemöglichkeiten konfrontieren, planten wir einen Ausflug in die Saulus-Klinik Lindow, die auf die Therapie von Sucherkrankungen spezialisiert ist. O-Ton: *„Ich will mir ein eigenes Bild machen!“*[186] Das gemeinsame Ziel war es, uns über die konkreten Therapieinhalte und den Alltag in einer solchen Klinik zu informieren. Das ist nicht nur für unsere Adressat*innen interessant, sondern auch für uns als Streetworker*innen, die wir häufig mit Fragen über Inhalte und Abläufe von Suchttherapien konfrontiert werden.

Mit zwei VW-Bussen reisten wir am 17.10.2014 nach Lindow und erlebten eine interessante Führung durch die Klinik, die zwischenzeitlich immer wieder in angeregte Gespräche über eigene Entgiftungserfahrungen oder Gehörtes mündete. Vor allem alltagspraktische Fragen brannten unseren Adressat*innen auf den Nägeln: *„Darf man wenigstens rauchen?“*, *„Wie sehen die Zimmer aus, in denen man wohnt?“* oder *„Was macht man eigentlich den ganzen Tag hier?“*[187] waren wichtige Fragen, durch deren Beantwortung Ängste abgebaut werden konnten und eine greifbare Vorstellung vom Klinikalltag entstand. Durch den gemeinsamen Ausflug und die dadurch angeregte Auseinandersetzung in der Gruppe sind wichtige Impulse gesetzt worden, an die sich weitere Aktivitäten anschließen lassen und die schließlich die Grundlage einer Entscheidung für eine Therapie sein können. Interesse und Motivation entstehen durch eigene (freudvolle und/oder leidvolle) Betroffenheit, wie auch der GeDenkOrt-Exkurs zeigt. Sucht ist hierbei ein zentrales Thema. Aktivierende Impulse zu setzen, ist im Rahmen niedrigschwelliger Sozialarbeit ein erster, notwendiger Schritt, bevor sich Beteiligung – indirekt oder direkt – überhaupt ereignen kann.

[186] Zitat eines Adressaten vom Schmollerplatz
[187] Zitate der Teilnehmer*innen

Ein Platz für Alle – Best Practice auf dem Leopoldplatz

Bevor wir die Möglichkeiten und methodischen Ansätze zur Partizipation von wenig beteiligungserfahrenen Menschen in Form von Praxis-Exkursen des Gangway-Teams vom Leopoldplatz näher beleuchten, schauen wir für einen Moment einige Jahre zurück in die Anfänge der Erwachsenenarbeit von Gangway.

In verschiedenen Berliner Bezirken, in denen die Streetworker*innen von Gangway unterwegs waren, sind damals ähnliche Beobachtungen gemacht worden: Erwachsene nutzen verstärkt öffentliche Plätze und verbringen dort einen Großteil ihrer Zeit. Gangway begann das Thema aufsuchende Erwachsenenarbeit in Form von bezirksübergreifenden Fachtreffen unter Einbezug der lokalen Verwaltungen aufzugreifen und mögliche Lösungsansätze zu entwickeln. Schnell war klar, dass die Ausgangs- und Konfliktlagen, die lokalen Gegebenheiten, die Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur und der Fokus notwendiger Arbeitsinhalte keine allgemeingültigen Strategien, sondern das Erproben von Methoden erfordern würde, die sich mit den jeweiligen Rahmenbedingungen im Kiez realisieren lassen.

Aufgrund der verschiedenen Bevölkerungsstrukturen und lokalen Gegebenheiten der Kieze haben sich unterschiedliche Methoden und Möglichkeiten der aktivierenden Beteiligungsarbeit mit Adressat*innen der aufsuchenden Sozialarbeit entwickelt.

Während das M.A.N.N.E. F.-Team im Großraum Treptow-Köpenick mehrere öffentliche Trefforte Erwachsener betreut und der inhaltliche Fokus zunächst vor allem auf die Bedarfe der Adressat*innen gerichtet war, ist die Arbeit des Gangway-Teams am Leopoldplatz von Anfang an auf eine gemeinwesenorientierte Form des sozialen Platzmanagements fokussiert gewesen. Anlässlich sich verstärkender Nutzungskonflikte auf dem Leopoldplatz ist das Konzept „Ein Platz für alle – Gemeinsam einen Platz für alle gestalten“ unter Federführung des Präventionsrates des Bezirks Mitte initiiert worden.

Das Fehlen von Erfahrungswissen, erprobten Methoden und Instrumenten in der aufsuchenden Erwachsenenarbeit waren der Ausgangspunkt eines stetigen und intensiven Austauschs zwischen Team M.A.N.N.E. F. und Team Leo. Erfahrungen, erwachsenenspezifische Problemfelder (komplexe Problemlagen als Regelfall) sowie erfolgreiche Methoden und Arbeitsansätze wurden im Rahmen von Team- und Fachtreffen ausgetauscht und reflektiert. Zum einen, um der Gefahr entgegenzutreten, das Rad jedes Mal neu zu erfinden, zum anderen, um ein Erfahrungs- und Methodenrepertoire für die aufsuchende Erwachsenenarbeit anzulegen und diese über die Bezirks- und Stadtgrenzen hinaus mit Streetworker*innen und Einrichtungen der aufsuchenden Arbeit teilen und weiterentwickeln zu können.

Wenn wir von Beteiligung sprechen, meinen wir auch die Beteiligung der administrativen Ebenen und ihrer Entscheidungsträger*innen. Sie konsequent in die strukturellen Inhalte unserer Arbeit einzubinden, war uns ein zentrales Anliegen. Um der Verfestigung von individuellen Problemlagen und der zunehmend reflexhaften Verdrängung

marginalisierter Gruppen aus dem öffentlichen Raum konstruktiv zu begegnen, müssen notwendige Diskurse breit und zwischen allen Zuständigkeitsbereichen geführt werden.

Die Erfahrungen aus dem Team Leo zeigen die Möglichkeiten von Beteiligung auf allen Handlungsebenen des Projektes plastisch und verdeutlichen, in welcher Weise sich Nutzungskonflikte im und um den öffentlichen Raum in ein Konzept von Stadt verwandeln lassen, das alle Anwohner*innen, Nutzer*innen und Verwalter*innen öffentlicher Plätze gleichberechtigt einbezieht und angemessen beteiligt. In Form von Interviews und Exkursen aus der Praxis wird im Folgenden die Arbeit am Leopoldplatz vorgestellt.

Exkurs: Ein Platz für alle? Gemeinwesenorientierte Konfliktvermittlung in der Sozialen Stadtentwicklung

Franziska Becker und Sanda Hubana

Am Anfang war ... – Zur Ausgangslage

Ein Sommertag im Jahr 2014 am Leopoldplatz. Wir laufen die U-Bahn-Treppen an der Müllerstraße/Ecke Schulstraße hoch. Es ist Markttag. Der Duft von frisch gemahlenem Kaffee, geräuchertem Fisch und Brötchen liegt in der Luft. Die Kund*innen[188] sind auf der Suche nach regionalen Köstlichkeiten und machen dabei ein konzentriertes Gesicht. Einige von ihnen gehen zum Café Leo, ruhen sich bei einer Tasse Kaffee aus und beobachten das rege Treiben auf dem Platz. Die einladenden Bänke sind auch gut besucht. Am Fontänenfeld sitzen Mütter und Väter und beobachten ihre vor Vergnügen kreischenden Kinder wie sie mit dem Wasser spielen. Die Alte Nazarethkirche erstrahlt in der Sonne und scheint seit ihrer Einweihung im Jahre 1835 in sich zu ruhen. Wir begegnen ein paar bekannten Gesichtern und unterhalten uns kurz: „Nein, in letzter Zeit ist nichts vorgefallen. Alles gut. Petra hat eben erst gefegt“, sagt eine Person aus der lokal ansässigen Trinker- und Drogenszene und meint damit, dass der Aufenthaltsbereich der Szene gerade erst gesäubert wurde. Wir verabschieden uns und gehen weiter. Etwa 50 Personen halten sich im Aufenthaltsbereich auf. Sie stehen oder sitzen auf den Bänken und sind in Gespräche vertieft. Eine Tischtennispartie ist gerade in vollem Gang, und die Spieler*innen erhalten Unterstützung von ihren Freunden, wobei sie nur kurz Pause machen, um in der öffentlichen Toilette zu verschwinden. Auf der gegenüberliegenden Seite ist ein großer Spielplatz. Die Kinder sind in das Bauen von Sandburgen vertieft und die Eltern schauen ihnen zu oder lesen ein Buch. Doch vor ein paar Jahren sah dies noch ganz anders aus.

[188] Wir orientieren uns an einer gender-sensiblen Schreibweise mit Ausnahmen z. B. bei feststehenden Begriffen und Bezeichnungen, im Fall nur männlicher bzw. weiblicher Beteiligter oder zwecks besserer Lesbarkeit.

Rückblick: Im Sommer 2010 hatte es der Leopoldplatz, einer der größten Stadtplätze in Berlin-Wedding, endgültig zu zweifelhafter Berühmtheit gebracht: Mit einem bundesweiten Fernsehbeitrag über eine Begehung des Bezirksbürgermeisters von Berlin-Mitte, der vor der Presse und aufgebrachten Bürger*innen Rede und Antwort stand.[189] Denn seit einigen Jahren war der vordere Leopoldplatz – verkehrsgünstig an zwei zentralen U-Bahnlinien gelegen – Treffpunkt einer der größten Trinker- und Drogenszenen Berlins. Bei gutem Wetter versammelten sich regelmäßig 60 bis 90 Personen aus der Szene an U-Bahneingängen und auf Parkbänken. Bewohner*innen beschwerten sich über Lärm, Vermüllung, Belästigung durch freilaufende Hunde, hygienische Belastungen (z. B. Urinieren im Freien) sowie über eine wachsende Drogenkriminalität. Viele Anwohner*innen und Platznutzer*innen fühlten sich verunsichert und bedroht. Hinzu kamen Klagen über die allgemeine Verwahrlosung des Platzes sowie die fehlende Aufenthaltsqualität für Senior*innen und Familien mit kleinen Kindern. Als auf einem Kita-Gelände, das sich mitten auf dem Leopoldplatz befindet, auch noch Spritzenfunde für Aufsehen sorgten, rissen die Beschwerden und medialen Skandalisierungen nicht mehr ab.[190] Anwohner*innen, Gewerbetreibende und andere Platznutzer*innen quer durch alle sozialen Schichten machten mit Unterschriftenaktionen und Pressekampagnen gegen die Trinker- und Drogenszene mobil. Zugleich begannen verschiedene Bürgerforen, darunter ein Runder Tisch und eine Bürgerplattform (nach amerikanischem Vorbild des community organizing[191]), Druck auf Politik und Polizei auszuüben, um die Situation am Leopoldplatz zu verbessern.

In Fällen wie am Leopoldplatz geht es um Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, wie sie auch in anderen Städten zu beobachten sind. Gerade in Großstädten geraten öffentliche Plätze mitunter zum Austragungsort sozialer Spannungen. Denn auch der Leopoldplatz ist kein überschaubarer Sozialraum mit einer von den Bewohner*innen geteilten Kiezidentität, sondern ein vielschichtiger Passagepunkt, der die große soziale, kulturelle und politische Diversität urbaner öffentlicher Sphären widerspiegelt. Für Bürgergruppen, die an solchen Plätzen gegen die Präsenz von Trinker- und Drogenszenen mobil machen, sind diese oftmals ein Symptom, an dem tiefer liegende Probleme, wie der Niedergang eines Stadtteils oder Armutsphänomene in sozial benachteiligten Quartieren, festgemacht werden. Die gängige Praxis ist dann meist, solche Szenen, die ohnehin von struktureller Ausgrenzung betroffen sind, repressiv von Quartier zu Quartier, von Platz zu Platz hin- und herzuschieben, statt sie in eine integrative Konfliktlösung vor Ort einzubinden. Dieser Weg einer gemeinwesenorientierten Konfliktvermittlung, in die engagierte Bürgergruppen, staatliche Instanzen und

[189] Vgl. Bericht „Trinker-TV vom Leo“, in: Berliner Woche am 21.07.2010.
[190] So titelte beispielsweise das Berliner Abendblatt vom 27.11.2010: „Der gefährlichste Platz Berlins“.
[191] Vgl. Penta, Leo/Düchting, Frank: Für eine lebendige Zivilgesellschaft – Community Organizing in Bürgerplattformen. In: Stiftung Mitarbeit (Hg.): Handbuch Community Organizing. Theorie und Praxis in Deutschland. Bonn 2014, S. 53-59.

soziale Träger sowie die Trinker- und Drogenszene einbezogen wurden, wurde dagegen am Leopoldplatz beschritten.[192]

Im folgenden Beitrag geht es um die Darstellung des prozesshaften methodischen Vorgehens bei der nachhaltigen Beilegung des ehemals vorhandenen Nutzungskonflikts am Berliner Leopoldplatz.[193] Solche Großgruppenkonflikte sind aufgrund der Vielzahl an Beteiligten sehr komplex und stellen eine gemeinwesenorientierte Konfliktvermittlung somit vor besondere Herausforderungen.[194] Die Leitfragen lauten: Welche Maßnahmen wurden bei der Konfliktlösung umgesetzt und welche Methoden kamen dabei in welcher Form zur Anwendung? Welche zentralen Partner*innen wurden involviert und welche Netzwerkstrukturen wurden dazu aufgebaut? Wie arbeiten diese lokalen Strukturen zusammen und was bedeutet Soziale Stadtentwicklung in diesem Zusammenhang?

Am konkreten Beispiel wird ein integrativer, multimethodischer Ansatz sozialraumbezogener[195] Konfliktbearbeitung vorgestellt, der Gemeinwesenmediation[196], Streetwork, ethnographische Feldforschung und lokale Vernetzungsarbeit kombiniert. Abschließend diskutieren wir, wie es mit der nachhaltigen Verstetigung im Sozialraum aussieht und wo die Möglichkeiten und Grenzen der Übertrag-

---

[192] Vgl. Becker, Franziska: Umkämpfte Plätze. Gemeinwesenmediation und Konfliktmanagement. In: Perspektive Mediation Heft 1/2012, S. 33-37. Darin wurden die Grundzüge dieses Vorgehens in kürzerer Form beschrieben.

[193] Dieser Beitrag wurde aus der Perspektive des Sozialen Platzmanagements geschrieben, in dem beide Autorinnen als Ethnologinnen, davon eine auch Mediatorin, und ein Sozialarbeiter zusammengearbeitet haben.

[194] Ein einheitliches Gemeinwesenarbeit (GWA)-Konzept existiert in der einschlägigen Fachliteratur der Sozialen Arbeit nicht, sondern ist von den jeweiligen Zielen sozialer Intervention abhängig. In unserem Beitrag folgen wir dieser allgemeinen Definition: „Gemeinwesenarbeit richtet sich ganzheitlich auf die Lebenszusammenhänge von Menschen. Ziel ist die Verbesserung von materiellen (z. B. Wohnraum, Existenzsicherung), infrastrukturellen (z. B. Verkehrsanbindung, Einkaufsmöglichkeiten, Grünflächen) und immateriellen (z. B. Qualität sozialer Beziehungen, Partizipation, Kultur) Bedingungen unter maßgeblicher Einbeziehung der Betroffenen. GWA integriert die Bearbeitung individueller und struktureller Aspekte in sozialräumlicher Perspektive. Sie fördert Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation im Sinne von kollektivem Empowerment sowie den Aufbau von Netzwerken und Kooperationsstrukturen. GWA ist somit immer sowohl Bildungsarbeit als auch sozial- bzw. lokalpolitisch ausgerichtet.“ (Zitiert aus: Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph: Gemeinwesenarbeit als Konzept Sozialer Arbeit – eine Einleitung. In: Stövesand, Sabine u. a. (Hg.): Handbuch Gemeinwesenarbeit. Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden. Opladen u. a. 2013, S. 14-36, hier S. 21.)

[195] Wir verwenden den Begriff „Sozialraumorientierung“ im Sinne einer kritischen, reflexiven Grundorientierung von GWA (vgl. Stövesand/Stoik 2013): Auch wenn das professionelle Handeln in der GWA in der Regel auf einen (sog. benachteiligten) Stadtteil, d. h. auf eine territoriale Einheit ausgerichtet ist, liegt den neueren Konzepten von GWA kein statischer, territorial fixierter Raumbegriff mehr zugrunde, wie dies noch im klassischen Gemeinwesenbegriff impliziert war. Dagegen gehen neuere einschlägige sozial- und kulturwissenschaftliche Konzepte von einem relationalen, prozessualen Raumbegriff aus, wonach Raum nicht an sich existiert, sondern sozial hergestellt wird. Zugleich bilden sich in der Produktion von Raum immer auch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse ab (vgl. Löw, Martina/Sturm, Gabriele: Raumsoziologie. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Frey, Oliver: Handbuch Sozialraum. Wiesbaden 2005, S. 31-48; Lefèbvre, Henri: The Production of Space. Transl. Of Donald Nicholson-Smith. Oxford 1991 (Original 1974). Daraus ergibt sich notwendigerweise eine bewusste, situative, politische Positionierung professioneller Sozialraumarbeit (vgl. Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian: Sozialraumarbeit. In: Stövesand u. a. (Hg.) 2013, S. 128-140).

[196] Gemeinwesenmediation zielt (systemisch) auf die langfristige Veränderung eines Konfliktgeschehens im Sozialraum mit dem Ziel ab, dass die Beteiligten eine konstruktive Konfliktregulierung in einem kooperierenden Netzwerk langfristig selbst übernehmen (vgl. Becker, Franziska/Riedel, Silka: Gemeinwesenmediation. In: Stövesand u. a. (Hg.) 2013, S. 425-430; Schulz, Olaf: Gemeinwesenmediation als Methode partizipativer Gemeinwesenarbeit. Norderstedt 2004).

barkeit solcher Ansätze in andere urbane Räume liegen. Exemplarisch verdeutlicht dieser Beitrag einige neue Entwicklungen in Stadtentwicklungsprozessen in einem spezifischen lokalen Kontext.[197] Schließlich geht es darum, die Stadt – und damit auch den Leopoldplatz – nicht nur als gebaute Umwelt zu begreifen, sondern auch die gelebten sozialen und kulturellen Zusammenhänge in urbanen Umgestaltungsprozessen stärker als bisher in den Fokus zu rücken. Wer will, kann und sollte Stadt (hier den Leopoldplatz) eigentlich mitgestalten? Und wie kann ein konstruktiver Umgang mit sozialen Konflikten und strukturellen Spannungen in solchen Beteiligungsprozessen aussehen?

Schritte und Phasen der Konfliktvermittlung

Bestandsaufnahme und Handlungskonzept

Vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen Proteste von Bürger*innen, Anwohner*innen und Gewerbetreibenden kam es zur Gründung des Runden Tisches Leopoldplatz, der unter der Federführung des Präventionsrats des Bezirks Berlin-Mitte nach einer Bürgerversammlung mit etwa 200 Personen Ende August 2009 gegründet wurde. Dort versammelten sich betroffene Akteur*innen und suchten nach Lösungen für die bestehenden Nutzungskonflikte auf dem Platz. Das Ziel war es nach kontroversen Diskussionen einerseits, bestehende Konflikte im Sozialraum zu entschärfen und andererseits gemeinsam einen Weg zu finden, wie sich alle Platznutzer*innen wohl fühlen können, ohne bestimmte Gruppen von der Platznutzung auszuschließen oder in andere Gebiete des Berliner Stadtraums zu verdrängen. Gleichzeitig sollte die Attraktivität des Platzes gesteigert werden, um neue Nutzer*innengruppen anzuziehen. So kam es zur Ausarbeitung des integrierten Handlungskonzepts „Ein Platz für alle – Gemeinsam einen Platz für alle gestalten“, das mit ganz unterschiedlichen Akteuren (darunter Politik, Verwaltung bzw. Stadtplanung, verschiedene Bürgergremien, Kirchengemeinden, Geschäftsstraßenmanagement, Ordnungsbehörden und das Team Leo – Streetwork/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz[198]) im Sanierungsgebiet und Aktiven Zentrum Wedding-Müllerstraße abgestimmt wurde.[199]

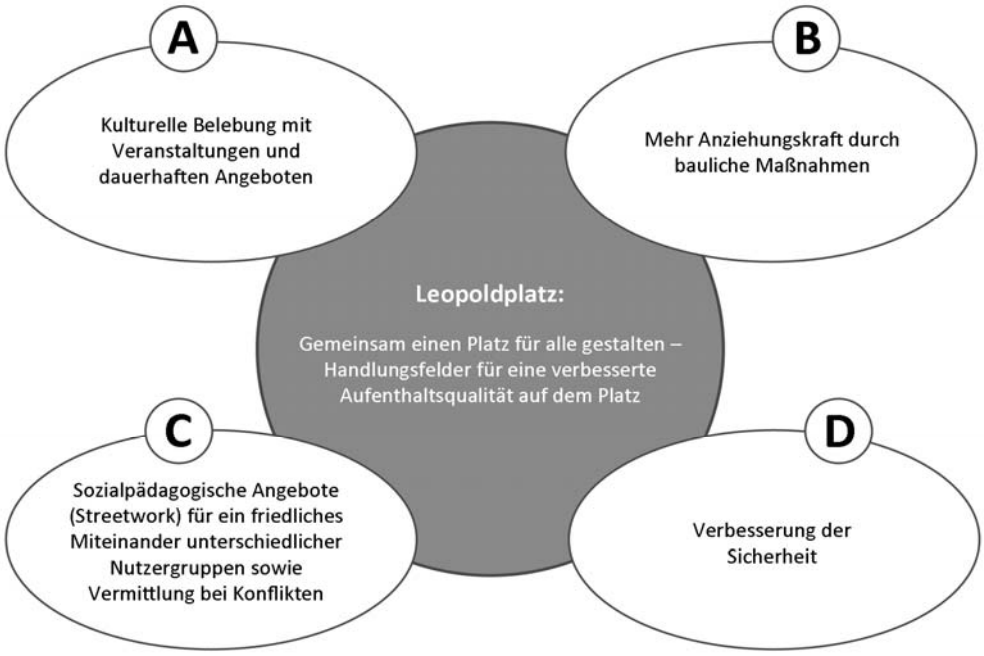
---

[197] Die stadtplanerischen Vorgaben für die Umgestaltung des Leopoldplatzes – Förderkulisse Aktives Zentrum Müllerstraße – bildeten den Rahmen für die Sanierung des Platzes. Das Programmformat Aktives Zentrum gehört neben den bereits bekannten Programmen wie Soziale Stadt, Städtebaulicher Denkmalschutz, Sanierung und Entwicklung sowie Stadtumbau zu den zentralen Programmen der Städtebauförderung und setzt dabei neue Schwerpunkte. Hier geht es nun um die Aufwertung von Stadtzentren, sodass die Gewerbetreibenden, potentielle Investoren und andere Nutzer*innen (z. B. Anwohner*innen) den öffentlichen Raum zunehmend attraktiver finden. Die Müllerstraße wird seit 2009 bis etwa 2016 mit etwa einer Million Euro jährlich aufgewertet. Die thematischen Schwerpunkte in diesem Gebiet liegen auf der Entwicklung von Kooperationen, Stärkung der Lokalwirtschaft und der Weiterentwicklung des Gebiets als Ort der Freizeit, Bildung, Kultur und des Wohnens.

[198] Das Soziale Platzmanagement Leopoldplatz wird auch „Team Leo“ genannt. Hintergrund ist die Beauftragung des sozialen Trägers Gangway e.V. für die Durchführung des Projekts im angesetzten Förderzeitraum durch den Auftraggeber Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Wedding-Müllerstraße.

[199] Das Planungskonzept zur Weiterentwicklung und Umgestaltung des Leopoldplatzes war Bestandteil des „Wettbewerbsbeitrag zum Bund-Länder-Programm „Aktive Stadtzentren“ – Hauptzentrum Müllerstraße“ [Stand Mai 2008). Es gründete auf einer Voruntersuchung zum Sanierungsbedarf des Leopoldplatzes mit

Das Gesamtkonzept für den Leopoldplatz umfasste vier Handlungsfelder: (A) Kulturelle Belebung; (B) Bauliche Umgestaltung; (C) Aufsuchende Sozialarbeit/Konfliktvermittlung; (D) Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit. Mit diesem integrativen Ansatz machten sich einzelne Akteure auf den Weg, übernahmen in ihrer jeweiligen Funktion Verantwortung für die (Weiter)Entwicklung des Platzes und gestalteten diesen Prozess Schritt für Schritt im Rahmen der vorgegebenen Handlungsbereiche A bis D positiv mit.



Grafik „Leopoldplatz: Gemeinsam einen Platz für alle gestalten. Handlungsfelder für eine verbesserte Aufenthaltsqualität auf dem Platz“, Quelle: Runder Tisch Leopoldplatz, Bezirksamt Berlin-Mitte

Im Baustein A wurden u. a. Feste und Aktionen auf dem Platz initiiert (z. B. Fête de la Musique, Lange Tafel Leopoldplatz, Weihnachtsmarkt, Kinder- und Jugendfest sowie Iftar-Essen[200]); im Baustein B wurde die bauliche Aufwertung mit klar definierten Bereichen (Spielplatz, Aufenthaltsbereich, Fontänenfeld und Bänke) umgesetzt; Baustein C umfasste die sozialarbeiterische Betreuung der Szene und Mediation im Netzwerk; zu D gehörte die Begleitung der Prozesse durch Ordnungsbehörden (z. B. Polizei, Ordnungsamt und ggf. private Sicherheitsdienste). Das Handlungskonzept sah also von Beginn an die Integration verschiedener fachlicher und ressortübergreifender (Handlungs-)Ebenen sowie lokaler Akteure

dem Titel „Geschichte trifft kulturelle Vielfalt“. [Abrufbar unter: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/aktive_zentren/download/muellerstrasse/Muellerstrasse-Kurzfassung.pdf]. Die Weiterentwicklung des Planungsvorhabens wurde im Mai und Juni 2010 in einem Werkstattgespräch mit relevanten Vertreter*innen aus der Verwaltung vorbereitet und in einem Workshop mit Bewohner*innen und Vertreter*innen von Bürgerinitiativen sowie Verwaltungsmitarbeiter*innen vertieft.

[200] Das Iftar-Essen wird auf Initiative des Runden Tisches Leopoldplatz seit 2012 und unter Einbeziehung zahlreicher Netzwerkpartner durchgeführt. Iftar steht im Islam für das allabendliche Fastenbrechen im heiligen Fastenmonat Ramadan. Diese Tradition wurde aufgegriffen und im Rahmen des Festes integriert. Es ist berlinweit das erste interreligiöse und den nachbarschaftlichen Dialog befördernde Fastenbrechen im öffentlichen Raum.

bei der Verbesserung der baulichen und sozialen Situation auf diesem zentralen Stadtplatz Berlins vor.

Einrichtung eines Sozialen Platzmanagements

Die Einrichtung eines Sozialen Platzmanagements Leopoldplatz war ein elementarer Bestandteil des (bezirklichen) Gesamtkonzepts (vgl. Handlungsfeld C), und es begleitete diesen Prozess als soziales Projekt mit dem vorrangigen Ziel, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum konstruktiv und nachhaltig zu entschärfen. Zu den zentralen Prämissen der Tätigkeit des Sozialen Platzmanagements gehörte (a) die Nutzungsvielfalt des Leopoldplatzes zu befördern, (b) dazu beizutragen, den Platz in seiner Gesamtheit wieder attraktiver zu machen, ohne (c) die ansässige Trinker- und Drogenszene vom Platz zu vertreiben sowie (d) diese Szene nach Möglichkeit aktiv in die Problemlösung einzubeziehen bzw. Formen der Beteiligung zu realisieren (Stichwort: Partizipation und Empowerment). Neben dem Schwerpunkt „Streetwork“, also der aufsuchenden Sozialarbeit in der lokalen Trinker- und Drogenszene, leistet das Platzmanagement vor allem konfliktvermittelnde Netzwerkarbeit „im Gemeinwesen“, wobei die Nutzungskonflikte um die Szene im Vordergrund standen. In der Verbindung von Straßensozialarbeit, ethnologischer Feldforschung und Gemeinwesenmediation lag der interdisziplinäre Arbeitsansatz dieses sozialen Projekts, das sowohl auf die Bedürfnisse und Hilfsbelange der Szene ausgerichtet ist (Parteilichkeit) als auch die Interessen von Anwohner*innen und anderen Nutzer*innengruppen im übergreifenden Netzwerk berücksichtigt (Allparteilichkeit) und dabei eine „Übersetzerfunktion“ [201] übernimmt.

Straßensozialarbeit / Streetwork

Streetwork umfasst hier sowohl gruppenbezogene Sozialarbeit als auch intensive (begleitende) Einzelfallhilfen für Angehörige der Szene auf dem Leopoldplatz. Dazu gehört nach Möglichkeit auch die Wiedereingliederung in das Berliner Hilfesystem. Dafür musste zunächst ein guter und beständiger Kontakt zu dieser Szene aufgebaut werden. Durch die regelmäßige Präsenz des Sozialarbeiters auf dem Platz zu unterschiedlichen Tageszeiten und eine intensive Felderkundung wurden zunächst Einblicke in die Vielschichtigkeit sozialer und suchtbedingter (meist polytoxischer) Problemlagen mit unterschiedlichen Interessen und Hilfsbedürfnissen gewonnen. Die Wanderungsbewegungen der Szene machten es zudem erforderlich, regelmäßig auch andere umliegende Plätze aufzusuchen. Zu den besonderen Herausforderungen für die Sozialarbeit gehörten nicht nur die

201 Vgl. Becker, Elke/Runkel, Carolin: Zivilgesellschaft in räumlichen Arenen. In: Graf Strachwitz, Rupert (Hg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart 2010, S. 121-204, hier S. 185.

Größe und (tägliche) Fluktuation in der Szene[202], sondern auch die Überlagerung von Alkohol- und Drogensucht. Konkrete Beratungs- und Hilfeleistungen umfassen u. a. Beratung zur Erhaltung des Wohnraums; Begleitung bei Behördengängen (z. B. Jobcenter, Sozialamt, Wohnungsverwaltung); Unterstützung bei Rentenangelegenheiten, Inkasso- und Schuldnerberatung; Beratung in Bezug auf den Umgang mit der Staatsanwaltschaft und möglichen Strafen (z. B. Strafvollzug, Ersatzfreiheitsstrafe oder Geldbußen); Begleitung bei Gerichtsverhandlungen; Besuche in Krankenhäusern, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie Psychiatrien sowie Recherchen nach Unfällen und in Sterbefällen u.v.m.

Seit dem Projektbeginn im Jahr 2010 wurden mindestens 300 Personen sozialarbeiterisch betreut. Aufgrund der großen Anzahl ständig wechselnder Personen und teilweise vorhandener Sprachbarrieren – ein Teil der Szene stammt aus (süd-)osteuropäischen Ländern – konnte ein großer Teil der Szene allerdings nicht durch sozialarbeiterische Angebote erreicht werden. Im Rahmen der Aufsuchenden Sozialarbeit des Platzmanagements wurden außerdem Kooperationen mit einer Vielzahl sozialer Einrichtungen des Berliner Hilfesystems (z. B. Suchtberatung, Wohnhilfen, Tiertafel u.v.m.) hergestellt und kontinuierlich vertieft, um den Angehörigen der Szene bedarfsgerechte Hilfe vermitteln zu können. Parallel zur konkreten Lebenshilfe begann im Verlauf der Projektarbeit auch der sozialarbeiterisch flankierte Beteiligungsprozess der Szene zum Bau eines neuen Aufenthaltsbereichs (siehe dazu Abschnitt „Konfliktentschärfung“).

Konfliktvermittelnde Netzwerkarbeit

Konfliktfelder wie am Leopoldplatz sind besonders komplex und stellen eine gemeinwesenbezogene Konfliktvermittlung vor besondere Herausforderungen. Dies betrifft vor allem die Größe, Heterogenität und Fluktuation der beteiligten Gruppen, die in der Regel nicht an einen Tisch kommen, um Lösungen gemeinsam auszuhandeln. Doch schon die Frage zu klären, wer eigentlich am Konflikt beteiligt und wie darin involviert war, stellte sich am Leopoldplatz als Herausforderung dar. Denn dort standen sich nicht einfach eine Gruppe von „Trinker*innen“ und einigen Bürger*innen gegenüber, sondern es hatten sich bereits diverse, zum Teil stark politisierte Netzwerke, gebildet. Längst waren nicht nur drei verschiedene Bürgergruppen[203] involviert, sondern auch Politiker und Verwaltungschefs, aber auch Polizei, Medien und andere Akteure wie z. B. eine große ansässige Kirchengemeinde. Schnell wurde klar, dass es eine Vielzahl an beteiligten Akteuren mit jeweils eigenen Interessen und Logiken in diesem Konfliktfeld gab. Hinzu kam, dass das Konfliktgeschehen am Leopoldplatz aufgrund

[202] Täglich halten sich je nach Witterung zwischen 60 und 90 zur Szene gehörende Personen in unterschiedlicher Zusammensetzung auf dem Leopoldplatz auf. Die Szene ist insgesamt jedoch um ein Vielfaches größer.

[203] Dazu zählten der Runde Tisch Leopoldplatz, die Bürgerplattform Wedding-Moabit und die Stadtteilvertretung Müllerstraße, ein in städtischen Sanierungsgebieten eingesetztes Bürgergremium mit beratender Funktion der zuständigen Planungsbehörden.

des bevorstehenden Berliner Wahlkampfes hochgradig politisiert war, was den Lösungsdruck verstärkte. Der Gemeinwesenorientierung des Sozialen Platzmanagements entsprechend, erforderte dies eine breit angelegte, intensive und kontinuierliche Netzwerkarbeit, die ein ganz wesentlicher Bestandteil des Konfliktvermittlungsprozesses war. Eminent wichtig war auch hier „Allparteilichkeit", also jene Haltung in der Mediation, die es ermöglicht, die Positionen, Interessen und Bedürfnisse aller am Konfliktgeschehen beteiligten Akteure als gleichwertig wahrzunehmen. Dazu gehörten unzählige formelle und informelle Gespräche mit allen relevanten Akteuren rund um den Leopoldplatz. Es ging einerseits darum, Kontakte herzustellen und Vertrauen aufzubauen, d. h. das Projekt zunächst „im Gemeinwesen" zu implementieren. Andererseits galt es, die zur Problemlösung relevanten Ressourcen zu erschließen sowie Mitwirkungsbereitschaft und -möglichkeiten bei der Konfliktentschärfung auszuloten. Diese zum Teil aktivierende Netzwerkarbeit mit verschiedenen zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren, staatlichen Institutionen und sozialen Einrichtungen bildete über mehrere Monate hinweg einen Arbeitsschwerpunkt des Sozialen Platzmanagements. [204]

Ethnographische Feldforschung

Parallel zu Streetwork und Netzwerkarbeit wurde eine mehrwöchige Feldforschung mit der ethnologischen Methode der „Teilnehmenden Beobachtung" in der Szene am Leopoldplatz durchgeführt.[205] Unsere Leitfragen lauteten: Um was für eine Szene handelt es sich eigentlich? Woher kommen und stammen diese Menschen und wieso treffen sie sich überhaupt im öffentlichen Raum?

Gerade in großen heterogenen Gruppen mit starker Fluktuation ist eine längere Teilnehmende Beobachtung methodisch sinnvoll. Denn in unserem konkreten Fall stellte sich erst auf diese Weise heraus, wer regelmäßig auf dem Platz ist, wie eine Partizipation realisierbar ist und wer dabei langfristige Ansprechpartner*innen der Szene sein könnten. Zugleich gab diese Methode Aufschluss über verschiedene (sub)kulturelle Identitäten, interne Hierarchien und soziale Spannungen innerhalb der Szene, die auch im Blick auf eine konstruktive Konfliktregulierung eminent wichtig waren.

---

[204] Vgl. Becker, Franziska: Evaluationsbericht über die Tätigkeit des Projekts „Streetwork/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz" im Zeitraum von September 2010 bis August 2011. Berlin 2011.; [Abrufbar unter http://www.gangway.de; Team Leo – Soziales Platzmanagement].

[205] Allgemein geht es bei ethnographischer Feldforschung darum, durch die kontinuierliche Präsenz des Forschers/der Forscherin tiefere Einblicke in Lebenswelten und Binnenperspektiven bestimmter Gruppen zu gewinnen. In methodischer Hinsicht umfasst diese Form der qualitativen Sozialforschung systematische Beobachtungen, offene Interviews und informelle Gespräche mit den Forschungsakteuren (vgl. Flick, Uwe: Zugang zum Feld. In: Ders.: Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek bei Hamburg 2000, 5. Aufl., S. 70-77; Lüders, Christian: Beobachten im Feld und Ethnographie. In: Flick, Uwe u. a. (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg 2008, 6. Aufl., S. 384-401.

Um einen Zugang zur Szene zu bekommen, war zunächst ein längerer Feldeinstieg erforderlich. „Hanging around“ nennen Ethnolog*innen die erste Phase einer Teilnehmenden Beobachtung, also sich mit den Menschen dort aufzuhalten, wo sie alltäglich zusammenkommen, um einen möglichst alltagsnahen Kontakt herzustellen und Vertrauen aufzubauen – in unserem Fall an U-Bahneingängen und an den Bänken in der Baumallee auf dem vorderen Leopoldplatz, die verschiedene Gruppierungen der Szene unter sich aufgeteilt hatten.[206] Besonders bei Gruppen mit vielfältigen Stigmatisierungs- und Repressionserfahrungen ist es dabei immens wichtig, die eigene Rolle im Feld von vornherein transparent zu machen. Durch strukturierte Beobachtungen und eine Vielzahl informeller Gespräche mit rund 40 Personen aus der Szene wurde Wissen über die Heterogenität und Fluktuation der Szene, Hierarchien und Abgrenzungsprozesse innerhalb verschiedener Gruppierungen (z. B. in Bezug auf Drogen- und Alkoholkonsum) gewonnen.[207] Durch diesen tieferen Einblick in das soziale Gefüge der Szene relativierte sich auch der gängige normative Außenblick auf „Problemgruppen“, der ausschließlich auf deren suchtbedingtes „abweichendes Verhalten“ fokussiert ist. Stattdessen gerieten auch alltägliche Bedürfnisse nach sozialer Vergemeinschaftung in den Blick, die solchen Szenen in der öffentlichen Wahrnehmung oftmals abgesprochen werden. Weiterhin wurde deutlich, dass die Szene trotz großer Fluktuation aus einem festen Kern von Personen besteht, die sich teils seit Jahrzehnten kennen. Oftmals teilen sie die Erfahrung permanenter Verdrängung von anderen öffentlichen Plätzen im Berliner Stadtgebiet durch Polizei, Sicherheitsdienste und/oder Bürgerinitiativen. Viele leben in beengten Sozialunterkünften, Einrichtungen des Betreuten Wohnens oder kleinen unsanierten Wohnungen, wobei die meisten aus dem umliegenden Wohnumfeld oder benachbarten Stadtteilen stammen. Vor diesem Hintergrund erschloss sich auch die soziale Bedeutung des Leopoldplatzes aus verschiedenen Binnenperspektiven: Als „externes Wohnzimmer“, als Umschlagplatz für kleine Tauschgeschäfte (lebens-)notwendiger Alltagsgüter oder als Rückzugsort, um Stigmatisierungen zu entgehen und ohne Scham „unter sich“ sein zu können.

Da die Szene von Anfang an aktiv in die Regulierung der bestehenden Nutzungskonflikte einbezogen werden sollte, wurde der ethnologische Zugang mit aktivierenden Befragungsmethoden der Mediation kombiniert, um auszuloten, ob es überhaupt ein Problembewusstsein bezüglich dieser Konflikte gibt, welche unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse es im Blick auf die Platznutzung in der Szene gibt, aber auch welche Vorschläge aus der Szene selbst kommen, um

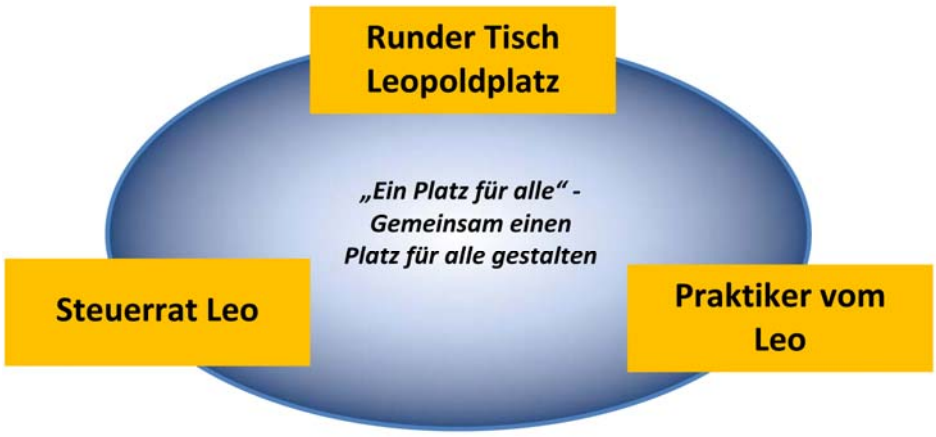
---

[206] Dieser Feldeinstieg war eine langsame, über mehrere Wochen dauernde Annäherung, wobei es gerade am Anfang wichtig war, ein feines Gespür dafür zu entwickeln, wann in der Szene „Stress“ aufkam oder wenn „Gefahr im Verzug“ war (z. B. Durchsuchungen von zivilen Drogenfahndern). Als der Sozialarbeiter und die Ethnologin des „Team Leo“ (Soziales Platzmanagement Leopoldplatz) gleich zu Anfang in eine Drogenfahndung hinein gerieten, wurde dies in der Szene genau registriert: Wir waren gleich behandelt worden und standen somit nicht „auf der falschen Seite“.

[207] Erst durch die längere Präsenz der Feldforscherin waren auch informelle, spontane und möglichst alltagsnahe Gespräche möglich, während formale Interviews oder standardisierte Befragungen erwartungsgemäß aus verschiedenen Gründen ungeeignet waren.

die Situation zu verbessern. Dieser Perspektivenwechsel bezüglich der Beschwerden anderer Nutzer*innengruppen erbrachte eine Vielzahl von Lösungsvorschlägen (z. B. eine öffentliche kostenfreie Toilette, bessere Müllentsorgung, einen überdachten Aufenthaltsbereich mit Sichtschutz etc.), da sich viele Angehörige der Szene der Nutzungsprobleme durchaus bewusst waren und selbst darauf drangen, Abhilfe zu schaffen.

Aktivierende Netzwerkarbeit und Gremienbildung



„Ein Platz für alle“ – Zusammenarbeit am Leopoldplatz
Quelle: Team Leo/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz, Gangway e.V.

Zu den Prämissen der Tätigkeit des sozialen Platzmanagements gehörte auch, dass die beschriebenen Nutzungskonflikte vor Ort nicht durch das „Team Leo“ allein gelöst werden können, sondern bereits vorhandene Netzwerke und eine Reihe an neuen lokalen Akteuren einbezogen wurden. Vorausgegangen war ein intensiver, aktivierender Befragungsprozess mit dem Ziel, ein an der Konfliktentschärfung interessiertes Netzwerk aufzubauen.

Dabei ging es darum, einen konstruktiven Kommunikationsprozess in einem konfliktbeladenen Gemeinwesen zu initiieren, dabei die unterschiedlichen Akteure für die Prämissen des integrierten Handlungskonzepts zu sensibilisieren, das Verantwortungsbewusstsein zu stärken, Lösungen zu erarbeiten und die Vorgehensweisen gemeinsam abzustimmen. Zu diesen lokalen Akteuren gehören u. a.

- bürgerschaftliche Organisationsformen (Runder Tisch Leopoldplatz, Stadtteilvertretung und Nachbarschaftsinitiativen),
- Kirchengemeinden (Alte und Neue Nazarethkirche),
- Trinker- und Drogenszene,
- Gewerbetreibende (Geschäftsstraßenmanagement, Café Leo und Marktleitung),
- die Kulturwirtschaft (Selbstständige und Kulturnetzwerk Wedding),
- soziale Einrichtungen (Platzmanagement, Trinkraum Knorke oder Drogenprävention),
- staatliche und private Ordnungsinstanzen (Polizei, Ordnungsamt, Sicherheitsdienste, temporärer Platzdienst),

- politische Vertreter (Bürgermeister und Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung des Bezirks Berlin-Mitte) und die Verwaltung (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Stadtplanungs- und Grünflächenamt sowie Präventionsrat des Bezirks Berlin-Mitte).[208]

Allerdings wäre dieser Prozess ohne die mit allen Netzwerkpartner*innen gemeinsam entwickelten Strukturen (hier in erster Linie Gremien) nicht möglich gewesen. Denn dort treffen sich die Akteure in regelmäßigen Abständen, tauschen sich über neue Entwicklungen aus, planen soziale, kulturelle oder ordnende Maßnahmen und entwickeln Strategien zur Verwirklichung.

Ausgangspunkt des Engagements rund um den Leopoldplatz ist der Runde Tisch Leopoldplatz. Dies ist ein Bürgergremium, das seit Ende August 2009 existiert und das einmal im Monat vom Präventionsrat des Bezirks Berlin-Mitte, der zwischen Behörden, Bezirkspolitik und Zivilgesellschaft vermittelt, moderiert wird. Die Interessen und Belange der Bürger*innen werden in diesem Forum diskutiert und Ideen zur Steigerung der Attraktivität des Platzes in den Bereichen Soziales, Sicherheit, Baugestaltung und Kultur erarbeitet. Der engagierten Zivilgesellschaft werden dabei keine Lösungen seitens der Bezirksverwaltung oder -politik vorgegeben.[209] Vor allem die kulturelle Belebung mit Festen oder anderen Veranstaltungen (vgl. integriertes Handlungskonzept, Baustein A), die viele verschiedene Platznutzer*innen anzieht und diese in die Vorbereitung von Aktivitäten integriert, wird auf Initiative vieler Teilnehmer*innen des Runden Tisches Leopoldplatz regelmäßig durchgeführt.

[208] Die Aufzählung der lokalen Akteure erhebt keinen Vollständigkeitsanspruch. Es gibt noch einige andere Personen, Initiativen und Strukturen im und rund um den Sozialraum Leopoldplatz (z. B. Stadtteilvertretung seit Oktober 2009, Händlerstammtisch seit März 2010 und das Geschäftsstraßenmanagement seit Januar 2011 oder die Bürgerplattform Wedding-Moabit seit November 2008), die sich sowohl haupt- als auch ehrenamtlich für die Entwicklung des Platzes einsetzen.

[209] Besemer, Christoph u. a.: Dialogverfahren und Runde Tische in der Diskussion. In: Stiftung Mitarbeit/Werkstatt für Gewaltfreie Aktion (Hg.): Politische Mediation. Prinzipien und Bedingungen gelingender Vermittlung in öffentlichen Räumen. Bonn 2014, S. 70-74.

Eine tragende Rolle übernimmt das Platzmanagement, da es seit September 2010 zum einen für die Straßensozialarbeit und zum anderen für die Koordination, Kommunikation sowie Mediation zuständig ist. Es hat sowohl zum Runden Tisch Leopoldplatz als auch zur lokal ansässigen Trinker- und Drogenszene intensiven Kontakt und moderiert in regelmäßigen Abständen das Abstimmungsgremium „Praktiker vom Leo“. Das Platzmanagement vermittelt die Ideen und Anliegen dieser Gruppen an die entsprechenden Stellen im Netzwerk weiter, sodass sie bei Planungsprozessen berücksichtigt werden. Bei der Umgestaltung des vorderen Leopoldplatzes im Jahr 2013 und den wöchentlich stattgefundenen Bauplanbesprechungen zwischen Planungsakteuren (Verwaltung, zuständigem Architekt und Baufirma) und Praktikern vor Ort (Kirche und Gewerbetreibende) wirkte das Platzmanagement in vermittelnder Funktion (Bausteine B und C).[210]

Die „Praktiker vom Leo“ – auch Praktikerrunde genannt – ist ein Zusammenschluss von Personen und Institutionen aus den Bereichen Soziales, Ordnungsinstanzen und Gewerbe (u. a. Sozialarbeit bzw. Platzmanagement, Drogenprävention und Suchthilfe, Vertreter von Kirche, Trinkraum Knorke und Kita, Polizei, Allgemeiner Ordnungsdienst und private Sicherheitsdienste sowie lokales Gewerbe), die in ihrer alltäglichen Arbeit vor Ort in direktem Kontakt zur ansässigen Szene stehen. Diese Akteure begleiteten die Szene bei der Umgestaltung des Platzes im Aktiven Zentrum und Sanierungsgebiet Wedding-Müllerstraße. Auch für die Praktiker war die zentrale Grundlage, die lokal ansässige Szene nicht zu verdrängen oder von der Platznutzung auszuschließen, sondern sie bei sozialen Belangen und der Regeleinhaltung im öffentlichen (Bezirkseigentum) bzw. privaten Raum (Kircheneigentum) zu unterstützen. Dazu gehört beispielsweise auch, den Bereich zwischen neu gestaltetem Spielplatz und Aufenthaltsbereich im Auge zu behalten.[211] Möglich ist dies nur durch den intensiven und lösungsorientierten Dialog (unter strikter Wahrung der jeweiligen Rollen) zwischen sozialen Einrichtungen und ordnungsregulierenden Instanzen sowie die (konflikt-)präventive Handlungsorientierung des Gremiums. Die Runde wurde erstmals im September 2011 auf Initiative des Platzmanagements ins Leben gerufen und tagt alle sechs Wochen (Bausteine C und D).

Auch die Trinker- und Drogenszene wurde bei der baulichen Gestaltung, der Aushandlung von Regeln und der Benennung von sozialen Bedarfen mithilfe des Platzmanagements an den Stadtplanungsprozessen beteiligt. So wurde der Auf-

[210] Vereinzelt hat das Platzmanagement auch im Bereich kulturelle Belebung (z. B. Einweihung des Spielplatzes und künstlerische Umgestaltung des Café Leo im Jahr 2011/12, feierliche Eröffnung des Platzes und Gedenkort-Aktivitäten im Jahr 2013 sowie Iftar-Essen 2013/14) mitgewirkt, wobei dies nicht der Schwerpunkt der Arbeit vor Ort war (Baustein A). Siehe dazu auch den Exkurs „GeDenkOrt – Wenn die Trauer keinen Platz hat“ von Sanda Hubana in diesem Band.

[211] Zwischen den beiden Bereichen gibt es eine Pufferzone, die vom zuständigen Landschaftsarchitekten derart gestaltet wurde, dass es eine sichtbare Territorialisierung der beiden Bereiche gibt, sodass Eltern mit Kindern und die lokal ansässige Szene nicht in einen Nutzungskonflikt miteinander geraten. Umgesetzt wurde dies mithilfe eines Gehwegs, Bepflanzungen, Sichtschutzbereichen in Form von Steinwänden um den Aufenthaltsbereich und einem Zaun um das Spielplatzgelände.

enthaltsbereich für die Szene auf dem Leopoldplatz u. a. in Abstimmung mit dem zuständigen Landschaftsarchitekt und der Szene gestaltet. Auch die alkohol- und drogenabhängigen Menschen erhielten somit einen Raum, sich in die Veränderungen auf dem Platz positiv und aktiv einzubringen. Die Szene ist also Teil der intensiven Vermittlungsarbeit, indem nicht über sie, sondern mit ihr über die Entwicklungen im Sozialraum Leopoldplatz gesprochen wird (Baustein C).

Der Steuerrat setzt sich aus Vertreter*innen des Bezirks Mitte (Stadtplanungsamt sowie Präventionsrat) und den vom Bezirksamt in ihrer jeweiligen Funktion beauftragten Dritten (Platzmanagement/Soziales und der Prozesssteuerung/Bauliches) zusammen. Auch die Geschäftsführung des beauftragten sozialen Trägers ist Teil dieser Runde. Punktuell kommen externe Fachplaner*innen und Fachverwaltungen hinzu. In diesem Gremium sprechen sich die Beteiligten über laufende Prozesse und bauliche Planungen auf dem Platz ab. Das heißt, sie stimmen die Inhalte und Ziele der gemeinsamen Arbeit ab und fungieren dabei als Kommunikationsschnittstelle zwischen (Stadt)Planungsakteuren sowie Bürger*innen, Praktikern und der Szene vor Ort (Baustein B und C). Dieses Gremium tagt in monatlichen Abständen seit September 2010.

Darüber hinaus gibt es die Steuerungsrunde Aktives Zentrum, die sich im Juli 2009 konstituiert hat. Teilnehmer*innen dieser Planungsrunde sind die zentralen Fachverwaltungen bestehend aus Senat und Bezirk, die beauftragte Prozesssteuerung, die jeweils beauftragten Landschaftsarchitekt*innen sowie das Geschäftsstraßenmanagement. Externe Fachplaner*innen kommen bei Bedarf ebenfalls hinzu. Neben der baulichen, technischen und rechtlichen Abstimmung von Maßnahmen wird dort auch über die Mittelvergabe beraten. Das Stadtplanungsamt und die Prozesssteuerung sind in diesem Zusammenhang die Kommunikationsstellen des Steuerrats und geben die Informationen, Ideen und Beschlüsse weiter (Baustein B).

Der Gemeindekirchenrat (GKR) der Ev. Nazarethkirchengemeinde auf dem Leopoldplatz ist ein vergleichsweise junges Gremium, das erst im Oktober 2013 wieder neu gegründet wurde, mit zentraler Bedeutung für den Platz. Die gewählten Mitglieder des GKR bestehen aus hauptamtlich (z. B. Pfarrerin) und ehrenamtlich tätigen Personen und bilden damit die Gemeindeleitung. Die Zusammenarbeit mit der Gemeinde war in den vorangegangenen Jahren trotz fehlender Gemeindeleitung dennoch möglich, da diese einen temporären Bevollmächtigtenausschuss (BVA) hatte, der sich um die zentralen Kirchenbelange und die Entwicklungen am Platz gekümmert hat. Seit Jahren leistet die Kirchengemeinde in ihrer jeweiligen kirchlichen Funktion ihren Beitrag für die positive Entwicklung des Platzes (z. B. mit kulturellen Veranstaltungen und der Einrich-

tung eines „Trinkraums“ für die Szene[212]).

Die Darstellung der Netzwerk- und Kommunikationsstrukturen erfolgt nicht nach hierarchischem Prinzip, sondern bildet den Verbund zivilgesellschaftlicher und staatlicher Akteure, Gruppen und Gremien ab, die in unterschiedlichen Rollen und Funktionen in der Umgestaltung des Leopoldplatzes zusammenwirken. Mit einem solchen gemeinwesenorientierten Ansatz wurde zumindest der Grundstein für die Reduzierung von Machtgefällen im betreffenden Sozialraum und Stadtplanungsprojekt gelegt. Denn eine Soziale Stadtentwicklung ist nur möglich, wenn die Zivilgesellschaft nicht nur beratend an Entscheidungsprozessen beteiligt wird, sondern diese auch aktiv gestalten kann. Erst durch den kontinuierlichen Informationsaustausch, die Berücksichtigung von unterschiedlichen Nutzer*inneninteressen bei der Planung und die intensive gemeinsame Abstimmung von konkreten Handlungsmaßnahmen konnte eine nachhaltige Konfliktentschärfung und -regulierung auf dem Platz stattfinden. So wurden alle Planungsschritte im interdisziplinären Verbund entwickelt und kommuniziert. [213] Damit wurde eine Soziale Stadtentwicklung auf den Weg gebracht, die in der praktischen Umsetzung sowohl von den „bottom up“- Bestrebungen der Zivilgesellschaft als auch von den „top down“-Vorgaben von Politik und Verwaltung profitiert. [214]

Konfliktentschärfung – Umsetzung des Handlungskonzepts im Feld am Beispiel Aufenthaltsbereich

Zum Kern der Konfliktvermittlung gehörte die Beteiligung der ansässigen Szene, die im Rahmen des Sanierungsprozesses des Leopoldplatzes in die Problemlösung einbezogen wurde. Ein zentraler Baustein im Umbau- bzw. Umgestaltungsprozess des Leopoldplatzes war die Einrichtung eines neuen Aufenthaltsbereichs für die ansässige Trinker- und Drogenszene auf dem Leopoldplatz, um die bestehenden Nutzungskonflikte zu entschärfen und den vorderen Bereich auch für andere Nutzer*innengruppen attraktiver zu machen. Denn die Szene sollte ja nicht repressiv vertrieben bzw. in andere Stadtteile oder auf andere öffentliche Plätze verdrängt werden, sondern nach Möglichkeit aktiv in eine kooperative Lösungsstrategie vor Ort eingebunden werden. Deshalb sollten möglichst große

[212] Der Trinkraum Knorke wurde im Juli 2010 auf Initiative einer Sozialarbeiterin der Gemeinde und Teilen der Trinkerszene als ein Aufenthaltsraum eingerichtet, in dem zwar Alkohol konsumiert werden darf, in dem aber auch bestimmte Regeln gelten (Bier darf konsumiert werden, aber härtere alkoholische Getränke, Drogen, das Mitführen von Waffen und die Ausübung von Gewalt sind verboten.). Die Gemeinde ist mit Mitgliedern des GKR in einigen der oben genannten Gremien (z. B. Runder Tisch Leopoldplatz, Praktiker vom Leo und Stadtteilvertretung) aktiv.

[213] Vgl. Hubana, Sanda: Projektbericht „Soziales Platzmanagement Leopoldplatz“ von September 2012 bis Dezember 2013 und darüber hinaus. Berlin 2014, S. 4-8 [Abrufbar unter http://www.gangway.de; Team Leo – Soziales Platzmanagement]. Die Netzwerkstrukturen wurden dort erstmals beschrieben und grafisch dargestellt.

[214] Vgl. zum Beispiel Leopoldplatz Becker 2012; Allgemein dazu vgl. Becker, Elke/Runkel, Carolin: Miteinander Stadt entwickeln. Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Hrsg. von Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Bonn 2010.

Teile der Szene die Möglichkeit bekommen, eigene Vorschläge in Bezug auf die Gestaltung des Aufenthaltsbereichs zu machen und sich diesen neuen Aufenthaltsbereich anzueignen.

Eine solche Verlagerung ist jedoch kein mechanischer Vorgang und erforderte eine möglichst breite Beteiligung der Szene. Der Sozialarbeiter und die Ethnologin/Mediatorin standen im kontinuierlichen Kontakt mit der Szene, um Möglichkeiten und Grenzen eines solchen Umzugs auszuloten. Mit Blick auf den neuen Aufenthaltsbereich waren relevante Fragen, wer überhaupt „mitziehen“ würde, wer in der Szene „etwas zu sagen hat“ (also Autorität und Sprecherschaft), wer dort später für die Einhaltung von Nutzungsregeln sorgen könnte, aber auch, welche Abgrenzungen und Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen der Szene zu erwarten sind.

Grafiken: Landschaftsarchitekt Frank von Bargen

Die ethnologische Feldforschung mit aktivierenden Befragungen in der Szene hatte ergeben, dass sich viele einen alternativen Treffpunkt auf dem Leopold-

platz wünschten, um Anwohner*innen nicht mehr zu stören und „in Ruhe“ unter sich sein zu können. Von großer Bedeutung war dabei, weiterhin einen Platz im Freien zu haben, ohne sich den Regeln einer sozialen Einrichtung unterwerfen zu müssen. Der von der evangelischen Kirchengemeinde eingerichtete Trinkraum „Knorke“ ergänzte das Aufenthaltsangebot im Freien, vor allem auch während der kalten Winterzeit. An diesem Aktivierungs- und Beteiligungsprozess der Szene hat das „Team Leo“ über ein halbes Jahr intensiv gearbeitet. Im Ergebnis erklärte sich eine Kerngruppe der Szene im Vorfeld des Umzugs bereit, für die Regeleinhaltung auf dem neuen Aufenthaltsbereich zu sorgen und machte entsprechende Vorschläge (z. B. Säuberung, Müllentsorgung etc.). Auf dem zukünftigen Aufenthaltsbereich fanden mehrfach Begehungen mit dem beauftragten Landschaftsarchitekten statt, der die Vorschläge aus der Szene – soweit wie möglich – in die Gestaltung aufgenommen hat.

Inzwischen wird der neue Aufenthaltsbereich (mit Überdachung, Toilette, Tischtennisplatte, Bänken und Mülleimern) gut angenommen. Es halten sich täglich bis zu 60 Personen dort auf. Nach wie vor sorgt eine alteingesessene Kernszene (ca. 20 Personen) für eine gewisse Regeleinhaltung (z. B. in Bezug auf Sauberkeit, Lärm und Hygiene). Sie wird durch den Streetworker, Mitarbeiter*innen des Trinkraums „Knorke“, Vertreter*innen der Polizei und des Ordnungsamts (und von Oktober bis Dezember 2013 auch von einem Platzdienst) darin unterstützt. Die im sozialen Platzmanagement initiierte, kontinuierliche Beteiligung der Kernszene am Planungs- und Realisierungsprozess des neuen Aufenthaltsbereichs hat erheblich dazu beigetragen, das sich die Szene dauerhaft mit „ihrem“ neuen Aufenthaltsbereich identifiziert und ihn kontinuierlich nutzt. Ihren ehemals angestammten Bereich auf dem vorderen Leopoldplatz hat sie gänzlich aufgegeben, was wiederum zu einer deutlichen Entspannung im gesamten sozialen Feld und einer insgesamt positiven öffentlichen und politischen Resonanz geführt hat.[215] Dies betrifft auch den Bereich zwischen Spielplatz und Aufenthaltsbereich. Denn trotz anfänglicher Befürchtungen kam es bisher zu keinerlei Nutzungskonflikten zwischen den beiden Nutzer*innengruppen. Das hat einerseits mit der klaren, landschaftsarchitektonisch herausgearbeiteten Territorialisierung der beiden Bereiche zu tun, aber auch mit den Teilnehmer*innen des Gremiums „Praktiker von Leo“, die alle in ihrer jeweiligen Funktion „ein Auge drauf haben“.

Durch den multimethodischen bzw. interdisziplinären Zugang (qualitative Forschung, aufsuchende Sozialarbeit und Mediation) des Sozialen Platzmanagements war es gelungen, einen Beteiligungsprozess mit der Szene zu initiieren, der sich nicht auf kurzfristige punktuelle Begegnungen beschränkte, sondern auf langfristig aufgebauter Mitwirkung basierte. Wenn es um „Bürgerbeteiligung“ in stadtplanerischen Vorhaben geht, scheint uns dieses Vorgehen mit den be-

[215] Beispielsweise titelte das Berliner Abendblatt vom 30.10.2013 anlässlich der Einweihungsfeier des neugestalteten Leopoldplatzes: „Der schönste Stadtplatz Berlins“.

schriebenen methodischen Zugängen eminent wichtig zu sein. Denn mit sozial benachteiligten Schichten, Armutsmilieus oder von Ausgrenzung betroffenen Gruppen kommen Stadtplaner*innen in der Regel kaum in Kontakt. Dies gilt aber auch umgekehrt, denn die große Mehrheit dieser Milieus kann oder will sich mittelschichtsdominierten Bürgergremien nicht aussetzen.[216] Im Umgestaltungsprozess des Leopoldplatzes übernahm das Soziale Platzmanagement also auch an diesem konkreten Beispiel eine Vermittlungsfunktion (im Sinne der Pendelmediation), um die Interessen und Vorschläge aus der Szene soweit wie möglich mit in den Planungsprozess einzubringen. Zu dieser Pendelmediation gehörte zugleich eine transparente und kontinuierliche Vermittlungsarbeit in die bürgerschaftlichen Gremien hinein (Runder Tisch und Stadtteilvertretung), was die Mitwirkungsbereitschaft und Verbesserungsvorschläge der Szene betraf. Als Folge dessen setzte auch bei etlichen Anwohner*innen, die sich anfangs für eine Vertreibung der Trinker- und Drogenszene ausgesprochen hatten, ein Perspektivenwechsel ein. Denn das Bild einer amorphen, mitunter bedrohlich wirkenden Masse „fremder Alkoholiker*innen“ hatte sich zugunsten konkreter Einzelschicksale, die zum Leopoldplatz dazugehören, relativiert. Vor diesem Hintergrund gelang es dem Streetworker immer öfter, einzelne Personen oder kleine Gruppen der Szene bei kulturellen Events und Großereignissen (z. B. Fête de la musique oder Iftar-Essen) als Teilnehmer*innen einzubeziehen, ohne dass dies zu Konflikten, Abwehr oder Ausgrenzung seitens der Veranstalter*innen oder beteiligter Bürger*innen geführt hätte. Im Umgang mit der Szene kam es mithin zu integrativen Momenten „im Gemeinwesen“, die zu Beginn der Tätigkeit des Platzmanagements noch unmöglich schienen.[217]

Verstetigung und Aufbau von nachhaltigen Strukturen

Aus der Perspektive des Sozialen Platzmanagements ist in den vergangenen Jahren eine konstruktive Gemeinwesenkooperation zwischen bürgerschaftlich engagierten Akteuren, sozialen Institutionen und staatlichen Instanzen entstanden, die den Leopoldplatz im Fokus haben und bislang praxisnah und sozialraumorientiert kooperieren.

Ehren- und hauptamtliche Akteure haben dazu beigetragen, dass sich die Situation vor Ort zum Positiven verbessert hat und der Leopoldplatz nun im wahrsten Sinne des Wortes „ein Platz für alle“ geworden ist. Sowohl Student*innen, Familien und Senior*innen als auch die lokal ansässige Szene fühlen sich dort wohl und kommen bis auf wenige Einzelfälle friedlich miteinander aus. Am Leopoldplatz ist es gelungen, die Grundlagen für einen weitgehend konfliktfreien Nut-

[216] Inzwischen gibt es am Leopoldplatz Ausnahmen: Neuerdings nimmt ein Mitglied der Szene als Vertreter des Trinkraums Knorke am Runden Tisch und der Praktikerrunde teil und ist seit 2014 gewähltes Mitglied der Stadtteilvertretung.

[217] Vgl. Becker, Franziska: Tätigkeitsbericht des Projekts “Streetwork/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz“ von September 2011 bis August 2012. Berlin 2012. [Abrufbar unter http://www.gangway.de; Team Leo – Soziales Platzmanagement].

zungspluralismus zu schaffen und die Identifikation unterschiedlicher lokaler Akteure mit dem betreffenden Sozialraum zu stärken. Durch die vielfältigen Maßnahmen zur Aufwertung des Platzes und seine Wiederaneignung durch variierende Platznutzer*innen ist dort zugleich eine formelle sowie informelle soziale Kontrolle entstanden. Nun gilt es, das bereits Erreichte nachhaltig zu sichern, zu verstetigen und – soweit wie möglich – ins Gemeinwesen hin zu überführen, sodass eine langfristig präventiv angelegte und nachhaltige Konfliktregulierung auf dem Leopoldplatz stattfindet. Die Überführung der zentralen Tätigkeiten des Sozialen Platzmanagements Leopoldplatz ins Gemeinwesen hinein gehört in diesem Zusammenhang zu einer erfolgreichen Verstetigung. Denn die Weiterentwicklung und Sicherung von nachhaltigen Strukturen ist zentrale Bedingung für eine erfolgreiche Konsolidierung des Prozesses.

Die Arbeit des Platzmanagements kann in folgenden Punkten überführt werden, sofern die zentralen, lokalen Akteure Verantwortung übernehmen und die dafür notwendigen Ressourcen auch langfristig bereitstellen: Im Bereich Koordinierung und Mediation ist eine Überführung der Aufgaben an den Bezirk Mitte (z. B. Präventionsrat oder sozialraumorientierte Planungskoordination) vorstellbar. Der Bezirk hat sich um eine Nachfolge des Präventionsrats bemüht und stellt nun die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, sodass eine Neubesetzung in 2015 angestrebt wird. Da die aufgebauten Netzwerkstrukturen mittlerweile konstruktiv und ohne größere Konfliktebenen zusammenarbeiten, sodass eine intensive Konfliktvermittlung im Sozialraum nicht mehr notwendig ist, ist die Überführung der Bereiche Koordination und Moderation des Gremiums „Praktiker vom Leo“ an den künftigen Präventionsrat zu empfehlen.

Es wäre wünschenswert, wenn die Kirchengemeinde Nazareth in ihrer kirchlichen Funktion im Bereich (aufsuchende) Sozialarbeit noch mehr Verantwortung für den Platz übernimmt. Seit Jahren setzt sich die Gemeinde mit dem Trinkraum „Knorke“ für die positive Entwicklung am Platz ein. Mit dieser Einrichtung hat sie einen zusätzlichen und vor allem für die kalte Winterzeit wichtigen Ort geschaffen, indem sich ein Teil der Trinkerszene aufhält und Unterstützung findet. Seit März 2014 arbeitet im Trinkraum „Knorke“ zusätzlich auch eine Person aus der lokal ansässigen Szene. Eine regelmäßige Unterstützung durch eine*n Sozialarbeiter*in ist mit der Neubesetzung der diakonischen Stelle geplant. In diesem Punkt kann die Kirchengemeinde aber durch andere Träger (z. B. Drogenpräventionsmobil und Gesundheitszentrum für Obdachlose u. a.) unterstützt werden, sodass auch hier demnächst eine Überführung der Arbeit des Streetworkers vorstellbar ist.

Der Aufbau von neuen Strukturen in Form eines Vereins oder einer Bürgerstiftung am Leopoldplatz, die sich um die laufenden Prozesse kümmert, konfliktpräventiv agiert und eine wichtige Rolle in der Netzwerkarbeit übernimmt, ist hingegen aufgrund der bekannten personellen und finanziellen Engpässe im betreffenden Sozialraum (noch) nicht zu empfehlen. Es wäre zurzeit eher eine

zusätzliche Be- anstatt Entlastung der Akteure in dem ohnehin engmaschigen Alltagsgeschäft und -leben. Da es sich am Leopoldplatz nach wie vor um fragile Strukturen handelt, sollte der Aufbau eines Koordinierungsbüros in Zusammenarbeit mit den vorhandenen und temporär angelegten Quartiersmanagements, dem Bezirk Berlin-Mitte und anderen Akteuren für den Sozialraum Wedding mittelfristig angedacht werden.[218]

Ausblick – Kritische Betrachtung zum Vorgehen und zur Verstetigung am Leopoldplatz

Anhand unseres Beispiels Leopoldplatz ist deutlich geworden, dass ein erfolgreicher Verstetigungsprozess Zeit bedarf und von unterschiedlichen Ebenen aus betrachtet werden muss. Die zentralen Aufgaben eines Platzmanagements können (noch lange) nicht alleine vom Gemeinwesen und den darin häufig ehrenamtlich engagierten Akteuren getragen werden. Eine Begleitung durch Hauptamtliche ist daher weiterhin dringend notwendig, um eine Überforderung der lokalen Akteure zu vermeiden und eine zentrale Steuerungsebene zu erhalten. Schließlich sollen sich Ehren- und Hauptamtliche weiterhin positiv ergänzen und sich bei der Lösung von auftauchenden Fragen gegenseitig unterstützen. Für unseren Fall gilt: Nur wenn alle im Netzwerk Leopoldplatz (insbesondere der Bezirk und die Kirchengemeinde) auch zukünftig sozialraumorientiert (querschnittartig) über fachliche und hierarchische Ebenen hinweg zusammenarbeiten und Verantwortung für die aufgebauten Strukturen übernehmen, wird der bisherige Erfolg an diesem zentralen Stadtplatz langfristig zu sichern sein. Denn wie sich vielfach gezeigt hat, ist die Laufzeit von punktuell eingesetzten, prozessbegleitenden Projekten oft zu kurz, um in allen Bereichen (Kulturelles, Bauliches, Soziales/Netzwerkarbeit, Sicherheit) langfristig tragbare Strukturen aufzubauen – dies gilt sowohl für EU-Projekte als auch für die Förderprogramme von Bund und Ländern wie Aktive Zentren oder Soziale Stadt.

Deshalb bleibt es weiterhin wichtig, „allparteiliche Koordinationsstellen“ (z. B. bezirksübergreifend arbeitende Präventionsteams innerhalb der Stadtverwaltung, lokale Sozialraumkoordinierungsbüros, Platz- und Prozessmanagements oder Präventionsbeauftragte) in der Verwaltung zu etablieren, die mit interkulturell und konfliktpräventiv arbeitenden Sozialwissenschaftler*innen oder ähnlichen Disziplinen besetzt werden.[219] Denn kommunales und bürgerschaftliches Handeln in Berlin muss angesichts der zahlreichen und zunehmenden Heraus-

[218] Hubana, Sanda. 2015. "Fachliche Stellungnahme: Verstetigung und Aufbau von nachhaltigen Strukturen auf dem Leopoldplatz in Berlin-Mitte“. Das Positionspapier wurde in der Januarsitzung 2015 des Steuerrats vorgestellt und an die Verwaltung zur weiteren strategischen Verwendung beim Aufbau von Strukturen auf Bezirks- und Senatsebene übergeben., Vgl. Hubana 2014, S. 9, 11/12, 17/18. Dort wurden bereits Möglichkeiten und Grenzen für eine Verstetigung in kürzerer Form beschrieben.

[219] Diese sollten wiederum innerhalb der Verwaltung mit den anderen zuständigen Fachebenen (z. B. Stadtplanung, Soziales, Integration, Ordnungsamt) integriert und bedarfsabhängig in einem „Team“ zusammenarbeiten (Vgl. Raumorientierung der kommunalen Selbstverwaltung. Positionspapier 2001. Städte-Netzwerk für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. [Abrufbar unter: http://tinyurl.com/pem7lqb].

forderungen in den Bezirken (z. B. Bürgerproteste, Auswirkungen der Wohnungspolitik, Zuwanderung von Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen) Hand in Hand gehen, um bei Bedarf rechtzeitig konfliktpräventiv gegensteuern zu können. Allerdings sollten sich die Lösungen dabei sowohl auf methodischer, als auch zeitlicher Ebene den vorhandenen Gegebenheiten anpassen und nicht (ausschließlich) andersherum. Dafür müssen in den jeweiligen Sozialräumen Methoden angewendet und Ressourcen bereitgestellt werden, die nachhaltig wirken. Dies gilt auch für den Mikrokosmos Leopoldplatz, der in vielerlei Hinsicht ein interessantes Abbild des aktuellen gesellschaftlichen Wandels im Berliner Stadtraum – und damit im Makrokosmos – ist. Eine integrative oder Soziale Stadtentwicklung heißt in diesem Fall, auch sogenannte Randgruppen bzw. (sozial) benachteiligte Gruppen wieder in das Gemeinwesen zu integrieren und ihre Partizipation in Stadtentwicklungsprozessen angemessen zu fördern.

Die Vermittlung eines solchen integrativen Ansatzes (z. B. an Stadtplanung, Politik, Städtebauliche Kriminalprävention und Bürger*innen) ist nicht immer einfach und erfordert insbesondere in sozialen Räumen mit hoher Fluktuation (Stichwort: Gentrifizierung) eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit. Ein solcher Ansatz ist eine konstruktive Alternative zu den sonst üblichen Vertreibungsprozessen durch Ordnungsbehörden von lokalen Szenen, die häufig nur von Platz zu Platz und von Bezirk zu Bezirk hin- und hergeschoben werden. Ein Soziales Platzmanagement hat mit dazu beigetragen, die ehemaligen, teils hoch politisierten Konflikte zu entschärfen, die Kommunikation unter den Akteuren nachhaltig zu verbessern sowie den Zusammenhalt und das Miteinander zu stärken, sodass die lokalen Expert*innen (z. B. Verwaltung, Kirche, Gewerbetreibende und soziale Einrichtungen) neu auftretende Probleme (etwa in Bezug auf die Pflege von öffentlichen Flächen) mittlerweile sogar zum Teil vollkommen selbstständig lösen. Auch eine Reduzierung von Machtgefällen hat im betreffenden Sozialraum stattgefunden, sodass die lokal ansässige Szene, Bürger*innen und Anwohner*innen in ihren Anliegen ernst genommen werden und mit Behördenvertreter*innen sowie Politiker*innen zunehmend „auf Augenhöhe“ interagieren, was einen weiteren Fortschritt in diesem besonderen Partizipationsprozess darstellt.

Sicher ist der Leopoldplatz nicht nur im Blick auf den oben beschriebenen sozialen und baulichen Transformationsprozess ein spezifischer und besonderer Ort. Dennoch ist eine Übertragbarkeit des Vorgehens an diesem zentralen Berliner Stadtplatz in andere urbane Räume möglich, was ein zielgerichtetes integratives Handlungskonzept, die Methoden der Konfliktregulierung, die Art und Weise der Bürgerbeteiligung sowie das Zusammenwirken von zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Instanzen anbelangt. Gleichwohl muss ein solches Vorgehen integrativer, konfliktpräventiver Stadtentwicklung den jeweiligen sozialräumlichen Gegebenheiten immer wieder neu und im Prozess angepasst werden. Denn die urbanen Räume und Nischen Berlins sind durch Vielfalt gekennzeich-

net, haben ihre eigene kulturelle Logik, sind von unterschiedlichen Akteuren sowie Wahrnehmungen der gedachten und gelebten Stadt geprägt und haben ihre jeweils eigenen (Konflikt-)Strukturen. Und an diesem Punkt stoßen wir auch an die Grenzen der Übertragbarkeit eines solchen Vorgehens: Denn die ausgewählten Methoden zur Untersuchung eines Sozialraums sowie die daraus resultierenden Lösungen und Handlungsmaßnahmen sollten sich den vorhandenen Realitäten und Bedarfen anpassen und nicht andersherum.

Als Paradebeispiel einer „Integrierten Stadtentwicklung“ hat der neue Regierende Bürgermeister Berlins (und ehemalige Senator für Stadtentwicklung und Umwelt) die Bürgerbeteiligung im Sanierungsgebiet Müllerstraße – einschließlich Leopoldplatz – auf der internationalen Konferenz Metropolis vorgestellt, die im Sommer 2013 in Johannesburg (Südafrika) stattfand. Und beim Berliner Präventionstag 2014 zum Thema „Stärkende Lebensräume – Städtebauliche und sozialräumliche Kriminalprävention in Berlin“ wurde das Modellprojekt Leopoldplatz von der Berliner Landeskommission gegen Gewalt mit dem zweiten Platz ausgezeichnet. Dennoch wird sich erst noch zeigen, ob „der Leo“ weiterhin „ein Platz für alle“ bleiben wird. Wir würden uns jedenfalls freuen, wenn wir das Fragezeichen in unserem Titel irgendwann streichen könnten, damit dieser Platz weiterhin als das best-practice-Beispiel einer Sozialen Stadtentwicklung – also als soziale Innovation – bezeichnet werden kann.

Exkurs: Interview Axel Illesch, Streetworker auf dem Leopoldplatz

Mit welchem Spektrum von Menschen arbeitest Du – bezogen auf die aufsuchende Arbeit – am Leopoldplatz?

Axel: *Ich habe einen festen Stamm an Leuten, meist aus dem Wedding oder aus Reinickendorf, die sich dauerhaft am Leopoldplatz aufhalten. Da gibt es mehrere Gruppen. Darunter sind Leute, die tatsächlich auf dem Leopoldplatz wohnen, also obdachlos bzw. wohnungslos mit wechselndem Wohnsitz sind. Manche pendeln zwischen Betreutem Wohnen, zwischenzeitlichen Wohnheimplätzen und Obdachlosigkeit. Feste Wohnungen sind – auch angesichts der momentanen Lage auf dem Wohnungsmarkt – eher die Ausnahme. Dann gibt es die sogenannten Leo-Touristen. Das sind Menschen, die beispielweise im Knast die Info bekommen „Du, wenn Du draußen nirgendwo unterkommst, geh auf den Leo, da kommst Du immer erstmal irgendwo unter.“ Das sind Leute aller Nationalitäten, jeder Altersstruktur, oft auch Kleinkriminelle. Dann gibt es die dritte Gruppe, die Drogenszene, die auf dem Leo ihren Geschäften nachgehen. Die wollen von mir als Sozialarbeiter relativ wenig wissen. Man kennt sich, man akzeptiert sich, lässt sich in aller Regel aber in Ruhe.*

Entscheidend für meine Arbeit ist die erste Gruppe. Das sind die Menschen, die sich auf dem Leo zu Hause fühlen. Die sagen: „Unser Leo ist unser Wohnzimmer." Ich greife mal einen Adressaten heraus. Das ist Sachsenpaule. Er wohnte ursprünglich in der Nähe vom Tiergarten, also gar nicht mal so nah am Leo. Trotzdem hat er den Leo als sein Wohnzimmer auserkoren. Alle kennen ihn. Inzwischen ist er wohnungslos, hat also auch direkt auf dem Leo gewohnt, tagtäglich auf den Bänken übernachtet. Für den Winter hat er einen Wohnheimplatz in Kreuzberg.

Inhaltlich ist die Arbeit komplex, so wie die Mischung an Menschen, die sich auf dem Leo aufhalten. Man muss sich wirklich vorstellen, dass die Leute auf dem Leo wie eine große Familie sind. Manch einer kommt auf den Platz und hat nichts. Da gibt es zum Beispiel Andy. Er kommt aus den alten Bundesländern, ist aber gebürtiger Weddinger. Andy lebte etwa 3 Monate auf dem Leo ohne die Chance auf Zugang in irgendein soziales System. Das sprach sich schnell rum, sodass ich mich der Sache annehmen konnte. Ich habe dann relativ schnell festgestellt, dass Andy von den verschiedenen Ämtern hin und her geschickt wurde. Er hat sich anfangs also bemüht, stieß aber auf den ausgesprochenen Unwillen verschiedener Behörden, genauer zwischen Grundsicherung, ALG II und Rente (Erwerbsunfähigkeit), eine Zuständigkeit anzuerkennen. Jede Stelle sagte „Nee, wir sind nicht zuständig. Gehen Sie mal da hin." Weil Andy auch keinen festen Wohnsitz hatte, war ebenso wenig klar, in welchem Bezirk die Zuständigkeit liegt. Ich hab dann gesagt „Jetzt reichts!" und bin gemeinsam mit Andy zum Bezirksamt Charlottenburg gegangen. Dort haben wir einen Antrag auf Grundsicherung gestellt. Auch diese Behörde wollte uns zunächst abweisen. Wenn da kein Sozialarbeiter dabei gewesen wäre, hätten sie ihn wieder rausgeschmissen. Grundsätzlich muss man auch sagen, dass selbst ich als Sozialarbeiter da schon Schwierigkeiten habe durchzusehen, geschweige denn Menschen wie Andy. Nach drei gescheiterten Versuchen irgendwo als Anspruchsberechtigter anerkannt zu werden, gibt der natürlich auf, weil er keine Chance hat. Die Komplexität des sozialen Systems ist enorm, vor allem für die Menschen, die es am dringendsten benötigen. Inzwischen bezieht Andy Hartz IV, ein Rentenantrag ist gestellt worden, weil er – durch mehrere ärztliche Gutachten festgestellt – nicht mehr arbeitsfähig ist. Über den Winter hat er einen Wohnheimplatz, den er aber nur so lange nutzt, solange es zu kalt ist. Er hat weder ein Konto, noch eine feste Postadresse. Seine Schecks kommen zu Gangway und ich bringe sie ihm entweder auf den Platz oder dorthin, wo er gerade ist. Es kam auch schon vor, dass ich ihm Post und Scheck in den Knast gebracht habe, wenn er mal wieder von der Polizei weggefangen wurde aufgrund irgendeiner Ersatzfreiheitsstrafe wegen Schwarzfahren oder Körperverletzung. Dann sitzt er auch mal acht Wochen im Knast.

Welche Erfahrungen hast Du mit den Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligung gemacht?

Axel: *Die Möglichkeiten liegen ganz klar in der Bereitschaft der Menschen; und zwar im positivsten Sinne. Die Leute wollen beteiligt werden. Es ist ihr expliziter Wunsch beteiligt zu werden und dadurch auch Aufwertung zu erfahren. Es ist*

*überhaupt nicht so, dass die Leute sagen würden „Baut hier Euren Platz, wir wollen damit nichts zu tun haben." Ganz im Gegenteil. Sie sagen: „Wir wollen unseren Platz bauen." Alle Ideen zur Gestaltung des Platzes kamen von den Adressat*innen selbst. Das betrifft zum Beispiel die Anzahl der Papierkörbe. Während wir dachten zwei bis drei Papierkörbe werden reichen, sagten die Leute „Nee, nee, das ist zu wenig. Wir brauchen acht. Genauso die Anzahl der Bänke. Wir dachten drei bis vier Bänke würden reichen. Die Leute diskutierten und kamen schließlich auf 12 Bänke, die sie für sinnvoll und notwendig hielten, um dem Aufenthaltsbereich einen tatsächlichen Nutzwert zu geben. Wir wären beispielsweise auch nicht auf die Idee gekommen, dass die Leute eine Tischtennisplatte nutzen würden. Die ist gut frequentiert. Diese Ideen basieren natürlich auf der Erfahrung. Die Leute verbringen fast ihre gesamte Zeit auf dem Leo. Die wissen am besten, was sie brauchen. Vehement eingefordert worden ist auch ein Dach. Es gab auch noch andere, weniger ernstgemeinte Vorschläge, zum Beispiel eine Fußbodenheizung. Das steht bislang noch aus (...).*

Mit den Möglichkeiten dauerhafter Beteiligung haben wir sehr gute Erfahrungen gemacht. Meine Stammleute sind eine Kerngruppe von ca. 20 Menschen. Das sind die, die sich auch um den Aufenthaltsbereich kümmern. Sie halten den Platz sauber. Sie leeren beispielsweise regelmäßig die Mülleimer und stellen die Müllsäcke zur Entsorgung durch das Grünflächenamt an den Straßenrand. Das hat alles mit der sogenannten Kiste angefangen. Ganz zu Beginn sagten die Leute: „Du, wir brauchen ne Kiste." Ich wusste zunächst mal gar nicht, was das sein soll und wofür sie diese Kiste brauchen. Die Leute wollen die Reinigung ihres Platzes in Eigenverwaltung übernehmen und brauchten deshalb eine Art abschließbare Kiste, in der eine Harke, Rechen, Müllschippe, Schneeschieber und Mülltüten zur Reinigung des Platzes aufbewahrt werden können und jederzeit durch die Leute auf dem Platz zugänglich ist. Die Anfertigung haben wir dann in Auftrag gegeben. Das war nicht ganz einfach. Ein riesiger bürokratischer Aufwand. Letztlich war aber nach zwei Monaten eine Kiste da. Die Leute haben den Schlüssel bekommen und selbständig dafür gesorgt, dass der jeweilige Inhaber auch auf dem Platz sein kann. Wenn jemand krank war oder auch im Knast, dann wurde der Schlüssel weitergegeben, damit es weiter funktioniert. Ich als Streetworker war lediglich dafür zuständig, neue Mülltüten zu kaufen oder das ein oder andere Gerät zu ersetzen. Das zeigt auch die Eigenverantwortung, die die Leute auch gern übernommen haben. Das funktioniert seit 2012 wunderbar. Und man darf auch nicht vergessen: Unterm Strich ist das die billigste Reinigung des Platzes, die man sich vorstellen kann. Keine Verträge mit Firmen. Die Szene hat sich selbst verpflichtet: „Wir halten unseren Platz selbst sauber."

Die Grenzen, auf die man sich aber einstellen kann, sind ganz klar Defizite in der Absprachefähigkeit. Man kann nicht sagen „Nächste Woche 14 Uhr treffen wir uns alle." Man muss in der nächsten Woche dann einfach 13 Uhr losgehen und die Schäfchen einsammeln und sagen „Denkt dran, 14 Uhr haben wir was vor. Dann kommt XYZ." Im Prinzip sind genau das die Stellschrauben, die wir als Sozi-

ales Platzmanagement leisten können. Wir stellen uns auf die Bedingungen ein, die den Leuten auf dem Leo Beteiligung ermöglichen. Es würde nicht gehen, dass wir oder die Kirche einen Aushang macht und schreibt: „Nächste Woche 14 Uhr ist Beteiligung. Kommt alle!" Das würde nicht greifen; die Leute fühlen sich auf diese Weise ganz einfach nicht angesprochen, nicht gemeint. Wir machen das anders. Wir bereiten das in der Szene vor, wir führen Gespräche wozu und weshalb, wir haken – wenn nötig – auch dreimal nach, ob alle den Termin auf dem Schirm haben. Eine Stunde vor dem Termin machen wir einen Rundgang und sammeln die Leute ein. Das sind Kleinigkeiten, aber enorm wichtig. Diese Besonderheiten begründen im Übrigen auch ein Soziales Platzmanagement auf dem Leo.

Was ist Deiner Einschätzung nach noch zu berücksichtigen, wenn es um die Konzeption und konkrete Durchführung von Beteiligungsangeboten geht? Greif doch mal ein Beispiel auf, was vielleicht nicht sofort auf der Hand liegt.

Axel: *Ein gutes Beispiel dafür, wie man eine langfristige, selbstorganisierte Beteiligung unterstützen kann, wäre der Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes. Das betrifft am Leo zum Beispiel die Toiletten vor Ort. Die Toilette ist von Ströer aufgebaut worden. Wir haben dafür gesorgt, dass sich die Platznutzer*innen mit den Mitarbeitern von Ströer, die für die Reinigung, Wartung und Reparatur zuständig sind, bekannt machen. Die kennen sich und respektieren sich. Das hat mehrere positive Effekte. Zum einen, dass auf ein Maß an Sauberkeit geachtet wird. Zum anderen auch ganz praktische Vorteile für die Adressat*innen. Die Ströer-Leute haben einen Hochdruckreiniger zur Reinigung der Toilette und um den umliegenden Bereich. So kommt es, dass die Szene zu den Ströer-Mitarbeitern geht und fragt, ob sie sich den Hochdruckreiniger spontan für die Reinigung des Daches borgen kann. Statt nun erst Genehmigungen einzuholen, stellen die Ströer-Leute der Szene den Strom und das Gerät bereit, gehen eine rauchen und die Szene reinigt ihr Dach. Sowas klappt nur, wenn die sich kennen und ein gewisses Vertrauen vorhanden ist. Für eine solche Dachreinigung den offiziellen Weg zu gehen, wäre für uns und die Szene ein massiver Aufwand. Da braucht es ein Genehmigungsverfahren, Sicherheitsabsprachen, Versicherung und Bereitstellung von Strom usw. Das wäre praktisch kaum umsetzbar gewesen. Wahrscheinlich wäre eher ein Unternehmen beauftragt worden. Hohe Kosten würden entstehen. So ist das untereinander geklärt worden und das Dach ist innerhalb einer Stunde sauber. Ein Netzwerk, das auf Augenhöhe agiert, sich gegenseitig unterstützt und mit anpackt, ist da sehr hilfreich.*

Ein anderes Beispiel in puncto Netzwerk wäre das Himmelbeet, ein Garten und Landschaftsprojekt, auf der anderen Seite der Schulstraße. Wenn die Szene Gartengeräte braucht, meinetwegen einen Spaten oder eine Schippe, dann gehen die rüber zum Himmelbeet und leihen sich Geräte. Die Leute vom Himmelbeet wissen durch den Runden Tisch, dass das die Menschen vom Aufenthaltsbereich sind. Auch hier kennt man sich. Umgekehrt ist es so, dass die Leute vom Himmel-

beet in der Szene um Hilfe bitten, wenn beispielsweise ein LKW entladen werden muss, weil Pflanzen geliefert werden. Dann gehen fünf Mann rüber und packen mit an. Sowas funktioniert nur, wenn man sich kennt und respektiert. Wir vermitteln das. Und so wissen alle, dass sie auch voneinander profitieren können. Das macht den Leopoldplatz inzwischen aus und entspricht eben auch dem Motto: Ein Platz für Alle.

Exkurs: GeDenkOrt – Wenn die Trauer keinen Platz hat

Sanda Hubana

Tod, Trauer und Verlust – Eine Idee entsteht

Ein Gedenkort für die Verstorbenen aus der Trinker- und Drogenszene am Leopoldplatz: Das ist seit einiger Zeit der Wunsch einiger Mitglieder der lokal ansässigen Szene. In den vergangenen Jahren haben viele von ihnen Freunde und Bekannte verloren. Die Rede ist von etwa 50 Personen, die bereits verstorben sind, und es werden immer mehr[220]. Ein Mann aus der Szene formulierte es mit diesen Worten: *„Wir betreiben jeden Tag Raubbau am eigenen Körper.“*[221] Und die Folgen dieser Suchterkrankung fordern jeden Tag ihren Tribut. Meistens wissen die Männer und Frauen vom Leopoldplatz nicht, wo die Verstorbenen beerdigt sind oder sie können die Gräber nicht besuchen, weil Angehörige dies häufig nicht wollen. Es fehlen also Räume für das Abschiednehmen, die Trauer und die Erinnerung an Verstorbene, die auch für die Menschen aus der Szene wichtig sind, um mit dem gesellschaftlich weithin tabuisierten Thema Tod umgehen zu können. Daher wurde im Sommer 2012 damit begonnen, gemeinsam mit der Szene einen Gedenkort in enger (interdisziplinärer) Zusammenarbeit zwischen Sozialer Arbeit, Ethnologie sowie Kunst auf dem zentralen Berliner Stadtplatz zu entwickeln.[222]

Die Menschen aus der lokal ansässigen Szene waren in diesem besonderen kulturellen Projekt die zentralen Akteure eines selbstinitiierten und aktiven Beteiligungsprozesses – also einer lokalen Erinnerungskultur[223]. Sie waren diejenigen, die die vorhandenen sozialen Realitäten in Bezug auf die Suchtproblematik und

---

[220] Feldnotizen vom 26.04.2012 bis 16.12.2014; hier vom 24.07.2012. Dies ist auch ein gesellschaftliches Thema: So wurde in einer im Oktober 2012 veröffentlichten Studie einer Forschergruppe der Universität Greifswald deutlich, die alkoholkranke Menschen eine durchschnittlich 20 Jahre geringere Lebenserwartung haben. Vgl. Völker, Julia. 17.10.2012. Alkoholiker sterben 20 Jahre früher. [http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2012-10/Alkoholiker-Sucht-Lebenserwartung, Abgerufen am: 02.11.2013].

[221] Interviews vom 23.10.2012 bis 20.02.2013; hier vom 23.10.2012.

[222] An der Herausarbeitung des Projekts waren die lokal ansässige Szene, die Sozialarbeiter vom Trinkraum Knorke der Alten Nazarethkirchengemeinde und dem Team Leo/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz, die Ethnologin des Sozialen Platzmanagements und ein beauftragter Künstler beteiligt.

[223] Vgl. Assmann, Aleida. 1999. Orte, in: Dies.: Erinnerungsräume. Formen und Wandel des kulturellen Gedächtnisses. München, C.H. Beck.; Assmann, Aleida. 2007. Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik. In: Schriftenreihe 633 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, bpb.

ihre Folgen in Worte fassen und sich dabei auch Gedanken über die Gestaltung des Gedenkorts im betreffenden Sozialraum Leopoldplatz machen sollten. Die Sozialarbeiter[224] stellten den Kontakt zwischen einzelnen Personen aus der Szene, die sich etwas näher mit diesem Thema auseinander setzen wollten, und der Ethnologin des Sozialen Platzmanagements Leopoldplatz sowie zum beauftragten Künstler her. Aus dem Blickwinkel ihrer jeweils eigenen Disziplin führten diese in der Folge ihre eigene (ethnologische und künstlerische) Feldforschung durch[225]. Die Ethnologin führte dabei zu den Themen Tod, Trauer, Verlust und zu konkreten Gestaltungsvorschlägen zum Gedenkort unstrukturierte (Gruppen)Interviews und informelle Gespräche durch[226]. Für die gestalterische Umsetzung des Gedenkorts war der beauftragte Künstler zuständig, der anhand der Treffen im Trinkraum Knorke und am Aufenthaltsbereich sowie mithilfe der Interviewergebnisse Umsetzungsvorschläge machte. Aufgrund dieser klaren Rollenteilung war eine intensive Begleitung des Prozesses aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven möglich, die sich aus ihrer jeweiligen Profession heraus produktiv ergänzten.

Stimmen und Stimmungen – „Wir sind auch nur Menschen, die ein Herz und eine Seele haben.“[227]

Seit August 2012 fanden regelmäßige Treffen mit der Szene auf dem Aufenthaltsbereich und in den Räumlichkeiten des Trinkraums Knorke statt. Bereits beim ersten Treffen konnte Kontakt zu den Gedenkort-Initiator*innen der Szene geknüpft und mit ihnen erste kreative Ideen entwickelt werden. Schnell einigten sich die unterschiedlichen Beteiligten darauf, gemeinsam einen Prozess zu initiieren und darin unterschiedliche Themenbereiche anzusprechen.

In den ersten Gesprächen wurde deutlich, dass ein solcher Gedenkort ein Ort des Innehaltens und Gedenkens an verstorbene Freunde und Bekannte sein sollte: *„Der Gedenkort soll daran erinnern, dass die besten Kumpels einfach nicht mehr da sind.“*[228] Er sollte aber auch dazu anregen, sich mit Fragen zum eigenen Umgang mit Drogen und Alkohol bis hin zu möglichen tödlichen Folgen auseinanderzusetzen. Im Vordergrund stand vor allem ein Prozess, der die Vieldeutigkeit möglicher Gedenkformen offenhielt und all diejenigen einbezog, die dies wollten. Am Ende sollte ein realisierbares Ergebnis stehen, wobei Form und Gestaltung offen waren und den Vorstellungen sowie Bedürfnissen der Szene entsprechen sollten.[229]

---

[224] Ich orientiere mich an einer gender-sensiblen Schreibweise mit Ausnahmen z. B. bei feststehenden Begriffen und Bezeichnungen, im Fall nur männlicher bzw. weiblicher Beteiligter oder zwecks besserer Lesbarkeit.

[225] Vgl. Wolff, Stephan. 2013 (2000). Wege ins Feld und ihre Varianten, in: Flick, Kardorff und Steinke: Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, Rowolth: S. 334-349.

[226] Vgl. Hopf, Christel. 2013 (2000). Qualitative Interviews – ein Überblick, in: Flick, Kardorff und Steinke: Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg, Rowolth: S. 349-360.

[227] Interview vom 05.02.2013. Die hier dargestellten Interviewinhalte zeigen aufgrund des begrenzen Rahmens des Textes nur einen kleinen Ausschnitt an Diskursen, die darin vorgekommen sind. Alle Interviews sind mit der Prämisse einer anonymisierten Sammlung durchgeführt worden.

[228] Interview vom 20.12.2012.

[229] Feldnotizen vom 24.07.2012.

Nach der ersten gemeinsamen Klärungsphase über Wünsche, Ziele und die Aufgaben der einzelnen Projektbeteiligten, führte die Ethnologin von Oktober 2012 bis Februar 2013 unstrukturierte Interviews mit insgesamt 14 Personen aus der Trinker- und Drogenszene mit einer Dauer von durchschnittlich 30 Minuten sowie ca. 20 informelle Gespräche durch[230]. Die Leitfragen für die Interviews lauteten: Wenn ich an die vielen Verstorbenen in der Szene denke, an wen erinnere ich mich? Was war das für eine Person, was zeichnete sie aus und was konnte sie besonders gut? Was habe ich an ihm/ihr geschätzt? Wem möchte ich gedenken und in welcher Form? Was brauche ich für meine Trauer? Wie kann der Gedenkort aussehen und wo kann dieser sinnvoll verortet werden?

Neben dem generellen Wunsch einen Ort zu schaffen, an dem man verweilen und sich an verstorbene Freunde erinnern kann, äußerten mehrere Personen aus der Szene den Wunsch, das Thema Prävention in den Vordergrund zu stellen. Ein Mann aus der Szene brachte es mit diesen Worten auf den Punkt: *„Solche Sachen wie Kunst, die installiert wird und die Leute mal zum Nachdenken anregt, das hätte schon längst passieren müssen.“*[231] Ein anderer meinte: *„Oder vielleicht auch für andere, wenn da andere Menschen vorbeikommen und sich das anschauen, so als Präventivmaßnahme.“*[232] Beide Gesprächspartner machen also deutlich, dass es darum geht, über Sucht und Konsum nachzudenken und zwar anhand der künstlerischen Form, die wiederrum ihre eigene Sprache spricht und den Betrachter*innen ihre jeweils eigenen Interpretationen ermöglicht. Denn nicht nur Suchtkranke, sondern auch Außenstehende sollen sich eingehender und anhand eines präventiven Ansatzes mit diesem Thema beschäftigen. Auf meine Nachfrage wie es denn überhaupt dazu kommt, süchtig zu werden, antwortete ein Mann aus der lokal ansässigen Trinker- und Drogenszene: *„Das ist ein Gesellschaftsproblem. Das hat etwas mit Gewalt zu tun, das hat etwas mit Perspektivlosigkeit zu tun, der Einstellung der Jugend.“* Und weiter heißt es: *„Es gibt Sportler, die dopen oder sind auf Koks und Amphetaminen und erreichen damit auch noch Erfolge oder die Partyszenen. Die gehen nachts tanzen und nehmen Ecstasy und machen trotzdem ihr Studium zu Ende. Darüber spricht aber niemand. Das ist kein Vergleich zu denen, die dann als halbe Leichen hier durch die Stadt laufen.“*[233]

Dieser Mann weist darauf hin, dass es sich bei der Suchtproblematik um ein gesellschaftliches Problem handelt, das von dieser widersprüchlich be- und verhandelt wird. Während über diejenigen, die ihr Leben noch „im Griff haben“ und dem gesellschaftlich anerkannten geregelten Tagesablauf noch nachkommen (können), kaum ein schlechtes Wort verloren wird, haben diejenigen, denen

[230] Trotz der häufig falschen Annahme, dass länger angelegte Interviews mit multitoxisch-abhängigen Personen aufgrund eines ihnen zugeschriebenen Konzentrations- und Aufmerksamkeitsdefizits nicht möglich sind, konnten längere Interviews durchaus durchgeführt werden. Der Zeitraum für die Sammlung der 14 Interviews war gemessen an der Anzahl vergleichsweise lang (Oktober 2012 bis Februar 2013). Dies lag aber eher an dem schwierigen inhaltlichen, emotionalen Thema und nicht an persönlichen Defiziten der Interviewpartner*innen. Es fanden aber auch einige informelle Gespräche mit ca. 20 Personen aus der Szene statt, die nicht aufgenommen werden wollten und/oder mit denen man bei einem der Treffen am Aufenthaltsbereich und Trinkraum Knorke ins Gespräch kam.

[231] Interview vom 06.02.2013.

[232] Interview vom 05.02.2013.

[233] Interview vom 06.02.2013.

man den Konsum ansieht und die keine Kraft mehr haben, ihr Leben entsprechend gesellschaftlicher Normvorstellungen zu strukturieren, mit anderen sozialen (Ausgrenzungs)Mechanismen zu kämpfen. Darüber hinaus wird hier auch auf die schmale Gratwanderung zwischen kontrolliertem und unkontrolliertem Konsum und dessen gesundheitliche Folgen aufmerksam gemacht. Eine Frau aus der Szene weist darauf hin, dass es vielfältige Gründe und Wege in die Abhängigkeit gibt und dass die Problemlagen von Person zu Person unterschiedlich sind:

„Die Gründe sind verschieden. Einer hat so viel Geld gehabt in seinem Leben, durch die Familie und wusste nicht wohin damit. Oder manche wollten einfach nur dazugehören. Aus Neugier oder weil man einfach nur dazugehören will. Weil man auch einsam ist so, weil mit Familie ist meistens nicht so viel: weil die wollen dann auch Abstand haben, weil man so viel Scheiße baut. Es kann jeden treffen. […] Die Familien verstehen das nicht. Die können das nicht nachvollziehen, warum man teilweise nicht anders kann. Weil man Sklave seines Körpers ist. Am Besten nicht so viel mitkriegen vom Tag, die Probleme sonst wo hinschieben.“[234]

Und genau aus diesen verschiedenen Gründen heraus möchte eine junge Frau aus der Szene einen solchen Gedenkort auf dem Leopoldplatz haben: *„Vielleicht regt es die Menschen auch mal dran zu denken: ‚Ah, will ich das wirklich, mir den letzten Schuss setzen?‘ Vielleicht bewirkt das ja was.“*[235]

Auf die Frage wie ein solcher Gedenkort denn gestaltet werden könnte, gab es viele Vorschläge. Eine Frau aus der Trinker- und Drogenszene berichtete, dass es bereits in der Vergangenheit einen aus der Not heraus selbstorganisierten und temporären Gedenkort an einer Stelle auf dem Leopoldplatz gab:

„Also, ich fand das für [Klaus], der Platz, das war toll. Die haben an der Stelle, an der Bank, wo er gestorben ist, dahinter Bilder aufgehängt, ein Kreuz hingemacht, mit seiner Mütze drüber und mit seinem Schal. Also, das was er täglich getragen hat. Und dann hat einer nach dem anderen Dinge eingekauft und dann war das wie so eine Grabstätte. Die wurde dann regelmäßig gepflegt mit Rosen und Sträußen. Ganz am Anfang haben die Leute sogar noch Zigaretten hingelegt, ein paar Taschentücher. Also für die Menschen, die da direkt vor Ort trauern wollten, war das, also die Menschen, die es betroffen hat. Die haben sich sehr viel Mühe gegeben. Da habe ich echt gestaunt. Und deswegen habe ich auch, auch wenn ich ihn nicht gut gekannt habe, das da gepflegt. Es war ein schöner Platz, um über das Leben nachzudenken. Auf das Kreuz haben sie sogar noch was draufgeschrieben, also, was sie noch so für Wünsche für [Klaus] und das Jenseits haben. Das war sehr süß gemacht. Mit Engelsfiguren, wo drauf steht: ‚Wir vermissen dich.‘ und so. Also, ich denke, so was in der Richtung wäre gut.“[236]

Die beteiligte Frau verdeutlicht die Bedeutung und den Wunsch des Gedenkens in der Szene auf sehr bildhafte Weise und macht den Vorschlag, einen ähnlichen Gedenkort, der erweiterbar und flexibel ist, auf dem Leopoldplatz zu installieren. Der Wunsch nach aktiver Beteiligung in Form des Hinlegens von Erinne-

[234] Interview vom 20.02.2013.
[235] Interview vom 05.02.2013.
[236] Interview vom 06.11.2012. Auch die in den Interviews genannten Personen wurden anonymisiert.

rungsgegenständen an die zu erinnernde Person und die damit verbundene Pflege des Ortes wird ebenfalls geäußert und als zentral betrachtet. Es geht hier um das Nicht-Vergessen-Werden und um das Erinnern an die vielen Verstorbenen, also um die Gestaltung eines sozialen Gedächtnisses, das von den Erinnerungen und Gedanken einer Gruppe mit Wir-Identifikation lebt[237].

Ein anderer Kommentar eines Mannes aus der lokal ansässigen Trinker- und Drogenszene lautete:

„Ich bin nicht der Mensch, der sich gern auf Friedhöfen aufhält, aber wenn man einen Platz so hat, dann kann man an den Menschen denken. Und wenn es nur Jahrestage sind. Ich kenne ganz schön viele Leute, die verstorben sind. Einen Brief könnte ich schreiben, dass man sich auch mit den anderen austauschen kann.“[238]

Neben dem Wunsch des Erinnerns besteht auch der Wunsch nach Austausch mit anderen Personen, also nach Interaktion, die auf Friedhöfen leider selten, wenn nicht sogar unmöglich ist.

Eine andere Frau aus der Szene verwies noch auf einen anderen Aspekt, der insbesondere den fehlenden würdigen Umgang mit den Toten betrifft:

„Es sterben so viele. Die bekommen dann ein anonymes Begräbnis, wenn sich keiner kümmert oder sich das nicht leisten kann. Ich meine, am Ende ist es sowieso egal, wo man landet. Aber trotzdem ist es scheiße, dass nicht jeder ein ganz normales Begräbnis bekommt.“[239]

Auch in Bezug auf die Verortung des Gedenkorts wurden Vorschläge gemacht. Hierbei ging es aber weniger um das Gedenken an sich als vielmehr um die Lösung eines ganz anderen Problems:

„In der Grünfläche oder auf dem vorderen Platz. Oder die Ecke an der Kita, da würde man viele Leute treffen, die das auch sehen, die dran vorbeilaufen und man würde da endlich – entschuldige bitte den Ausdruck – die Eckpisser loswerden.“[240]

Dieser Hinweis verdeutlicht, dass es auch innerhalb der Szene ein Problembewusstsein u.a. in Bezug auf das Urinieren im öffentlichen und privaten Raum (z.B. Kita-Zaun der Nazarethkirchengemeinde) gibt. Häufig wird den Menschen aus der Szene fälschlicherweise zugeschrieben, dass sie allein für dieses Verhalten verantwortlich sind, wobei auch Passanten, Studenten und Bauarbeiter in der Vergangenheit als Verursacher negativ aufgefallen sind. Darüber hinaus machte ein anderer Mann aus der Szene den Vorschlag, die Materialeigenschaften zu bedenken: *„Also etwas, was nicht kaputt gemacht werden kann, wegen Vandalismus.“*[241] Die Gesprächspartner*innen verdeutlichen, dass es eben nicht

[237] Vgl. Assmann, Aleida. o.J. Soziales und kollektives Gedächtnis. [www.bpb.de/system/files/pdf/0FW1JZ.pdf, Abgerufen am: 15.11.2013].
[238] Interview vom 05.02.2013.
[239] Interview vom 20.02.2013.
[240] Interview vom 06.02.2013.
[241] Interview vom 06.11.2012.

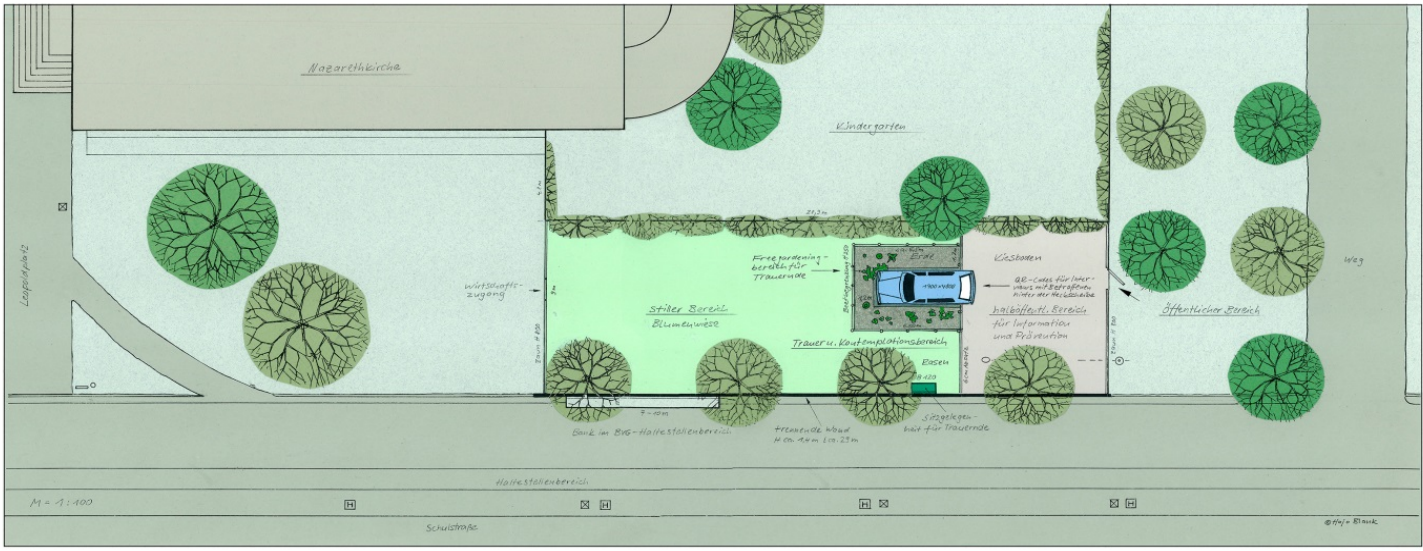
nur ein Problembewusstsein innerhalb der Szene gibt, sondern auch ein Interesse an der Lösung von derartigen Fragen und der Minimierung von daraus resultierenden Konflikten besteht.

In dieser kurzen Beschreibung von Stimmen und Stimmungen innerhalb der lokal ansässigen Trinker- und Drogenszene sind ein paar Inhalte und Standpunkte vorgestellt worden. Eine Auseinandersetzung mit den Themen Tod, Trauer und Verlust – was auch in weiten Teilen der Gesellschaft oft schwierig ist – wurde in den ethnographischen Interviews angeregt sowie eine Annäherung an inhaltliche und gestalterische Ideen zum Gedenkort ermöglicht. Auch wenn diese Interviewausschnitte nur einen kleinen Teil der Meinungen, Diskurse und Interessen in Bezug auf die oben genannten Themen und Suchtproblematiken zeigen, ist doch ansatzweise deutlich geworden, wie es zu bestimmten Lebensläufen kommt, wie Abhängigkeit entsteht und welche Folgen sie haben kann. Darüber hinaus haben die Menschen aus der Trinker- und Drogenszene veranschaulicht, welche Wünsche, Vorschläge und (Präventions)Ziele sie mit dem Gedenkort verbinden und welche zentrale Bedeutung dieser für sie hat – denn ein Abschiednehmen von Freunden und Bekannten ist manchmal gar nicht möglich: *„Die Familien wollen ja gar nicht, dass da einer von uns zur Beerdigung kommt.“*[242]

BeteiligungsKulturen – Im Spannungsfeld zwischen stadtplanerischer und zivilgesellschaftlicher Repräsentation

Nachdem die Interviewphase und -auswertung ihren Abschluss fand, begannen die Projektbeteiligten im Frühjahr 2013 mit der konkreten Planung der Umsetzung. Das Interviewmaterial diente dem Künstler als Inspirationsquelle und Grundlage für die zukünftige Gestaltung des Gedenkorts sowie zur Bestimmung des möglichen Standorts. Der Künstler stimmte sich auch in dieser Prozessphase mit der Szene, der Alten Nazarethkirchengemeinde/Trinkraum Knorke und dem Platzmanagement ab. Die Vor- und Nachteile wurden gemeinsam abgewogen, und am Ende einigten sich die beteiligten Projektpartner auch anhand der Interviewergebnisse auf das Kirchengelände an der Schulstraße[243].

[242] Interview vom 20.12.2012.
[243] Die folgende Abbildung wurde vom beauftragten Künstler Hajo Blank angefertigt.



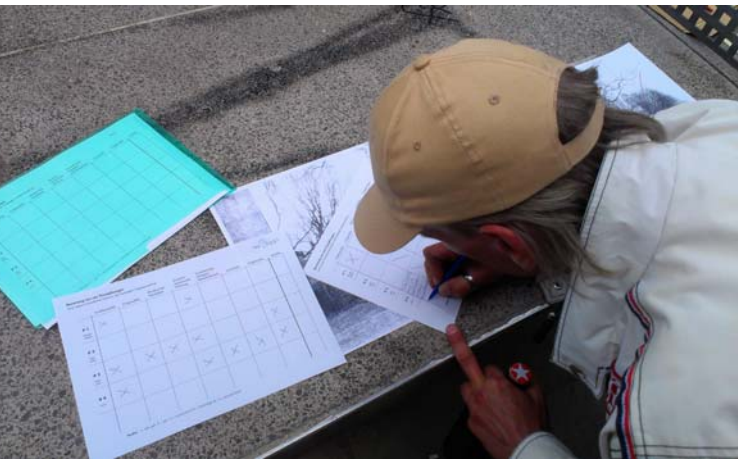
Quelle: Team Leo/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz, Gangway e.V.

Dieser Standort ist aufgrund seiner Nähe-Distanz-Ausrichtung zum Aufenthaltsbereich (nicht zu nah dran, aber immer noch in ausreichender Nähe) ausgesucht worden. Hinzu kam, dass die Einrichtung eines Ortes der Trauer an dieser Stelle die häufig thematisierte, konfliktträchtige Situation am Kita-Zaun (z.B. Urinieren durch Unbekannte und Fütterung von Schädlingen auf dem Kirchengelände) entspannen sollte. Geplant war also, diesen Teil des Kircheneigentums neu zu definieren und ihn somit einer anderen Nutzung, die zu einer Beruhigung der Situation vor Ort beiträgt, zuzuführen.

Quelle: Team Leo/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz, Gangway e.V.

Im zweiten Schritt diskutierten der Künstler und die Ethnologin über das Design und die Form des Gedenkorts mit der Szene auf dem Aufenthaltsbereich[244]. Auch hier waren Interesse und Beteiligung groß. Vor allem die Menschen aus der Szene, die nicht am bisherigen Diskussionsprozess teilgenommen hatten, stellten Fragen, gaben Hinweise oder berichteten über ihre eigenen (Familien)Schicksale.

[244] Feldnotizen vom 24.06.2013.



Direkt zu Beginn des Arbeitsprozesses wurde gemeinsam beschlossen, dass sich die lokal ansässige Szene als Initiator der Gedenkort-Idee und als primäre Zielgruppe mit diesem auch identifizieren muss und ihr deshalb die Entscheidung über die gestalterische Form obliegt. Denn es ging darum, einen Ort der Trauer zu entwickeln, den sie annehmen, an dem sie verweilen möchten und für den sie Verantwortung übernehmen (z.B. Unterstützung bei der Pflege, Vermittlung von Inhalten zur Geschichte dieses Ortes und ggf. „Aufpasserfunktion“ bei Vandalismusgefahr).

Quelle: Team Leo/Soziales Platzmanagement Leopoldplatz, Gangway e.V.

Insgesamt vier Entwürfe wurden vom Künstler bei einem Treffen auf dem Aufenthaltsbereich vorgestellt und vor Ort gemeinsam mit den Menschen aus der lokal ansässigen Szene diskutiert. Als Umsetzungsvariante wurden unterschiedliche Stelen und eine Wageninstallation präsentiert. Nach der gemeinsamen Besprechung füllten ca. 20 Personen aus der Szene Bewertungs-Fragebögen aus und stimmten über die Entwürfe ab. Die Befragung ergab, dass die Form Nr. 4 (Autoinstallation) von der Mehrheit bevorzugt wurde.[245] Der Entwurf sah die Einrichtung eines ausrangierten Leichenwagens vor, der u.a. in Anlehnung an das Jenseits himmelblau lackiert werden sollte. Vandalismussicherheit sollte durch die fachgerechte Verschweißung von abmontierfähigen Teilen des Fahrzeugs und die Verwendung von Sicherheitsfenstern hergestellt werden. Im Inneren des Wagens sollten persönliche Gegenstände von Verstorbenen und Erinnerungsstücke platziert werden können, die darin verschließbar wären. Ein Pflanzenbeet sollte den Wagen umranden und so den Außenbereich gesondert abgrenzen und definieren. Eine Informationstafel wurde ebenfalls eingeplant, die die Spezifik des besonderen Themas Tod und Trauer innerhalb einer Trinker- und Drogenszene, die Vorgehensweise im Projekt und die (durchaus kontroverse) Form des Gedenkorts aus dem Blickwinkel eines Präventionsansatzes noch einmal genauer erläutern sollte.

Im zweiten Schritt ging es an die finale Abstimmung u.a. mit der Bezirksverwaltung für Stadtentwicklung im Steuerrat Leopoldplatz, die dieses Vorhaben im Rahmen des Förderprogramms Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Wedding-Müllerstraße anteilig auch finanziell unterstützen sollte[246]. Die Idee zum Gedenkort wurde vom Sozialen Platzmanagement Leopoldplatz bereits vor Beginn der intensiven Arbeitsphase mit der lokal ansässigen Szene und den Projektbeteiligten im April und September 2012 im Steuerrat vorgestellt[247]. Auch im weiteren Verlauf des Prozesses machte das Platzmanagement im Februar und April 2013 Zwischenberichte, bevor die vorläufigen Ergebnisse des Beteiligungspro-

[245] Feldnotizen vom 24.06.2013.
[246] Der Steuerrat ist ein Gremium im Aktiven Zentrum und Sanierungsgebiet Wedding-Müllerstraße, das sich mit der baulichen Umgestaltung und soziokulturellen Entwicklung am Leopoldplatz beschäftigt. Darüber hinaus wird über mögliche Maßnahmen beraten. Weitere Informationen zu dem Gremium, den Netzwerkstrukturen und zum Förderprogramm vgl. Becker und Hubana in diesem Band.
[247] Vgl. Feldnotizen vom 26.04.2012 und 24.09.2012.

zesses im August 2013 durch den beauftragten Künstler und das Platzmanagement im Steuerrat vorgestellt wurden.

Und da trafen sie aufeinander – die zwei Kulturen: Auch wenn prinzipiell die Gedenkort-Idee und die methodischen Herangehensweisen (bottom up) seitens der Verwaltung befürwortet worden sind, hakte es doch an einer ganz entscheidenden Stelle. Die ethnographische und künstlerische Beteiligungskultur kam nicht so recht überein mit den etablierten Entscheidungsverfahren zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft (häufig top down)[248] sowie den persönlichen, ästhetischen Vorstellungen einiger Verwaltungsvertreter*innen. Zudem wurde ein negatives Medienecho befürchtet. So wurde dieses Projekt schließlich abgelehnt und liegt seitdem auf Eis.[249] Möglicherweise wäre dies anders verlaufen, wenn die Beteiligung der Verwaltung an diesem Prozess von Beginn an stärker eingefordert worden wäre. Dies hätte aber auch möglicherweise zur Folge gehabt, dass die ziemlich offene methodische Herangehensweise an die Inhalte und Ausgestaltungsformen anders strukturiert und determiniert worden wäre. Ein Patentrezept zur Verwirklichung einer konstruktiven gegenseitigen Beteiligungs- und Abstimmungskultur zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft gibt es also leider nicht. Die Möglichkeiten und Grenzen einer produktiven Kooperation und den damit verbundenen Repräsentationsstrategien müssen daher immer wieder neu und je nach (Stadt)Raum, den beteiligten Akteuren sowie dem jeweiligen Themengebiet ver- und ausgehandelt werden – auch um das Risiko des Scheiterns.

GeDenkOrt – Räume für die Trauer schaffen

Viele Personen aus der Szene haben keine Möglichkeit gehabt, sich von ihren Freunden, Bekannten und Verwandten noch rechtzeitig zu verabschieden, und viele von ihnen konnten dies auch nachträglich nicht tun, weil sie nicht wissen, wo ihre Freunde begraben sind. Deshalb ist die Einrichtung eines Ortes der Trauer für die Menschen aus der Szene vom Leopoldplatz und vor dem Hintergrund der zahlreichen tragischen Einzelschicksale und Lebensgeschichten, die auch weiterhin innerhalb der Szene kommuniziert und diskutiert werden, weiterhin erstrebenswert. Eine andere Umsetzung wird vom Angestellten des Trinkraums Knorke der Alten Nazarethkirchengemeinde, der selbst Teil der Szene ist, für das Jahr 2015 verfolgt[250]. Eine Ritualisierung der Trauer an besonderen Gedenktagen (26.6. Weltdrogentag; 21.7. Gedenktag für verstorbene Drogengebraucher) – also als ritualisierte Form einer (inter)nationalen Gedächtniskultur[251] – kann perspektivisch mit lokalen Netzwerkpartnern durchgeführt werden. Dies würde die Identifikation der Szene mit dem Gedenkort zusätzlich stärken. Außerdem würden sowohl die Nutzer*innen des Aufenthaltsbereichs als auch an-

[248] Vgl. Becker, Franziska. 2012. Umkämpfte Plätze. Gemeinwesenmediation und Konfliktmanagement. In: Perspektive Mediation Heft 1/2012, S. 33-37.l; Vgl. Becker, Elke und Runkel, Carolin. 2010. Zivilgesellschaft in räumlichen Arenen, in: Graf Strachwitz, Rupert (Hg.): Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart, Lucius: S. 121-204.
[249] Feldnotizen vom 08.08.2013.
[250] Feldnotizen vom 16.12.2014.
[251] Vgl. Assmann, o.J.

dere Interessierte immer wieder in die Geschichte(n) der verstorbenen Menschen und dieses besonderen Ortes eingeweiht werden.

Die Entwicklung eines solchen Gedenkorts am Leopoldplatz bzw. der dabei beschrittene Prozess ist ein (erneutes) Beispiel für einen selbstinitiierten, aktiven Partizipationsprozess der lokal ansässigen Szene und Symbol für die Identifikation der Szene mit dem Raum[252]. Für Berlin (und darüber hinaus) ist dieser Beteiligungsprozess ein wichtiges Zeichen der Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlich weithin tabuisierten Thema. Das stellte auch ein Polizist vom Leopoldplatz gerührt fest: *„Wir sprechen hier immer von der Szene und sehen die jeden Tag. Dass es sich dabei aber um Menschen handelt, für die dieser Platz möglicherweise das Letzte ist, was sie in ihrem Leben sehen, das vergessen wir oft!“*[253] Aus diesem Grund hoffen wir, dass dieses Projekt demnächst realisiert wird, sodass die Trauer dieser Menschen einen Platz auf dem „Leo“ findet und ein Raum des Ge- aber auch des Nachdenkens über das Thema Sucht und Tod geschaffen wird – und zwar ganz unabhängig von den divergierenden (inhaltlichen sowie gestalterischen) Interessen und den jeweiligen (kulturellen) Deutungshoheiten von städtischer Planung und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Zusammenfassung

Obwohl Bürger*innenbeteiligung politisch gefördert und zivilgesellschaftlich zunehmend eingefordert wird, werden insbesondere sozial benachteiligte Menschen und marginalisierte Gruppen von den bestehenden Angeboten nur schwer oder gar nicht erreicht. Das hat Gründe. In der Regel werden Beteiligungsangebote sprachlich und inhaltlich an den Vorstellungen, Interessen und Gepflogenheiten bürgerlicher Milieus orientiert. Mit dem Fehlen von Lohnarbeit und der mangelnden Integration in breitere gesellschaftliche Zusammenhänge und Kontakte, die über das direkte Wohnumfeld hinausgehen, fehlt vielen erwerbslosen Menschen eine wichtige Brücke zur Teilhabe und Beteiligung. Dennoch, so unsere Erfahrungen, gibt es gerade unter benachteiligten Menschen ein großes Selbstverständnis gegenseitiger Hilfe, Unterstützung und „versteckter Engagementstrukturen“[254] im engeren Wohnumfeld. Die Wahrnehmung und Anerkennung dieses informellen Engagements fehlt in der Regel, wäre aber ein erster Schritt an die lokalen Ressourcen, persönlichen Interessen und Potentiale der Menschen anzuknüpfen und geeignete niedrigschwellige Beteiligungsangebote zu entwickeln.

Es sind nur wenige Kriterien in der Angebotsgestaltung, die zu nennen wären, um die üblichen Barrieren von Beteiligungsangeboten deutlich zu verringern. Eine angemessene (An)Sprache und Transparenz, d.h. ein wertschätzender und offener Austausch über Erwartungen, Ziele, Inhalte und Arbeitsweisen sind ebenso wichtig, wie die Gestaltung der Inhalte. Diese sollten konkret und greifbar und an den Bedürfnissen, Interessen und

---

[252] Ein ähnlicher Beteiligungsprozess wurde bei der Planung des Aufenthaltsbereichs auf dem Leopoldplatz für die Trinker- und Drogenszene umgesetzt vgl. Becker und Hubana in diesem Band.
[253] Feldnotizen vom 20.09.2012.
[254] ebd. S.7

Lebenswelten der Menschen orientiert sein. Während der Vertrauensaufbau erfahrungsgemäß viel Zeit beansprucht, sollte innerhalb der Beteiligungsprozesse darauf geachtet werden, dass ein überschaubarer Zeitrahmen des Projektes gewährleistet und eine zeitnahe Umsetzung des Geplanten möglich ist. Wie das Beispiel der adressat*innenverwalteten Pflege des Aufenthaltsbereiches am Leopoldplatz zeigt, kann eine niedrigschwellige Beteiligung die Menschen nachhaltig aktivieren, so, dass langfristige Beteiligung nicht nur möglich, sondern ausdrücklich eingefordert wird.

Um Beteiligungsprozesse mit wenig beteiligungserfahrenen Menschen in Gang zu setzen, ist eine reflektierte Arbeits- und Sichtweise notwendig, die es erlaubt, den Prozess der aktivierenden Beteiligungsarbeit flexibel, pragmatisch und – wenn nötig – undogmatisch zu gestalten. In der Praxis unterscheiden wir *direkte* Formen von Beteiligung von *indirekter* Beteiligung, wie sie beispielweise in Form der Interessenvertretung zum Ausdruck kommt. Die Interessenvertretung von Adressat*innen durch Streetworker*innen wird von kritischen Praktiker*innen als Verlängerung der entmündigenden Alltagserfahrungen benachteiligter Menschen und Gruppen betrachtet. Theoretisch ist diese Sichtweise richtig und wichtig, praktisch greift sie zunächst aber zu kurz. Idealtypische Vorstellungen von Beteiligung können in der Arbeit mit wenig beteiligungserfahrenen Menschen ein wichtiges Ziel und hilfreiches Korrektiv für die Praxisreflexion sein. Gerade zu Beginn von Beteiligungsprozessen sind Formen *indirekter* Beteiligung, wie die Interessenvertretung, oftmals aber notwendig und werden auch eingefordert. In der Regel jedoch nur so lange, bis Adressat*innen auf die Erfahrung von Wertschätzung und Selbstwirksamkeit zurückgreifen können und auf dieser Grundlage den Mut finden, sich beispielsweise in den Dialog mit Vertreter*innen der Verwaltung stärker einzubringen.

Spannend und wichtig sind aber nicht nur Debatten um das Wie von Beteiligungsangeboten, sondern vor allem die Frage einer nachhaltigen Beteiligungskultur in den Kiezen. Dies setzt auch die Beteiligungsbereitschaft der lokalen Verwaltungen voraus, geeignete Strukturen zu fördern und in Form langfristiger Konzepte zu verstetigen.

Stadt der Vielfalt – Alles nur ein Traum?

Mit der aufsuchenden Erwachsenenarbeit hat Gangway Neuland betreten. Unsere Adressat*innen, die meistens über Stereotype und ihre (vermeintlichen) Defizite definiert werden und diese oft auch internalisiert haben, als Individuen mit Stärken und Schwächen zu beschreiben, ist uns wichtig. Die Lebenswelten und oftmals schwierigen Bedingungen anzuerkennen, unter denen die von uns betreuten Menschen leben, ist die Voraussetzung für eine wertschätzende und aktivierende Arbeit. Diese Haltung steht einer vielfach beschriebenen Entwicklung entgegen: der zunehmenden, gesellschaftlich konsensfähigen Stigmatisierung von Erwerbslosen, Obdachlosen, Asylbewerber*innen und Menschen, die aufgrund ihres (vermeintlich fehlenden) ökonomischen Nutzwertes für die Gesamtgesellschaft be- und entwertet werden.

Öffentliche Plätze und Parkanlagen in den Kiezen, auf denen sich Menschen frei von Verdrängungs- und Diskriminierungsängsten treffen können, sind für die Adressat*innen

von Straßensozialarbeit häufig die einzige Möglichkeit vielfältige Sozialkontakte zu pflegen und aufrecht zu erhalten. Aus materieller Not sind sie auf kostenlose Trefforte angewiesen. Gleichzeitig sind öffentliche Plätze und Parks in den Wohngebieten unverzichtbar für eine wahrnehmbare und gelebte Kultur der Vielfalt, Inklusion und Wertschätzung; es sind Räume des sozialen Austauschs. Sie können Ausgangspunkt für nachbarschaftliche Engagementstrukturen sein. Oft sind öffentliche Plätze Orte informeller, niedrigschwelliger Beratungs- und Hilfsangebote durch aufsuchende Sozialarbeit.

Solche Orte für die Gemeinwesen zu erhalten und durch partizipative Nutzungskonzepte für alle Nutzer*innen und Anwohner*innen mitzugestalten, ist neben der einzelfall- und gruppenbezogenen Sozialarbeit ein wichtiger Aspekt der Gemeinwesenarbeit von Gangway. Der Nachhaltigkeit der Arbeit mit den Menschen und innerhalb der Gemeinwesen kommt in der Konzeption unserer Arbeit ein hoher Stellenwert zu. Der Aufbau und die Verstetigung tragfähiger Netzwerk- und Hilfestrukturen – Ziele unserer Arbeit – lassen sich aufgrund von Projektlaufzeiten jedoch nur sehr begrenzt oder gar nicht realisieren.

Die Rahmenbedingungen, die oftmals durch fehlende oder unzureichende soziale Infrastruktur geprägt sind sowie Verwaltungsstrukturen, in denen wirkliche Bürger*innenbeteiligung noch immer keinen selbstverständlichen Aspekt der Bezirkspolitik darstellt, erschweren die Arbeit an der Basis erheblich. Die positiven Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Verwaltungsebenen in Mitte (Team Leo) und Treptow-Köpenick (Team M.A.N.N.E. F.) haben uns und allen Beteiligten aber eindrücklich gezeigt, dass ein projektbezogenes, partizipatives und gemeinwesenorientiertes Agieren im Sinne unserer Adressat*innen und im Sinne einer Stadt als Ort der Vielfalt möglich ist. Hierzu braucht es jedoch eine ressortübergreifende Bereitschaft nachhaltig zu agieren.

Bislang sind einem nachhaltigen Handeln in den Stadtteilen enge Grenzen gesetzt. Nach dem Auslaufen von Projekten und Kooperationen zerfallen mühsam erarbeitete und fruchtbare Strukturen. Sie könnten wirksam bleiben, würden sie in ihrer grundlegenden Struktur aufrechterhalten werden. Während nur geringfügige finanzielle Mittel notwendig wären, um Schnittstellenfunktionen in den einzelnen Gemeinwesen zu erhalten, sind es die zahlreichen ehrenamtlichen Beteiligten, die eine Grundstruktur für ihre engagierte und wichtige Arbeit benötigen. Die Erfahrungen vom Leopoldplatz und der Arbeit von M.A.N.N.E. F. zeigen deutlich, wie soziale Inklusion eine Vergemeinschaftung und gegenseitige Wertschätzung die Kiezkultur und damit auch benachteiligte Menschen nachhaltig aktivieren kann.

Diese positiven, punktuellen Erfahrungen in den Gemeinwesen könnten Ausgangspunkt für ein nachhaltiges, auf Verstetigung fokussiertes Verwaltungshandeln sein. Die Vision von einer Stadt der Vielfalt braucht aber nicht nur finanzielle Mittel zum Erhalt einer handlungsfähigen Grundstruktur, sondern auch engagierte Menschen in einer durchläs-

sigen Verwaltung, die sich nicht nur als Funktionsträger*innen, sondern als Teil ihres Gemeinwesens sehen.

Zwei Perspektiven, die sich gewissermaßen entgegenstehen, möchten wir statt einer zusammenfassenden Wiederholung in Form zweier Exkurse ans Ende unseres Buches stellen. Der erste Exkurs vertieft das Thema der zunehmenden Entwertung und Ausgrenzung von Menschen, die als gesellschaftlich nutzlos etikettiert werden. Während wissenschaftliche Untersuchungen zur sogenannten Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die wir in den Kontext unserer konkreten Arbeitserfahrungen gesetzt haben, das Gegenbild einer durch Vielfalt und Offenheit geprägten Gesellschaft darstellen, wollen wir die Leser*innen nicht ohne einen positiven, optimistischen Ausblick verabschieden. Deshalb schließen wir mit einem utopischen – vielleicht visionären – Exkurs über den Kiez als Lebensraum, in dem jeder Mensch seinen Platz findet; eine Miniatur über die Stadt als Ort der Vielfalt...

Exkurs: Spirale der Entwertungen – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kontext sozialer und räumlicher Ausgrenzung[255]

Jana Johannson

Mehrere sozialwissenschaftliche Studien der letzten Jahre machen darauf aufmerksam, dass die Anfälligkeit für fremdenfeindliches, populistisches Gedankengut und die Entwertung schwacher Gruppen infolge starker Ausgrenzungs- und Verdrängungstendenzen einkommensschwacher Menschen und zunehmender Abstiegsängste innerhalb der Bevölkerung zunimmt.

Einer der Problemschwerpunkte, die zur Schaffung des Projektes M.A.N.N.E. F. geführt haben, war der starke negative Einfluss fremdenfeindlicher und vereinzelt rechtsextremistischer Erwachsener auf die Jugendlichen vor Ort. Insbesondere in Stadtrandlagen, wie Altglienicke, ist Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ein verbreitetes Problem. In der täglichen Arbeit vor Ort sind die Streetworker*innen von Gangway sowohl mit einem latenten Rassismus als auch mit verfestigtem, rechtsextremem Gedankengut konfrontiert. O-Töne: *„Gegen Ausländer habe ich gar nichts. Weil es da genauso Idioten gibt wie unter den Deutschen auch. Solange die mich in Ruhe lassen, lass ich die auch in Ru-*

[255] Der vorliegende Text basiert auf der Reflexion konkreter Praxiserfahrungen des Teams M.A.N.N.E. F. mit Fremdenfeindlichkeit verschiedenster Ausprägung. Diese Erfahrungen aus der Praxis sind unter sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkten und aktuellen Erkenntnissen der Sozialforschung diskutiert und reflektiert worden. Ziel war es die besonders direkten und authentischen Erfahrungen mit Individuen in der aufsuchenden Arbeit im Kontext des gesellschaftspolitisch relevanten Phänomens der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kritisch zu betrachten.

he.“[256] *Adressatin der Kugel, Alglienicke. „Durch meine Cousins bin ich schließlich in die NS-Szene reingerutscht. Der Vater von denen, also mein Onkel, war so ein richtiger Rechter. Wir waren eine rechtsradikale Vereinigung, haben versteckte Veranstaltungen gemacht und sowas alles. Mit Politik hatte das gar nicht so viel zu tun, meistens ging es um Ausländer. Das ging eine ganze Weile so.“* [257] *Adressat der Kugel, Altglienicke*

Wovor aktuelle Untersuchungen und Berichte zu unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Themen wie Armut, Bildungs- und Teilhabe(un)gerechtigkeit, soziale Ungleichheit, Diskriminierung und Arbeitslosigkeit warnen und was europäische Wahlergebnisse der letzten Jahre deutlich zeigen, kann in der Straßensozialarbeit ganz konkret beobachtet werden. Das gesellschaftliche Klima wird kälter, die Konkurrenz wächst, die Lebensbedingungen werden härter; und damit die Einstellungen der Menschen.

Neuere Studien[258] untersuchen die zunehmende Bereitschaft in der Bevölkerung schwache Gruppen zu entwerten. Dies geschieht vor dem Hintergrund wachsender soziökonomischer Gefälle und damit einhergehender Abstiegsängste. Die Autor*innen dieser Studien weisen mit Recht darauf hin, dass die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas durch die Abwertung Anderer schleichend, vor allem aber unterhalb der Schwelle breiter, gesellschaftlicher Wahrnehmung stattfindet[259].

Anders als institutionell verankerte Soziale Arbeit verfügt die aufsuchende Sozialarbeit über solche Einblicke unterhalb dieser Wahrnehmungsschwelle. Im Folgenden sollen Erfahrungen und Beobachtungen aus der aufsuchenden Arbeit in Gebieten wie Altglienicke und Alt-Treptow deshalb in den Kontext der genannten Studien gestellt werden.

Gesellschaftspolitisch relevante Folgen von Verdrängung und sozialer Ausgrenzung – vernetzte Straßensozialarbeit als Seismograph von Entwicklungen

Die zunehmende soziale Polarisierung zeigt sich in Ballungsräumen wie Berlin deutlich. Im öffentlichen Raum wird die wachsende Kluft zwischen den Menschen, die über Arbeit und Wohnraum verfügen, und jenen, die Beides in nur unzureichendem Maße oder gar nicht haben, sichtbar. In Alt-Treptow vollzieht sich die soziale Entmischung durch den Austausch der Wohnbevölkerung – wie in anderen Berliner Stadtteilen auch – in einem enormen Tempo.

Anders, jedoch nicht weniger zugespitzt als in Alt-Treptow, ist die Wohnraumsi-

[256] …bis jetzt, 2011, S. 20
[257] …bis jetzt, 2011, S. 21
[258] Decker/ Kiess/ Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. 2012
[259] Vgl. Decker et.al S. 7

tuation im Kosmosviertel in Altglienicke. Obwohl dieses Gebiet nicht in vergleichbarem Maße durch Aufwertung und Spekulation auf künftig zu erwartende Spitzenmieten gefährdet ist, lassen sich hier die Wirkungen des Verdrängungsdruckes, der aus den Innenstadtlagen in die Randgebiete drängt, gut veranschaulichen. Das Gebiet um die sogenannte Kugel, eine Brunnenanlage in einem Neubaugebiet aus den späten 1980er Jahren, ist eine Wohnanlage mit ökonomisch schwacher Bevölkerungsstruktur und schlechter sozialer und kultureller Infrastruktur[260]. Ursprünglich als städtisches Mischgebiet mit Nähe zum Flughafen Schönefeld konzipiert, jedoch bis zur Wende 1989 nicht vollständig fertiggestellt, verfielen die Blocks zusehends, während umliegende Wohnanlagen seither stetig aufgewertet worden sind. Wer es sich leisten konnte, zog weg[261]. Die Plattenbauanlage liegt nun isoliert, umgeben von Eigentumswohnungen, teureren Mietshäusern und Einfamilienhäusern mit entsprechender Bewohner*innenschaft. Von Norden her dehnt sich das durch zahlreiche Universitätsstandorte und Altbausubstanz geprägte Adlershof immer weiter aus[262]. Auch hier steigen die Mieten rasant. Die Aufwertung, die von Süden her durch die Eröffnung des neuen Flughafens erwartet worden ist, ruht infolge der Fehlplanungen zunächst. Wie in Alt-Treptow herrscht im Zuge der dennoch spürbaren Aufwertungsprozesse unter den durch M.A.N.N.E. F. betreuten Menschen aber auch in Altglienicke eine allgemeine Angst vor Mieterhöhungen.

Viele Bewohner*innen des Viertels kennen die Folgen der Aufwertungsprozesse bereits aus eigener Erfahrung. Manche von ihnen ziehen seit Jahren durch Berlin; immer dem bezahlbaren Wohnraum hinterher. Das Gebiet um die Kugel ist eine Endstation[263]. Es ist eines der wenigen Quartiere, in dem die Mieten sich noch im Rahmen der sogenannten Angemessenheitsgrenzen[264] des Jobcenters befinden. Sollten, wie absehbar ist, auch hier die Mieten steigen, gäbe es für diese Menschen im gesamten Bezirk Treptow-Köpenick keinerlei bezahlbaren Ersatzwohnraum mehr. Die Menschen im Kosmosviertel wären damit gezwungen ins nahegelegene Brandenburg auszuweichen. Einige Jugendliche aus dem Viertel sahen sich bereits gezwungen Berlin zu verlassen und haben sich im brandenburgischen Halbe niedergelassen, ein Ort, dem verfestigte rechtsextreme Strukturen nachgesagt werden.

Eine fremdenfeindliche Stimmung und ein latenter Rechtsextremismus im öf-

---

[260] Vgl. Projektskizze ESF – M.A.N.N.E. F., 2007, S.8
[261] Vgl. Projektskizze ESF – M.A.N.N.E. F., 2007, S.8
[262] Vgl. Projekt M.A.N.N.E. F. – Projektskizze für die Arbeit 2014, S.5
[263] Vgl. „Erfreuliches aus Altglienicke – Gemeinwesenarbeit und Bürgerbeteiligung“ abrufbar unter http://www.gangway.de;Team M.A.N.N.E.F.
[264] Die Mietobergrenzen der Jobcenter sind in Berlin von etwa 360 Euro im März 2014 auf rund 425 Euro Bruttowarmmiete angehoben worden. Für Stadtrandlagen, die für Aufwertungsbegehren uninteressant sind, kann zu diesen Preisen bei Neuvermietung noch Wohnraum gefunden werden. Dies gilt jedoch nicht für Kieze unter Aufwertungsdruck, wie dies in Alt-Treptow der Fall ist. So schnell wie die Mieten in den Bezirken innerhalb des S-Bahn-Rings steigen, sind die neuen Angemessenheitsgrenzen schon wieder obsolet. Die Folge ist die zwangsläufige Segregation innerhalb der Bezirke – die freiwillige in Prenzlauer Berg und die ökonomisch erzwungene in den Plattenbausiedlungen, wie im Kosmosviertel in Altglienicke.

fentlichen Raum sind in Altglienicke allgegenwärtig. O-Ton: *„Und dann: Die Tochter einer Freundin ist hier von Ausländern überfallen und mit dem Messer bedroht worden. Gut, das kannst du überall haben. Aber gerade hier…Weil ja hier auch so viele Rechte sind. Das ist doch furchtbar. Sobald es dunkler ist und es abends ruhiger wird, so ab 18, 19 Uhr, trau ich mich gar nicht mehr alleine raus. Weil ich immer Angst habe, dass mir das auch passiert.“*[265] *Adressatin, Altglienicke.*

Der sogenannte Schwerpunktwahlkampf der NPD zahlt sich besonders dort aus, wo besonders viele sozial und räumlich Ausgegrenzte leben. Ein hohes Maß an Misstrauen allen staatlichen Institutionen gegenüber, tiefe Politikverdrossenheit und Wut fallen hier auf den fruchtbaren Boden der populistischen und fremdenfeindlichen Ressentiments, die die NPD hier erfolgreich schürt. O-Töne: *„Politik interessiert mich nicht die Bohne. Früher war das anders, da hat mich das angenervt, aber heute…Ob ich da nun was sage oder mir mit der Hand an den Arsch fasse – das ist doch eh dasselbe. Das frustriert mich nicht mal, es ist mir nur sowas von scheißegal, was die da machen. Das interessiert mich nicht mehr. Jetzt [nach dem Ende der DDR- Anm. der Redaktion] kann mich keiner mehr ankacken, wenn ich irgendwas sage und das reicht mir doch schon.“*[266] *Adressat, Altglienicke. „Wählen gehe ich nicht. Die belügen uns doch alle. Keiner macht das, was er sagt. Da gibt’s nichts, kein Vertrauen. Zu keiner Partei. Ich wüsste gar nicht, wen ich wählen sollte.“*[267] *Adressatin, Altglienicke. „Wählen gehe ich nicht, weil das ohnehin nichts bringt. Aber wenn, dann würde ich wohl die NPD wählen.“*[268] *Adressat, Altglienicke.*

In Altglienicke erreichte die NPD 2006 mit 18,6% der Stimmen ihr bestes Ergebnis; und das bei einer hohen Nichtwähler*innenquote. Das war zu der Zeit, als dem Jugend-Team von Gangway erstmals auffiel, dass Erwachsene an die Trefforte der Jugendlichen drängen und u.a. in Bezug auf die politische Gesinnung der Jugendlichen negativen Einfluss nahmen. 2011 wählten immerhin noch 13,6% die NPD. Ein Potential, was dringend weiter entschärft werden muss.

O-Ton: *„Wenn das so weitergeht mit Deutschland, dann müssen wir auch hier aus dem Ghetto wegziehen, weil die dann bis hierher gerückt sind. Die Ausländer. Die sind ja zum Teil das größte Problem von Deutschland. Zum Teil hat natürlich auch der Staat Schuld. Es sind einfach zu viele Ausländer drin in Deutschland. Jetzt ziehen ja schon wieder welche rein. Wegen Arbeit und all dem. Wenn man das immer alles so mitkriegt…Ich hör ja schon immer nur ein bisschen hin, weil mich das so aufregt. Das wird alles immer nur noch schlimmer und nicht besser! Ich selber hab nur schlechte Erfahrungen mit Ausländern gemacht, dar-*

[265] …bis jetzt, 2011,S.16
[266] …bis jetzt, 2011, S.55
[267] …bis jetzt, 2011, S.19
[268] …bis jetzt, 2011, S. 24

um halte ich von denen überhaupt nichts. Ich hatte Schlägereien mit denen, Anklagen wegen denen…Ich komm ja nun mal aus Neukölln, teilweise habe ich in Kreuzberg gewohnt – ich weiß schon, wovon ich rede! Die Rechten kann ich akzeptieren, wenn sie sich in Maßen halten, wenn sie nicht so aggressiv auftreten. Dann sollen die ihr Ding ruhig machen. Aber das dürfen die ja nicht. Die Linken dagegen, die dürfen ja alles! Da fängt das doch schon an. Wenn man den Ersten Mai sieht – wer zerstört denn da alles? Das sind nicht die Rechten!"[269] Adressat, Altglienicke.

In Alt-Treptow werden diese Tendenzen ebenfalls beobachtet, wenn auch nicht in vergleichbarem Ausmaß. Während Schöneweide, ein Ortsteil von Treptow-Köpenick, bekannt ist für seine etablierten rechtsextremen Strukturen, ist Alt-Treptow durch seine Nähe zu Kreuzberg und Neukölln grundsätzlich weniger anfällig für verfestigte, fremdenfeindliche Tendenzen. Die Streetworker*innen beobachten jedoch Reaktionen ihrer Adressat*innen auf aktuelle Entwicklungen im Kiez, die solche Konnotationen deutlich zeigen. Das begrüßenswerte Wohnprojekt an der Ecke Harzer/ Treptower Straße, das nach einer Sanierung vor etwa 2 ½ Jahren ein Zuhause für rund 400 Roma werden konnte, zieht – mit kräftiger Unterstützung der Populist*innen von Pro Berlin – den Unmut einiger Adressat*innen auf sich. Sie fühlen sich benachteiligt und mutmaßen Übervorteilung und Bevorzugung von „Fremden" durch den Staat. Befeuert wird dies noch durch das persönliche Schicksal eines Klienten, der einige Zeit vor dem Verkauf und der Sanierung des Hauses aus diesem gekündigt worden ist. O-Ton: *„Da, wo ich gewohnt hab, das ganze Haus ist nur mit Solchen voll. Kein einziger Deutscher mehr. Und alle Weiber immer schwanger. Vor jeder Koofi sitzt eine. Ich muss Flaschen sammeln, mir schenkt keiner was." Adressat aus dem Grenzpark Alt-Treptow.* Solche Geschichten und das damit verbundene Gefühl der Entrechtung und Ausgrenzung verbreiten sich unter den thematisch bereits stark sensibilisierten Adressat*innen wie ein Lauffeuer und schüren die Feindbildpolemik, die durch Pro Berlin verfolgt wird, zusätzlich.

Die Neigung zu ausgrenzenden Einstellungen ist überall dort besonders hoch, wo mangelhafte Bildungs- und Aufstiegschancen, materielle Not und soziale Entwertung als Alltagserfahrung das Erleben sozialer Wirklichkeit prägen. Das M.A.N.N.E. F.-Team beobachtet und dokumentiert sowohl in Altglienicke als auch in Alt-Treptow mit wachsender Sorge, dass hier die Armen mit den Ärmsten konkurrieren und adäquate politische Antworten fehlen.

Auch jene Wissenschaftler*innen, die sich zum Ziel gesetzt haben, ihre kritischen Arbeiten zu den Zusammenhängen „zwischen den gesellschaftlichen Zuständen in Deutschland und der Abwertung und Diskriminierung schwacher Gruppen" durch das „penetrante Erinnern an Verletzungen humaner Normen"

[269] …bis jetzt, 2011, S. 24

in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, monieren „das Ausbleiben angemessener politischer Interventionen.“[270]

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Um die eingangs beschriebenen Erfahrungen und Beobachtungen in den Kontext aktueller, wissenschaftlicher Erklärungsansätze und Befragungsergebnisse zu stellen, soll an dieser Stelle eine kurze Einführung des Begriffs der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit folgen, weil er den gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt und das Konzept des Rassismus auf gesellschaftliche Gruppen ausweitet, deren Entwertung mit diesem Begriff nicht gefasst werden kann.

Der Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beschreibt eine generalisierte Abwertung von Fremdgruppen. Im Kern ist diese Abwertung von einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ getragen[271]. Unter dem Dach des Begriffes, der ein Syndrom beschreibt, lassen sich folgende Elemente zusammenfassen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Islamfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Sexismus und die Abwertung von Behinderten, Obdachlosen, Sinti und Roma, Asylbewerber*innen und Langzeitarbeitslosen[272].

Das Konzept basiert auf der grundsätzlichen Annahme, dass „die Gleichwertigkeit aller Menschen und die Sicherung ihrer physischen und psychischen Unversehrtheit zu den zentralen Werten einer modernen Gesellschaft gehören.“[273] Die Verwirklichung dieser Grundwerte steht in engem Zusammenhang zu sozialen, ökonomischen und politischen Prozessen. Eine diesen Grundwerten gegenläufige Entwicklung ist dann gegeben, wenn sich Einstellungen zeigen oder ausweiten, die die Ungleichwertigkeit von Menschen betonen, „wie sie in öffentlichen Aussagen durch Repräsentanten sozialer Eliten“ medial vermittelt, „in Institutionen und öffentlichen Räumen artikuliert“ und in privaten Kreisen reproduziert werden[274].

Formen, Ausmaße und Erklärungen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit werden im Hinblick auf gesellschaftliche Veränderungen analysiert, insbesondere auf „die Entwicklung eines autoritären Kapitalismus, die verschiedenen Krisen und sozialen Integrations- sowie Desintegrationsdynamiken, die politischen Einstellungen der betroffenen Menschen in unterschiedlichen sozialen La-

[270] Heitmeyer: Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft. Eine Bilanz nach zehn Jahren. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. 2012 S.321- 329; S.324
[271] Vgl. Zick/ Küpper/ Hövermann: Die Abwertung der Anderen: eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. 2011 S.43
[272] Vgl. Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. 2012. S.15-4; S.17
[273] Ebd. S.15
[274] Ebd. S.15f

gen sowie die Art und Weise, wie sie diese Erfahrungen verarbeiten“[275].

Heitmeyer und seine Kolleg*innen untersuchen daher die Wahrnehmung sozioökonomischer Faktoren und ihre Konsequenzen – in Form von Desintegrationserfahrungen bzw. -risiken – als Kulisse für die Abwertung schwacher Gruppen[276]. Die Wahrnehmung und Verarbeitung von Krisen, wie der Finanz- und Schuldenkrise, führen zu unterschiedlichen Reaktionsmustern. Neben dem allgemeinen Gefühl der Unordnung und Undurchschaubarkeit der gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Vorgänge, Sorgen und Ängsten vor Arbeitslosigkeit, nennen die Autor*innen u.a. kollektive Schuldzuschreibungen, Demoralisierung aber auch die wachsende Bereitschaft zu politischem Protest[277].

Wie reagieren Menschen in unterschiedlichen Soziallagen und Einkommensklassen, wenn sie sich bedroht fühlen und ihre Privilegien sichern wollen? Welche Folgen haben die Reaktionen und Einstellungen auf das gesellschaftliche Klima? Die Autor*innen sehen sich aufgrund ihrer Ergebnisse veranlasst, mit Rückgriff auf den Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von fortgesetzter „sozialer Polarisierung“ zu sprechen und greifen die Aussage britischer Soziolog*innen auf, dass „eine Gesellschaft sich im Zuge zunehmender Ungleichheit immer mehr zersetzt.“[278]

Setzt man die Beobachtungen aus der Straßensozialarbeit mit Erwachsenen in Bezug zu den Befragungsergebnissen, zeigt sich, dass die zuweilen starke mediale und gesellschaftliche Abwertung von Hartz IV-Empfänger*innen und Langzeitarbeitslosen – ein Großteil der Adressat*innen gehört dieser Gruppe an – einem ähnlich inakzeptablen Reflex folgt wie die Abwertung von Migrant*innen; unterdessen aber in weiten Teilen der Gesellschaft konsensfähig werden konnte. Die Entwertung von Menschen, die von staatlichen Sozialleistungen leben (müssen), basiert auf der Überzeugung, dass Langzeitarbeitslose und Hartz IV-Empfänger*innen an ihrer Situation selbst schuld sind, keine Leistung für die Gesellschaft erbringen und demzufolge keine Anrechte auf soziale Unterstützung haben. Menschen werden demnach zunehmend im Lichte ihrer ökonomischen Nützlichkeit be- und entwertet. Eine „Ideologie der Ungleichwertigkeit“[279] ist lediglich der Schatten einer durchökonomisierten, neoliberalen Gesellschaft und zeigt, wie sehr die Menschen diese Werte bereits verinnerlicht haben.

Obdachlose Menschen sind solchen Entwertungen in noch stärkerem Maße ausgesetzt, als Bezieher*innen von Transferleistungen. Ihre besondere Schutzlosigkeit begünstigt zudem gewalttätige Übergriffe und die Akzeptanz verachtender

---

[275] Ebd. S.17
[276] Vgl. Mansel/ Christ/ Heitmeyer: Der Effekt der Prekarisierung auf fremdenfeindliche Einstellungen. Ergebnisse aus einem Drei-Wellen-Panel und zehn jährlichen Surveys. In: Heitmeyer 2012 S. 105-128
[277] Vgl. Heitmeyer 2012 S.22-24
[278] Ebd. S.27
[279] Zick et.al 2011 S.43

Maßnahmen zum Zweck ihrer Verdrängung aus dem öffentlichen Raum.[280]

Heitmeyer und seine Kolleg*innen stellen fest, dass „Einstellungen, die (…) die Reduzierung auf Nützlichkeit, Effizienz und Verwertbarkeit forcieren“[281], weiter zugenommen haben. „Im Jahr 2011 sind fast 37 Prozent der Befragten der Auffassung, bestimmte soziale Gruppen seien nützlicher als andere, und fast dreißig Prozent finden, dass eine Gesellschaft sich Menschen, die wenig nützlich sind, nicht leisten kann.“[282] Schaut man sich die statistischen Gesamtwerte zu den einzelnen Elementen (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie etc.) an, so liegt die Abwertung von Langzeitarbeitslosen an erster Stelle.

61,2% aller Befragten finden es empörend, dass sich Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen. Neben den Befürwortern für Etabliertenvorrechte von 54,1%[283], rangiert die Fremdenfeindlichkeit mit 47,1%[284] in der Statistik ganz oben[285]. Die Befragungen zur Abwertung von obdachlosen Menschen bestätigen die geschilderten Eindrücke einer besonderen sozialen Kälte, die sich auch in institutionellem resp. öffentlichem Handeln widerspiegelt[286]. 38% aller Befragten finden Obdachlose in Städten unangenehm. Der Aussage, dass die meisten Obdachlosen arbeitsscheu seien, stimmen 30,4% zu. Dass bettelnde Obdachlose aus den Fußgängerzonen entfernt werden sollten, befürworten 35,4% der befragten Menschen[287]. Alle Werte der Ablehnung – und das ist besonders bedrückend – sind seit 2009 gestiegen.

Dass die Anfälligkeit für fremdenfeindliche und populistische Einstellungen, Diskriminierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit heute keineswegs mehr hauptsächlich ein Phänomen der Menschen ist, die am äußersten ökonomischen Rand der Gesellschaft leben, zeigen auch zwei weitere, bereits erwähnte Untersuchungen[288] und bestätigen damit die Ergebnisse der 10-jährigen Studie „Deutsche Zustände“[289] des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung. Fremdenfeindliche Einstellungen, die Anfälligkeit für Populismus und Abwertung bestimmter Gruppen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Insbesondere die Abwertung von Obdachlosen, negative Stereotype und Vorur-

---

280 Vgl. Spiegel vom 12.06.2014 „Verdrängung von Obdachlosen: Von Stinkbomben bis Wasserdüsen.“
281 Heitmeyer 2012 S.21
282 Ebd.
283 „Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben.“
284 „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.“
285 Vgl. Ebd. S.38-40
286 Vgl. Neupert, Paul: Geographie der Obdachlosigkeit Verdrängung durch die Kommodifizierung des öffentlichen
Raums in Berlin, 2010
287 Vgl. ebd. S.39
288 Decker/ Kiess/ Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Herausgegeben von der FES. 2012 und Zick/ Küpper/ Hövermann: Die Abwertung der Anderen: eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. 2011
289 Mansel et.al 2012 In: Heitmeyer 2012: Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp. S. 105-128

teile Asylberwerber*innen und Langzeitarbeitslosen gegenüber nehmen – so die Ergebnisse der Erhebungen – mit steigendem Einkommen zu[290]. Die schrumpfende Mittelschicht spürt infolge der Finanzkrise deutlich, dass ihr ehemals sichergeglaubter Wohlstand nicht mehr selbstverständlich, sondern zunehmend bedroht ist. Die Abstiegsängste und die subjektiv wahrgenommene Existenzgefährdung[291] der Menschen, befördern die Bereitschaft Andere als potentielle Konkurrent*innen am Arbeitsmarkt – allen voran Migrant*innen – abzuwerten.

Rohe Bürgerlichkeit

Die Autor*innen der Studie belegen mit ihren Ergebnissen „eine ökonomistische Durchdringung sozialer Verhältnisse“[292] infolge der „Statusunsicherheit mit den verschiedenen Desintegrationsängsten und -erfahrungen“[293] und schreiben dieser „eine Kernrelevanz für die steigenden Abwertungen der als `Nutzlose` und `Ineffiziente` deklarierten Gruppen“[294] zu. Sie finden deutliche Worte für die empirisch belegten Tendenzen, indem sie in diesem Zusammenhang von einem „entsicherten Bürgertum“ und einer „Rohe(n) Bürgerlichkeit“[295] sprechen, die sich durch den Rückzug aus der Solidargemeinschaft auszeichne. Es werde deutlich, dass es hierbei darum gehe, eigene soziale Privilegien durch die Abwertung und Desintegration von als „nutzlos“ etikettierten Menschen zu sichern und auszubauen, wobei ein dämpfender Bildungseffekt hier nicht mehr vorzuliegen scheine.[296]

Diese sowohl in der Praxis beobachteten, als auch in der Theorie beschriebenen Tendenzen stehen in direktem Zusammenhang zu sozialpolitischen Entwicklungen, die eine soziale Mobilität lähmen und Armut zementieren.[297] Bereits zum wiederholten Mal rügte deshalb der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 2011 in seinem Staatenbericht[298] zu Deutschland die Bundesregierung für ihre mangelhafte Sozialpolitik.

---

[290] Vgl. Zick/ Hövermann/ Krause: Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Überprüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. 2012. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp. S.78/ S.81

[291] Vgl. Mansel et.al S. 106; S.113

[292] Heitmeyer 2012 S.27

[293] Ebd. S.33

[294] Ebd.

[295] Ebd. S.35

[296] Vgl. ebd.

[297] Pollak, Reinhard: Kaum Bewegung, viel Ungleichheit. Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland. Heinrich-Böll-Stiftung. 2010.
Schattenbericht der Nationalen Armutskonferenz unter dem Motto „Armut ist falsch verteilter Reichtum“, abgedruckt in einer Sonderausgabe des „straßenfeger“ Oktober 2012.
Lebenslagen in Deutschland. 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bunderegierung; Entwurf 2012. Zusammenfassung S. 9-52

[298] Vgl. Vereinte Nationen – Wirtschafts- und Sozialrat: Unredigierte Vorabfassung des Staatenberichts BRD, 2011, in dem die Bundesregierung nachdrücklich aufgefordert wird „ein umfassendes Armutsbekämpfungsprogramm anzunehmen und durchzuführen“ und u.a. in diesem Rahmen „eine Überprüfung der Höhe der Sozialleistungen vorzunehmen“. Der Ausschuss fordert die Bundesregierung darüber hinaus mit Nachdruck

Konkurrenz der Ärmsten

Wie die Straßensozialarbeiter*innen, die vorwiegend mit prekarisierten Gruppen arbeiten, beobachten, verschärft sich die Bereitschaft gegenseitiger Entwertung unter den Ärmsten von Jahr zu Jahr. Die genannten Beispiele aus Altglienicke und Alt-Treptow zeigen das. Diese Menschen konkurrieren um die wenigen Chancen, die eine sozial undurchlässige Gesellschaft für sie bereitstellt. Analog zur eigenen Ausgrenzungserfahrung zeigt sich die starke Neigung, vermeintlich statusniedrigere Gruppen wie Migrant*innen und Asylbewerber*innen abzuwerten. Die Konkurrenz der „Abgehängten" untereinander führt in eine Spirale gegenseitiger Entwertungen und Feindseligkeiten im Kampf um einen Rest an Würde und Selbstachtung.

Zusätzlich befeuert wird dieser Sog von der weithin gesellschaftsfähigen Entwertung von Hartz IV-Empfänger*innen und Langzeitarbeitslosen, die das allgemeine soziale Klima verschärft und den Druck auf marginalisierte Gruppen weiter erhöht. Diese Abwertung bekommen Adressat*innen von Straßensozialarbeit tagtäglich zu spüren. Dies macht es Streetworker*innen enorm schwer den Menschen, die von ihnen betreut werden, überzeugend zu vermitteln, dass das Prinzip der Abwertung und Ausgrenzung keine adäquate Antwort auf Gefühle der Ohnmacht und die Chancenlosigkeit ist, die sie täglich erfahren.

O-Töne: *„Ihr solltet das mal bekannt machen, wie man in so eine Situation kommt und dass da kein Weg wieder rausführt, wenn`s keine Arbeit gibt. Wenn wir als faule Schweine dargestellt werden in der BZ oder so, dann ist das nicht fair."*[299] *„Ich will als Mensch behandelt werden, nicht nur als Arbeitsloser. Die sollten uns auch mal `n bisschen vertrauen. Wir sind ja nicht faul oder so. Wenn wir Arbeit angeboten kriegen würden, dann würden wir die auch sofort annehmen."*[300]

Was tun?

Wissenschaftliche Termini, wie das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Forschungen, die die Beobachtungen aus der aufsuchenden Arbeit definieren helfen und empirisch belegen, sind wichtig, um die gesellschaftlichen Folgen sozialer Ausgrenzung und mangelnder Chancengerechtigkeit zu verdeutlichen und notwendige Appelle an die Politik zu formulieren. Sie stellen – abgesehen von einer wichtigen Sensibilisierung – aber noch keine probaten Mittel für die Arbeit in der Praxis bereit.

---

auf die Menschrechte in ein Armutsbekämpfungsprogramm einzubeziehen (vgl. S.7). Deutlicher kann die menschen- und grundrechtswidrige Sozialpolitik im Rahmen der Hartz IV –Gesetze kaum gerügt werden.

[299] Piotrowski, Anja (2012): Fördern, Fordern, Sanktionieren. Wie hilfreich sind diese Methoden?, Anhang; Interview C

[300] Ebd. Interview R

Lediglich die Bedeutung sozialer Unterstützung wird hervorgehoben: Die Analysen zeigen, dass „mit einer als prekär eingestuften Position am Arbeitsmarkt die Betroffenen nicht nur fremdenfeindlicher eingestellt sind, sondern dass krisenhafte Entwicklungen am Arbeitsmarkt über die Zeit auch eine Zunahme des Ausmaßes der konkurrenzbasierten Fremdenfeindlichkeit in einer Gesellschaft wahrscheinlich macht.“[301] Die Autor*innen liefern empirische Belege dafür, dass soziale Unterstützung einen direkten, nämlich mindernden Effekt auf fremdenfeindliche Einstellungen hat[302].

Die soziale Unterstützung, die prekarisierte Menschen erfahren, ist damit eine wichtige Ressource, um angesichts sich verschärfender Arbeitsmarktentwicklungen einer Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen entgegen zu wirken. Den erhöhten Bedarf an vielfältigen Hilfs- und Unterstützungsangeboten für gefährdete Gruppen gilt es daher mit Blick auf eine notwendige, inkludierende Gegenbewegung zur gegenwärtigen Spaltung der Solidargemeinschaft zu realisieren. Zentrale Zielsetzung kann jedoch die Erfahrung eines solidarischen und mitmenschlichen Klimas sein, das sich durch Beteiligungsangebote sowie Hilfs- und Unterstützungsangebote allgemeiner, nicht problem- und defizitzentrierter Art ausdrückt.

Die Straßensozialarbeit erhält durch ihre aufsuchende Arbeitsweise wichtige, authentische Einblicke in das Alltagshandeln und -denken ihrer Adressat*innen, die den politischen Funktionsträger*innen und auch der klassischen Sozialarbeit mit Komm-Struktur weitgehend verborgen bleiben. Während Sozialarbeit heute weitgehend mit Einzelleistungen und separierten Problemlösungen beauftragt ist, bringt das Setting aufsuchender Arbeit eine ganzheitliche Wahrnehmung von Menschen und ihren Problemlagen in den Stadtteilen, in denen sie leben, mit sich. Dieses seismografische Potential ist ein Alleinstellungsmerkmal von Streetwork, das nutzbar gemacht werden kann.

Straßensozialarbeit kann aufgrund dieser ganzheitlichen Perspektive über die Betreuung und soziale Unterstützung von Adressat*innen hinaus die wichtige Funktion der Brückenbildung zu gesellschaftspolitischen Diskursen sowie Politik- und Verwaltungsebenen leisten. Indem relevante Wahrnehmungen abstrahiert, öffentlich gemacht und in gesellschaftspolitische Diskurse eingespeist werden, können Handlungsbedarfe erkannt und Lösungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden. Hierbei ist die Straßensozialarbeit jedoch auf das Interesse, die Kooperation und Handlungsbereitschaft politischer Funktionsträger*innen angewiesen.

[301] Mansel et.al. S. 122
[302] Vgl. ebd.

Exkurs: Ich habe einen Traum...

Ralf Rehling-Richter

Nach 20 Jahren, die ich in London verbracht hatte, kehrte ich 2030 in meine alte Heimatstadt Berlin zurück. Ungern, muss ich sagen. Aber ich hatte eine schöne Wohnung in Alt-Treptow gefunden, Altbau, direkt an einem Park. Das war in diesen Zeiten mehr Wert als ein Tresor voller Goldbarren.

In London hatte man mittlerweile begonnen, aus kleinen aufeinander gestapelten Wohn-Containern, die man früher nur von Baustellen kannte, riesige Wohntürme zu errichten. Die Miete für solche "Gemeinschafts-Appartements" war etwa doppelt so hoch wie die für meine neue Unterkunft in Berlin. Dafür musste man sich Küche und Bad mit anderen teilen. Ich bin nicht der gesellige Typ.

Am ersten Morgen in der neuen alten Heimat wurde ich von lauten Stimmen geweckt. Als ich vom Balkon in den eigentlich wunderschönen Park blickte, traf mich fast der Schlag. Eine große Gruppe bunt gekleideter Menschen, offenbar mehrere Familien, hatten sich frech auf der Wiese niedergelassen, häuslich eingerichtet. Gerade kochten sie ihr Frühstück. Es stank.

"Verschwindet", rief ich. Aber natürlich: sie verstanden mich nicht und winkten mir freundlich zu. Beim Ordnungsamt war man sehr höflich zu mir, teilte mir aber nur mit, man habe die Sache im Blick. Das entspannte mich nicht. Man riet mir, einen sogenannten Kieztreff zu besuchen, der für morgen aus eben diesem Anlass einberufen sei. Direkt bei mir um die Ecke. Man selbst sei auch dort. Dort würde alles besprochen werden.

Kieztreff sagte mir zunächst nichts. Aus purer Verzweiflung ging ich trotzdem hin. Allerdings innerlich durch frühere Berliner Erfahrungen mit Bürgertreffs gefasst auf einen zähen Abend mit einigen Selbstdarstellern und einer Handvoll schweigender Zuhörer. Auf dem Weg fiel mir nebenbei auf, wie abwechslungsreich und teils sogar liebevoll das Straßenbild in dieser Gegend gestaltet war. Es gab viele kleine Läden, sehr viel Unterschiedliches für den Alltag, Menschen aller Hautfarben und Herkunftsländer. Die Straßen und Häuser waren gepflegt, auffällig sauber, kaum Müll. Oft grüßten sich Menschen auf der Straße. An vielen Ecken wurde gearbeitet und zwar von Menschen in Overalls, die ich vom Erscheinungsbild eher für Penner gehalten hätte, wie sie in London an allen Straßenecken saßen. Sie besserten Laternen aus, transportierten Sperrmüll ab oder legten Beete auf den Mittelstreifen an.

Obwohl ich nur 10 Minuten zu spät zum Kieztreff kam, traf ich bereits auf eine lebhafte Diskussion. Offenbar hatten auch noch Andere Probleme mit den Menschen im Park. Das erleichterte mich zunächst. Polizei und Ordnungsamt waren erfreulicherweise ebenfalls anwesend, das beruhigte mich. "Gut organisiert, die Störenfriede werden schnell wieder verschwunden sein", dachte ich für mich.

Ich rechnete mit einem baldigen Abtransport in lagerähnliche Unterkünfte am Stadtrand, wie ich es von London her kannte. Doch zunächst wurde ich als Neuankömmling freundlich begrüßt.

Die etwa 10 anwesenden zukünftigen Nachbarn stellten sich mir vor, ganz normale Leute. Ich sagte wenig und wartete nur auf eine Lösung des Problems. Zu meiner Überraschung verständigten sich aber alle schnell darauf, zunächst Kontakt aufzunehmen und sich ein Bild von den Umständen und Wünschen der Neuangekommenen zu machen. Dann sollte ein größerer Kiezrat einberufen werden, auf dem alle, die irgendwie damit zu tun hatten, sich beraten konnten. Auch die Neuen im Park.

Ich war verblüfft und vergaß momentan sogar meinen Ärger. Man erklärte mir, der Kiezrat könne die meisten Probleme im Viertel bearbeiten oder größere Anliegen unbürokratisch an zuständige Stellen weiterleiten.

Langsam wurde es mir zu kompliziert.

"Wissen Sie, eigentlich wollte ich hier nur wohnen. Ich halte nicht viel von Geschwafel und endlosen Diskussionen. Ich bin hier, weil die Miete günstig ist, das ist alles." Dass letzteres kein Zufall ist und nicht zuletzt mit dem Kiezrat zusammenhängt, verstand ich erst später.

Langsam fragte ich mich voran, aber das Ganze war gar nicht schwer zu verstehen. Die Kiezgruppe war keine feste Gruppe, sondern ein Instrument, das von jedermann genutzt werden konnte. Die Anliegen mussten klar formuliert werden. In der Regel nahmen diejenigen teil, die sich vom Anlass betroffen fühlten. Die Neugierigen und Querulanten seien schnell weg geblieben, erklärte man mir.

Meinten die mich?

Häufig waren die Taktgeber der Versammlungen aber auch die Quartiersläufer, deren Aufgabe es war, im Viertel präsent und für jeden ansprechbar zu sein. Sie unterhielten außerdem eine soziale Kontakt- und Beratungsstelle, wurden von der Stadt Berlin dauerhaft bezahlt, waren immer da und kannten Alles und Jeden. Sie hatten in etwa die Funktion eines sozialen Frühwarnsystems. Konflikte würden hier nur noch selten eskalieren, sagte man mir. Meist würden sie entschärft, bevor sie entstehen könnten. Durch Vermittlung.

Vermittlung? Ich wollte eigentlich nur meine Ruhe.

Wurde die Kiezgruppe einberufen, gab es etwas Konkretes zu besprechen, lernte ich. Zum Beispiel die Menschen im Park, die erst seit 3 Tagen vor Ort waren. Hier wurden Anliegen zuerst benannt und, wenn es sich um komplexe Dinge handelte, für den größeren Kiezrat vorbereitet.

Während ich innerlich doch über die Geschwindigkeit staunte, in der dieses Gemeinwesen sich offenbar bewegte und mich zu erinnern versuchte, ob ich in

London irgendetwas über eine politische Revolution in Berlin gehört (oder überhört) hatte, wartete bereits die nächste Überraschung. Der nette ältere Herr neben mir war zwar ein direkter Nachbar, aber gleichzeitig auch ein gewählter Bezirkspolitiker mit speziellen Aufgaben, der so genannte Obmann.

"Obmann? " Ich verstand nicht.

Oder auch Obfrau, wurde mir erklärt. Gewählte Anwohner, die mit einem politischen Mandat ausgestattet waren und Anliegen aus dem Kiez direkt und ohne bürokratische Hemmnisse an eine zentrale Stelle im Senatsbereich Stadtentwicklung weiterleiten konnten, wo die Anforderungen aus den Berliner Gemeinwesen zentral bearbeitet, koordiniert und umgesetzt wurden. Von hier aus wurden auch die Quartiersläufer bezahlt. Das frühzeitige Konfliktmanagement habe viel Geld gespart. Schon allein dadurch, dass alles vor Ort geklärt werde, gäbe es kaum noch Verlagerung in angrenzende Quartiere. Jedes Problem würde nur einmal bearbeitet. Und durch diese Strukturen habe man den Bau des Parks, an dem ich nun wohnte, überhaupt erst durchsetzen können. Und ein angeblich überflüssiger Autobahnbau sei verhindert worden. Genauso wie eine Shopping-Mall, die hier niemand brauchte. Daher die vielen kleinen Läden. Und die billigen Restaurants. In London konnte ich mir das schon lange nicht mehr leisten.

Trotzdem hatte ich immer noch ein Problem vor meinem Balkon. Als alle aufbrachen, bat ich den Obmann um Aufklärung. "Wir haben hier vor vielen Jahren entschieden, dass wir alle besser leben können, wenn wir niemanden ausgrenzen. Wir geben allen, die hier sind, die Möglichkeit, sich am Leben zu beteiligen. Ohne Zwang, aber die Allermeisten wollen etwas tun. So entstehen auch kaum noch Konflikte in der Gegend." So, so. Nun, ich hatte einen Konflikt und würde eigentlich gern einige ausgrenzen, war aber neugierig geworden. Immerhin schien ja etwas zu passieren.

"Wie kriege ich also Ruhe vor meinem Balkon?“

"Im Kiezrat werden dazu Vorschläge gemacht. Wir suchen nach Lösungen, die möglichst alle Interessen berücksichtigen. Auch Ihre. In meinem Büro werden die Anliegen dann sozusagen politikfähig gemacht, um an den entsprechenden Stellen dann schnell entschieden werden zu können."

Ich konnte mir das noch immer nicht vorstellen: "Welche Stellen sind das?"

Er kam in Fahrt. "Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ist sozusagen die Leitstelle für die selbst organisierten Gemeinwesen in Berlin. Davon gibt es inzwischen 31 in allen Bezirken. Die Entscheidungen werden immer noch oben getroffen, aber die Themen und Inhalte kommen von unten. Zu Bezirk und zur Senatsstelle wurden Verbindungsstellen geschaffen. Dort werden die Eingaben aus den Kiezen geprüft, eventuell auch weiter gedacht und verbunden. Natürlich kommt nicht alles durch. Aber es geht schnell. Das alles spart richtig viel Geld."

Ich musste gegen meinen Willen grinsen. "Das ist aber nicht mehr Berliner Politik!"

Er lächelte ebenfalls. "Da haben Sie Recht. Vor 15 Jahren waren die Bezirke finanziell am Ende. Deshalb haben wir aus purer Not angefangen, uns selbst zu organisieren. Jetzt ist die Verwaltung schlanker geworden, weil wir einen Teil selbst übernommen haben. Ressorts wurden neu gefasst oder einfach durchlässig gemacht. Die Verwaltungen arbeiten nur noch ausnahmsweise einmal gegeneinander. Etats wurden an die Realität angepasst, Stellen umverteilt. So können wir mit fast allen Veränderungen fertig werden." Er war offensichtlich in Eile, aber eine Frage musste ich noch loswerden. Das klang mir alles zu märchenhaft.

"Warum sollte jemand freiwillig mitarbeiten, wenn er nicht muss? Warum?"

"Die Trinker aus ihrem Park arbeiten ohne Geld mit dem Grünflächenamt zusammen und halten freiwillig alles sauber. Das spart." "Trinker in meinem Park?" "Haben Sie noch nicht bemerkt?" Jetzt grinste er. "Die haben hinten einen eigenen, überdachten Bereich vom Bezirk bekommen. Deshalb fühlen sie sich mitverantwortlich. Sonst hätten sie die auch vor ihrem Balkon. Sie gehören dazu, deshalb kümmern sie sich."

Ich blieb skeptisch. Das rüttelte an meinem Menschenbild.

"Die Obdachlosen-Uni bietet den Familien bei uns kostenlose Nachhilfe an. Einige von denen sind Akademiker." Obdachlose gab es also auch! Immerhin etwas Normales, aber Akademiker? Er ignorierte meine verächtliche Miene. "Es gibt eine kommunale Jobbörse für Erwerbslose mit normaler Entlohnung, die vom JobCenter gemeinsam mit den Gewerbetreibenden organisiert wird. Die Leute, die dort arbeiten, wohnen hier und arbeiten für ihren Kiez, das motiviert."

Jetzt war ich wirklich genervt und auch etwas beschämt. Was war hier eigentlich los? Nur gute Menschen? Das waren also die Overalls, die ich für Penner gehalten hatte.

Ich sehnte mich nach London, wo man einfach seinen Job machte und dann seine Ruhe hatte. Bis mir die aufeinander getürmten Schuhschachteln wieder einfielen. Und dass ich keinen Job mehr hatte. Der Obmann war schon fast aus der Tür.

"Alle machen mit? Alle sind gleich wert? Welche Drogen nehmt ihr hier eigentlich? Berlin war immer schon schräg, aber das funktioniert doch nie. So ist der Mensch nicht!", platzte ich heraus.

"Es funktioniert, wenn es etwas bringt. Wenn es praktisch etwas verändert, dass sie stört. Dann machen sie auch mit. Es liegt an den Strukturen."

Mit diesem etwas rätselhaften Satz im Kopf ging ich etwa 2 Wochen später zum Kieztrat.

Nach der Vorstellungsrunde begriff ich, dass der Begriff Kiez hier nicht so pseudo-romantisch verstanden wurde, wie ich es von früher her kannte. In der Runde saßen eben nicht nur Nachbarn und Ladeninhaber zusammen, sondern Menschen aus allen möglichen Ämtern, Verwaltungen, Institutionen und Organisationen. Alle, die hier irgendetwas entscheiden konnten. Und sie arbeiteten zusammen. Man kannte sich, es wurde viel gelacht. Und dauernd wurde von "wir" gesprochen. Offensichtlich blieb jeder strikt in seinem Bereich, aber gerade eben hatten sich die Quartiersläufer mit dem Ordnungsamt darüber verständigt, die Menschen im Park zwar im Auge zu behalten, aber ansonsten zunächst soweit wie möglich in Ruhe zu lassen, damit die Quartiersläufer ihre Arbeit tun können. Da inzwischen klar geworden war, dass es sich um bleibewillige Europäer handelte, mussten Anträge gestellt werden. Gleichzeitig verständigten sich die Wohnungsgesellschaften mit dem JobCenter, um die nötige Versorgung der Menschen so schnell wie möglich zu organisieren.

Warum gab es hier eigentlich noch Wohnungen? Ich wandte mich an die ältere Dame neben mir. "Auf der ganzen Welt bestimmt doch der Markt, ob Wohnungen gebaut werden. Und wie hoch die Mieten sind."

"Am Anfang war es hier auch so, das stimmt. Nur die Investoren waren wichtig. Wir waren ganz kurz davor, ein globales Allerweltsviertel wie Mitte oder Prenzlauer Berg zu werden. Nur noch teure Eigentumswohnungen, die oft noch nicht mal bewohnt sind. Die kleinen Läden machen zu, plötzlich sieht man keine armen oder alten Leute mehr, das Viertel stirbt im Grunde. Irgendwann ziehen die Reichen dann weiter, und wir sitzen da mit dem Salat. Wir haben damals beschlossen, dass wir keine Ghettos wollen, nicht für Reiche und auch nicht für Arme."

Soviel Sozialromantik hatte ich der eher gut gekleideten Frau gar nicht zugetraut, sonst hätte ich sie nicht gefragt.

Sie erklärte, die Bürger hätten schon vor Jahren dafür gesorgt, über Bautätigkeit und Mietpreise mitbestimmen zu können. Dazu sei es nötig gewesen, politische Strukturen (!) zu verändern. Strukturen waren offenbar das Schlüsselwort im neuen Berlin. Angefangen habe alles hier im Bezirk. Viele Berliner Gemeinwesen hatten sich zusammengeschlossen und über politischen Druck auf den Senat sogar Bundesgesetze mit verändert.

War das jetzt schon Sozialismus oder einfach nur Demokratie?

"Wenn man die Miete nicht bezahlen kann, muss man eben umziehen. Ist das nicht so?" Sie lächelte. "Und deswegen sind Sie hierher gezogen?"

Hmm. Das alte Mädchen hatte den Nagel auf den Kopf getroffen. Ich war beeindruckt und verwirrt zugleich, aber noch war meine Wut auf die Bande im Park zum Glück nicht ganz verraucht. Also besann ich mich darauf, warum ich eigentlich hier war.

"Der Lärm und der Dreck, den die machen!", brachte ich mich in die Gemeinschaft ein. "Direkt vor meinem Balkon. Die pinkeln in die Büsche, das riecht!!" Andere aus meinem Block stimmten mir zu. Dann ging alles sehr schnell. Kaum hatte man uns allseits versichert, man verstünde unsere Anliegen und wolle gemeinsam mit uns nach einer Lösung suchen, gab es schon erste Vorschläge. Die Quartiersläufer wollten die Leute bitten, vorerst auf die andere Seite des Parks umzuziehen und leiser zu sein. Das Grünflächenamt wollte Toiletten aufstellen. Mein Vermieter erklärte sich bereit, einen Teil der Kosten zu übernehmen, wenn dafür wieder Ruhe vor dem Haus wäre. Das Ordnungsamt würde freundlich nach dem Rechten sehen.

Was sollte ich dagegen sagen?

Es wurde wirklich ruhiger. Die Leute grüßten freundlich, einige sprachen sogar deutsch. Als sie nach einigen Wochen endgültig aus dem Park ausgezogen waren, stellte ich fest, dass sie mich gar nicht mehr so sehr gestört hatten. Eigentlich im Gegenteil. Ich hatte mich an einen kleinen abendlichen Schwatz im Park schon fast gewöhnt. Einige von ihnen werde ich sicherlich gleich in der Kiezgruppe treffen. Wir treffen uns mit dem Obmann, um zu verhindern, dass der leer stehende Supermarkt abgerissen wird. Die Bausubstanz ist gut, und ich würde gerne hier im Kiez mein Steuerbüro eröffnen. Eine Arztpraxis hätte auch Interesse.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Decker/ Kiess/ Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. 2012.

Diakonie: Rechtssicherheit und Fairness bei Grundsicherung nötig. 2012.

Forum Gemeinwesenarbeit Oberösterreich (Hg.): Sozialraum gestalten. Positionierungen im Feld der Gemeinwesenarbeit. Linz 2007.

Galuske, Michael: Methoden der Sozialen Arbeit. Weinheim: Juventa 2001.

Gangway e.V.: …bis jetzt – Materialien zur (Zwischen-)Bilanz des Projektes M.A.N.N.E. F. in Berlin-Treptow und anderswo. 2011.

Gangway e.V.: Der Arbeitsansatz. Grundsätzliches zur Straßensozialarbeit. Ohne Jahr.

Gangway e.V.: Gangway Team Treptow-Altglienicke Milieubeschreibung 2006. 2006.

Gangway e.V.: Jahresbericht 2013. 2013.

Gangway e.V.: Jahresbericht M.A.N.N.E. F. 2010. 2010.

Gangway e.V.: Jahresbericht Team Treptow 2008. 2008.

Gangway e.V.: Jahresbericht Team Treptow 2009. 2009.

Gangway e.V.: Konzept für das Projekt M.A.N.N.E. F. 2006.

Gangway e.V.: M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2009. 2009.

Gangway e.V.: M.A.N.N.E. F. – Jahresbericht 2012. 2012.

Gangway e.V.: Mittendrin und ganz nah dran… Straßensozialarbeit mit Erwachsenen bei Gangway – Jahresbericht 2011. 2011.

Gangway e.V.: Projekt M.A.N.N.E. F. - Projektskizze für die Arbeit 2014. 2014.

Gangway e.V.: Projekt M.A.N.N.E. F. – Projektskizze für die Arbeit 2013. 2013.

Gangway e.V.: Projekt M.A.N.N.E. F. – Zwischenbericht 2007. 2007.

Gangway e.V.: Projektantrag ESF – M.A.N.N.E. F. 2011.

Gangway e.V.: Projektskizze M.A.N.N.E. F. 2007. 2007.

Gillich, Stefan (Hrsg.): Ausgegrenzt & Abgeschoben. Streetwork als Chance. Frankfurt/ Main, 2005.

Gohde-Ahrens, Rixa: Partizipation und soziale Inklusion aus der Quartierssicht – Ein Blick nach Hamburg. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2013. 2013.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. 2012.

Heitmeyer, Wilhelm: Erfahrungen mit der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft. Eine Bilanz nach zehn Jahren. In: ders., Deutsche Zustände. Folge 10. 2012.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: ders., Deutsche Zustände. Folge 10. 2012.

Holm , Andrej: Mangelware: Kleine Wohnungen. Der Berliner Mietspiegel 2007 und die Auswirkungen auf die angemessenen Wohnkosten für ALG-II-Beziehende. 2007.

Klatt, Johanna: Individualisierte Zivilgesellschaft und die Beteiligung sozial Benachteiligter. In: betrifft: Bürgergesellschaft 37. 2011.

Landesarbeitsgemeinschaft Berliner Straßensozialarbeiter/innen: Standards für Streetwork und Mobile Jugendarbeit. Ohne Jahr.

Mansel/ Christ/ Heitmeyer: Der Effekt der Prekarisierung auf fremdenfeindliche Einstellungen. Ergebnisse aus einem Drei-Wellen-Panel und zehn jährlichen Surveys. In: Heitmeyer, Wilhelm, Deutsche Zustände. Folge 10. 2012.

Neupert, Paul: Geographie der Obdachlosigkeit. Verdrängung durch die Kommodifizierung des öffentlichen Raums in Berlin. Hrsg. Freie Universität Berlin. Berlin 2010.

Piotrowski, Anja: Fördern, Fordern, Sanktionieren. Wie hilfreich sind diese Methoden? Bachelorarbeit, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin. 2012.

Pollak , Reinhard: Kaum Bewegung, viel Ungleichheit. Eine Studie zu sozialem Auf- und Abstieg in Deutschland. Heinrich-Böll-Stiftung. Hrsg. v. Heinrich Böll Stiftung. 2010.

Rausch, Günter: Soziale Benachteiligung und Partizipation – Beteiligung von sozial Benachteiligten: Ein Prüfstein, Stolperstein oder Meilenstein von Gemeinwesenarbeit? 2004.

Schmidt-Hermsdorf, Christian: Aufwertung ohne Verdrängung wäre wieder möglich. 2012.

Schnee, R./ Stoik, C.: Gemeinwesenarbeit – Definitionen und Begriffe. Hrsg. v. Telesozial. 2002.

Spiegel: Verdrängung von Obdachlosen: Von Stinkbomben bis Wasserdüsen. 12.06.2014.

Spitzenberger, Elfa Beate: Gemeinwesenarbeit: Ziele und Strukturen. In: Forum Gemeinwesenarbeit Oberösterreich (Hg.), Sozialraum gestalten. Positionierungen im Feld der Gemeinwesenarbeit. Linz 2007.

Straßenfeger: Lebenslagen in Deutschland. 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bunderegierung. Entwurf 2012. 2012

Tagesspiegel: Politischer Ungehorsam: Lederer ruft zu massivem Widerstand gegen Zwangsräumungen auf. 17.02.2013.

Valeur Magazine: No. 16. Ohne Jahr.

Vereinte Nationen - Wirtschafts- und Sozialrat: Befassung mit Staatenberichten nach den Artikeln 16 und 17 des Pakts. Unredigierte Vorabfassung. 2011.

Zick/ Küpper/ Hövermann: Die Abwertung der Anderen: eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. 2011.

Impressum

Gangway e.V. – Straßensozialarbeit in Berlin

V.i.S.d.P.: Elvira Berndt, Geschäftsführerin

Redaktion: Jana Johannson in Zusammenarbeit mit den Gangway-Teams M.A.N.N.E. F. und Soziales Platzmanagement Leopoldplatz

Fotos: Gangway e.V.

Schumannstr. 5 | 10117 Berlin

Tel.: 030-2830230 | E-Mail: info@gangway.de

Web: www.gangway.de

www.gangway.de

ISBN: 978-3-945398-25-8